

J A H R B U C H F Ü R W I R T S C H A F T S G E S C H I C H T E

1974 · T E I L I

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

## Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen),  
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (ČSSR), E. Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow  
(Sowjetunion)

## Auslandskorrespondenten

Emil Niederhauser (VR Ungarn), Jerzy Tomaszewski (VR Polen), S. Sak (Sowjetunion)

## Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,  
Horst Heininger, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar,  
Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig,  
Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Irene Strube

## Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Hildegard Hoffmann, Parviz  
Khalatbari, Hermann Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Jörg Roesler, Heinzpeter  
Thümmler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmler

Dieser Band wurde unter Mitwirkung des Lehrstuhls Demographie (Leitung: Parviz Khalatbari)  
der Sektion Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin gestaltet.

1974 · TEIL I

# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1974

Redaktionsschluß: 15. 6. 1973

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

(c) by Akademie-Verlag, 1974

Lizenznummer: 202 · 100/94/74

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 752 453 0 (2103/74/1) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

# INHALT

Zu diesem Band

7

## ZU PROBLEMEN DER DEMOGRAPHIE

J. Kuczynski	Prognosen der Bevölkerungsentwicklung	11
P. Khalatbari	Zu einigen Grundsatzfragen der marxistisch-leninistischen Demographie. Kritik einiger bürgerlicher Betrachtungsweisen der Bevölkerungsfrage in den Entwicklungsländern	19
A. Donda	Die Bevölkerung der DDR im Spiegel der Statistik	33
F. Burkhardt †/ L. Burkhardt-Osadnik	Voraussichtliche Entwicklung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen bis zum Jahre 2000 in der DDR	47
E. Strohbach	Zu einigen Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in der DDR - Versuch einer Bestandsaufnahme und Prognose	53
K. Lungwitz	Die Bevölkerungsbewegung in der DDR und der BRD zwischen 1945 und 1970 - eine komparative Untersuchung	63
P. Khalatbari	Zur Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in der DDR	97
F. Burkhardt †/ L. Burkhardt-Osadnik	Betrachtungen zur Binnenwanderung in der DDR	115
H. Maier/J. Wahse	Probleme der Entwicklung des Bildungsniveaus und der Qualifikationsstruktur der Werktätigen in der DDR	123
II. Grabley	Zur Entwicklung der Strukturen des aktiven gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in der DDR	145
K. Müller	Demographische Aspekte der Einbeziehung der Frau in den Berufsprozeß	173
M. Ebert	Der Einfluß einiger demographischer Faktoren auf die Berufstätigkeit der Frauen in der DDR	187

- T. Scholz Zur Struktur der weiblichen Beschäftigten des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen (Teilergebnisse einer historisch-soziologischen Untersuchung) 197 BL 95  
528
- I. Steiner Die Einstellung von Frauen zur Berufstätigkeit in der DDR. Eine empirische Untersuchung 225 BL 95
- K. Freitag/B. Rönz Zur Messung von Einflußfaktoren mittels der Regressionsanalyse, dargestellt am Beispiel der Entwicklung der Eheschließungen in der DDR 237 BL 9  
98

#### BIBLIOGRAPHIE

- P. Wagner Hochschulschriften zur Demographie auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik seit 1947 247
- R. Günther Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte 251

Nachruf für F. Burkhardt 259

Autorenverzeichnis 261

Die in den letzten Jahrzehnten beschleunigt vor sich gehende Bevölkerungsentwicklung auf verschiedenen Gebieten der Erde stellt Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen, Wirtschaftspraktiker, Politiker vor neue komplizierte Probleme.

Sowohl daraus wie auch aus zunehmenden Integrationstendenzen der Wissenschaften resultiert die wachsende Bedeutung, die der demographischen Forschung im internationalen Maßstab von zahlreichen Wissenschaftsgebieten her beigemessen wird.

Um die internationalen Bestrebungen zur Lösung der Bevölkerungsfrage zu koordinieren und zu intensivieren, faßte die XXV. UNO-Vollversammlung nach einer Debatte am 11. Dezember 1970 den Beschluß, das Jahr 1974 zum Weltbevölkerungsjahr zu deklarieren. Damit soll vor allem auch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten in Fragen der Bevölkerungsentwicklung gefördert werden.

Die Vollversammlung beauftragte den Generalsekretär, ein detailliertes Programm von Vorschlägen und Aktivitäten vorzubereiten. Sie empfahl, dazu alle interessierten Mitgliedsstaaten zu konsultieren und bei der Ausarbeitung des Aktionsprogramms den unterschiedlichen Charakter der Bevölkerungsfrage in den verschiedenen Regionen und Ländern zu berücksichtigen. Das Aktionsprogramm soll die internationale Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Organisationen der Vereinten Nationen fördern. Es soll dazu dienen, Kenntnisse über die Bevölkerungsfrage und ihre Einflußfaktoren zu verbreiten, die Bevölkerungspolitik der einzelnen Staaten zu stimulieren und den Ländern technische Hilfe zu gewähren, die bei der Durchführung ihrer bevölkerungspolitischen Zielsetzung der Unterstützung bedürfen.

Die XXV. UNO-Vollversammlung empfahl allen Mitgliedsstaaten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zum Weltbevölkerungsjahr 1974 einen Beitrag zu leisten. Gleichzeitig wurde für das Jahr 1974 die 3. Weltbevölkerungskonferenz einberufen.

Die Wissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik, die sich mit der Bevölkerungswissenschaft beschäftigen, stehen zwei wichtigen Aufgaben gegenüber. Sie müssen die im eigenen Lande anstehenden demographischen Probleme, die im wesentlichen als Erbe der kapitalistischen Vergangenheit übernommen wurden, analysieren und lösen. Der Bedarf vieler Institutionen der Staats- und Wirtschaftsführung sowie der Gesellschafts- und Naturwissenschaften, auf demographische Forschungsergebnisse zurückgreifen zu können, wird immer spürbarer. Gleichzeitig erwächst den Demographen die Verpflichtung, zur Untersuchung und Lösung der Bevölkerungsfrage im internationalen Maßstab beizutragen.

Hiermit sind einige wichtige Gründe genannt, weshalb das "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen Band zu demographischen Problemen zu gestalten und den bisher zersplitterten und verstreuten Potenzen der demographischen Forschung in der DDR in einem geschlossenen Band mit "Sammelcharakter" Ausdruck zu verleihen, der in wichtigen Punkten den gegenwärtigen Entwicklungsstand der demographischen Forschung der DDR widerspiegelt. Ausgehend von seiner eigenen Wissenschaftsdisziplin der Wirtschaftsgeschichte -, greift das Jahrbuch in ein bisher vernachlässigtes Nachbargebiet und macht die Verflechtung von demographischen, ökonomischen und wirtschaftshistorischen Problemen deutlich.

Die Beiträge von Kuczynski und Khalatbari an der Spitze des Bandes behandeln wichtige theoretische Probleme der Demographie, insbesondere Fragen zu Gesetzmäßigkeiten und Prognose der Bevölkerungsentwicklung. Sie greifen nicht nur Grundfragen der Demographie auf, sondern treffen auch den Kern des gegenwärtigen Meinungsstreits in dieser Disziplin.

Danach folgt das Hauptthema des Bandes: Zu demographischen Problemen der DDR. Der Beitrag "Die Bevölkerung der DDR im Spiegel der Statistik" von Arno Donda, Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR, ist - auf alle wichtigen und grundsätzlichen Fragen dieses Themas eingehend - der eigentliche Leitartikel des vor uns liegenden Bandes.

Donda behandelt Beziehungen zwischen der Kenntnis der Bevölkerungsstruktur, Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungspolitik, des demographischen Verhaltens der Bevölkerung einerseits und der Planung der ökonomischen, politischen, kulturellen und anderen Prozesse in der sozialistischen Gesellschaft andererseits. Damit begründet er auch die Notwendigkeit, die demographische Forschung in der DDR zu intensivieren.

In einigen folgenden Beiträgen werden verschiedene Aspekte der Bevölkerungssituation der DDR im speziellen untersucht.

Im zweiten Teil des Hauptthemas "Zu demographischen Problemen in der DDR" sind Beiträge konzentriert, in denen die demographische Problematik mit speziellen volkswirtschaftlichen Problemen, insbesondere mit Arbeitskräfteproblemen bzw. Fragen der Berufstätigkeit der Frau in der sozialistischen Gesellschaft, verknüpft wird.

Dabei werden zum Beispiel, ausgehend von den Gesetzmäßigkeiten der Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, Fragen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens behandelt, die für die Verwirklichung der vom VIII. Parteitag gestellten wirtschaftspolitischen Aufgaben große Bedeutung haben. Die in diesem zweiten Teil vorliegenden Arbeiten machen besonders deutlich, daß demographische Forschungen und Analysen wichtiges Grundlagenmaterial für andere Wissenschaftsdisziplinen - im vorliegenden Fall speziell für die Ökonomie - liefern. Gleichzeitig gehen aber auch durch neue Fragestellungen und Probleme von anderen Disziplinen befruchtende Einflüsse auf die Demographie aus.

Dieser Band des Jahrbuchs, der von dem Bestreben der Bevölkerungswissenschaftler der DDR getragen ist, eine erste Antwort auf den Aufruf der UNO zu geben, schließt mit einem Nachruf für den kürzlich verstorbenen Nestor der mathematisch-statistischen und demographischen Forschung in der DDR, Felix Burkhardt.

September 1973

ZU PROBLEMEN

DER DEMOGRAPHIE

## PROGNOSEN DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

von Jürgen Kuczynski

Die Demographen haben in der jüngsten Zeit große Fortschritte in der Erkenntnis der Bewegung der Bevölkerung während der letzten 200 Jahre gemacht.<sup>1</sup> Auch unsere Einsicht in die relative Entwicklung der Bevölkerung und der Nahrungsmittelproduktion während der letzten 125 Jahre ist beachtlich gewachsen.<sup>2</sup>

Aber was die Prognosetätigkeit betrifft, so scheitern wir völlig, da es noch keine marxistische demographische Theorie gibt, da wir noch kein System von Gesetzmäßigkeiten der Demographie entwickelt haben. Unsere Ahnungslosigkeit wird noch gesteigert durch eine Reihe von pragmatischen Tatsachen wie die, daß man zwar mit Sicherheit annehmen kann, daß die Menschen im allgemeinen nicht sterben wollen und daß diese durchaus berechnete Abneigung gegen den Tod für absehbare Zeit ziemlich stabil bleiben wird, daß aber das Bedürfnis, ein, zwei, drei oder mehr Kinder zu haben, doch, sobald die Geburtenbeschränkung einigermaßen funktioniert, von Zeit zu Zeit recht schwankt und auch irgendwelche Unterschiede zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern in dieser Beziehung nicht bemerkbar sind, wie gerade die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat, wozu noch Unterschiede und Schwankungen in der Geburtenbeschränkungspolitik kommen, die, so verschieden die Motive und Ziele der jeweiligen Politik, in der Auswirkung auf die Fruchtbarkeit ebenfalls keinen Unterschied zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern zeigen (Tabelle siehe nächste S.).

Zwischen 1750 und 1850 ist eine Gliederung nach entwickelten und Entwicklungsländern kaum berechtigt. Was die Geburtenrate betrifft, ist sogar bis 1900 kein Unterschied von Bedeutung festzustellen.

Dagegen ging die Sterblichkeit in den entwickelten Ländern bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts merklich zurück, um im 20. Jahrhundert dann geradezu abzustürzen. In den Entwicklungsländern dagegen hielt sich die Sterblichkeit bis zum ersten Weltkrieg, begann dann merklich zurückzugehen, um seit den fünfziger Jahren steil abzugleiten.

Wie anders war dagegen die Entwicklung der Geburtenrate in den letzten 100 Jahren! In den entwickelten Ländern veränderte sie sich nur wenig bis zum ersten Weltkrieg. Während die Sterblichkeit in ihnen von 1750 bis 1910 um mehr als ein Drittel zurückging, war die Geburtenrate nur unwesentlich verändert; seit dem ersten Weltkrieg fiel jedoch die Geburtenrate um rund ein Drittel bis 1930/40 und schwankte dann ein wenig - mit einer unerwarteten Steigerung von 1940/50 bis 1950/60 und einem erneuten Abfall in den sechziger Jahren. In den Entwicklungsländern dagegen hat sich - die Statistiken sind natürlich nicht von erster Qualität - die Geburtenrate von 1750 bis 1967 kaum verändert, während die Sterberate sich seit dem ersten Weltkrieg etwa halbiert hat.

1 Vgl. z. B. die kleine Studie der UNO, Department of Economic and Social Affairs, A Concise Summary of the World Population Situation in 1970, in: Population Studies, Nr. 48, New York 1971

2 Vgl. z. B. Kuczynski, Jürgen, Weltbevölkerung und Weltnahrungsmittelproduktion, in: Statistische Hefte, N. F., Nr. 1/1968, Köln/Opladen 1968; sowie Population and Food Resources, in: Labour Monthly, Bd. 54, London 1972.

## 1. Historischer Rückblick

Blicken wir zunächst auf die Entwicklung in den letzten 230 Jahren zurück.

### Geburtlichkeit und Sterblichkeit, 1750 bis 1967<sup>3</sup>

Zeit	Entwickelte Länder		Entwicklungsländer	
	Geburtenrate	Sterberate	Geburtenrate	Sterberate
1750 - 1800	38	34	41	37
1800 - 1850	39	32	41	36
1850 - 1900	38	28	41	37
1900 - 1950	26	18	41	32
1900 - 1910	34	21	41	34
1910 - 1920	26	23	40	37
1920 - 1930	28	16	41	31
1930 - 1940	22	14	41	29
1940 - 1950	20	15	40	28
1950 - 1960	23	10	41	21
1960 - 1967	20	9	41	18

## 2. Prognose 1960 bis 1970

In der gleichen Tabelle, die 1971 von der UNO veröffentlicht wurde, gibt es auch eine Prognose für 1960/70, die sich mit den Ist-Zahlen von 1960/67 so vergleicht:

	Ist-Zahlen 1960/67	Prognose 1960/67
Entwickelte Länder		
Geburtenrate	20	19
Sterberate	9	9
Entwicklungsländer		
Geburtenrate	41	41
Sterberate	18	17

Eine Entwicklung der Sterberate für einige Jahre voraussehen zu wollen, ist im allgemeinen kein schwieriges Unternehmen.

Eine Entwicklung der Geburtenrate auch nur für drei Jahre zu prognostizieren, ist heute noch riskant.

Untersuchen wir die Entwicklung der Geburtenrate in einigen Ländern in der jüngsten Vergangenheit (Tabelle siehe nächste Seite).

In einigen entwickelten Ländern, wie den USA und Polen, ging die Geburtlichkeit ein wenig herauf, in anderen, wie Frankreich und Japan, ging sie ein wenig zurück. In der Sowjetunion blieb sie sich gleich. Solche leichten Schwankungen sind immer zu erwarten, hängen auch häufig mit der Alterszusammensetzung der Bevölkerung zusammen.

Unerwartet dagegen, nicht zu prognostizieren, muß der Abfall der Geburtenrate von 1967 bis 1970 in entwickelten Ländern wie Großbritannien und der Bundesrepublik sein - im Gegensatz zu bedeutsamen Senkungen der Geburtlichkeit in Entwicklungsländern, in denen sie ungewöhnlich hoch ist und sich erst sehr verspätet der stark gesunkenen Sterblichkeit anpaßt.

<sup>3</sup> The World Population Situation in 1970, in: Population Studies, Nr. 49, New York 1971; sowie A Concise Summary of the World Population Situation in 1970, a. a. O.

## Geburtenrate 1960 bis 1970<sup>4</sup>

Land	1960	1967	1970
Polen	22,6	16,3	16,6
Vereinigte Staaten	23,7	17,8	18,2
Frankreich	17,9	17,0	16,7
Großbritannien	17,5	17,5	16,2
BRD	17,7	17,0	13,3
Japan	17,2	19,4	18,9
Portugal	24,2	21,5	17,8
Tunesien	43,7	41,1	37,4
Mexiko	46,0	43,4	41,3
Ägypten	40,6	39,3	34,9
Sowjetunion	24,9	17,4	17,4

Solche Senkungen der Geburtenrate führen zu radikalen Wandlungen der Prognose. So "errechnete" die amtliche Statistik für Großbritannien (Vereinigtes Königreich) 1965, als die faktische Bevölkerung 54,4 Millionen betrug, für das Jahr 2000 eine Bevölkerung von 73 Millionen - 1972 aber von nur noch 63 Millionen (Angabe des Gesundheitsministers im Juli 1972). Das heißt, 1965 erwartete man eine Steigerung der Bevölkerungszahl bis 2000 um 19 Millionen, sieben Jahre später eine Steigerung um nur 9 Millionen, um weniger als die Hälfte! Die Ursache in der Wandlung der Prognose war die Tatsache, daß die Geburtenrate von 18,7 im Jahre 1964 auf etwa 15 im ersten Halbjahr 1972 zurückging.

Natürlich sind Geburtenraten und ihre Entwicklung kein sehr zuverlässiger Ausgangspunkt für Prognosen. Besser sind schon Fruchtbarkeitsraten oder Reproduktionsraten (brutto und netto). Jedoch sind für die meisten Länder die Statistiken zu unzuverlässig, um sie zu berechnen, was aber die UNO nicht daran hindert, sie mit für ihre neuesten Prognosen zu veröffentlichen.

Bevor wir uns jedoch mit ihnen beschäftigen, ist es nützlich, sich auch die früheren UNO-Prognosen anzusehen.

### 3. Prognosen für 1980

Die UNO begann mit Schätzungen der Weltbevölkerungsentwicklung im Jahre 1951 und veröffentlichte neue Schätzungen in den Jahren 1954 und 1957.<sup>5</sup>

#### Weltbevölkerung 1980 (Höchstschätzung)

Prognose von 1951	3,636 Milliarden
Prognose von 1954	3,990 Milliarden
Prognose von 1957	4,280 Milliarden

Zum Teil beruht die Revision der Zahlen auf der Tatsache, daß die Bevölkerungszahl für das vorrevolutionäre China, einschließlich Taiwan, für 1948 mit 463 Millionen angegeben wurde, für 1953 aber, ausschließlich Taiwan, eine Zahl von 583 Millionen ermittelt wurde. Jedoch

<sup>4</sup> Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik; für einige Länder ergänzt durch Statistisches Jahrbuch der BRD.

<sup>5</sup> The Past and Future Growth of World Population, in: Population Bulletin, Nr. 1, New York 1952; Framework for Future Population Estimates, 1950 - 1980, New York 1955; The Future Growth of World Population, in: Population Studies, Nr. 28, New York 1958.

spielen Fehleinschätzungen anderer Art eine größere Rolle; insbesondere führten die allen Demographen überraschend kommende Steigerung der Geburlichkeit in den entwickelten Ländern und die ihnen ebenso überraschend kommende starke Unterschiedlichkeit der Entwicklung von Sterblichkeit und Geburlichkeit in den Entwicklungsländern zu immer höheren prognostischen Schätzungen der Bevölkerung im Jahre 1980.

Dieser Prozeß der immer höheren Prognosen setzte sich in den folgenden Jahren fort.

#### Weltbevölkerung 1980<sup>6</sup>

(Mittelschätzung)

Prognose von 1957	4,220 Milliarden
Prognose von 1963	4,330 Milliarden
Prognose von 1969	4,457 Milliarden

Die Prognose für 1980 ist in Abständen von sechs Jahren um je 110 bzw. 127 Millionen heraufgesetzt worden. Das wird sich aufgrund der jüngsten Zahlen der Bevölkerungsentwicklung vielleicht jetzt ändern, insbesondere was die Prognosen für das Jahr 2000 betrifft.

Bevor wir jedoch zu dieser weitergehenden Prognose kommen, sind die Prognosen für 1980 noch näher zu untersuchen.

1957 und 1963 machte die UNO Prognosen, die Mindest-, Mittel- und Höchstschätzungen waren. Sie vergleichen sich so:

#### Weltbevölkerung 1980

(in Milliarden)

	Prognosen von		Unterschied
	1957	1963	
Höchstschätzung	4,280	4,551	+ 0,271
Mittelschätzung	4,220	4,330	+ 0,110
Mindestschätzung	3,850	4,147	+ 0,297

Ganz offenbar sind sich die Prognostiker zwischen 1957 und 1963 unsicherer geworden, denn die Höchstschätzungen liegen 1963 wesentlich weiter von der Mittelschätzung entfernt als 1957; andererseits scheinen sie aber auch sicherer geworden, denn die Mindestschätzungen sind 1963 viel näher an die Mittelschätzungen gerückt. Das Ganze zeigt nur den Einfluß der unerwarteten Entwicklung der Geburlichkeit in den Jahren 1957 bis 1963. Man sieht, wie eine so kurzfristige Gestaltung der Verhältnisse die Prognose beeinflusst, wie unsicher und unwissenschaftlich die Prognoseaktivität noch ist.

Dabei sind die Prognose-Wandlungen für die Weltbevölkerung noch völlig verschieden für die einzelnen Kontinente und Subkontinente, so daß sich Fehlvermutungen kompensieren. So betragen zum Beispiel die Schätzungen der Bevölkerung (in Milliarden):

für Ostasien	1957	1,204
	1963	1,041
für Südasien	1957	1,273
	1963	1,420
insgesamt	1957	2,477
	1963	2,461

<sup>6</sup> World Population Prospects as assessed in 1963, in: Population Studies, Nr. 41, New York 1966; The World Population Situation in 1970, a. a. O.; A Concise Summary of the World Population Situation in 1970, a. a. O.

Die Zahlen für Ost- und Südasiens zusammengenommen sind praktisch die gleichen 1957 und 1963. Betrachtet man dagegen Ostasien und Südasiens getrennt, dann finden wir für das erstere eine mehr als 10 Prozent niedrigere Schätzung 1963 als 1957, für Südasiens eine mehr als 10 Prozent höhere Schätzung.

Auch hier spielen die jüngsten, der Prognose unmittelbar vorangehenden Erfahrungen mit der Entwicklung der Sterbe- und Geburten-, der Fruchtbarkeits- und Reproduktionsrate eine große Rolle. Das ist natürlich nur richtig so, wenn diese Erfahrungen charakteristisch auch für die spätere Entwicklung sind; das ist falsch, wenn es sich um vorübergehende Wandlungen handelt. Ob aber etwa die Reproduktionsrate sich nur vorübergehend oder längerfristig wandelt, ist für entwickelte Länder heute noch sehr schwer festzustellen, während für Entwicklungsländer mit Sicherheit eine Senkung der Reproduktionsrate, nur mit größter Unsicherheit aber das Tempo der Senkung, vorauszusehen ist.

#### 4. Prognosen für 2000

Seit 1957 macht die UNO auch Prognosen der Entwicklung bis zum Jahre 2000:

Weltbevölkerung 2000<sup>7</sup>  
(Mittelschätzung)

Prognose von 1957	6 280 Millionen
Prognose von 1963	6 130 Millionen
Prognose von 1969	6 494 Millionen

Die Prognose von 1963 zeigt merkwürdigerweise einen Rückgang gegenüber der von 1957, während die von 1969 eine erneute Steigerung anzeigt.

Die Erklärung des hier vor allem interessierenden Rückgangs von 1957 bis 1963 ergibt sich aus folgenden Wandlungen in den Vermutungen:

Veränderungen der Bevölkerungsschätzungen von 1957 bis 1963 für das Jahr 2000  
(in Millionen)

Ostasien	- 566	Südasiens	+ 157
Europa	- 41	Afrika	+ 251
Sowjetunion	- 26	Nordamerika	+ 42
		Lateinamerika	+ 46
		Ozeanien	+ 3

Die prognostizierte Bevölkerung in Ostasien für 2000 ist 1963 um rund ein Drittel niedriger als nach der Schätzung von 1957, die Afrikas liegt um fast 50 Prozent höher.

Wiederum erkennen wir, wie wild die Prognosen in einem Abstand von nur sechs Jahren nach oben und unten schwanken.

Und nun vergleichen wir einige Prognosen von 1969 mit den vorangehenden.

Ostasien	1957	1,853 Milliarden
	1963	1,287 Milliarden
	1969	1,424 Milliarden
Europa	1957	568 Millionen
	1963	527 Millionen
	1969	568 Millionen

Für Europa ist man 1969 wieder zur Prognose von 1957 zurückgekehrt, für Ostasien scheint man auf dem Wege dazu. Wenn man aber eine Prognose der künftigen Prognose der UNO ma-

<sup>7</sup> Ebenda.

chen darf, so wird man sich wohl für Europa wieder der Prognose von 1963 nähern, und das gleiche könnte für Ostasien der Fall sein.

Sehr interessant ist auch ein Vergleich der verschiedenen Schätzungen für das Jahr 2000 - Höchst-, Mittel- und Mindestschätzungen -, die 1957 und 1963 gemacht wurden:

Weltbevölkerung 2000  
(in Milliarden)

	Prognose von		Unterschied
	1957	1963	
Höchstschätzung	6,900	6,994	+ 0,094
Mittelschätzung	6,280	6,130	- 0,150
Mindestschätzung	4,880	5,449	+ 0,569

Für 1980 lagen alle Schätzungen von 1963 höher als die von 1957; für 2000 liegt die Mittelschätzung von 1963 niedriger als die von 1957. Für 1980 war die Mittelschätzung von 1957 und 1963 sich am ähnlichsten, während die Höchst- und Mindestschätzung 1963 wesentlich größere Abweichungen von 1957 zeigten; für 2000 aber sind die Höchstschätzungen von 1957 und von 1963 praktisch identisch, während die Mittelschätzung 1963 prozentmäßig eine ziemlich ähnliche Abweichung von 1957 zeigt (wenn auch in anderer Richtung!) wie bei der Schätzung für 1980. Die größte Abweichung zeigt, genau wie für 1980, die Mindestschätzung.

## 5. Reproduktionsraten - Prognosen

Für die neueste Prognose, die 1971 veröffentlicht wurde, gibt die UNO auch eine Voraus-schätzung der Brutto-Reproduktionsratenentwicklung bis 1985. Diese betrug:

Brutto-Reproduktionsrate 1965 bis 1985

1965/70	2,3
1970/75	2,2
1975/80	2,1
1980/85	2,0

Mit vollem Recht nimmt die UNO eine Senkung der Reproduktionsrate an. Aber die Senkung erscheint recht gering. Die Rate setzt sich geographisch so zusammen:

Brutto-Reproduktionsrate 1965 bis 1985

	Mehr entwickelte Länder	Weniger
1965/70	1,3	2,7
1970/75	1,3	2,6
1975/80	1,3	2,5
1980/85	1,3	2,3

Ist es nicht recht unwahrscheinlich, daß die Brutto-Reproduktionsrate in Europa, Nordamerika und Ozeanien nicht sinken sollte? Oder ist diese Frage zu stark von der Entwicklung des letzten Jahrzehnts beeinflusst?

Man hat den Eindruck, daß die Methoden der Prognose sich laufend verbessern, daß deswegen aber die Prognosen selbst keineswegs besser werden.

## 6. Die amerikanische Prognose - Methodik

In diesem Zusammenhang ist es auch von Interesse, die regelmäßig im Statistical Abstract of the United States veröffentlichten Prognosen für die USA-Entwicklung zu untersuchen.

Im Abstract 1948 wurden folgende Prognosen veröffentlicht:

Prognose für	Prognosen unter der Voraussetzung mittlerer Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und keiner Einwanderung	Prognosen unter der Voraussetzung hoher Fruchtbarkeit, niedriger Sterblichkeit und 1 Million Nettoeinwanderung (in Millionen)
1955	149,8	155,1
1965	156,7	169,3
1975	162,3	185,1
2000	163,3	-

Im Abstract von 1958 wurden Prognosen bis 1980 mit folgenden Varianten gegeben:

- I. Die Fruchtbarkeit liegt im Durchschnitt der ganzen Zeit bis 1980 10 Prozent über dem Niveau von 1955/57
- II. Die Fruchtbarkeit liegt ständig auf dem Niveau von 1955/57.
- III. Die Fruchtbarkeit von 1955/57 sinkt bis 1965/70 auf das Niveau von 1949/51 und bleibt dann stabil.
- IV. Die Fruchtbarkeit von 1955/57 sinkt bis 1965/70 auf das Niveau von 1942/44 und bleibt dann stabil.

Dazu bemerkt der Abstract: I illustriert die Bevölkerungsbewegung unter sehr hohen Fruchtbarkeitsverhältnissen; es ist unwahrscheinlich, daß das angenehme Fruchtbarkeitsniveau während der ganzen Prognosezeit andauern wird.

Die Bevölkerung wurde entsprechend für 1970 prognostiziert:

- I. 219,5 Millionen
- II. 213,8 Millionen
- III. 208,2 Millionen
- IV. 202,5 Millionen

Faktisch betrug die Bevölkerung 1970 204,8 Millionen. Das heißt, die niedrigste Variante erwies sich als die richtigste.

Im Abstract von 1968 wurden Prognosen bis 1990 mit folgenden Varianten gegeben:

- A. Tausend Frauen bringen bis zum Ende ihrer Fruchtbarkeit 3 350 Kinder zur Welt.
- B. Tausend Frauen bringen bis zum Ende ihrer Fruchtbarkeit 3 100 Kinder zur Welt.
- C. Tausend Frauen bringen bis zum Ende ihrer Fruchtbarkeit 2 775 Kinder zur Welt.
- D. Tausend Frauen bringen bis zum Ende ihrer Fruchtbarkeit 2 450 Kinder zur Welt.

Für A bis D wird eine Nettoeinwanderung von jährlich 400 000 angenommen. Bei A wird angenommen, daß die Fruchtbarkeit von 1962/66 andauert.

Im Abstract von 1971 ist die Gruppe A abgeschafft worden, und man hat eine Gruppe E hinzugefügt, die eine Fruchtbarkeit von nur 2 100 Kindern auf 1 000 Frauen bis zum Ende ihrer Fruchtbarkeit annimmt.

Das heißt, die amerikanischen Demographen haben das Klügste getan, was sie unter den heutigen Umständen tun konnten; Sie haben alle Prognosen aufgegeben und konstruieren nur noch Modelle, die aufgrund verschiedener Voraussetzungen entsprechend verschiedene Aussagen machen.

## 7. Forderungen an die marxistische Demographie

Die Entwicklung des Sozialismus verlangt allgemein Planung auf lange Sicht.

Auf vielen Gebieten sind wir dazu noch nicht fähig - etwa auf dem der Konsumgüterwirtschaft, da wir nur einen geringen Teil der Bedürfnisse etwa für das Jahr 2000 voraussehen können, oder auf dem Gebiet der Wissenschaft, und so auch auf dem Gebiet der Demographie.

Unsere Unfähigkeit, die Entwicklung der Bevölkerung auch nur um eine Generation voraussehen, ist um so ernster, als der Mensch die wichtigste Produktivkraft ist und vor allem: da die Gesellschaft sich zum Wohle des Menschen gestalten soll ... und wie soll sie das planmäßig auf weite Sicht tun, wenn sie nicht weiß, ob die Zahl der Menschen sich vermindern oder vermehren wird, um wieviel und welches der Anteil der Kinder und Jugendlichen!

Eine planmäßige Bevölkerungspolitik, eine ihr zugrunde liegende Bevölkerungsprognose verlangen vor allem eine Theorie. Eine marxistische Theorie der Demographie - nennen wir sie klarer noch: der Politischen Demographie - gibt es aber noch nicht, nicht einmal in anfänglichen Grundlagen. Und solange wir sie nicht geschaffen haben, werden wir pragmatisch handwerkeln müssen.

Vor fast einem halben Jahrhundert legte R. Kuczynski, aufbauend auf Bortkiewicz und Lotka, die Grundlagen der modernen Methodik der Demographie.<sup>8</sup> Aber was sind die besten Methoden wert, wenn wir keine Theorie haben?!

<sup>8</sup> Vgl. The Balance of Births and Deaths, Bd. 1, New York 1928.

ZU EINIGEN GRUNDSATZFRAGEN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN DEMOGRAPHIE

Kritik einiger bürgerlicher Betrachtungsweisen der Bevölkerungsfrage in den Entwicklungsländern

von Parviz Khalatbari

In den letzten sechzig bis siebenzig Jahren und besonders nach dem zweiten Weltkrieg konnte man ein relativ rasches Bevölkerungswachstum - im Weltmaßstab gesehen - feststellen, wobei das Schwergewicht in diesen Prozeß in den wirtschaftlich relativ schwach entwickelten Ländern liegt. Sollte das gegenwärtige Tempo des Bevölkerungswachstums weiterhin anhalten, so wird die Weltbevölkerung von 3,6 Milliarden Menschen (1970) auf 6,5 Milliarden (2000) steigen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß etwa 77,6 Prozent davon, also knapp über 5 Milliarden Menschen, Bewohner ehemaliger Kolonien und Halbkolonien, also den wirtschaftlich schwach entwickelten Regionen sein werden. Wenn man diese Zahlen mit dem Stand der Bevölkerung dieser wirtschaftlich schwach entwickelten Regionen im Jahre 1950 vergleicht, dann kann man die relative und absolute Bedeutung des Bevölkerungswachstums feststellen. 1950 betrug die Bevölkerungszahl dieser Gebiete rund 1,6 Milliarden Menschen, also immerhin schon etwa 65 Prozent der Weltbevölkerung. Bis zum Jahre 2000 wird sich die Bevölkerungszahl dieser Regionen jedoch voraussichtlich verdreifachen und damit 77,6 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen.<sup>1</sup> Diese Sachlage hat seit einigen Jahren die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler verschiedener Disziplinen in verstärktem Maße auf die Bevölkerungsfrage gelenkt. Solche prinzipiellen Problemstellungen wie der Charakter der Bevölkerungsbewegung und die Probleme der Regulierung des Bevölkerungswachstums usw. wurden aktueller denn je. Beobachtet man die Bevölkerungsbewegung über eine relativ lange Zeit, läßt sich bereits auf den ersten Blick eine gewisse Irregularität des Wachstumstempos der Bevölkerung feststellen. Das gilt gleichermaßen im Weltmaßstab wie im Verhältnis der einzelnen Regionen untereinander. Die folgende Tabelle zeigt die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung in den stärker entwickelten Regionen, den schwächer entwickelten Regionen sowie in der gesamten Welt im Zeitraum von 1750 bis 2000 (pro 1000).<sup>2</sup>

Periode	Welt	stärker entwickelte Regionen	schwächer entwickelte Regionen
1750 - 1800	4	4	4
1800 - 1850	5	7	5
1850 - 1900	5	10	3
1900 - 1950	8	8	8
1950 - 2000	19	11	23

1 The World Population Situation in 1970, hg. v. United Nations Organisation, New York 1971, S. 3.

2 Angaben nach: ebenda, S. 4.

Aus dieser Tabelle ist die Unregelmäßigkeit des Bevölkerungswachstumstempos ersichtlich. Besonders aber ist eine solche Ungleichmäßigkeit in den schwächer entwickelten Regionen zu beobachten. Während dieses Tempo in beiden Regionen im Zeitraum von 1750 bis 1800 nahezu völlig gleich ist, vollzieht sich das Wachstum im 19. Jahrhundert in den stärker entwickelten Regionen viel schneller als in den schwächer entwickelten Regionen (1850 bis 1900 beläuft sich der prozentuale Zuwachs auf mehr als das Dreifache). Danach aber, im 20. Jahrhundert, erfährt die Wachstumsrate der Bevölkerung in den schwächer entwickelten Gebieten eine Beschleunigung und ist bereits jetzt doppelt so hoch wie das der stärker entwickelten Regionen.

Das Problem besteht nun darin: Ist die Bevölkerungsbewegung überhaupt bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterworfen? Wenn ja, welchen Charakter tragen diese Gesetzmäßigkeiten? Handelt es sich dabei um primär biologische Gesetze wie etwa bei der Vermehrung aller anderen Lebewesen, oder sind diese Gesetze in entscheidendem Maße sozial bedingt? Ist die Bevölkerungsbewegung regulierbar oder nicht?

Um die Antwort auf diese Frage zu finden, sind prinzipielle methodologische Überlegungen erforderlich, in deren Mittelpunkt die Beziehung zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der Produktionsweise steht. Ist das Bevölkerungswachstum eine natürliche und von der jeweiligen Produktionsweise unabhängige Variable? Determiniert das Bevölkerungswachstum den Charakter der Produktionsweise, oder bestimmt umgekehrt die Produktionsweise Bevölkerungswachstum, -struktur, -quantum usw.? Bilden Bevölkerungswachstum und -quantum die Voraussetzung für eine bestimmte Produktionsweise, oder bestimmt die Produktionsweise Bevölkerungsquantum, -struktur und Wachstumstempo? Die Entscheidung in diesen Grundsatzfragen bildet die methodologische Basis bei der Untersuchung der Bevölkerungsgesetze und zugleich auch das theoretische Fundament für bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Regulierung der demographischen Prozesse. Zweifellos hängt die Wirksamkeit dieser Maßnahmen vom Grad der Exaktheit der erworbenen Kenntnisse der Bevölkerungsgesetze ab, der seinerseits von der Art des Herangehens an die Bevölkerungsfrage bestimmt wird. Namhafte bürgerliche Demographen betrachten die Bevölkerungsbewegung als einen biologischen Naturprozeß und damit die Bevölkerungsgesetze auch nur als rein biologische Gesetze, die unabhängig von der Gesellschaft entstehen und wirken. Das klassische Beispiel für diese Auffassung bietet Malthus - eine Auffassung, die sich in verschiedenen Spielarten in der bürgerlichen Demographie bis in die Gegenwart erhalten hat.

Raymond Pearl betrachtete zum Beispiel die Vermehrung nach einer "logistischen Kurve" als ein Naturgesetz. Das sei das allgemeine Gesetz der Vermehrung aller Lebewesen, darunter auch der Menschen. "Sein Gesetz gilt ... für das organische Wachstum von Insekten, Ratten, Kürbissen und für das Wachstum ganzer Populationen von Kaulquappenschwänzen, Hefepilzen, Fliegen und am Ende auch den Menschen."<sup>3</sup>

Vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus ist eine solche Auffassung wissenschaftlich unhaltbar; denn der Mensch kann sich nur in der Gesellschaft vereinzeln, aber auch vermehren. "Der Mensch ist im wörtlichsten Sinne ein zoon politikon, nicht nur ein geselliges Tier, sondern ein Tier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann."<sup>4</sup>

Die Gesellschaft bildet die entscheidende Vorbedingung der Existenz und auch der Vermehrung der Menschen. Gerade darin unterscheidet sich ja die Entwicklung des Menschen von der aller anderen Lebewesen. Abstrahiert man den Vermehrungsprozeß der Menschen von der Gesellschaft, entzieht man ihm das Fundament. Ohne die Einbeziehung des Faktors Gesellschaft bliebe die Bevölkerungsbewegung im luftleeren Raum. Daher gehen Theorien, die die Bevölkerungsbewegung als eine von der Gesellschaft unabhängige Variable betrachten,

3 Mackenroth, Gerhard, Bevölkerungswachstum, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1953, S. 310.

4 Marx, Karl, Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 616.

an der Wirklichkeit vorbei, und sie sind dementsprechend unwissenschaftlich. Wir werden später wieder auf dieses Problem zurückkommen. An dieser Stelle wollen wir aber vorwegnehmen, daß der Faktor Gesellschaft bzw. soziales Milieu als unentbehrliche Bedingung der Fortpflanzung des Menschen anzusehen ist, was keineswegs bedeutet, daß die Marxistendie biologischen Aspekte der Bevölkerungsbewegung und der Bevölkerungsgesetze vernachlässigen bzw. übersehen. Sie betrachten den Menschen als biosoziales Wesen. "Als biosoziales Wesen", stellt der sowjetische Wissenschaftler I. T. Frolov fest, "ist der Mensch einheitlich."<sup>5</sup> Der Schlüssel zur Untersuchung der Bevölkerungsfrage liegt gerade in der Untersuchung der Wechselwirkung zwischen den biologischen und sozialen, den natürlichen und historischen Aspekten dieser Frage. Es muß jedoch zugegeben werden, daß dieser komplexe Charakter des Bevölkerungsproblems in unserer demographischen Forschung nicht immer hinreichend berücksichtigt wird. "Einige Gesellschaftswissenschaftler neigen dazu", stellt B. L. Astaurov, Direktor des Instituts für Evolutionsbiologie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, fest, "die biologischen Wurzeln der sozialen Erscheinungen zu vergessen und ausschließlich die sozialen Gesetzmäßigkeiten zu betonen. Von diesem Standpunkt aus wurden sehr viele Erscheinungen, die von biologischen Faktoren keineswegs unabhängig sind, ausschließlich aus der Sicht ihrer Abhängigkeit von den sozialen Gesetzmäßigkeiten betrachtet. Andererseits wird von Genetikern und Biologen zuweilen das soziale Moment unterschätzt."<sup>6</sup>

Seinerzeit wies auch Marx auf die Relation zwischen den natürlichen und sozialen Aspekten der Bevölkerungsgesetze hin. In seiner Kritik an Malthus, der nur biologisch-natürliche Aspekte der Bevölkerungsbewegung sah und von den historisch sozialen Aspekten abstrahierte, hat Marx die prinzipiellen Beziehungen zwischen diesen beiden Aspekten der Bevölkerungsbewegung wie folgt formuliert: "Er ist es, der abstrahiert von diesen bestimmten historischen Gesetzen der Populationsbewegungen, die da die Historia der Natur des Menschen, die natürlichen Gesetze sind, aber nur natürliche Gesetze der Menschen auf bestimmter historischer Entwicklung, mit durch seinen eignen Geschichtsprozeß bestimmter Entwicklung der Produktivkräfte."<sup>7</sup> Die Untersuchung der Bevölkerungsbewegung von diesem Standpunkt aus ist selbstverständlich viel komplizierter, als wenn man einfach eine dieser beiden Komponenten wegläßt. Aber nur auf der Basis dieser Wechselbeziehungen ist ein wissenschaftliches Herangehen an die Bevölkerungsfrage möglich; denn hier liegt die Ausgangsstelle zur Aufdeckung der Bevölkerungsgesetze. In diesem Komplex nimmt die Relation zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der Produktionsweise eine hervorragende Stelle ein. Das soziale Milieu beruht auf einer dynamischen Variablen, dem System der gesellschaftlichen Produktion, das seinerseits einem historisch gesetzmäßigen Wandel unterliegt. Die Entscheidungsfrage besteht nun darin, ob bzw. inwieweit die Dynamik der Produktionsweise den Charakter der Bevölkerungsbewegung bestimmt oder ob bzw. inwieweit umgekehrt die Bevölkerungsbewegung zur Änderung und Entwicklung der Produktionsweise führt. Was die Entwicklungsländer bzw. die vorkapitalistische Produktionsweise oder die Agrargesellschaften (trotz ihrer Nuancierungen) angeht, so beantworten eine Reihe von bürgerlichen Wissenschaftlern die Frage nach der Beziehung der Bevölkerung und der Produktionsweise eindeutig zugunsten des determinierenden Charakters der Population. Einige andere bürgerliche Wissenschaftler verneinen die kausalen Beziehungen zwischen dem Bevölkerungswachstum und der ökonomischen Entwicklung. Zu ersteren gehören zum Beispiel die dänische Wissenschaftlerin Esther Boserup und der britische Wissenschaftler Colin Clark. Die zweite Linie wird unter anderem vom amerikanischen Wissenschaftler Daniel Neumark vertreten. Betrachten wir nun diese zwei praktisch entgegengesetzten bürgerlichen Arten des Herangehens an die Bevölkerungsfrage etwas näher.

5 Social'nye i biologičeskie faktory razvitiya čeloveka, in: Voprosy filosofii, Nr. 9/1972, zit. nach: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, Nr. 12/1972, S. 1320.

6 Ebenda, S. 1313.

7 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 500.

Esther Boserup faßt in ihrem Buch "The Conditions of Agricultural Growth" die Bevölkerung als eine unabhängige Variable auf, als "Autonomous", die die Entwicklung der Landwirtschaft determiniert. In deutlicher Abgrenzung gegenüber Malthus formuliert sie ihre Behauptung wie folgt: "The approach of the present study is the opposite one (opposite to Malthus - P. K.). It is based throughout upon the assumption - which the author believes to be the more realistic and fruitful one - that the main line of causation is in the opposite direction: population growth is here regarded as the independent variable which in its turn is a major factor determining agricultural developments."<sup>8</sup>

Boserup wiederholt diese Behauptung in ihrem Buch oft und präzisiert sie wie folgt: "One of the main contentions of this book is that the growth of population is a major determinant of technological change in agriculture."<sup>9</sup> Boserup betrachtet ihre Behauptung als Hypothese, die besser als die "traditionelle Theorie der Autonomie der technischen Entwicklung" den Tatsachen entspreche. Diese Hypothese entwickelt sich bei Colin Clark zu einer Theorie. Er hielt die Bevölkerung - zumindest in den Agrargesellschaften - in der Regel für den determinierenden Faktor, für die Ursache der technischen und auch politischen Änderungen. "In the great majority of cases, however, it is population change which is the cause, and technical and political change the consequence."<sup>10</sup>

Bei Clark bildet das Bevölkerungswachstum nicht nur die Ursache der technischen und politischen Änderungen, sondern in der Regel auch die Ursache für die Änderung der "Anbaumethode", der "sozialen und ökonomischen Verhältnisse".<sup>11</sup>

Bereits im Vorwort seines Buches formuliert er sehr klar seine Auffassung von der Rolle des Bevölkerungswachstums wie folgt: "Population growth has taken place, and will continue, because of improvement in medical knowledge and practice. It brings economic hardship to communities living by traditional methods of agriculture; but it is the only force powerful enough to make such communities change their methods, and in the long run transforms them into much more advanced and productive societies."<sup>12</sup>

Sowohl Boserup als auch Clark berufen sich bei ihren Behauptungen auf den psychologischen Druck, da der Mensch keine intensivere Methode und keine bessere Technik anzuwenden bereit sei, solange er nicht dazu gezwungen werde.<sup>13</sup> Dieses Postulat ist Ausgangspunkt aller Folgerungen und Behauptungen.

"They (the people) would only initiate such changes when compelled to do so by increasing population pressure."<sup>14</sup>

Sowohl Boserups Hypothese als auch Clarks These hinsichtlich der determinierenden Rolle des Bevölkerungswachstums beruhen offensichtlich auf dem berühmten "fundamental psychological postulate" von Dusenberry, wonach die Menschen gegen die Senkung ihres Lebensstandards Widerstand leisten. Es war Albert O. Hirschmann, der bereits 1958, gestützt auf Dusenberrys Theorie, seine Thesen über die determinierende Rolle des Bevölkerungswachstums im Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums der Entwicklungsländer und den Mechanismus dieser Beziehungen entwickelte.<sup>15</sup>

8 Boserup, Esther, The Conditions of Agricultural Growth. The Economics of Agrarian Change under Population Pressure, London 1965, S. 11.

9 Ebenda, S. 56.

10 Clark, Colin, Population Growth and Land Use, London/Basingstoke 1970, S. 134.

11 Vgl. ebenda, S. 253.

12 Ebenda, Vorwort.

13 Vgl. Boserup, Esther, a. a. O., S. 67 ff.; vgl. auch Clark, Colin, a. a. O., S. 133 ff.

14 Clark, Colin, a. a. O., S. 134.

15 Hirschmann, Albert O., The Strategy of Economic Development, New Haven/London 1964, S. 177.

Er geht davon aus, daß die Menschen, um ihren Lebensstandard auch nur aufrechtzuerhalten, durch das Bevölkerungswachstum gezwungen werden, Aktivitäten zu entfalten, ihre Fähigkeiten zu erweitern und die Möglichkeiten des ökonomischen Wachstums, die zwar vorher bestanden, aber ungenutzt blieben, nun auszuschöpfen.

Im Gegensatz zu Boserup und Clark verneinen eine Reihe von bürgerlichen Wissenschaftlern die Existenz kausaler Beziehungen zwischen dem Bevölkerungswachstum und dem ökonomischen Entwicklungsstand bzw. den Einfluß des Bevölkerungswachstums auf das wirtschaftliche Wachstum. Ein typisches Beispiel dafür ist der amerikanische Ökonom Neumark, der in einer Analyse über die Auswirkungen des Sklavenhandels auf Afrika zwischen dem Rückgang der dortigen Bevölkerung und der rückständigen ökonomischen Entwicklung dieses Kontinents keine Zusammenhänge zu erkennen glaubt. Er geht darin sogar so weit, daß er überhaupt zwischen dem Bevölkerungsquantum und dem wirtschaftlichen Wachstum keine kausalen Beziehungen sieht. Er sagt: "Even if the slave trade tended to reduce population density, it is still not certain that, had there been no slave trade, a higher level of economic development would have been attained. There is no causal relationship between the size of a country's population and its level of economic development."<sup>16</sup>

Soviel über zwei wesentliche Spielarten des bürgerlichen Herangehens an die Bevölkerungsfrage: Die eine schreibt dem Bevölkerungswachstum die determinierende Rolle bei der ökonomischen Entwicklung zu, und die andere ignoriert jegliche Beziehungen zwischen Bevölkerungswachstum und ökonomischer Entwicklung. Beide Arten des Herangehens sind einseitig, undialektisch und werden daher dem Forschungsgegenstand nicht gerecht. Zwar lassen sich - darin ist Neumark zuzustimmen - keine kausalen Zusammenhänge zwischen dem Bevölkerungsquantum und dem ökonomischen Entwicklungsstand nachweisen. Aber dennoch bestehen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf die ökonomische Entwicklung, die nicht negiert werden dürfen; denn zweifellos ist die Bevölkerung eine unentbehrliche Voraussetzung einer jeden Gesellschaft. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß Bevölkerung und Bevölkerungswachstum einen wichtigen Faktor ausmachen, der die gesellschaftliche Entwicklung erleichtert oder erschwert. Dafür bilden die Entwicklungsländer selbst ein prägnantes Beispiel. Jedoch können Bevölkerungswachstum und Bevölkerungsdichte, entgegen den Behauptungen von Clark und Boserup, nicht als determinierendes Element der Entwicklung und Änderung der technischen und politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse gelten. Wäre das Bevölkerungswachstum die Haupttriebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung, dann müßten eine größere Bevölkerungszahl und eine höhere Bevölkerungsdichte stets auch mit einer fortgeschritteneren Technik und fortschrittlicheren gesellschaftlichen Verhältnissen verbunden sein, was jedoch durchaus nicht immer der Fall ist.

Betrachtet man das Bevölkerungswachstum als Hauptursache der technischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Änderungen, dann ließe das zwangsläufig darauf hinaus, das Bevölkerungswachstum als autonomen, von der Gesellschaft unabhängigen Vorgang zu werten. Betrachtet man aber den Prozeß des Bevölkerungswachstums als Autonomus, das heißt, abstrahiert man den Prozeß der Reproduktion der Bevölkerung vom sozialen Milieu, dann stellt man die Vermehrung der Menschen mit der aller anderen Lebewesen auf eine Stufe und reduziert sie auf einen gesellschaftsindifferenten Naturprozeß, der ewigen und abstrakten Naturgesetzen unterworfen ist. Der marxistische Wissenschaftler lehnt diese verabsolutierte und wirklichkeitsfremde Betrachtungsweise ab. Er geht an die Bevölkerungsfrage (nicht nur in bezug auf die Entwicklungsländer) prinzipiell ganz anders heran.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus betrachten zwar die natürlichen Bedingungen als Voraussetzung der Existenz und Vermehrung aller Lebewesen, sie unterscheiden jedoch zwischen den Existenz- und Vermehrungsbedingungen aller anderen Lebewesen und denjenigen

16 Neumark, Daniel, Foreign Trade and Economic Development in Africa, Stanford (California) 1954, S. 51.

des Menschen, da das soziale Milieu beim Menschen zum Unterschied von allen anderen Lebewesen die entscheidende Vorbedingung bildet. Marx hob hervor, daß der Mensch im Gegensatz zu Tier und Pflanze stets eine gesellschaftsbezogene Erscheinung ist und sich seine Aktionen immer nur in einer ganz bestimmten gesellschaftlichen Umweltsituation vollziehen können. Daher kann der Mensch stets nur auf dem Boden eines bestimmten historischen und sozialen Milieus erfaßt werden – ein Milieu, das ihn umgibt, in dem er lebt und sich vermehrt, kurz, in dem seine Existenz wurzelt. Dieses gesellschaftliche Milieu ist weit dynamischer als das natürliche Milieu. Der ständige Prozeß der Veränderung und Entwicklung, in dem es sich befindet, erfaßt zugleich auch unmittelbar den ihm angehörenden Menschen. Es ist eine historische, eine sich in überschaubaren Zeiträumen wandelnde Kategorie. Mit der Änderung des sozialen Milieus – der Produktionsweise – ändern sich auch die menschlichen Beziehungen, die Lebensart, die Wertmaßstäbe und damit auch die Vermehrungsgesetze; denn diese Gesetzmäßigkeiten sind eine historische Kategorie. Marx hat an verschiedenen Stellen diese Gedanken, die das Fundament jeder ernsthaften demographischen Forschung bilden, zum Ausdruck gebracht. Zum Beispiel lesen wir in den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie": "In verschiedenen gesellschaftlichen Produktionsweisen existieren verschiedene Gesetze der Population und Überpopulation."<sup>17</sup> Dieser Leitgedanke findet auch im "Kapital" seinen Niederschlag: "... wie in der Tat jede besondere historische Produktionsweise ihre besondern, historisch gültigen Populationsgesetze hat. Ein abstraktes Populationsgesetz existiert nur für Pflanze und Tier."<sup>18</sup>

Was Marx darüber in knapper Form formulierte, wurde später von Lenin ausführlich erläutert: "Marx stellt in dieser Beziehung den Menschen deshalb der Pflanze und dem Tier gegenüber, weil der Mensch in verschiedenartigen, in der Geschichte einander ablösenden sozialen Organismen lebt, die durch das System der gesellschaftlichen Produktion und folglich auch der Verteilung bestimmt werden. Die Bedingungen für die Vermehrung des Menschen hängen unmittelbar von der Struktur der verschiedenen sozialen Organismen ab, und deshalb muß man das Bevölkerungsgesetz für jeden derartigen Organismus gesondert untersuchen und darf die Untersuchung nicht 'abstrakt', ohne Beziehung zu den historisch verschiedenartigen Formen der gesellschaftlichen Ordnung führen."<sup>19</sup> Nach diesem von Marx und Lenin formulierten Grundsatz betrachtet die marxistisch-leninistische Demographie die Bevölkerungsbewegung, ihren Mechanismus, ihre Gesetzmäßigkeiten und ihren Trend nicht als einen ahistorischen, von der Gesellschaft losgelösten Naturprozeß, sondern als einen Vorgang, der sich in einer bestimmten Gesellschaftsordnung vollzieht. Im unlösbaren Zusammenhang damit steht in der marxistisch-leninistischen Art des Herangehens an die Bevölkerungsfrage die enge Wechselbeziehung zwischen der Bevölkerungsbewegung und der jeweiligen konkreten Produktionsweise, die für die Bevölkerungsbewegung von entscheidender Bedeutung ist und ihr in jedem Falle spezifische, konkrete und historisch bedingte Gesetzmäßigkeiten verleiht. Daraus ist ersichtlich, daß beim marxistisch-leninistischen Herangehen an die Bevölkerungsfrage in erster Linie die Wechselbeziehung zwischen der Produktionsweise und der Bevölkerung im Mittelpunkt steht. Die Bevölkerung fungiert immer und in jeder Gesellschaftsordnung als Produzent und Konsument.

Als Produzent und Konsument aber steht die Bevölkerung in untrennbarer Beziehung zu Produktion und Konsumtion, also zum Reproduktionsprozeß. Mit der Entwicklung und Änderung einer Produktionsweise ändern sich auch die Produzenten und Konsumenten sowohl qualitativ als auch quantitativ, was wiederum entscheidend auf den Reproduktionsprozeß zurückwirkt. Damit steht die Bevölkerungsforschung in untrennbarer Beziehung vor allem zur Wirt-

17 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 498.

18 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1969, S. 660.

19 Lenin, W. I., Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung, in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 471.

schaftswissenschaft und dabei in erster Linie zur Politökonomie. Diese Beziehung zur politischen Ökonomie kommt eindeutig bei Marx zum Ausdruck: "Wenn wir ein gegebenes Land politisch-ökonomisch betrachten, so beginnen wir mit seiner Bevölkerung, ihrer Verteilung in Klassen, Stadt, Land, See, in verschiedenen Produktionszweigen, Aus- und Einfuhr, jährlicher Produktion und Konsumtion, Warenpreisen etc. Es scheint das Richtige zu sein, mit dem Realen und Konkreten, der wirklichen Voraussetzung zu beginnen, also z. B. in der Ökonomie mit der Bevölkerung, die die Grundlage und das Subjekt des ganzen gesellschaftlichen Produktionsakts ist. Indes zeigt sich dies bei näherer Betrachtung [als] falsch. Die Bevölkerung ist eine Abstraktion, wenn ich z. B. die Klassen, aus denen sie besteht, weglasse. Diese Klassen sind wieder ein leeres Wort, wenn ich die Elemente nicht kenne, auf denen sie beruhen. Z. B. Lohnarbeit, Kapital etc. Diese unterstellen Austausch, Teilung der Arbeit, Preise etc. Kapital z. B. ohne Lohnarbeit ist nichts, ohne Wert, Geld, Preis etc. Finge ich also mit der Bevölkerung an, so wäre das eine chaotische Vorstellung des Ganzen, und durch nähere Bestimmung würde ich analytisch immer mehr auf einfachere Begriffe kommen; von dem vorgestellten Konkreten auf immer dünnere Abstrakta, bis ich bei den einfachsten Bestimmungen angelangt wäre. Von da wäre nun die Reise wieder rückwärts anzutreten, bis ich endlich wieder bei der Bevölkerung anlangte, diesmal aber nicht als bei einer chaotischen Vorstellung des Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen."<sup>20</sup>

Diese Beziehung zur politischen Ökonomie bildet die Basis des marxistisch-leninistischen Herangehens an die Bevölkerungsfrage. Auf dieser Basis berücksichtigt es voll und ganz die Faktoren des Überbaus und dessen Einflüsse auf diesen Komplex. So hat das marxistisch-leninistische Herangehen an die Bevölkerungsfrage von vornherein einen komplexen Charakter, in dem die immanenten Gesetze der bestehenden Produktionsweise von determinierender Bedeutung sind. Jede Produktionsweise steckt durch ihre innere Dynamik die Möglichkeiten und Grenzen ab, ein bestimmtes Quantum an Bevölkerung zu beschäftigen, zu ernähren und seine Bedürfnisse im weitesten Sinne zu befriedigen. So hängt die Größe des Spielraums für die Reproduktion des Menschen weitgehend von den vorhandenen Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten, den Grundlagen der Nahrungsmittelbeschaffung wie überhaupt von der Erfüllung der materiellen Bedürfnisse des Menschen ab. Entsprechend dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der Produktionsweise und der Produktionsbedingungen kann dieser Spielraum größer oder kleiner sein.

Die Bevölkerungsbewegung in Europa als dem Labor der demographischen Forschung in den letzten zwei- bis dreihundert Jahren stellt ein exemplarisches Beweisstück für die Richtigkeit des marxistischen Herangehens an die Bevölkerungsfrage dar. In Europa, mit England als klassischem Beispiel, wurde mit der Entstehung und Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die traditionelle Bevölkerungsstabilisierung zerstört. Die Bevölkerung nahm rasch zu, und nach einer Übergangsperiode kam es zu einer qualitativ neuen Bevölkerungsstabilisierung.

Die ökonomische Entwicklung, wie sie sich in den europäischen Ländern mit England als Ausgangspunkt vollzog, findet ihre Parallele in einer sich wandelnden Bevölkerungsbewegung und -struktur bei entsprechender Modifikation der Gesetzmäßigkeiten.

Zwischen dem in Europa gegenwärtig stabilisierten und mäßigen Bevölkerungswachstum, das durch eine relativ niedrige Geburten- und Sterbeziffer gekennzeichnet ist, und dem vor-kapitalistischen stabilisierten Bevölkerungswachstum, das mit einer hohen Sterbe- und Geburtenziffer einherging, besteht ein qualitativer Unterschied. Die Bevölkerungsstruktur in beiden Stabilisierungsphasen ist völlig unterschiedlich. Dies erklärt sich aus dem qualitativen Unterschied zwischen den Produktionsweisen. Nicht nur am klassischen Beispiel England liefert die Bevölkerungsbewegung in Europa den Beweis für die Richtigkeit der Marx'schen Grundthese über die entscheidende Rolle der Produktionsweise bei der Bevölke-

<sup>20</sup> Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 21.

rungsbewegung, sondern die Untersuchung der Bevölkerungsbewegung führt auch für jedes andere Land zum gleichen Ergebnis.

So stellt zum Beispiel Rosa Luxemburg in einer Analyse der Bevölkerungssituation Frankreichs Ende des 19. Jahrhunderts fest, daß der rasche Rückgang der Bevölkerungswachstumsrate auf die gesellschaftliche Situation zurückging. Sie führt dazu aus: "Als die unmittelbare Hauptursache dieser Erscheinung wird das bekannte französische Zweikindersystem, das besonders von dem Kleinbürgertum beobachtet wird, hingestellt. Aber die erzwungene geschlechtliche Enthaltsamkeit einer ganzen großen Volksklasse hat ihre tiefen Gründe in den sozialen, vor allem in den materiellen, wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Nation. Es ist nichts anderes als die materielle Not, die Schwierigkeit des Kampfes ums Dasein und die Unsicherheit der Existenz, die Millionen des Volkes zwingen, in widernatürlicher Weise dem physiologischen Trieb zur Vermehrung zu entsagen und so die Daseinsbasis der ganzen Nation zu untergraben."<sup>21</sup>

Die determinierende Wirkung der Produktionsweise auf die Bevölkerungsbewegung ist nicht auf England oder Frankreich beschränkt, und sie ist nicht nur für den Kapitalismus gültig. Sie gilt stets und überall auf der Welt.

Dieser kausale Zusammenhang trifft ebenfalls auf diejenigen Gesellschaftsformen zu, die Colin Clark als Agrargesellschaften bezeichnet. Im Gegensatz zu Clarks Behauptung hat sich das Bevölkerungswachstum in diesen Gesellschaften kaum auf die technische, politische und ökonomische Entwicklung ausgewirkt. Umgekehrt aber beeinflussten ökonomische Veränderungen und technische Entwicklungen die dortige Bevölkerungsbewegung. Friedrich Engels hat bereits in seinem Buch "Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" eine Fülle an Beispielen gerade in bezug auf die "Agrargesellschaften" geliefert. Wir lesen zum Beispiel bei der Darstellung der "Oberstufe der Barbarei" folgendes:

"Vor allem tritt uns hier zuerst entgegen die eiserne, von Vieh gezogene Pflugschar, die den Ackerbau auf großer Stufe, den Feldbau, möglich machte, und damit eine für damalige Verhältnisse praktisch unbeschränkte Vermehrung der Lebensmittel; damit auch die Ausrottung des Waldes und seine Verwandlung in Ackerland und Wiese - die wieder, auf großem Maßstab, ohne die eiserne Axt und den eisernen Spaten unmöglich blieb. Damit kam aber auch rasche Vermehrung der Bevölkerung und dichte Bevölkerung auf kleinem Gebiet."<sup>22</sup>

Aus dieser Äußerung geht eindeutig die bestimmende Rolle der Produktionsweise im Komplex Bevölkerung - Produktionsweise hervor. Es ist jedoch falsch zu behaupten, daß die Klassiker des Marxismus-Leninismus nur eine einseitige Beziehung zwischen der Produktionsweise und der Bevölkerung herstellen und den Einfluß der Bevölkerungsbewegung auf die Produktionsweise ignorieren. Sie betrachten vielmehr dieses Verhältnis in seiner dialektischen Wechselwirkung. Einerseits determiniert die Produktionsweise die Bevölkerungsbewegung und die Bevölkerungsgesetze. Andererseits ist aber eine gewisse Bevölkerungszahl und -dichte materielle Existenzbedingung jeder Produktionsweise und Voraussetzung für die Arbeitsteilung innerhalb einer bestimmten Gesellschaft. Marx formuliert diesen Gedanken wie folgt: "Wie für die Teilung der Arbeit innerhalb der Manufaktur eine gewisse Anzahl gleichzeitig angewandter Arbeiter die materielle Voraussetzung bildet, so für die Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft die Größe der Bevölkerung und ihre Dichtigkeit, die hier an die Stelle der Agglomeration in derselben Werkstatt tritt."<sup>23</sup> Dabei ist zu bemerken, daß das als Voraussetzung einer bestimmten Produktionsweise notwendige Quantum der Bevölkerung keine selbständige Größe darstellt.

21 Luxemburg, Rosa, Wirtschaftliche und sozialpolitische Rundschau, in: Gesammelte Werke, Bd. 1, T. 1, Berlin 1970, S. 311.

22 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1969, S. 34.

23 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 373 (Hervorhebung - P. K.).

Das erklärt sich daraus, daß keine Produktionsweise losgelöst von der vorhergehenden auftreten kann. Sämtliche materiellen Existenzbedingungen der neuen Produktionsweise, das heißt auch die notwendige Bevölkerungszahl, entfalten sich im Schoße der vorhergehenden Produktionsweise, wobei sie zugleich jedoch die Entwicklung der neuen Produktionsweise herausfordern und beschleunigen.<sup>24</sup> In diesem Sinne ist die Bevölkerung als Voraussetzung der Produktionsweise zu verstehen. Selbstverständlich ist dabei die Bevölkerungszahl als Voraussetzung der Produktionsweise keine starre Konstante. Sie bewegt sich vielmehr zwischen einem bestimmten Minimum und Maximum. Sollte diese Anzahl aus irgendeinem Grunde das Maximum übersteigen oder unter das Minimum absinken, dann übt die Bevölkerung nicht länger eine die Entwicklung beschleunigende Wirkung auf die Produktionsweise aus, sondern wird im Gegenteil zu einem retardierenden und hemmenden Faktor. Gerade die Geschichte der Entwicklungsländer liefert für diese These zuverlässige Beweise. Das übermäßige Wachstum bzw. der Rückgang der Bevölkerung in den Entwicklungsländern war und ist in der Regel durch Faktoren bedingt, die, auf diese Länder bezogen (nicht jedoch auf das System, zu denen diese Länder gehören), von exogenem Charakter sind. Der Rückgang der Bevölkerung Afrikas zum Beispiel durch den exogenen Sklavenhandelsfaktor während des 16. bis 19. Jahrhunderts hat die ökonomische Entwicklung Afrikas im Gegensatz zu der Behauptung Neumarks negativ beeinflusst.

In der Zeitspanne von 1650 bis 1800 ist die Bevölkerung Afrikas nach den Schätzungen Sir Alexander Carr-Saunders von 100 Millionen auf 90 Millionen zurückgegangen.<sup>25</sup> Von diesem Rückgang durch Sklavenhandel war in erster Linie die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter betroffen. Die jungen Afrikaner wurden als Sklaven gejagt. Das hat zwangsläufig eine Reihe von demographischen Effekten hervorgerufen, die wiederum negativ auf die ökonomischen Prozesse wirkten.

Die Versklavung der jungen Afrikaner hat das traditionelle Gleichgewicht zwischen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und der gesamten Bevölkerung zerstört. Der unmittelbare ökonomische Effekt dieser Zerstörung war die Liquidierung des traditionellen Gleichgewichts zwischen Produzenten und Konsumenten. Eine von überkommenen Traditionen beherrschte, relativ stagnierende Wirtschaft ist durch rückständige, primitive Produktivkräfte gekennzeichnet. Die Funktionstüchtigkeit einer solchen Wirtschaft setzt ein ihr adäquates Zahlenverhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten voraus. Jede Zerstörung dieses Zahlenverhältnisses beschwört ihren Ruin herauf. So ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß zahlreiche Dorfgemeinden und damit eine Reihe traditioneller Hausindustrien in Afrika während der Periode des Sklavenhandels ruiniert und vernichtet wurden.<sup>26</sup>

Aber nicht nur der übermäßige Rückgang, sondern auch das übermäßige Wachstum der Bevölkerung (übermäßig im Verhältnis zu den Möglichkeiten und Grenzen der Produktionsweise) wirkt sich auf die Entwicklung der Produktionsweise negativ aus. Das rasche Wachstum der Bevölkerung in den Entwicklungsländern seit Anfang des 20. Jahrhunderts und besonders seit der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts steht in kausalem Zusammenhang mit dem historischen Prozeß der Kapitalexpansion. Die in den Kolonien und Halbkolonien eingeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Verwertungsbedingungen des exportierten Kapitals, so unter anderem die medizinisch-hygienischen Maßnahmen, beeinflussten spontan die Bevölkerungsbewegung, indem sie eine rückläufige Tendenz der Sterblichkeitsziffer bewirkten. Da aber der Kapitalexport im ureigenen Interesse, das heißt im Interesse möglichst hoher Profitra-

24 Vgl. derselbe, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 9.

25 The Determinants and Consequences of Population Trend, hg. v. United Nations Organisation, New York 1953, S. 11.

26 Vgl. dazu u. a. Bittmann, Otto, Stand und Entwicklung einiger Bereiche der technischen Infrastruktur in den Entwicklungsländern Tropisch-Afrikas in ihrer Beziehung zu den allgemeinen wirtschaftlichen Veränderungen, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1970, S. 12.

ten aufgrund möglichst billiger Arbeitskräfte, die traditionelle Produktionsweise nicht antastet, sondern vielmehr konserviert, bleibt auch die ihr adäquate hohe Geburtenrate bestehen. Das Resultat ist ein rasches Wachstum der Bevölkerung in einer überwiegend konservierten und stagnierenden Wirtschaft. Diese Situation hat den Druck der Bevölkerung auf die Nahrungsmittel, Beschäftigungsmittel, Akkumulationsmittel usw. zur unmittelbaren Folge. Sie werden wiederum den Prozeß des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern entscheidend hemmen.

Die Basis des marxistisch-leninistischen Herangehens an die Bevölkerungsfrage ist also die dialektische Wechselwirkung zwischen der Produktionsweise und der Bevölkerung. Die konkrete Bevölkerungsbewegung ist durch die konkrete historische Produktionsweise bedingt, wobei die Bevölkerungsbewegung wiederum je nach Lage der Dinge negativ oder positiv auf die bestehende Produktionsweise einwirkt. Diese dialektische Wechselwirkung bezeichnen wir als Gesetz der Systembedingtheit der Bevölkerungsbewegung. Die Kompliziertheit der gesellschaftlichen Entwicklung und die Wirkung vielfältiger Faktoren, die eine Fülle sich durchkreuzender Tendenzen bei der Bevölkerungsbewegung hervorrufen, lassen nicht immer dieses Gesetz klar erkennen. Aber schließlich bricht dieses Gesetz immer wieder durch. Einige Aspekte, die es beim Gesetz der Systembedingtheit zu berücksichtigen gilt und die unserer Meinung nach zu den methodischen und inhaltlichen Bestandteilen des Herangehens an die Bevölkerungsfrage gehören, seien hier kurz unter besonderer Bezugnahme auf die Entwicklungsländer aufgezählt:

Erstens: Je komplizierter ein Gesellschaftsorganismus ist, das heißt, je höher eine Produktionsweise entwickelt ist, desto komplizierter und damit schwerer durchschaubar wirkt auch das Gesetz der Systembedingtheit der Bevölkerungsbewegung. Das erklärt sich daraus, daß die gesellschaftlichen Produktionsorganismen auf einer niedrigen Stufenleiter der Entwicklung generell viel einfacher sind als die gesellschaftlichen Organismen auf einer höheren Stufenleiter der Entwicklung, die durch die Mannigfaltigkeit der sich darin vollziehenden Prozesse ihrer vielseitigen aufeinander wirkenden Faktoren schwerer durchschaubar sind als die niedrigen Gesellschaftssysteme. Marx hat schon auf diesen Unterschied deutlich hingewiesen. Er sagt: "Jene alten gesellschaftlichen Produktionsorganismen sind außerordentlich viel einfacher und durchsichtiger als der bürgerliche, aber sie beruhen entweder auf der Unreife des individuellen Menschen, der sich von der Nabelschnur des natürlichen Gattungszusammenhangs mit andren noch nicht losgerissen hat, oder auf unmittelbaren Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen. Sie sind bedingt durch eine niedrige Entwicklungsstufe der Produktivkräfte der Arbeit und entsprechend befangene Verhältnisse der Menschen innerhalb ihres materiellen Lebenserzeugungsprozesses, daher zueinander und zur Natur."<sup>27</sup>

Entsprechend dem Grad der Kompliziertheit der Produktionsweise sind auch die Verhältnisse zwischen der Produktionsweise und der Bevölkerung einfacher oder komplizierter, deutlicher oder undurchsichtiger. Je höher das Entwicklungsniveau eines Gesellschaftssystems ist, um so verwickelter sind diese Verhältnisse, die Beziehungen zwischen der Bevölkerungsbewegung und der Produktionsweise. Die Vielzahl von Faktoren und Zwischengliedern verduckeln diese Beziehungen. Dadurch ist das Gesetz der Systembedingtheit in den Gesellschaften, die sich auf einer niedrigen Entwicklungsstufe befinden, relativ deutlicher, durchsichtiger und erkennbarer als dasselbe Gesetz in einer höheren Produktionsweise. Gerade deswegen ist die Aufdeckung der Bevölkerungsgesetze in den höheren Gesellschaftsordnungen viel schwerer und komplizierter als bei den primitiveren Gesellschaftsordnungen.

Zweitens: Jede Produktionsweise ist die dialektisch widerspruchsvolle Einheit der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse. Darüber hinaus bedingt die Produktionsweise den ungeheuren Überbau der Gesellschaft. Diese Kategorien wirken sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit auf die Bevölkerungsbewegung. Das heißt, die Beziehung zwischen der Pro-

27 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 93.

duktionsweise und der Bevölkerungsbewegung trägt von vornherein einen komplizierten Charakter. Jedoch ist der Grad der Kompliziertheit dieser Verhältnisse von Gesellschaftsform zu Gesellschaftsform unterschiedlich. Bei den Gesellschaftsformen mit niedrigem Entwicklungsstand lassen sich die Beziehungen zwischen den einzelnen oben erwähnten Kategorien und der Bevölkerung relativ leichter erkennen und Anhaltspunkte zur Erklärung bestimmter Aspekte des Gesetzes der Systembedingtheit der Bevölkerungsbewegung, zum Beispiel dem der Überpopulation, gewinnen.

Führen wir dieses Beispiel Überpopulation in diesem Zusammenhang näher aus:

Prinzipiell ist jede Produktionsweise durch ihre innere Dynamik, durch ihre inneren Möglichkeiten und Grenzen in der Lage, ein bestimmtes Bevölkerungsquantum zu absorbieren, das heißt zu beschäftigen und zu ernähren. Was darüber hinaus an Bevölkerung existiert, bleibt außerhalb der reproduktiven Bedingungen der Produktionsbasis und ist daher überschüssig.

Die reproduktiven Bedingungen der Produktionsbasis hängen in hohem Maße vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte ab. Daher bildet der Stand der Produktivkräfte einen wesentlichen Faktor für das Quantum der Bevölkerung. Je nach der Dynamik und dem Charakter der Produktivkräfte kann dieses Quantum groß oder klein, relativ konstant oder auch im Wachsen begriffen sein.

Was die Gesellschaftsformen mit niedrigerem Entwicklungsstand angeht, tragen diese Verhältnisse einen mehr oder weniger starren Charakter. Marx zum Beispiel schrieb in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die antiken Staaten folgendes: "Mangel an Produktivkraft machte die Bürgerschaft abhängig von einem gegebenen Zahlenverhältnis, an dem nicht gerührt werden durfte."<sup>28</sup> Wird dieses vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte angesetzte Bevölkerungslimit überschritten, dann haben wir es mit Überbevölkerung als einem Mißverhältnis zwischen Produktionsweise und Bevölkerungszahl zu tun, was unter Umständen den Bestand einer bestehenden Zivilisation gefährden kann. Marx äußerte diesbezüglich über die Reiche der alten Römer und Griechen: "Das ganze System dieser Staaten war auf einer bestimmten Beschränkung der Bevölkerungszahl aufgebaut, die nicht überschritten werden durfte, sollte nicht der Bestand der antiken Zivilisation selbst gefährdet werden."<sup>29</sup>

In primitiven Gesellschaftssystemen besteht also eine direkte Beziehung zwischen dem Grad der Entwicklung der Produktivkräfte und dem Bevölkerungsquantum. Die konkrete Gestalt der Überpopulation wird jedoch nicht allein durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, sondern gleichermaßen durch die Produktionsverhältnisse bestimmt. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus führen diese konkrete Gestalt auf die Form der Aneignung der fremden Arbeit zurück. Über diesen Aspekt des Problems und seine konkrete Gestalt kann man ausführliche Abhandlungen bei Marx, Engels und Lenin finden. Dabei haben sie sich nicht auf die Darstellung der konkreten Form der Überbevölkerung im Kapitalismus beschränkt. Sie sind auch auf den Klasseninhalt der Überbevölkerung in anderen Gesellschaftsordnungen eingegangen; so stellt zum Beispiel Lenin in einer Auseinandersetzung mit Struwe, der die Größe und natürliche Fruchtbarkeit des Bodenarsenals als entscheidende Kriterien der Überbevölkerung ansah, den Klassencharakter der Überbevölkerung im System der gutsherrlichen Wirtschaften wie folgt dar: "Die 'Bevölkerung' hat doch die von ihr gewonnenen Produkte der 'natürlichen Fruchtbarkeit' nicht ohne weiteres für sich selbst verbraucht, sie hat sie mit den Gutsherren und mit dem Staat geteilt. Ist es dann nicht klar, daß das jeweilige System der gutsherrlichen Wirtschaft - Fronzins oder Fronddienst, Ausmaß der Lasten und die Art

28 Derselbe, Erzwungene Emigration - Kossuth und Mazzini - Die Flüchtlingsfrage - Wahlbestechung in England - Mr. Cobden, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 543.

29 Ebenda.

und Weise ihrer Eintreibung usw. - die Größe der auf die Bevölkerung entfallenden 'Existenzmittel' unvergleichlich mehr beeinflusst hat als das Bodenareal, das sich nicht in der ausschließliche: und freien Verfügung der Produzenten befand?"<sup>30</sup>

Gerade weil die konkrete Gestalt der Überbevölkerung auf die konkrete Aneignungsform der fremden Arbeit und damit die Klassenverhältnisse zurückgeht, ist die Überbevölkerung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ unter den verschiedenen Klassenverhältnissen unterschiedlich.

"Eine Überpopulation von freien Atheniensern, die in Kolonisten verwandelt werden, ist von einer Überpopulation von Arbeitern, die in workhouse, immates verwandelt werden, bedeutend verschieden. Ebenso die bettelnde Überpopulation, die in einem Kloster ihr Surplus-produce verzehrt, von der, die sich in einer factory bildet."<sup>31</sup>

Eine wesentliche Schlussfolgerung, die aus diesen Grundsätzen gezogen werden kann, besteht darin, daß die Überbevölkerung - wie immer ihre Erscheinungsform auch beschaffen sein mag - aus der Aneignung fremder Arbeit entsteht und eine Kategorie der Klassengesellschaft ist. In einer sozialistischen Gesellschaft, der die Aneignung fremder Arbeit fremd ist, kann keine Überbevölkerung entstehen. Das bedeutet nicht, daß mit dem Übergang zur sozialistischen Produktionsweise über Nacht die Überbevölkerung als Erbe der Klassengesellschaft verschwunden ist. Wesentlich ist jedoch, daß die sozialistische Produktionsweise selbst keine Überbevölkerung hervorrufen kann.

Drittens: Das Gesetz der Systembedingtheit der Bevölkerungsbewegung soll nicht mechanisch aufgefaßt werden. Man darf es nicht so deuten, als ob sich mit dem Übergang von einer Produktionsweise zur anderen die Bevölkerungsbewegung sofort ändere. Zweifellos bildet die veränderte Produktionsweise die Basis für die Herausbildung einer neuen Bevölkerungsbewegung und die Wirksamkeit neuer Bevölkerungsgesetze. Das geschieht aber durch einen komplizierten Mechanismus. Die Komponenten der Bevölkerungsbewegung werden von der Änderung der Produktionsweise unterschiedlich beeinflusst. Manche Komponenten werden sich mehr oder weniger rasch der veränderten Produktionsweise anpassen, und manche wiederum bezeugen einen zähen Charakter und leisten gegen das veränderte soziale Milieu mehr oder weniger Widerstand. Es liegt also ein Zustand vor, in dem Aspekte der alten und neuen Bevölkerungsgesetze gleichzeitig existieren und aufeinander wirken. Das heißt, bis die Populationsgesetze der neuen Produktionsweise voll wirksam werden, verstreicht eine kürzere oder längere Zeitspanne, in der die Bevölkerungsbewegung weder den Charakter der alten noch den Charakter der neuen Produktionsweise trägt. Hier handelt es sich um eine Transitionsphase der Bevölkerungsbewegung, eine von jenen "Übergangsformen, die uns auf allen Gebieten der Natur und der Gesellschaft begegnen."<sup>32</sup> Die Transitionsphase der Bevölkerungsbewegung trägt daher keinen selbständigen und autonomen Charakter. Sie ist durch den Übergang der alten Produktionsweise zur neuen hervorgerufen worden, und daher trägt sie auch unverkennbar einen systembedingten Charakter.

Die Transitionsphase ist dadurch zu erklären, daß unserer Meinung nach die Änderung der ökonomischen Basis die Entwicklung der Sterblichkeitsziffer direkt beeinflusst, während bei der Entwicklung der Geburtenziffer auch die Überbauerscheinungen, wie Religion, Tradition, Gewohnheiten, Sitten, Wertmaßstäbe, Denkart usw., eine entscheidende Rolle spielen. "Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um."<sup>33</sup> Das heißt, mit der Änderung der ökonomischen Basis wird der

30 Lenin, W. I., a. a. O., S. 476.

31 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 500.

32 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 263 f.

33 Marx, Karl, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 9.

alte gewaltige Überbau nicht sofort verschwinden. Er wirkt vielmehr über eine bestimmte Zeitspanne bei den Komponenten der Bevölkerungsbewegung trotz veränderter Produktionsweise nach. Durch diesen komplizierten Mechanismus bleiben die Bevölkerungsbewegung und ihre Gesetzmäßigkeiten chronologisch hinter der Entwicklung der Produktionsweise zurück.

Viertens; In ein und demselben Land sind die demographischen Prozesse bei verschiedenen gesellschaftlichen Klassen unterschiedlich. Diese Sachlage erschwert von vornherein die Untersuchung der Bevölkerungsfrage in einer Klassengesellschaft. Dabei kann es vorkommen, daß in ein und derselben Gesellschaft gleichzeitig unterschiedliche Produktionsverhältnisse nebeneinander existieren und aufeinander wirken. Die Entwicklungsländer sind ein markantes Beispiel für derartige mehrschichtige Produktionsverhältnisse. Die politökonomische Untersuchung solcher Gesellschaften wird dadurch sehr kompliziert. Wenn man die Produktionsverhältnisse in diesen Ländern auf einer hohen Stufe der Abstraktion auf zwei nebeneinanderstehende und aufeinander wirkende - nämlich ein kapitalistisches und ein vorkapitalistisches - reduziert, dann ergibt sich ein dualistisches sozialökonomisches "System" mit komplizierten Gesetzmäßigkeiten. Hier sind die Bevölkerungsgesetze ebenfalls sehr kompliziert. Entsprechend den unterschiedlichen Produktionsverhältnissen gibt es auch unterschiedliche Bevölkerungsgesetze, die aufeinander wirken, sich gegenseitig bedingen und modifizieren. Die Aufdeckung dieser komplizierten Gesetze erfordert eine eingehende politökonomische Untersuchung der Entwicklungsländer. Sie setzt ferner voraus, daß sich die ökonomischen Verhältnisse zumindest auf einer bestimmten Abstraktionsstufe auf ein dualwirtschaftliches "System" zurückführen lassen. Das gilt erst recht, wenn die Überpopulationsgesetze in diesen Ländern erläutert werden sollen.

Fünftens; Bei der Untersuchung der Bevölkerungsfrage besonders in den Entwicklungsländern bildet zwar die Untersuchung der nebeneinanderstehenden und aufeinander wirkenden verschiedenen Bevölkerungsgesetze in diesen Ländern einen entscheidenden Ausgangspunkt, jedoch reicht er allein nicht aus, diese Frage allumfassend zu erläutern. Das Problem besteht darin, daß es in den Entwicklungsländern eine Reihe wesentlicher demographischer Prozesse gibt, die durch die komplizierten endogenen Faktoren allein nicht zu erklären sind. Oft werden diese Prozesse auf "exogene" Faktoren zurückgeführt, nicht zuletzt, um damit die Unabhängigkeit der Bevölkerungsbewegung von der bestehenden Produktionsweise in den Entwicklungsländern zu "begründen". Offensichtlich handelt es sich hier um ein falsches Herangehen an die Bevölkerungsfrage und um eine unkorrekte Deutung des Gesetzes der Systembedingtheit der Bevölkerungsbewegung.

Wir gehen davon aus, daß die Entwicklungsländer ihrer Herkunft nach ein Bestandteil des kapitalistischen Systems waren, und sie sind in der Regel noch ein Bestandteil des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Der Profitmechanismus als die entscheidende Triebkraft des Kapitalismus ruft den Polarisierungsprozeß innerhalb des Systems hervor. Ein wichtiger Aspekt des Polarisierungsprozesses ist die Akkumulation des Reichtums im herrschenden Pol (in den hochentwickelten Ländern) und die Akkumulation des Elends in dem beherrschten Pol (in den Entwicklungsländern). Das ist das entscheidende Verhältnis zwischen den hochentwickelten Ländern und den Entwicklungsländern im Rahmen des kapitalistischen Systems. Die Bevölkerungsbewegung in den Entwicklungsländern kann nicht unabhängig von diesem entscheidenden Prozeß vor sich gehen, und die Bevölkerungsgesetze in den Entwicklungsländern können nicht isoliert von den politökonomischen Gesetzen des Systems erklärt werden. Das Gesetz der Systembedingtheit der Bevölkerungsbewegung ist eben nur im Rahmen eines Systems zu verstehen und muß dabei die Wirkung sämtlicher Prozesse des Systems auf die Bevölkerungsbewegung in Rechnung setzen. Diese Betrachtungsweise kompliziert zwar die Untersuchung der Bevölkerungsfrage in den Entwicklungsländern, sie ist aber die einzige Verfahrensweise, die die Aufdeckung der dortigen Bevölkerungsgesetze ermöglicht.

Wir können aus unserer Ausführung schlußfolgern, daß das marxistisch-leninistische Herangehen an die Bevölkerungsfrage im Gegensatz zum bürgerlichen Herangehen dialektisch ist. Es betrachtet die Bevölkerungsgesetze, die Gesetze der Vermehrung der Menschen, als biosoziale Einheit. Ohne Unterschätzung der biologischen Gesetze bezieht es sie auf das konkrete soziale Milieu. Selbst in einem konkreten sozialen Milieu betrachtet es die dialektische Beziehung zwischen diesem Milieu und der Bevölkerungsbewegung "als eine reiche Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen".<sup>34</sup> In dieser "reichen Totalität" sind die Gesetze des konkreten sozialen Milieus für die Bevölkerungsbewegung determinierend, wobei die dialektische Rückwirkung der Bevölkerungsbewegung auf die Produktionsweise voll und ganz berücksichtigt wird. Auf dieser Basis kann man an die Bevölkerungsfrage allgemein wissenschaftlich herangehen und speziell die Bevölkerungsfrage in den Entwicklungsländern von einer neuen Warte aus beleuchten. Gleichzeitig bietet die gegenwärtige Bevölkerungsproblematik eine Fülle von neuem Material für die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bevölkerungstheorie.

34 Derselbe, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 21.

## DIE BEVÖLKERUNG DER DDR IM SPIEGEL DER STATISTIK

von Arno Donda

1. Einige Aspekte der Bevölkerungsstruktur der DDR
2. Einige Bemerkungen zum Bildungsniveau der Bevölkerung
3. Einige Probleme der Bevölkerungsentwicklung in der DDR

Die genaue Kenntnis von Größe, Struktur und Entwicklung der Bevölkerung und die Ermittlung der dafür bestimmenden Ursachen ist für die sozialistische Gesellschaft von großer Bedeutung. Unter bestimmten Gesichtspunkten lassen sich drei Hauptgründe und damit Zielsetzungen für die demographischen Untersuchungen unterscheiden:

- Die konsequente und zielstrebige Verwirklichung der vom VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossenen Hauptaufgabe erfordert die Ermittlung des Bedarfes der Bevölkerung im weitesten Sinne. Es geht dabei um die Ermittlung von Grundlagen für die Planung und Organisation der Versorgung der Bevölkerung mit Waren, der Betreuung und Bildung der jungen Generation, der Versorgung mit kulturellen Leistungen, der Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum, der gesundheitlichen Betreuung, der Bereitstellung von Kur- und Urlaubsplätzen sowie von anderen Erholungsmöglichkeiten bis zur Fürsorge für die Veteranen. All das erfordert, die Zahl der Bevölkerung, ihre Altersstruktur, ihre Zusammensetzung nach Haushalten und vieles andere mehr in der regionalen Verteilung zu kennen. Es müssen insbesondere auch begründete Einschätzungen über die künftige Entwicklung der Bevölkerung unter diesen Gesichtspunkten erarbeitet werden; denn die Gesellschaft muß rechtzeitig im Rahmen der gesellschaftlichen Möglichkeiten Voraussetzungen zur Versorgung und Betreuung der Bevölkerung schaffen, und zwar auf die jeweiligen Territorien aufgeschlüsselt.

Die Kenntnis der Größe und der Struktur der Bevölkerung und die Einschätzung ihrer künftigen Entwicklung ist also eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Ermittlung des künftigen Bedarfes der Bevölkerung.

- Das potentielle und tatsächliche gesellschaftliche Arbeitsvermögen ist entscheidend durch Größe, Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gekennzeichnet. Die Planung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens - insbesondere die Planung der Arbeitskräfte als einer der Hauptbestandteile der Planung in einem sozialistischen Staat - muß deshalb auf einer genauen Kenntnis der Bevölkerung, ihres gegenwärtigen Standes und ihrer Entwicklung fußen. Das gilt für die kurzfristige, insbesondere aber für die mittel- und langfristige Planung. Dabei geht es durchaus nicht nur um die Einschätzung des gegenwärtigen und die zahlenmäßige Entwicklung des künftigen Arbeitskräftepotentials in seiner regionalen Verteilung, sondern auch um das Bildungsniveau, den erlernten Beruf und die ausgeübte Tätigkeit. Sowohl für die Ausarbeitung der Pläne als auch für ihre Durchführung und Kontrolle müssen die Menschen auch als tatsächliche bzw. potentielle Arbeitskräfte stati-

stisch erfaßt und untersucht sowie in ihrer Entwicklung eingeschätzt werden. Nicht zuletzt geht es dabei auch um die Ermittlung von Arbeitskräftereserven.

Die Kenntnis der Bevölkerung, ihrer Struktur sowie ihrer Entwicklung ist also eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Einschätzung des gegenwärtigen und künftigen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und damit für die Planung der Arbeitskräfte in ihrer Größe und Struktur sowie für bildungspolitische Maßnahmen.

- Die exakte Kenntnis der Bevölkerung und ihrer Entwicklungstendenzen sowie der Zusammenhänge und Abhängigkeiten der einzelnen Seiten des demographischen Verhaltens der Bevölkerung, insbesondere der Einfluß der Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens insgesamt, sind nicht nur wichtig für die Einschätzung der künftigen Bevölkerungsentwicklung (Vorausrechnungen im Sinne der beiden vorstehend genannten Aspekte), sondern auch erforderlich, um auf die Entwicklung der Bevölkerung im gesellschaftlichen Interesse mit den zweckmäßigsten Maßnahmen einwirken zu können.

Hierbei geht es um zwei verschiedene Fragenkomplexe:

Ob im einzelnen gewollt oder nicht, wirken alle wesentlichen gesellschaftlichen Maßnahmen und Bedingungen - angefangen von der Einkommensentwicklung über Wohnungsbau und Wohnungsvergabe, die Berufsausbildung bis zur immer intensiveren und gleichberechtigteren Einbeziehung der Frauen in das gesellschaftliche Leben, bis zu Werken der Literatur und Kunst und vielem anderen mehr - auf das demographische Verhalten der Bevölkerung ein, insbesondere auf die Zahl der Kinder, die eine Familie hat, und in welchem Alter der Eltern die Kinder geboren werden. Ein Einwirken auf das demographische Verhalten der Bevölkerung geschieht also durch eine große Anzahl einzelner Maßnahmen und Bedingungen, wobei zu beachten ist, daß diese nicht isoliert und einzeln ihren Einfluß ausüben, sondern im Komplex durch ihr Zusammenwirken.

Darum ist es notwendig, alle wesentlichen beabsichtigten Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt zu überprüfen, wie sie sich unter Beachtung der anderen Bedingungen auf das demographische Verhalten der Bevölkerung auswirken werden. Man muß bei der Entscheidung über die einzelnen beabsichtigten Maßnahmen diese Auswirkungen mit berücksichtigen. Das ist insbesondere auch deshalb notwendig, weil Auswirkungen auf das demographische Verhalten der Bevölkerung zu unwiderruflichen Ergebnissen führen und eine Veränderung des demographischen Verhaltens in der Regel nicht schnell und oft nur mit beträchtlichem gesellschaftlichen Aufwand erreicht werden kann. Das demographische Verhalten der Bevölkerung muß also sorgfältig erforscht werden, das heißt, es gilt die konkreten Gesetzmäßigkeiten der Bevölkerungsentwicklung unter den konkreten Bedingungen aufzudecken. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, um nicht nur in allgemeinen Thesen, sondern mit hinreichender Genauigkeit auch quantifiziert das demographische Verhalten der Bevölkerung auf bestimmte Maßnahmen einzuschätzen und so die Entscheidungsgrundlagen zu fundieren. Die sozialistische Gesellschaft ist im Interesse aller ihrer Mitglieder an einer kontinuierlichen und harmonischen Entwicklung der Bevölkerung interessiert. Das Optimum dieser Entwicklung kann regional und zeitlich unterschiedlich sein und ist jeweils konkret zu bestimmen. Um diesem Optimum möglichst nahe zu kommen, müssen mannigfaltige gesellschaftliche Bedingungen ideologischer und materieller und auch juristischer Art modifiziert, verändert und auch neu geschaffen werden. Dabei ist zu beachten, daß eine einzelne Bedingung oder auch einzelne Maßnahme, das heißt also ein bestimmter Faktor mit der Zeit seine Wirkung, seinen Einfluß verlieren oder verstärken kann oder auch, daß er im Zusammenhang mit anderen Faktoren plötzlich eine ganz andere Wirkung ausüben kann. Es ist demnach erforderlich, um im Interesse der Gesellschaft eine bestimmte Bevölkerungsentwicklung zu erreichen, durch sorgfältige Untersuchungen der Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung und der sie beeinflussenden Faktoren die quantifizierte Wirkung der wesentlichsten Faktoren und Bedingungen zu ermitteln, und zwar nicht nur als isolierte Erscheinung, sondern in ihrer konkreten Kombination mit anderen Faktoren.

Die genaue Kenntnis der Bevölkerung in ihrer Struktur und Entwicklung im Zusammenhang mit den verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen und Maßnahmen, das heißt die quantifizierte Wirkung der detaillierten Bevölkerungsgesetzmäßigkeiten unter den jeweiligen Bedingungen ist erforderlich, um sowohl die notwendigen Bevölkerungsvorausberechnungen vornehmen zu können als auch, um alle Maßnahmen in ihrer Auswirkung auf das demographische Verhalten der Bevölkerung - insbesondere auf die Bevölkerungsentwicklung - überprüfen zu können und um über die notwendigen Erkenntnisse zu verfügen, damit durch die Schaffung entsprechender gesellschaftlicher Bedingungen auf eine optimale Bevölkerungsentwicklung eingewirkt werden kann.

Das Bedürfnis nach Beantwortung und Klärung dieser drei genannten Fragenkomplexe, die in engem Zusammenhang stehen, ist besonders groß, wenn es gilt, mittel- und langfristige Pläne auszuarbeiten. Auf die Lösung dieser Fragen muß sich die Bevölkerungsstatistik, die bekanntlich ein Hauptinstrument der demographischen Forschung ist, einstellen. Sie bedient sich dabei neben der laufenden statistischen Beobachtung der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung im hervorragenden Maße der Volks- und Berufszählung. Das gilt auch für die DDR. Die letzte Volks- und Berufszählung - übrigens verbunden mit einer Wohnraum- und Gebäudezählung - fand bekanntlich per 1. Januar 1971 statt. Die wichtigsten Ergebnisse wurden den kompetenten Organen im Laufe des Jahres 1972 zur Verfügung gestellt. Natürlich werden eine Reihe der wichtigsten Angaben der Volks- und Berufszählung ergänzt und fortgeschrieben durch die laufende Bevölkerungs- und Arbeitskräftestatistik.

Es ist aber auch verständlich, daß nicht alle Fragen des demographischen Verhaltens der Bevölkerung allein durch die Bevölkerungsstatistik beantwortet werden können, sondern langfristiger und systematischer demographischer Forschung einschließlich theoretischer Arbeit bedürfen.

Es ist notwendig, daß unter Verwendung der vorliegenden bevölkerungsstatistischen Informationen die demographische Forschung in der DDR intensiviert und straff organisiert wird. Diese Forderung ergibt sich auf der Grundlage der vorstehend genannten prinzipiellen Zielsetzungen für die demographischen Untersuchungen sowohl aus den Erfordernissen der mittel- und langfristigen Planung als auch aus der Analyse der gegenwärtigen demographischen Situation und Entwicklung in der DDR.

Im folgenden werden aufgrund der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung des Jahres 1971 und anderer bevölkerungsstatistischer Angaben eine Reihe von demographischen Fakten dargelegt, die unter den eingangs genannten drei Gesichtspunkten von Interesse sind.

## 1. Einige Aspekte der Bevölkerungsstruktur der DDR

Ende 1972 belief sich die Bevölkerung der DDR auf 17 Millionen Einwohner, davon waren 7,9 Millionen männlichen und 9,1 Millionen weiblichen Geschlechts. Nach den zur Zeit international bekannten Angaben steht damit die DDR nach der Bevölkerungszahl an 36. Stelle in der Welt.

Die altersgruppenmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung der DDR weist im Vergleich zu vielen anderen Ländern erhebliche Besonderheiten auf. Diese Besonderheiten sind noch immer entscheidend durch die unmittelbaren und die mittelbaren Auswirkungen zweier imperialistischer Kriege hervorgerufen und bedingen heute und auch noch in vielen Jahren eine Reihe von Problemen ökonomischer und sozialer Art.

Zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung, also am 1. Januar 1971, befanden sich

57,9 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter,  
22,6 Prozent der Bevölkerung im Kindesalter und  
19,5 Prozent der Bevölkerung im Rentenalter.<sup>+</sup>

Daraus folgt, daß auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter rund 73 im nichtarbeitsfähigen Alter entfallen.

Ein erheblicher Anteil der im arbeitsfähigen Alter befindlichen Personen unter 24 Jahren befindet sich in den verschiedensten Formen der Ausbildung (9. und 10. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule, 11. und 12. Klasse der erweiterten Oberschule, Berufsausbildung ohne und mit Abitur, Hoch- und Fachschulstudium). Das waren zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung etwa 1 060 000 Personen. Ferner ist auch in Rechnung zu stellen, daß ein bestimmter, wenn auch relativ kleiner Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter aus gesundheitlichen Gründen (etwa 295 000 Personen) nicht arbeiten kann. Unter Berücksichtigung dieser beiden Gesichtspunkte ergibt sich, daß auf 100 Personen, die sich im arbeitsfähigen Alter befinden und grundsätzlich in einem Arbeitsrechtsverhältnis stehen könnten, 101 Personen kommen, die sich nicht im arbeitsfähigen Alter befinden bzw. sich in der Ausbildung befinden oder aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeitsfähig sind.

Dieses Verhältnis unterstreicht die Notwendigkeit der sorgfältigen und optimalen Ausnutzung des vorhandenen nutzungsfähigen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in der DDR.

Zur quantitativen Nutzung des vorhandenen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens gibt es folgende Bemerkungen:

Bei den arbeitsfähigen Männern im arbeitsfähigen Alter gibt es in der DDR keine ungenutzten volkswirtschaftlichen Arbeitskräfte reserven mehr.

Der Beschäftigungsgrad der Frauen ist einer der höchsten in der Welt. Er hat sich in den letzten Jahren noch zum Teil erheblich erhöht.

Beschäftigungsgrad der Frauen (in Prozent)

	1964	1971
einschließlich Lernende	74,0	83,6
ohne Lernende	67,3	73,5

Es zeigt sich, daß auch bei den Frauen das potentielle Arbeitsvermögen in sehr hohem Maße genutzt wird und eine wesentliche Erhöhung kaum zu erwarten ist. In diesem Zusammenhang sei jedoch auf zwei Probleme hingewiesen:

Erstens: Es gibt in der DDR 45 Kreise, die einen mit Abstand geringeren Beschäftigungsgrad der Frauen aufweisen als die anderen. Es handelt sich dabei um drei zusammenhängende Gebiete, und zwar

23 Kreise der Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg und der Landkreis Gransee;

18 Kreise der Bezirke Magdeburg, Halle Erfurt und

4 Kreise, die an die Hauptstadt Berlin grenzen.

Der geringere Frauenbeschäftigungsgrad dieser Kreise ist zum Teil durch ein unzureichendes Angebot geeigneter Arbeitsplätze in Wohnnähe bzw. mit günstiger Verkehrsverbindung bedingt. Hier liegen bestimmte, wenn auch keine volkswirtschaftlich allzu bedeutenden Arbeitskräfte reserven. Gemessen am durchschnittlichen Beschäftigungsgrad der jeweiligen Bezirke, handelt es sich um eine Zahl von rund 25 000 Personen, die sich aus der Diffe-

+ Alle statistischen Angaben in diesem Beitrag basieren auf Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR.

renzrechnung ergibt. Es ist aber dabei zu beachten, daß sie sich über 45 Kreise verteilt. Ferner muß beachtet werden, daß insbesondere in den Kreisen des Bezirkes Rostock eine größere Anzahl der nicht berufstätigen Frauen in den Sommermonaten zeitweise in der Urlaubsbetreuung tätig sind, also daß in dieser Zeit der Beschäftigungsgrad der Frauen höher liegt. Abschließend sei darauf hingewiesen, daß in einer Reihe von Kreisen eine größere Differenzierung im Beschäftigungsgrad der Frauen zwischen verschiedenen Gemeinden besteht und daß es einige Kreise gibt, wo konzentriert in wenigen Gemeinden bestimmte bisher noch nicht genutzte Arbeitskräftereserven in der weiblichen Bevölkerung bestehen.

Zweitens: Insgesamt gab es zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung rund 810 000 Frauen im Alter von 18 bis 60 Jahren, die weder berufstätig waren, noch sich in der Ausbildung befanden. Darunter befanden sich 420 000 Frauen im Alter von 18 bis 50 Jahren mit einem Kind oder zwei Kindern und 44 000 Frauen im Alter von 18 bis 40 Jahren ohne Kinder. Eine etwas ausführlichere Analyse zeigt folgendes Bild:

Der Beschäftigungsgrad der Frauen geht mit zunehmender Kinderzahl zurück. Er beträgt bei

1	Kind	83,9 Prozent,
2	Kindern	78,8 Prozent,
3	Kindern	74,4 Prozent,
4	Kindern	70,0 Prozent,
5 und mehr	Kindern	62,7 Prozent.

Aber in noch viel stärkerem Maße als die Zahl der Kinder ist das Alter der Kinder von Bedeutung für die Berufstätigkeit der Frauen. Der Grad der Berufstätigkeit von Müttern, die Kinder unter 3 Jahren zu betreuen haben, ist wesentlich niedriger als der von Müttern mit älteren Kindern. Selbst bei Müttern mit nur einem Kind unter 3 Jahren ist der Anteil der berufstätigen Frauen wesentlich geringer als bei Müttern mit 2, 3 oder 4 Kindern, von denen keines unter 3 Jahren alt ist. Das gilt für alle Altersgruppen der Frauen.

So variiert der Beschäftigungsgrad der Frauen in Abhängigkeit von ihrem Alter bei

1 Kind	unter 3 Jahren zwischen 61 und 68 Prozent,
2 Kindern	unter 3 Jahren zwischen 43 und 49 Prozent,
3 Kindern	unter 3 Jahren zwischen 40 und 50 Prozent

und der Beschäftigungsgrad bei Frauen mit

1 Kind	zwischen 3 und 6 Jahren zwischen 74 und 90 Prozent,
2 Kindern	zwischen 3 und 6 Jahren zwischen 69 und 83 Prozent.

Dagegen liegt der Beschäftigungsgrad der Frauen, wenn das bzw. die Kinder über 6 Jahre alt sind, zwischen folgenden Grenzen in Abhängigkeit vom Alter der Mütter bei

1 Kind	zwischen 81 und 92 Prozent,
2 Kindern	zwischen 78 und 87 Prozent,
3 Kindern	zwischen 75 und 85 Prozent.

Eine wichtige, wenn auch nicht die einzige Ursache für diesen Unterschied des Beschäftigungsgrades in Abhängigkeit vom Alter der Kinder ist der relativ geringe Versorgungsgrad mit Kinderkrippen. (Übersicht dazu befindet sich auf der nächsten Seite)

Zweifellos muß dieser Zusammenhang nicht nur - vielleicht gar nicht einmal in erster Linie - im Hinblick auf die Erschließung weiterer Arbeitskräftereserven gesehen werden, sondern vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der Voraussetzungen zur vollen Gleichberechtigung der Frau im gesellschaftlichen und darunter besonders auch beruflichen Leben.

Kindereinrichtungen	Versorgungsgrad (in %)+			
	1964	1970	1971	1972
Kinderkrippenplätze	15,6	25,6	27,9	30,4
Kindergartenplätze	45,7	59,7	64,3	69,2

+ Vorhandene Plätze in Kindereinrichtungen im Verhältnis zur Zahl der Kinder im entsprechenden Alter.

Auf den Beschäftigungsgrad der Frauen wirken noch eine Reihe weiterer Faktoren ein. Dazu gehören vor allem auch; die Höhe des Haushaltseinkommens insgesamt und das Einkommen je Haushaltsmitglied sowie die erworbene Bildung und Qualifikation, aber auch die ausgeübte Tätigkeit.

Zwischen Einkommenshöhe und Berufstätigkeit der Frauen gibt es in der DDR - wie einige repräsentative Untersuchungen zeigen - keine allgemein gültigen, das heißt für alle Einkommenshöhen gleichartige Beziehungen.

So ist in vielen Haushalten, in denen der Mann ein Einkommen bezieht, das deutlich unter dem Durchschnittseinkommen liegt, zu verzeichnen, daß die Frau in hohem Maße berufstätig ist und daß auch mit zunehmender Kinderzahl der Grad der Berufstätigkeit nur gering zurückgeht. Hier erfolgt offensichtlich die Erwerbstätigkeit der Frau in hohem Maße unter dem Gesichtspunkt, den materiellen Lebensstandard auf ein bestimmtes Niveau zu heben, während andere Überlegungen demgegenüber zurückstehen.

In den Haushalten der mittleren Einkommensgrößenklassen ist dagegen der Beschäftigungsgrad der Frau sehr differenziert und nimmt insbesondere mit wachsender Zahl der Kinder weit überdurchschnittlich ab.

In den oberen Einkommensgrößenklassen ist die Beschäftigungsquote der Frauen teilweise höher als in den mittleren Einkommensgrößenklassen. Das gilt zumindest für Haushalte bis zu 3 Kindern. Dabei ist zu beachten, daß der Anteil von Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung, die bekanntlich auch allgemein eine weit höhere Beschäftigungsquote aufweisen als die Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, wesentlich höher als in den anderen Einkommensgrößengruppen ist.

Aus diesen Fakten kann der Schluß abgeleitet werden, daß die Mitarbeit der Frau in der DDR in hohem Maße nicht vom Nettoeinkommen des Mannes oder pro Haushaltsmitglied abhängt, wenn ein bestimmtes Einkommensniveau erreicht ist, sondern in entscheidendem Maße beeinflußt wird von der erworbenen Qualifikation der Frau bei sonst gleichen Verhältnissen.

Das Bildungsniveau der Frau hat einen generell gleichartigen Einfluß auf den Beschäftigungsgrad der Frau, unabhängig von der Zahl der Kinder. Es gilt allgemein: Je höher der Bildungs- und Qualifizierungsgrad, desto höher auch der Beschäftigungsgrad.

Von 100 Frauen im Alter von 18 bis 60 Jahren waren berufstätig bei

keiner abgeschlossenen Berufsausbildung	67,9
bei abgeschlossener Berufsausbildung	82,2

darunter

mit Hochschulbildung	91,2
mit Fachschulbildung	89,6
mit Meistersausbildung	86,5
mit Facharbeiterabschluß	80,9

## 2. Einige Bemerkungen zum Bildungsniveau der Bevölkerung

Aufgrund der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung von 1971 wurde auch ein umfassender Überblick über das erreichte Bildungsniveau der Bevölkerung der DDR gewonnen.

Am 1. Januar 1971 verfügten in der DDR 52 Prozent der über 18 Jahre alten Bürger über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Von 100 Personen dieser Altersgruppe besaßen

- 48 keine abgeschlossene Berufsausbildung,
- 52 eine abgeschlossene Berufsausbildung,
- 40 einen Facharbeiterabschluß als höchste Bildungsstufe,
- 4 einen Meisterabschluß als höchste Bildungsstufe,
- 5 einen Fachschulabschluß als höchste Bildungsstufe,
- 3 einen Hochschulabschluß als höchste Bildungsstufe.

Der weit überwiegende Anteil dieser Bildungsabschlüsse wurde bereits im Rahmen des sozialistischen Bildungswesens der DDR erworben.

Von den vorhandenen Bildungsabschlüssen wurden erworben (Zahl der Bildungsabschlüsse je Bildungsart insgesamt = 100):

Bildungsart	nach 1946 erworben	nach 1964 erworben
Facharbeiter	67	24
Meisterabschluß	74	23
Fachschulabschluß	88	33
Hochschulabschluß	91	39

Sichtbare Fortschritte wurden auch erreicht in der Beseitigung des Unterschiedes zwischen Mann und Frau hinsichtlich ihrer Ausbildung und Qualifizierung. 1971 besaßen bei den Männern, die über 18 Jahre alt waren, 71 Prozent eine abgeschlossene Berufsausbildung, während es bei den Frauen dagegen erst 37 Prozent waren. Dabei ist aber die erhebliche Differenzierung in den Altersgruppen zu beachten:

Während bei den 45- bis unter 60jährigen die Anteile der Männer und der Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung sehr unterschiedlich sind, wurden sie bei den 20 bis unter 35jährigen bereits weitestgehend angenähert bei einer generellen Erhöhung der Anteile.

Anteil der Bürger mit abgeschlossener Berufsausbildung an der Gesamtzahl der Bürger der jeweiligen Altersgruppe  
(in Prozent)

Altersgruppe	Männer	Frauen
45 bis unter 60 Jahre	77,5	32,6
20 bis unter 35 Jahre	82,4	71,2

Der insgesamt noch relativ hohe Anteil der Bevölkerung ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist im wesentlichen ein Erbe der kapitalistischen Vergangenheit; 62 Prozent aller über 18 Jahre alten Bürger ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind älter als 50 Jahre, fast ein Viertel älter als 70 Jahre.

Andererseits nimmt der Anteil der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung im Ergebnis der sozialistischen Bildungspolitik in der DDR nicht nur von Jahr zu Jahr zu, weil in hohem Maße die Absolventen der allgemeinbildenden Schulen eine abgeschlossene Berufs-

ausbildung erhalten, sondern weil auch im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung, des Fernstudiums usw. viele Bürger im fortgeschrittenen Alter einen Berufsabschluß oder eine höhere Qualifikation erwerben.

So unterschied sich beispielsweise der Anteil der Bürger mit abgeschlossener Berufsausbildung in den einzelnen Altersgruppen wie folgt:

Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung<sup>+</sup>

Altersgruppe	absolut <sup>++</sup> (in 1 000)	Anteil an der jeweiligen Altersgruppe in %
20 bis unter 25 Jahre	199	20,4
25 " " 30 "	223	20,1
30 " " 35 "	370	27,7
35 " " 40 "	420	38,9
40 " " 45 "	418	41,5
45 " " 50 "	405	45,1
50 " " 55 "	322	49,7
55 " " 60 "	537	55,5
60 " " 65 "	702	63,7
65 Jahre u. älter	2 087	78,5

+ Einschließlich der Lernenden und Studierenden (das betrifft hauptsächlich die Altersgruppen unter 25 Jahre).

++ Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen.

Andererseits wurden etwa 810 000 Berufsausbildungsabschlüsse nach 1946 absolviert, als die betreffenden Bürger 35 Jahre und älter waren. Das sind etwa 10 Prozent aller vorhandenen Berufsausbildungsabschlüsse. Unter ihnen befanden sich 140 000 Personen, die bei der Erlangung der Berufsbildung bereits 45 Jahre und älter waren. Diese Zahlen dokumentieren unter anderem die Bereitschaft der von der Ausbeutung befreiten Arbeiterklasse, sich zu qualifizieren und im gesellschaftlichen und persönlichen Interesse durch angestregte Arbeit ein trauriges Erbe der kapitalistischen Gesellschaft zu überwinden.

Insgesamt kann damit festgestellt werden, daß der Volkswirtschaft der DDR in wachsendem Maße hochqualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Ihr Einsatz muß im gesellschaftlichen und auch im persönlichen Interesse der Bürger sehr sorgfältig vorbereitet und langfristig geplant werden.

### 3. Einige Probleme der Bevölkerungsentwicklung in der DDR

Im Ergebnis der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des sozialistischen Staates konnte das Leben der Bürger systematisch verbessert werden. Ein Ausdruck dafür ist auch die Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters. Es stieg von 1960 bis 1972 bei den Männern von 66,5 Jahre auf 68 Jahre und bei den Frauen von 71 auf 73 Jahre.

Die Säuglingssterblichkeit konnte von Jahr zu Jahr gesenkt werden. Sie hat 1972 mit 17,7 gestorbenen Säuglingen bis zu 1 Jahr je 1 000 Lebendgeborenen einen, international gesehen, niedrigen Stand erreicht (1952 starben noch 59,1 und 1960 38,8 Säuglinge in ihrem 1. Lebensjahr in bezug auf 1 000 Lebendgeborene).

Aber auch die Sterblichkeitsverhältnisse der Männer und Frauen bis 60 Jahre haben sich günstig entwickelt. So ist beispielsweise heute die Sterblichkeit der Frauen bis zu 40 Jahren nur noch halb so groß wie vor 20 Jahren.

Wenn in den letzten Jahren die Sterbeziffer (Zahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner) etwas höher liegt als Anfang der sechziger Jahre, so ist das nicht auf eine höhere Sterblichkeit in den jüngeren und mittleren Altersgruppen zurückzuführen, das heißt auf eine Verkürzung der durchschnittlichen Lebenserwartung, sondern durch die Veränderung der Altersstruktur bedingt.

Die Abnahme der Sterblichkeit in den unteren und mittleren Altersgruppen ist mit einer leicht steigenden Sterblichkeit in der oberen Altersgruppe verbunden. Bei den Todesursachen treten dabei in den letzten Jahren in steigendem Maße Krankheiten des Kreislaufsystems, bösartige Neoplasmen und Gehirnblutungen auf. Diese Krankheiten stellen nicht zuletzt deshalb auch einen Schwerpunkt für die medizinische Forschung der DDR dar.

Die Zahl der Lebendgeborenen ist bekanntlich seit einer Reihe von Jahren in der DDR rückläufig

Jahr	Lebendgeborene je 1 000 der Be- völkerung	Zahl der Geborenen in 1 000	Abnahme gegenüber dem Vorjahr absolut	
			in 1 000	in %
1964	17,2	296	-	-
1965	16,5	285	11	3,7
1966	15,7	271	14	4,9
1967	14,8	256	15	5,5
1968	14,3	248	8	3,1
1969	14,0	242	6	2,4
1970	13,9	239	3	1,2
1971	13,8	237	2	0,8
1972	11,7	202	35	14,7

Diese Entwicklung ist im Ergebnis einer ganzen Reihe von Faktoren eingetreten. Diese Faktoren hatten in den einzelnen Jahren eine unterschiedliche Bedeutung. So ist zum Beispiel der relative Rückgang der Zahl der Geborenen von Jahr zu Jahr bis 1967 (zwischen 10 000 und 15 000) in hohem Maße auf die Veränderung der altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung, insbesondere der Frauen, zurückzuführen: Der Anteil der Frauen in den fruchtbarsten Altersjahrgängen verringerte sich von 1964 bis 1968 (Rückgang der Frauen im Alter von 19 bis 23 Jahren von 14,1 auf 9,7 Prozent, gemessen an der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter). In den folgenden Jahren bis 1971 trat eine weitgehende Stabilisierung der Zahl der in den einzelnen Jahren Geborenen ein. Das war entscheidend auf eine Verbesserung der Altersstruktur der Frauen im gebärfähigen Alter zurückzuführen. So erhöhte sich der Anteil der 19- bis 23jährigen Frauen von Jahr zu Jahr wieder um etwa einen Punkt und erreichte 1972 einen Anteil von 14,2 Prozent an der Gesamtzahl der Frauen im gebärfähigen Alter.

Während dieser Jahre war auch eine ständige Verringerung der Fruchtbarkeit der Frauen festzustellen. Sie betrug etwa 2 Prozent jährlich. Während 1964 aufgrund der vorhandenen Fruchtbarkeitsverhältnisse von 1 000 Frauen während ihres Lebens 2 542 Kinder geboren wurden, waren es aufgrund der Fruchtbarkeitsverhältnisse des Jahres 1971 nur noch 2 150. Tendenz und Größenordnung der Veränderung der Fruchtbarkeit der Frauen war dabei nicht in allen Altersgruppen gleich. Einem Anstieg in der unteren Altersgruppe, nämlich bis zu 23 Jahren, um 1,7 Prozent, stand insbesondere ein Rückgang in den mittleren und höheren Altersgruppen gegenüber. So verringerte sich die Fruchtbarkeit bei den 23- bis 25jährigen Frauen auf etwa 90 Prozent und bei den 35- bis 40jährigen Frauen auf 72 Prozent.

Des weiteren trat eine Annäherung der bisher höheren Fruchtbarkeitsziffern in den ländlichen Gebieten an die geringeren der städtischen Gebiete ein. In den Stadtkreisen sank die Fruchtbar-

keit 1971 gegenüber 1964 zum Beispiel um 6,3 Prozent, in den Landkreisen dagegen um 16 Prozent. Damit ist gegenwärtig die Fruchtbarkeit in den Landkreisen nur noch um etwa 2 Prozent höher als in den Stadtkreisen. 1964 betrug der Unterschied noch 15 Prozent.

Die Veränderung in der Fruchtbarkeit war aber in den sechziger Jahren nicht die vorherrschende Komponente für den Rückgang der Zahl der in den einzelnen Jahren Geborenen. Hauptgrund war die Veränderung der Altersstruktur. In den siebziger Jahren trat dagegen eine Veränderung ein, und der Rückgang der Fruchtbarkeit wurde zum ausschließlichen Grund für den Rückgang der Zahl der in den einzelnen Jahren Geborenen. So ist auch der starke Rückgang der Zahl der Geborenen im Jahre 1972 um 35 000 oder um mehr als 14 Prozent ausschließlich durch die Veränderung der Fruchtbarkeit bedingt.

Auf der Grundlage eines ganzen Komplexes materieller und ideologischer Bedingungen, wie hoher Beschäftigungsgrad der Frauen, Wohnungsprobleme, Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 Jahren und besonders unter 3 Jahren in Kindereinrichtungen, immer stärkere Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau im gesellschaftlichen und besonders im beruflichen Leben, Erhöhung der Berufsausbildung auch für die Frau, allseitige Annäherung des Landes an die Stadt usw., führten unmittelbar die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechungen und die stärkere Anwendung von Ovulationshemmern zu dieser Entwicklung. Unmittelbar soll hier heißen, daß die Wirkung dieser Maßnahmen auf der Grundlage der generellen Bedingungen erfolgte und nur in diesem Zusammenhang und nicht isoliert betrachtet werden darf.

Die eingetretene Entwicklung muß unbedingt sehr sorgsam verfolgt und analysiert werden.

Zweifellos haben die im Jahre 1972 wirksam gewordenen Maßnahmen, die der unmittelbare Anlaß des Geburtenrückgangs offenbar waren, eine prinzipiell positive Bedeutung. Das Gesetz über die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung geht doch von dem Gesichtspunkt aus, daß der Frau zur vollen Durchsetzung der Gleichberechtigung das Recht gegeben werden muß, selbst zu entscheiden, wann und wieviel Kinder sie gebären will.

Ihr Leben und ihre gesellschaftliche Entwicklung werden damit nicht mehr von bestimmten Zufälligkeiten zutiefst beeinflußt, sondern sie kann die Entscheidung über ihre Schwangerschaft bewußt treffen, ohne daß ein bedeutungsvoller Aspekt des menschlichen Lebens oft mit einem bangen Schatten, insbesondere für die Frau, behaftet ist. Schließlich ist diese gesetzliche Regelung und ihre großzügige Praktizierung eine wesentliche Grundlage, um unqualifizierten Eingriffen, die das Leben und die Gesundheit von Mutter und Kind leider nur zu oft noch gefährdeten, die Basis zu entziehen.

Rückgang der Zahl der Totgeborenen, weitere Senkung der Säuglingssterblichkeit, Verringerung der Müttersterblichkeit, Vermeidung von gesundheitlichen Schäden bei Mutter und Kind stehen damit auf der positiven Seite der Bilanz.

Andererseits ist der starke Rückgang der Geborenenzahl ein ernstes politisches und ökonomisches Problem; denn unter den gegenwärtigen Fruchtbarkeitsverhältnissen bedeutet er einen Rückgang der Bevölkerungszahl der DDR. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß stets auf 106 Knabengeburten 100 Mädchengeburten entfallen und daß in den ersten 25 Lebensjahren etwa 4 Prozent der Geborenen sterben, müssen von 1 000 Frauen während ihres Lebens rund 2 150 Kinder lebend geboren werden, damit die Bevölkerungszahl konstant bleibt. Dieser kritische Wert wurde 1971 erreicht und nach den Fruchtbarkeitsverhältnissen des Jahres 1972 um mehr als 10 Prozent unterschritten.

Es mußte zweifellos bei der Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung eine erhebliche Auswirkung auf die Geborenenzahl - bei sonst gleichen Bedingungen - einkalkuliert werden. Es ist damit zu rechnen, daß ein bestimmter Teil der Auswirkung zeitweilig, aber der wesentliche Teil der Auswirkung grundsätzlicher Art ist. Das heißt aber auch, daß eine Einflußnahme auf die Entwicklung der Fruchtbarkeit über die Veränderung von bestimmten

gesellschaftlichen Bedingungen erfolgen muß, wenn eine normale Reproduktion der Bevölkerung wiederhergestellt werden soll, weil sich das nicht von allein wieder regelt.

Veränderungen von gesellschaftlichen Bedingungen, die auf die Fruchtbarkeit einwirken, waren zweifellos die sozialpolitischen Maßnahmen, die per 1. Juli 1972 in Kraft traten (Kreditgewährung an junge Ehen, der Erlaß der Rückzahlung ganz oder teilweise entsprechend der Zahl der Kinder, Erhöhung der Freizeit für werktätige Mütter mit mehreren Kindern usw.).

Es kann auf jeden Fall festgestellt werden, daß nach Einführung dieser Maßnahmen der Rückgang der Geborenenzahl, das heißt der ab Anfang 1973 Geborenen, weniger stark war als in der zweiten Hälfte des Jahres 1972. Zweifellos kann aber mit dieser Entwicklung das Problem noch nicht als gelöst betrachtet werden, und es müssen im Rahmen des Planes - besonders im Rahmen des Fünfjahrplanes 1976/1980 - weitere Schritte innerhalb der gegebenen Möglichkeiten erfolgen. Dazu gehören insbesondere auch der verstärkte Bau von Kinderkrippen und anderen Kindereinrichtungen und die stärkere Entwicklung des Wohnungsbaus mit dem Ziel, jungen Familien mit Kindern eine geeignete Wohnung schnell zur Verfügung zu stellen. Es muß dabei geprüft werden, ob und in welchem Maße sowie in welcher Form die Gesellschaft einen größeren Anteil am materiellen Unterhalt der Kinder, besonders in Familien mit mehreren Kindern, übernimmt.

Nicht zuletzt geht es aber auch darum, durch Literatur, Film, Fernsehen usw. das Bild einer sozialistischen Familie stärker herauszuarbeiten und in dem Sinne bewußtseinsbildend zu wirken, daß Kinder eine wesentliche Seite des Lebens, des Lebensglücks einer sozialistischen Persönlichkeit sind.

Auch an diesem Problem wird besonders deutlich, wie wichtig jetzt und in der Zukunft die sorgfältige Beobachtung des demographischen Verhaltens der Bevölkerung und die Entwicklung der demographischen Forschung in der DDR sind, um wesentliche gesellschaftliche Probleme zu lösen. Das gilt sowohl in bezug auf die systematische Gestaltung einer harmonischen Bevölkerungsreproduktion als auch in Hinblick auf die Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung als Grundlage für die Ausarbeitung der Pläne.

Zu der Bevölkerungsentwicklung können unter anderem mit hinreichender Sicherheit folgende Aussagen getroffen werden, die für die lang- und mittelfristige Planung wichtig sind:

Die Entwicklung der Zahl der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wird in den nächsten Jahren bis Ende der achtziger Jahre zunehmen und dann - aufgrund des gegenwärtigen Geburtenrückgangs - auf alle Fälle zunächst wieder geringfügig abnehmen.

Die jährliche Zunahme der Zahl der arbeitsfähigen Bürger wird in den einzelnen Jahren unterschiedlich sein und zwischen einigen wenigen 1 000 und mehr als 100 000 Personen betragen.

Der Zuwachs der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter beläuft sich jeweils gegenüber Anfang 1971 bis zum Jahresende 1975 auf 112 000 Personen, bis zum Jahresende 1980 auf 595 000 Personen und bis zum Jahresende 1985 auf 829 000 Personen.

Dabei wird sich die Zunahme vor allem auf die männliche Bevölkerung erstrecken. Einem Zugang bei den Männern um 655 000 Personen steht ein Zugang von 174 000 Frauen gegenüber. Das ist darauf zurückzuführen, daß absolut mehr Frauen als Männer das Rentenalter erreichen werden, während andererseits etwa 5 Prozent mehr Männer als Frauen in das arbeitsfähige Alter eintreten werden.

1985 werden sich dann etwa 10 710 000 Personen im arbeitsfähigen Alter (entsprechend den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen) befinden, und zwar 5 525 000 Männer und 5 185 000 Frauen.

Die regionale Entwicklung wird dabei - wobei die Wanderung unberücksichtigt bleiben soll - sehr unterschiedlich sein. Während in den Nordbezirken der Anstieg der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter über 10 Prozent betragen wird, im Bezirk Rostock sogar über 15 Prozent, wird er sich in den mittleren Bezirken zwischen 6 Prozent und 10 Prozent bewegen und in einer Reihe der südlichen Bezirke nur zwischen 0,0 Prozent und 6 Prozent liegen. Die allgemeine Zunahme der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter verläuft auch zeitlich differenziert bei den Bezirken. Während zum Beispiel im Bezirk Neubrandenburg bereits 1973 eine Zunahme der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zu verzeichnen war, wird im Bezirk Karl-Marx-Stadt auf alle Fälle noch bis 1980 eine Abnahme der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter eintreten.

Diese Unterschiede in der regionalen Bevölkerungsentwicklung ergeben sich aus dem Unterschied in der Altersstruktur. Sie müssen aber unter dem Gesichtspunkt auch der Standortbildung sehr sorgfältig beachtet werden. Das gilt insbesondere auch deshalb, weil eine besonders starke Entwicklung der Zahl der im arbeitsfähigen Alter befindlichen Personen nicht in den hauptsächlichsten Ballungsgebieten mit starkem Arbeitskräftebedarf eintreten wird, sondern hier sogar teilweise mit einer Stagnation zu rechnen ist, wie in Karl-Marx-Stadt.

Die Entwicklung der Zahl der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter darf aber nicht gleichgesetzt werden mit der Entwicklung der Zahl der tatsächlich Berufstätigen.

Einerseits kann angenommen werden, daß der Frauenbeschäftigungsgrad weiter, wenn auch langsam, ansteigt. Andererseits wird sicherlich der Anteil der in Ausbildung befindlichen Personen im arbeitsfähigen Alter sich in bestimmtem Maße erhöhen. Vor allem aber muß damit gerechnet werden, daß sich der Beschäftigungsgrad der Rentner verändert. Da aber gegenwärtig 8 Prozent der Beschäftigten sich im Rentenalter befinden, ist dieser Entwicklung auch im Rahmen der Arbeitskräfteplanung eine große Bedeutung zuzumessen.

Im Jahre 1973 hat die Zahl der Bevölkerung im Rentenalter ihren Höhepunkt erreicht und wird dann bis in die neunziger Jahre ständig absinken. So wird sich - nach den gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen - wahrscheinlich die Zahl der Personen im Rentenalter wie folgt entwickeln:

Jahres- ende	Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im Rentenalter			Abnahme gegen- über Anfang 1971 insgesamt	Auf 100 Männer im Ren- tenalter entfallen ... Frauen im Rentenalter
	insg.	männl.	weibl.		
	in 1 000 Personen				
1975	3314	1011	2303	11	227,8
1980	2984	911	2073	341	227,6
1985	2691	724	1977	634	273,1
1990	2509	652	1857	816	284,8

Dabei wird der Anteil der Frauen an den Personen im Rentenalter sich erhöhen. Während gegenwärtig auf 100 männliche Rentner rund 230 weibliche entfallen, werden es 1985 etwa 275 sein. Ferner tritt eine altersstrukturelle Veränderung der Personen im Rentenalter ein.

	1971	1975	1980	1985	1990
Anteil der über 70jährigen an der Be- völkerung im Rentenalter insgesamt (in %)	50,3	53,5	61,1	62,9	54,2

Da aber der Beschäftigungsgrad der unter 70jährigen Rentner mehr als doppelt so hoch ist als der ab 70jährigen Rentner und auch der Beschäftigungsgrad der männlichen Rentner höher ist als der der weiblichen - obwohl auch hier eine Annäherung zu verzeichnen ist -, muß mit einer Verringerung des Beschäftigungsgrades der Rentner gerechnet werden. In diesem Zusammenhang muß sehr sorgsam die Auswirkung der sozialpolitischen Maßnahmen, insbesondere die erhebliche Erhöhung von Renten, auf den Beschäftigungsgrad der Rentner untersucht und beobachtet werden.

Mit den vorstehenden Bemerkungen sollte keinesfalls eine umfassende oder tiefgehende Analyse der demographischen Prozesse in der DDR gegeben werden, sondern es sollte vor allem an einigen aktuellen Problemen die Bedeutung und die Notwendigkeit vielfältiger demographischer Untersuchungen und Forschungen und als erste Stufe dazu der stärkeren Nutzung der vorliegenden reichhaltigen Materialien der Bevölkerungsstatistik in der Arbeit aller Staats- und Wirtschaftsorgane und wissenschaftlichen Institutionen dargelegt werden.

## VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG DER VERSCHIEDENEN BEVÖLKERUNGS-GRUPPEN BIS ZUM JAHRE 2000 IN DER DDR

von Felix Burkhardt/Lucie Burkhardt-Osadnik

Die demographische Situation der DDR weist in der Struktur der Bevölkerung eine Reihe von Besonderheiten auf. Für unsere Untersuchung über die Entwicklung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist es zweckmäßig, die Bevölkerung zunächst in die beiden großen Gruppen: Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und Bevölkerung im nichtarbeitsfähigen Alter einzuteilen. Die Bevölkerung im nichtarbeitsfähigen Alter teilen wir weiter auf in die Gruppe Kinder und in die Gruppe Rentner. Unter Kindern versteht die amtliche Statistik Personen im Alter von 0 bis 14 Jahren zuzüglich 7/12 des Altersjahres 14 bis unter 15 Jahren. Unter Rentnern versteht die amtliche Statistik männliche Personen im Alter von 65 Jahren und darüber sowie weibliche Personen im Alter von 60 Jahren und darüber. Unter Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter sind die männlichen Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren zuzüglich 5/12 des Altersjahres 14 bis unter 15 Jahren und weibliche Personen im Alter von 15 bis 60 Jahren zuzüglich 5/12 des Altersjahres von 14 bis unter 15 Jahren zu verstehen.

### 1. Entwicklung der Gruppe der Kinder

Die Gruppe der Kinder ist von 1946 bis 1958 stetig zurückgegangen, von 1959 bis 1966 gestiegen und danach bis 1971 wieder zurückgegangen. (1971 = letzte amtliche Zahlen.) Der Anstieg der Kinderzahl von 1959 bis 1966 dürfte eine Auswirkung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 28. Mai 1958 sein. Mitbestimmend für den Rückgang der Gruppe Kinder nach 1966 ist die Tatsache, daß ab 1964 die geburtenschwachen Jahrgänge nach dem zweiten Weltkrieg heiraten und Familien gründen. Es ist einzuschätzen, daß die Zahl der Kinder bis 1980 weiter zurückgehen wird, daß sie von diesem Zeitpunkt ab bis etwa 1990 entsprechend der Zunahme der Kinderzahl von 1959 bis 1966 wieder ansteigen wird und danach bis zum Jahr 2000 zurückgeht.

### 2. Entwicklung der Gruppe der Rentner

Die Zahl der Rentner steigt von 1946 bis 1971 stetig an. Dieser Anstieg wird voraussichtlich bis 1975 anhalten. Von hier ab wollen wir die Entwicklung der Rentnerzahlen getrennt für die beiden Geschlechter betrachten. Die Zahl der männlichen Rentner wird voraussichtlich von 1975 bis 1992 zurückgehen, von da ab bis zum Jahre 2000 wieder ansteigen. Diese Entwicklung ist zurückzuführen auf den niedrigen Geburtenstand während des ersten Weltkrieges, auf die niedrigen Geburtenzahlen nach dem ersten Weltkrieg und weiter auf die erhöhte Sterblichkeit der Männer während des zweiten Weltkrieges. Die Zahl der weiblichen Rentner wird von 1975 bis etwa 1995 zurückgehen und dann bis zum Jahr 2000 wieder steigen. Dies hängt ebenfalls mit dem niedrigen Geburtenstand während des ersten Weltkrieges und den niedrigen Geburtenzahlen nach dem ersten Weltkrieg zusammen.

Das Verhältnis der weiblichen Rentner zur Gesamtzahl der Rentner verschiebt sich von 66 Prozent im Jahre 1946 auf 69 Prozent im Jahre 1971. Dieses Verhältnis wird sich bis

1980 nur sehr geringfügig ändern. Von 1980 an wird sich der Anteil der weiblichen Rentner, bezogen auf die Gesamtzahl der Rentner, stark erhöhen und etwa bei 74 Prozent im Jahre 1990 liegen. Bis zum Jahre 2000 wird dann eine rückläufige Bewegung eintreten, schätzungsweise bis auf 70 Prozent. Betrachtet man den Anteil der weiblichen Rentner an der Gesamtzahl der Rentner nach früheren Zählungen, so findet man für 1900 einen Anteilssatz von 66,3 Prozent, für 1910 von 66,5 Prozent, für 1925 von 66,4 Prozent, für 1933 von 65 Prozent. Diese Anteilssätze lassen sich auch rein mathematisch aus der Überlebensordnung der Sterbetafel und der Knabenüberschußziffer bei der Geburt herleiten, wobei noch in Rechnung zu stellen ist, daß bei den Frauen fünf Jahrgänge mehr im Rentenalter stehen.

### 3. Die Entwicklung der Gruppe der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter

Die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter ging von 1949 bis 1970 laufend zurück. Das gilt für die Gesamtzahl sowie für die Zahl der Frauen im arbeitsfähigen Alter. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Männer im arbeitsfähigen Alter nur bis 1964 zurückgegangen ist und von da an bis auf kleine Schwankungen in den Jahrgängen 1951, 1952 und 1954 ansteigt. Dieser Sachverhalt ist wie folgt zu erklären: Vom Jahr 1965 an treten die nach 1950 Geborenen ins arbeitsfähige Alter. Aus der Gruppe treten die Männer, die 1900 oder später geboren sind, aus. Diese Jahrgänge wurden durch den zweiten Weltkrieg stark dezimiert. Es treten also weniger aus als ein. Bei den Frauen dagegen treten noch starke Geburtsjahrgänge bis 1973 aus und schwächere Geburtsjahrgänge ein. Im Jahr 1971 geht die Zahl der Frauen im arbeitsfähigen Alter um 13 263 zurück, die Zahl der Männer im arbeitsfähigen Alter nimmt um 17 832 zu. Dadurch steigt 1971 die Gesamtzahl der Personen im arbeitsfähigen Alter. Im Jahr 1974 überwiegt erstmals die Zahl der ins arbeitsfähige Alter kommenden Frauen die Zahl der Frauen, die in das Rentenalter eintreten. Das bedeutet, daß nunmehr auch die Gesamtzahl der Frauen im Alter von 15 bis 60 Jahren steigt.

### 4. Proportionen zwischen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und im nichtarbeitsfähigen Alter

Der Anteil der nichtarbeitsfähigen Bevölkerung an der arbeitsfähigen Bevölkerung steigt von 1950 bis 1969 laufend, und zwar von 56 Prozent auf 73 Prozent (ausgenommen das Jahr 1954). Von 1970 an wird dieser Anteil auf etwa 60 Prozent im Jahr 2000 zurückgehen. Zerlegen wir die nichtarbeitsfähige Bevölkerung in die Gruppen Kinder und Rentner, so ergeben sich folgende Anteile. Der Anteil der Kinder, gemessen an der arbeitsfähigen Bevölkerung, geht von 1950 bis 1956 zurück, und zwar von 35 Prozent auf 31 Prozent, steigt bis zum Jahre 1966 auf 40 Prozent und sinkt bis 1971 auf 39 Prozent ab. Diese rückläufige Bewegung wird bis etwa 1980 anhalten. Von 1980 bis 1990 wird der Anteil wieder zunehmen, um dann erneut bis zum Jahre 2000 abzusinken (etwa auf 37 Prozent). Dies hängt mit der Entwicklung der Geburtenzahl und der Entwicklung der Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter zusammen. Der Anteil der Rentner an der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter steigt von 1950 bis 1971 von 22 Prozent auf 34 Prozent, von da an wird eine rückläufige Bewegung voraussichtlich bis zum Jahre 1995 einsetzen. Von diesem Zeitpunkt an ist wieder mit einem Ansteigen zu rechnen.

Zieht man die Zahlen von vor dem ersten Weltkrieg als Vergleich heran, so zeigt sich, daß das Verhältnis Kinder zur Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter nach der Volkszählung von 1900 bei 59 Prozent und nach der Volkszählung von 1910 bei 57 Prozent lag. Der Anteil der Rentner an der Zahl der arbeitsfähigen Personen betrug für die gleichen Volkszählungsjahre zirka 11 Prozent. Für die Zählungen nach dem ersten Weltkrieg ergeben sich folgende Anteilssätze für Kinder:

1925 zirka 39 Prozent  
1934 zirka 36 Prozent

und für Rentner: 1925 zirka 11 Prozent  
1934 zirka 14 Prozent.

Der Anteilssatz der Kinder sinkt also nach dem ersten Weltkrieg und der Anteilssatz der Rentner steigt nach 1925.

Aus der Zunahme des Anteils der Rentner können Betrachtungen über die Belastung der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter angestellt werden. Beim Vergleich mit den Zahlen von den Volkszählungen vor dem ersten Weltkrieg zeigt sich, daß im Jahre 1900 auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter 70 Personen im nichtarbeitsfähigen Alter oder, genauer gesagt, 59 Kinder und 11 Rentner entfielen. Im Jahre 1971 entfielen auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter 73 Personen im nichtarbeitsfähigen Alter (39 Kinder und 34 Rentner). Die Belastung der arbeitsfähigen Bevölkerung ist heute, rein zahlenmäßig gesehen, nicht wesentlich höher als zur Zeit der Jahrhundertwende. Allerdings hat sich das Verhältnis Kinder - Rentner stark verändert. Die Zahl der Kinder ist gegenüber dem Jahre 1900 auf rund zwei Drittel zurückgegangen, während sich die Zahl der Rentner verdreifachte. Im Jahre 2000 werden voraussichtlich auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter etwa 60 Personen im nichtarbeitsfähigen Alter (wahrscheinlich 37 Kinder und 23 Rentner) entfallen. Die Belastung wird also in den nächsten 30 Jahren geringer werden. Hierzu wäre noch zu bemerken, daß die arbeitsfähige Bevölkerung nicht gleichzusetzen ist mit der tatsächlich arbeitenden Bevölkerung. Die Quote der tatsächlich arbeitenden Bevölkerung, gemessen an der arbeitsfähigen Bevölkerung, ist heute wesentlich höher als zur Zeit der Jahrhundertwende. Hier möchte besonders auf den hohen Anteil der Frauenarbeit in der DDR (durchschnittlicher Frauenbeschäftigungsgrad in der DDR etwa 75 Prozent - im Jahre 1971 sogar 77 Prozent) hingewiesen werden. 1950 betrug der Anteil der berufstätigen Frauen, gemessen an der Gesamtzahl der Berufstätigen, 40 Prozent. Dieser Anteil stieg auf 49 Prozent im Jahre 1971.

Setzt man die Zahl der Kinder zur Gesamtbevölkerungszahl in Beziehung, so schwankt der Anteil der Kinder von 1950 bis 1971 zwischen 20 Prozent und 23 Prozent. Der Anteil der Rentner steigt laufend, und zwar von 14 Prozent im Jahre 1950 auf zirka 20 Prozent im Jahre 1971. Der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung wird auch in den nächsten 30 Jahren den Prozentsatz von 23 Prozent kaum oder nur geringfügig überschreiten. Der Prozentsatz für die Rentner wird nach 1971 langsam absinken und sich bei etwa 14 Prozent stabilisieren. Das ist aber gerade die Ausgangszahl vom Jahr 1950. Zieht man auch hier zum Vergleich die Zahlen von den Volkszählungen 1900 bzw. 1910 heran, so ergibt sich, daß der Prozentsatz für die Kinder bei 35 Prozent bzw. 34 Prozent und für die Rentner bei etwa 6,5 Prozent lag. Der Anteil der Rentner an der Gesamtzahl der Bevölkerung ist also gegenwärtig dreimal so hoch wie um die Jahrhundertwende. Die Zählungen von 1925 und 1934 ergeben folgendes Bild:

Kinder	25,7 Prozent bzw. 24,2 Prozent
Rentner	7,6 Prozent bzw. 9,4 Prozent.

Die Zunahme des Anteils der Rentner steht im Zusammenhang mit dem Rückgang der Sterblichkeit infolge der wesentlich verbesserten ärztlichen Versorgung und der hygienischen Verhältnisse. Die Lebenserwartung in der Sterbetafel von 1871/72 bis 1880/81 ist für die männlichen Personen mit 35,58 und für die weiblichen Personen mit 38,45 angegeben. In der Sterbetafel von 1963/66 wird für männliche Personen eine Lebenserwartung von 68,49 und für weibliche Personen von 73,53 berechnet.

Es ist zu beachten, daß die Zunahme der Lebenserwartung in erster Linie auf den Rückgang der Säuglingssterblichkeit und der Kindersterblichkeit zurückzuführen ist und bis jetzt für die Erhöhung des Anteils der Rentner wenig Bedeutung hatte. Wichtig scheint, daß die um die Jahrhundertwende lebende Generation doppelt so viele Kinder hatte wie die heutige Generation. Diese Fakten zusammen ergeben die Verschiebung der Proportionen innerhalb der Gesamtbevölkerung.

Wie sich das Gesetz zur Schwangerschaftsunterbrechung und zum anderen die neuen Maßnahmen zur Verwirklichung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitag der SED auswirken werden, kann im Augenblick noch nicht übersehen werden.

Jahr	Wohnbevölkerung		auf 100 der Bevölkerung	weiblich	auf 100 der Bevölkerung
	insgesamt	männlich			
1950	18 388 172	8 161 189	44,4	10 226 983	55,6
1951	18 350 128	8 159 015	44,5	10 191 113	55,5
1952	18 300 111	8 146 390	44,5	10 153 721	55,5
1953	18 112 122	8 071 789	44,6	10 040 333	55,4
1954	18 001 547	8 036 712	44,6	9 964 835	55,4
1955	17 832 232	7 968 716	44,7	9 863 516	55,3
1956	17 603 578	7 876 305	44,7	9 727 273	55,3
1957	17 410 670	7 795 241	44,8	9 615 429	55,2
1958	17 311 707	7 769 816	44,9	9 541 891	55,1
1959	17 285 902	7 774 689	45,0	9 511 213	55,0
1960	17 188 488	7 745 274	45,1	9 443 214	54,9
1961	17 079 306	7 704 357	45,1	9 374 949	54,9
1962	17 135 867	7 743 936	45,2	9 391 931	54,8
1963	17 181 083	7 784 482	45,3	9 396 601	54,7
1964	17 003 632	7 748 135	45,6	9 255 497	54,4
1965	17 039 717	7 779 661	45,7	9 260 056	54,3
1966	17 071 380	7 808 255	45,7	9 263 125	54,3
1967	17 089 884	7 829 905	45,8	9 259 979	54,2
1968	17 087 236	7 843 503	45,9	9 243 733	54,1
1969	17 074 504	7 851 573	46,0	9 222 931	54,0
1970	17 056 983	7 857 628	46,1	9 199 355	53,9
1971	17 042 363	7 865 335	46,2	9 177 028	53,8

Quelle: Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1972.

Jahr	Wohnbevölkerung im arbeitsfähigen Alter			
	insgesamt	auf 100 der Bevölkerung	Männer 15 - unter 65 Jahre	Frauen 15 - unter 60 Jahren
1950	11 781 917	64,1	5 253 883	6 528 034
1951	11 734 400	63,9	5 270 765	6 463 635
1952	11 698 126	63,9	5 273 472	6 424 654
1953	11 580 338	63,9	5 246 515	6 333 823
1954	11 521 642	64,0	5 249 917	6 271 725
1955	11 402 495	63,9	5 220 831	6 181 664
1956	11 202 759	63,6	5 158 487	6 044 272
1957	11 004 389	63,2	5 091 453	5 912 936
1958	10 880 641	62,9	5 069 515	5 811 126
1959	10 763 868	62,3	5 041 327	5 722 541
1960	10 542 093	61,3	4 961 099	5 580 994
1961	10 295 045	60,3	4 862 080	5 432 965
1962	10 210 734	59,6	4 844 640	5 366 094
1963	10 144 342	59,0	4 831 394	5 312 948
1964	9 932 609	58,4	4 779 739	5 152 870
1965	9 916 271	58,2	4 789 255	5 127 016
1966	9 898 995	58,0	4 800 474	5 098 521
1967	9 884 650	57,8	4 811 127	5 073 523
1968	9 879 344	57,8	4 830 248	5 049 096
1969	9 870 694	57,8	4 845 573	5 025 121
1970	9 865 865	57,8	4 860 705	5 005 160
1971	9 870 434	57,9	4 878 537	4 991 897

Quelle: Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1972.

Jahr	Wohnbevölkerung im nichtarbeitsfähigen Alter					
	insgesamt	auf 100 der Bevölkerung	Kinder unter 15 Jahren	auf 100 der Bevölkerung	im Rentenalter	auf 100 der Bevölkerung
1950	6 606 255	35,9	4 065 818	22,1	2 540 437	13,8
1951	6 615 728	36,1	3 975 266	21,7	2 640 462	14,4
1952	6 601 985	36,1	3 903 558	21,3	2 698 427	14,7
1953	6 531 784	36,1	3 779 971	20,9	2 751 813	15,2
1954	6 479 905	36,0	3 683 868	20,5	2 796 037	15,5
1955	6 429 737	36,1	3 585 223	20,1	2 844 514	16,0
1956	6 400 819	36,4	3 508 664	19,9	2 892 155	16,4
1957	6 406 281	36,8	3 478 434	20,0	2 927 847	16,8
1958	6 431 066	37,1	3 460 256	20,0	2 970 810	17,2
1959	6 522 034	37,7	3 520 795	20,4	3 001 239	17,4
1960	6 646 395	38,7	3 618 127	21,0	3 028 268	17,6
1961	6 784 261	39,7	3 715 770	21,8	3 068 491	18,0
1962	6 925 133	40,4	3 816 431	22,3	3 108 702	18,1
1963	7 036 741	41,0	3 903 216	22,7	3 133 525	18,2
1964	7 071 023	41,6	3 940 741	23,2	3 130 282	18,4
1965	7 123 446	41,8	3 958 896	23,2	3 164 550	18,6
1966	7 172 385	42,0	3 960 341	23,2	3 212 044	18,8
1967	7 205 234	42,2	3 944 687	23,1	3 260 547	19,1
1968	7 207 892	42,2	3 920 788	22,9	3 287 104	19,3
1969	7 203 810	42,2	3 890 219	22,8	3 313 591	19,4
1970	7 191 118	42,2	3 859 516	22,6	3 331 602	19,5
1971	7 171 929	42,1	3 831 485	22,5	3 340 444	19,6

Quelle: Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1972.

Jahr	Bevölkerung im nichtarbeitsfähigen Alter auf 100 der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter	Kinder auf 100 der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter	Rentner auf 100 der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter
1950	56,1	34,5	21,6
1951	56,4	33,9	22,5
1952	56,4	33,4	23,1
1953	56,4	32,6	23,8
1954	56,2	32,0	24,3
1955	56,4	31,4	24,9
1956	57,1	31,3	25,8
1957	58,2	31,6	26,6
1958	59,1	31,8	27,3
1959	60,6	32,7	27,9
1960	63,0	34,3	28,7
1961	65,9	36,1	29,8
1962	67,8	37,4	30,4
1963	69,4	38,5	30,9
1964	71,2	39,7	31,5
1965	71,8	39,9	31,9
1966	72,5	40,0	32,5
1967	72,9	39,9	33,0
1968	73,0	39,7	33,3
1969	73,0	39,4	33,6
1970	72,9	39,1	33,8
1971	72,7	38,8	33,8

Quelle: Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1972.

## ZU EINIGEN TENDENZEN DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN DER DDR - VERSUCH EINER BESTANDSAUFNAHME UND PROGNOSE

von Erich Strohbach

1. Vorbemerkung
2. Die demographische Situation der DDR - Ausgangspunkt der Prognose der Bevölkerungsreproduktion
3. Prognose der Geburtenentwicklung in der DDR
4. Prognose der Sterblichkeitsentwicklung in der DDR

### 1. Vorbemerkung

Die Lösung der auf dem VIII. Parteitag der SED gestellten Hauptaufgabe und die daraufausgerichtete weitere Entwicklung der Volkswirtschaft erfordern einen wirkungsvollen Beitrag der Demographie. Eine wichtige Voraussetzung dafür bilden die Untersuchung der Faktoren und Gesetzmäßigkeiten, die die Bevölkerungsreproduktion in der DDR bestimmen, sowie die Analyse der Beziehungen zwischen den demographischen Prozessen und dem volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß.

Im Zusammenhang damit kommt der Erarbeitung von Bevölkerungsprognosen eine vorrangige Bedeutung zu. Die von L. I. Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU getroffene Feststellung, daß die weitere Qualifizierung der "perspektivischen, langfristigen Planung der Entwicklung der Volkswirtschaft, die sich auf Prognosen des Wachstums der Bevölkerung des Landes ... stützt", eine wesentliche Bedingung für die Vervollkommnung des Systems der Leitung der Volkswirtschaft darstellt<sup>1</sup>, gilt nicht nur für die Sowjetunion. Sie ist vielmehr von elementarer Bedeutung für alle sozialistischen Staaten. Prognosen der Bevölkerungsentwicklung bilden eine entscheidende Grundlage für eine wirkungsvolle bevölkerungspolitische Leitungstätigkeit der Partei- und Regierungsorgane.

Gegenwärtig ist die Bevölkerungsreproduktion in großen Teilen der DDR nicht mehr gewährleistet; und es läßt sich daher nicht ausschließen, daß in den nächsten Jahren eine regressive Bevölkerungsentwicklung im Gesamtmaßstab der DDR eintreten wird. Um so wichtiger ist eine sorgfältige Erforschung dieses Prozesses als Ausgangspunkt einer fundierten bevölkerungsprognostischen Vorausschau und damit als Grundlage für geeignete bevölkerungspolitische Maßnahmen entsprechend der von Willi Stoph auf dem VIII. Parteitag der SED im Namen der Partei begründeten Forderung: "Die Sorge um die Familien- und Bevölkerungsentwicklung ist ein gesamtstaatliches Anliegen. Es ist deshalb notwendig, unter Ausnutzung der Vorzüge des Sozialismus verstärkt eine vom Staat koordinierte Arbeit auf diesem Gebiet zu leisten."<sup>2</sup>

1 Breshnew, L. I., Bericht des Zentralkomitees an den XXIV. Parteitag der KPdSU, in: Neues Deutschland, 7. 4. 1971, S. 7.

2 Stoph, Willi, Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, Berlin 1971, S. 51.

## 2. Die demographische Situation der DDR - Ausgangspunkt der Prognose der Bevölkerungsreproduktion

Bevölkerungsprognosen sind empirisch und theoretisch fundierte Aussagen über die künftige Bevölkerungssituation; sie sind eine Verknüpfung von empirisch ermittelten Ausgangsinformationen und theoretischer Einsicht in künftige Erfordernisse.

Die Bevölkerungsentwicklung der Vergangenheit spiegelt sich wider in der Bevölkerungsstruktur der Gegenwart; gegenwärtige Strukturen bestimmen maßgeblich die Bevölkerungsentwicklung in der Zukunft. Bevölkerungspolitische Maßnahmen können sich also nicht von heute auf morgen, sondern nur über relativ große Zeiträume hinweg auswirken.

Neben der ungünstigen Altersstruktur in der DDR bildet das sehr niedrige Niveau der Reproduktion der Bevölkerung das wichtigste Wesensmerkmal. Die gegenwärtige demographische Situation der DDR ist einmal durch eine ungünstige Altersstruktur, zum anderen durch einen niedrigen Stand der Reproduktion der Bevölkerung gekennzeichnet. Eine Fortsetzung des bisherigen Entwicklungstrends droht zu einer regressiven Bevölkerungsreproduktion im Maßstab der gesamten DDR zu führen, wie das in einer Reihe von Bezirken bereits seit einiger Zeit der Fall ist.

Die Entwicklung der Nettoreproduktionsziffer ( $R_0$ ) in der DDR<sup>3</sup> sieht wie folgt aus:

Jahr	$R_0$
1964	1,171
1966	1,137
1968	1,080
1970	1,030

Niveau und Verlauf der Bevölkerungsreproduktion werden sowohl von der Geburtenhäufigkeit als auch von der Sterblichkeitsrate bestimmt. In der DDR ist die aufgezeigte Entwicklung maßgeblich auf den Geburtenrückgang zurückzuführen; die Sterblichkeitsrate hat sich dagegen im Ergebnis einer erfolgreichen Gesundheitspolitik und einer fortwährenden Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung ständig verringert; entsprechend erhöhte sich die Lebenserwartung der Menschen. Besonders große Erfolge wurden bei der Senkung der Säuglingssterblichkeit erzielt.

Die bisherige Entwicklung der Bevölkerungsreproduktion findet ihren Niederschlag in einem ausgeprägten Alterungsprozeß, der vor allem auf die Verringerung des Anteils jüngerer Menschen an der Bevölkerung zurückgeht. Dabei spielen die Unregelmäßigkeiten im Altersaufbau der Bevölkerung der DDR zeitweilig eine verstärkende, zeitweilig eine abschwächende Rolle.

### Ursachen des Geburtenrückgangs

Ausschlaggebend für die bisherige Entwicklung der Bevölkerungsreproduktion war in der DDR der Geburtenrückgang, der aller Voraussicht nach auch die künftige Bevölkerungsentwicklung entscheidend bestimmen wird. Daher muß sich die Bevölkerungspolitik noch stärker als bisher auf Maßnahmen zur Beeinflussung des Geburtenniveaus konzentrieren.

Zu den Faktoren, welche das Geburtenniveau beeinflussen, gehören unter anderem

- der Grad der Frauenbeschäftigung und -qualifizierung,
- Wohnungsprobleme,
- die finanzielle Lage der Familien mit Kindern,

3 Zahlenangaben nach Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR (unveröffentlichtes Material).

- Möglichkeiten der Betreuung von Kindern in Kinderkrippen und -gärten,
- ideologische Beweggründe.

Derartige Faktoren bestimmen maßgeblich die individuelle "Familienplanung", wobei die vorhandenen Möglichkeiten einer bewußten Geburtenregelung (Schwangerschaftsverhütung, Schwangerschaftsunterbrechung) eine optimale Entscheidungsfreiheit des einzelnen gewährleisten.

Eine wichtige Aufgabe sozialistischer Familienpolitik besteht nun darin, auf der Grundlage des Prinzips der freien Entscheidung über die Geburt eines Kindes die Familien in ihrem Wunsch nach Kindern zu bestärken und die Geburtenentwicklung entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu stimulieren.

In den letzten Jahren wurde dieses Prinzip der freien Entscheidung über die Geburt eines Kindes (und über den Zeitpunkt der Geburt) zunehmend verwirklicht. Heute haben die Frauen in der DDR das uneingeschränkte Recht, in eigener Verantwortung eine nichtgewollte Schwangerschaft nach freiem Ermessen zu vermeiden bzw. zu unterbrechen.<sup>4</sup>

Zwischen den oben genannten Faktoren und der tatsächlichen Geburtenentwicklung besteht also nunmehr in viel stärkerem Maße als in der Vergangenheit ein unmittelbarer, enger Zusammenhang. Bei der Analyse der Ursachen der Geburtenentwicklung muß dieser Umstand die notwendige Beachtung finden.

Zu berücksichtigen ist ferner, daß den einzelnen Faktoren nicht in allen Bevölkerungsgruppen eine gleich große Bedeutung zukommt; Wohnungsmangel dürfte beispielsweise nur unwesentlich die Geburtenentwicklung bei den höheren Altersgruppen beeinflussen; Schwierigkeiten bei der Verorgung und Betreuung der Kleinkinder in Kinderkrippen sind zweifellos auf dem Lande geringer als in der Stadt usw. Es ist also eine Differenzierung der Bevölkerung nach den für die Geburtenentwicklung relevanten Gruppen notwendig - insbesondere nach Altersgruppen, aber auch nach sozialen Klassen und Schichten, nach Land-/Stadtbevölkerung und anderen Kriterien.

Eine schematisierte, stark vereinfachte Darstellung der bisherigen Geburtenentwicklung läßt wesentliche Ursachenkomplexe deutlich werden, wie die diesem Beitrag als Anhang beigefügte Grafik (Kurvenverlauf der Fruchtbarkeitsziffern) veranschaulicht.

#### "Kompensation" des kriegs- und nachkriegsbedingten Geburtenausfalls

Der kriegs- und nachkriegsbedingte Geburtenausfall betraf besonders Frauen zwischen 20 und 40 Jahren und davon vor allem die höheren Altersgruppen dieses Altersabschnitts. Viele Frauen waren jahrelang von ihren Männern getrennt bzw. konnten überhaupt erst in den Nachkriegsjahren eine Familie gründen. Eine den dadurch hervorgerufenen Geburtenausfall (teilweise) kompensierende Erhöhung der Geburtenziffern läßt sich bis zum Jahre 1952/53 nachweisen; dann tritt eine Stabilisierung auf dem erreichten Niveau ein.

#### Akzelerationserscheinungen

Mehr und mehr zeichnet sich in den letzten Jahren eine schnellere Entwicklung sowohl des körperlichen Wachstums der Kinder und Jugendlichen als auch ihrer geistigen Reife ab<sup>5</sup>; dies spiegelt sich nicht zuletzt in der deutlichen Zunahme der Geborenenzahlen in den Altersgruppen bis 20 Jahre (sowie in einer Verringerung des durchschnittlichen Heiratsalters) wider.

4 Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft vom 9. 3. 1972, in: Neues Deutschland, 10. 3. 1972, S. 3.

5 Vgl. Winter, Kurt, Lehrbuch der Sozialhygiene, Berlin 1970.

Auf Akzelerationserscheinungen sind teilweise auch die ansteigenden Geburtenkennziffern der zwanzig- bis dreißigjährigen Frauen sowie die Verringerung dieser Ziffern in den höheren Altersgruppen zurückzuführen.

### Sozialpolitische Maßnahmen im Jahre 1958

Der in den Altersgruppen bis 27 Jahre ersichtliche plötzliche Anstieg der Entwicklungslinien wurde maßgeblich von den Vergünstigungen ausgelöst, die entsprechend dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau" im Jahre 1958 wirksam wurden.<sup>6</sup> Hier zeigt sich deutlich die Beziehung zwischen dem persönlichen Wunsch nach Kindern und den äußeren, gesellschaftlichen Bedingungen. (Ein Einfluß der genannten Maßnahmen auf das Reproduktionsverhalten in den höheren Altersgruppen läßt sich statistisch nicht nachweisen.)

### Auswirkungen einer verstärkten Familienplanung

Die auffallendsten Veränderungen in den Entwicklungslinien werden - besonders in den Altersgruppen bis 27 Jahre - seit der Mitte der sechziger Jahre sichtbar. Hier finden die erweiterten Möglichkeiten einer bewußten Geburtenregelung ihren deutlichen Ausdruck.

Von diesem Zeitpunkt an kann überhaupt erst von einem unmittelbaren und umfassenden Zusammenhang zwischen solchen Faktoren wie Frauenbeschäftigung, Wohnungsproblem, Fragen der Kinderbetreuung in Krippen und Kindergärten usw. und der Geburtenrate gesprochen werden. Erst bei entsprechenden Möglichkeiten einer bewußten Geburtenregelung wirken sich die genannten Faktoren (in negativer Hinsicht) auf die Geburtenentwicklung voll aus - andernfalls gehen nicht wenige Kinder auf ungewollte Schwangerschaften zurück, was zu Konfliktsituationen bei den Eltern führen und mit ungünstigen Bedingungen für die Entwicklung der Kinder verbunden sein kann.

Der Rückgang der Zahl der Geborenen war von ihrer zunehmenden Konzentration auf die jüngeren Altersjahre der Frauen bzw. auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum nach der Eheschließung begleitet; dadurch verringerte sich der Altersunterschied zwischen Eltern- und Kindergeneration. Auch der Geburtenabstand ist kleiner geworden; es erhöhte sich der Anteil der Erstgeborenen, während der Anteil der Kinder mit höherer Ordnungszahl der Geburt zurückging.

Die Verringerung des Generationsabstandes führt in Verbindung mit der ständig zunehmenden Berufstätigkeit der weiblichen Bevölkerung - auch der älteren Frauen! - zu erhöhten Anforderungen an die Unterbringung von Kleinst- und Kleinkindern in Kinderkrippen und -gärten, zumal auch die Wanderungsbewegung über größere Entfernungen innerhalb der Republik, an der besonders junge Menschen teilnehmen, immer mehr eine Auflösung der "Großfamilien" bewirkt, in deren Rahmen sich früher zu einem beachtlichen Teil die Erziehung und Betreuung der Kinder vollzog.

### 3. Prognose der Geburtenentwicklung in der DDR

Wie muß vom Standpunkt der gesellschaftlichen Interessen die bisherige Geburtenentwicklung beurteilt werden, und welcher künftige Verlauf zeichnet sich ab?

Für eine umfassende Wertung fehlen ausreichende statistische Informationen ebenso wie die erforderlichen methodischen und bevölkerungstheoretischen Voraussetzungen. Aber es gibt eine Reihe von Aspekten und Kriterien, die Teilantworten auf die oben gestellte Frage ermöglichen.

<sup>6</sup> Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 20. 5. 1958, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, T. I, Nr. 33/1958, S. 416.

Die im folgenden aufgestellten Thesen können nur ein erster Versuch sein. Sie bedürfen der Überprüfung und Präzisierung im Zusammenhang mit einer verstärkten Erforschung der gegenwärtig nur unzureichend überschaubaren demographischen Erscheinungen und Prozesse, der Bedürfnisse der Menschen und ihrer künftigen Entwicklung.

Unter diesem Vorbehalt läßt sich folgendes feststellen:

- Der Rückgang der Geburtenrate bis zu einem Niveau, das die Reproduktion der Bevölkerung noch gewährleistet, scheint in der sozialistischen Gesellschaftsordnung normaler Vorgang zu sein.

Um eine Reproduktion der Bevölkerung zu sichern, sind im Durchschnitt zwei bis drei Kinder pro Familie erforderlich; inwieweit und unter welchen konkreten Voraussetzungen eine größere Kinderzahl mit einer umfassenden Befriedigung materieller, kultureller und beruflicher Bedürfnisse in Einklang zu bringen ist, bedarf noch einer eingehenden Analyse. Für die Entwicklung der Kinder optimale Bedingungen zu schaffen, liegt gleichermaßen im gesellschaftlichen Interesse wie letztlich im Interesse der einzelnen Familien selbst.

- Der durchschnittliche Generationsabstand wird sich aller Voraussicht nach weiter verringern, was zeitweilig einen von der Geburtenrate unabhängigen positiven Einfluß auf die Bevölkerungsreproduktion ausübt.

- Wahrscheinlich wird die Geburtenentwicklung in den beiden jüngsten der in Frage kommenden Altersgruppen auch künftig sinken - in der Gruppe unter 17 Jahren stärker als in der Gruppe zwischen 17 und 19 Jahren; dies dürfte eine unausbleibliche Folge der (immer größere Bedeutung erhaltenden) Ausbildungs- und Qualifizierungsprozesse der Jugendlichen und der endgültigen Verwirklichung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sein.

- Die Sicherung der Bevölkerungsreproduktion setzt staatliche Maßnahmen voraus, die es gerade jungen Eltern schon in jungen Jahren erleichtern, ein Kind aufzuziehen. Dann bestünde die berechtigte Hoffnung, daß sich auf der Grundlage solcher Maßnahmen die Geburtenziffern in der Gruppe der neunzehn- bis zwanzigjährigen Frauen wieder und in der Gruppe der zwanzig- bis dreiundzwanzigjährigen Frauen nach wie vor erhöhen.

Von großer Bedeutung ist ferner, daß die zur Zeit sinkenden Geburtenziffern der dreiundzwanzig- bis siebenundzwanzigjährigen Frauen künftig wieder ansteigen; hierbei handelt es sich (im Unterschied zu den Kindern der beiden erstgenannten Altersgruppen) überwiegend um Zweit- und Drittgeburten.

- In den Altersgruppen der Frauen ab 27 Jahre dürfte - mit zunehmendem Alter in steigendem Maße - auch in Zukunft mit einem Fruchtbarkeitsrückgang zu rechnen sein. Die Frauen in diesen Altersgruppen sind voll in das Berufsleben eingegliedert, bekleiden oft verantwortungsvolle Funktionen, nehmen zudem an Maßnahmen der Erwachsenenqualifizierung teil und widmen sich in vielen Fällen außerdem noch der Erziehung ihrer Kinder, die sich teils noch im Vorschulalter, teilweise bereits im Schulalter befinden.

Aus diesen Überlegungen folgt, daß sich die bevölkerungs- und familienpolitischen Maßnahmen des sozialistischen Staates, die eine Stimulierung bzw. Stabilisierung der Geburtenentwicklung und die Sicherung einer ausreichenden Bevölkerungsreproduktion zum Ziel haben, auf die Altersgruppen der Frauen zwischen 19 und 27 Jahren konzentrieren sollten. Wesentliche Entscheidungen in dieser Richtung würden im Mai 1972 getroffen, deren längerfristige Auswirkungen sorgfältig und gründlich analysiert werden müssen.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, T. II, Nr. 27/1972, 29. 5. 1972.

Große Bedeutung besitzen noch immer die territorialen Unterschiede im Geburtenniveau, wie die folgenden, auf die durchschnittlichen Ziffern der DDR bezogenen Werte<sup>8</sup> aus dem Jahre 1970 zeigen:

Bezirk Neubrandenburg	111 %
Kreis Röbel (Bezirk Neubrandenburg)	134 %
Bezirk Karl-Marx-Stadt	89 %
Landkreis Leipzig	78 %
DDR	100 %

Deutlich zeichnet sich jedoch seit einiger Zeit die Tendenz einer Nivellierung dieser Unterschiede ab; Der Rückgang der Geburtenrate ist in Gebieten mit sehr hohen Fruchtbarkeitswerten größer als dort, wo sie schon bisher relativ niedrig war. Diese Nivellierung wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter fortsetzen.

Zwischen den Klassen und Schichten (bzw. sozialen Gruppen) gab es in der Vergangenheit ebenfalls erhebliche Unterschiede des Geburtenniveaus. Besonders deutlich zeigt sich das an der Zusammensetzung der Geborenen nach der Ordnungszahl der Geburt<sup>9</sup>:

Soziale Gruppe <sup>10</sup>	Zusammensetzung der Geborenen nach der Ordnungszahl der Geburt (in %)					
	1.	2.	3.	4.	5. u. mehr	insgesamt
Arbeiter	35,8	28,5	15,9	8,4	11,4	100
Angestellte	48,4	30,4	12,6	4,8	3,8	100
LPG-Mitglieder	15,1	24,8	20,6	14,3	25,2	100

Die weitaus höhere Geburtenhäufigkeit der LPG-Mitglieder (im Vergleich zu den Arbeitern und Angestellten) spiegelt sich in geringeren Anteilzahlen der Erst- und Zweitgeburten wider; dagegen liegen die Anteilzahlen der Geborenen mit höherer Ordnungszahl bei den LPG-Mitgliedern sehr viel höher als bei den anderen Gruppen.

Im Prozeß der Annäherung der Klassen und Schichten auf der Grundlage der ständigen Festigung und Höherentwicklung der Bündnisbeziehungen unter Führung der Arbeiterklasse dürfte sich künftig auch bezüglich der demographischen Verhaltensweisen ein weitgehender Ausgleich gegenwärtig noch vorhandener Unterschiede vollziehen.

#### 4. Prognose der Sterblichkeitsentwicklung in der DDR

Die Tendenz einer steigenden Lebenserwartung, das heißt einer sinkenden Sterblichkeitsrate der Bevölkerung, wird sich auch in Zukunft fortsetzen - wenn auch in den einzelnen Altersgruppen in unterschiedlichem Ausmaße.

Entscheidende Voraussetzung dafür sind die weitere Verbesserung der allgemeinen Lebenslage der Bevölkerung, eine vom Staat geförderte gesunde Lebensführung der Menschen, die

8 Berechnet aus Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR (unveröffentlichtes Material).

9 Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1966, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1966, S. 130 ff.

10 Berufszugehörigkeit des Elternteils, der den Hauptbeitrag zum finanziellen Unterhalt der Familie leistet.

Erziehung zu gesundheitserhaltender sportlicher Betätigung, die Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen körperlicher und geistiger Tätigkeit sowie die systematische Bereicherung der medizinischen Wissenschaft durch neue Erkenntnisse auf der Grundlage intensiver Forschung und ihrer praktischen Nutzung.

Für die nächsten Jahre muß jedoch befürchtet werden, daß in einigen Altersgruppen eine zeitweilige Erhöhung der Sterblichkeitsrate eintritt: Zum Teil handelt es sich dabei um Nachwirkungen des Krieges, das heißt um Folgeerscheinungen von Verwundungen und anderen kriegsbedingten Gesundheitsschäden.

So rechnen medizinische Sachverständige mit einer gewissen Zunahme der Sterbeziffern namentlich bei den männlichen Personen ab 35 Jahre im Verlaufe des kommenden Jahrzehnts<sup>11</sup>; danach werden die Auswirkungen des Krieges die Sterblichkeitsrate kaum mehr nennenswert beeinflussen.

Allerdings wird - aus anderen Gründen - auch für die männlichen Personen der Altersgruppe von 15 bis 20 Jahren eine leichte Zunahme der Sterbeziffern vorausgesagt: Schon in den zurückliegenden Jahren spielte dabei die zunehmende Zahl von Verkehrsunfällen eine gewisse Rolle. Insgesamt ist jedoch mit einer weiteren Verringerung der Sterblichkeitsrate zu rechnen. Sterben gegenwärtig auf je 1 000 Lebendgeborene 18 Kinder im Verlaufe des ersten Lebensjahres, so werden es 1980 voraussichtlich nur noch etwa 12 bis 14 sein.

Signifikante Unterschiede der Sterblichkeit nach Klassen und Schichten oder nach territorialen Gesichtspunkten ließen sich in der Vergangenheit nicht nachweisen; sie lassen sich auch nicht theoretisch begründen; Die Leistungen unseres sozialistischen Gesundheitswesens kommen - anders als die medizinische Betreuung in kapitalistischen Ländern - allen Bürgern unserer Republik in gleicher Weise zugute.

Sterblichkeits- und Geburtenrate bestimmen die Alters- und Geschlechterstruktur der Bevölkerung; diese nähert sich im Verlaufe eines längeren, mehrere Generationen umfassenden Zeitraums unter normalen Bedingungen - also ohne störende Einwirkungen - dem Typ der sogenannten "stabilen Bevölkerung" an, dessen Reproduktionskoeffizient  $e^k$ <sup>12</sup> - nach den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen zu urteilen - in der sozialistischen Gesellschaftsordnung wenig mehr als 1 betragen wird. Die Bevölkerungsentwicklung wird sich somit auf einem sehr niedrigen quantitativen Niveau vollziehen. Einer erhöhten Lebenserwartung der Menschen (das heißt einem Rückgang der Sterblichkeitsrate) steht eine geringe Fruchtbarkeitsrate gegenüber, die in einer Durchschnittszahl von 2 bis 3 Kindern pro Familie zum Ausdruck kommt.

Typisches Merkmal einer derartigen Bevölkerungsstruktur ist die große Konstanz im Anteil der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung: Der "Lebensbaum" weist eine ziemlich ebene Gestalt auf, die nur infolge "biologischer" Ungleichheiten (beispielsweise zwischen den Knaben- und Mädchenanteilen an den Geborenen sowie der höheren Sterblichkeit der männlichen Personen) eine leichte naturbedingte Asymmetrie erfährt. Im einzelnen zeichnet sich folgende Entwicklung der Bevölkerungsstruktur (nach Alter und Geschlecht) ab<sup>13</sup>:

11 Zahlenangaben beruhen auf Schätzwerten, die von Wilhelm Oehmisch, Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR, erarbeitet wurden = Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR (unveröffentlichtes Material).

12  $e$  = Basis der natürlichen Logarithmen,  $k$  = Potenzzahl.

13 Zahlenangaben nach Wilhelm Oehmisch, a. a. O.

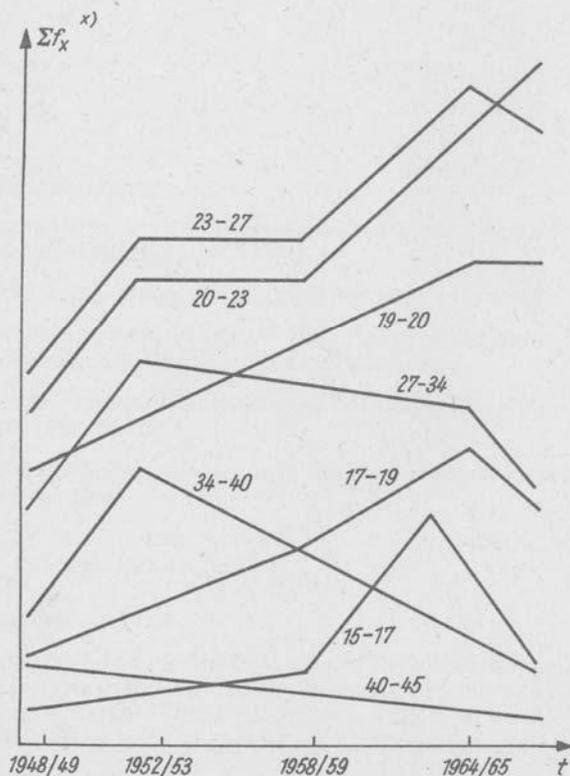
Altersgruppe (in Jahren)	Anteil der Altersgruppen (in %) an der Gesamtbevölkerung		
	1971	2000	stabile Bevölkerung ( $e^k \approx 1$ )
unter 15	22	23	22
15 - 60 (weibl.)	58	62	63
15 - 65 (männl.)			
60 und älter (weibl.)	20	15	15
65 und älter (männl.)			

In Wechselbeziehung zu der ebenmäßigen Form der Altersstruktur stehen die jährlichen Geborenenziffern und andere altersabhängige demographische Parameter, wie zum Beispiel die Ziffern der Eheschließung; sie sind ebenfalls nur verhältnismäßig geringen Schwankungen unterworfen. Auch die absolute Zahl der Personen in den einzelnen Altersgruppen verändert sich nur in sehr geringem Ausmaße (entsprechend dem genannten Reproduktionskoeffizienten  $e^k$ ): Das betrifft unter anderem solche volkswirtschaftlich entscheidenden Größen wie die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter, die Zahl der Kinder im Vorschul- und Schulalter, die Zahl der Menschen im Rentenalter usw. Die mit der planmäßigen, harmonischen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in Übereinstimmung stehende (und auf ihrer Grundlage beruhende) Regelmäßigkeit demographischer Strukturen und Prozesse bildet eines der wesentlichsten Merkmale zukünftiger Bevölkerungsreproduktion.

Diese künftigen Entwicklungen, die sich über einen sehr langen Zeitraum erstrecken, müssen in allen ihren Einzelheiten erforscht werden und bei der Durchführung bevölkerungspolitischer Maßnahmen als prognostische Zielstellung dienen.

Ein solches Zukunftsbild unterscheidet sich wesentlich von der gegenwärtigen Bevölkerungssituation; auch die nächsten Jahrzehnte werden noch entscheidend von den Auswirkungen der vergangenen Entwicklung gezeichnet sein.

Kurvenverlauf der Fruchtbarkeitsziffern  
(schematisiert, unter Berücksichtigung der Größenbeziehungen)



x)  $f_x = \frac{G_x}{F_x}$ ;  $G_x$  = Zahl der Geborenen von Müttern im Alter x,  
 $F_x$  = Zahl der Frauen im Alter x.

Quelle:  
Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955 - 1972, hg. v.  
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Tabellen, Geborene nach dem Alter der Mutter.

## DIE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IN DER DDR UND DER BRD ZWISCHEN 1945 UND 1970 - EINE KOMPARATIVE UNTERSUCHUNG

von Kurt Lungwitz

### Zur Aufgabenstellung

Hauptkennziffern der Bevölkerungsstrukturen im Gebiet der DDR und der BRD vor dem zweiten Weltkrieg

Die Bevölkerungsbilanz der DDR und der BRD 1946/1939

Die Bevölkerungsentwicklung bis 1950 - Hauptphase der durch den zweiten Weltkrieg und seine Folgen ausgelösten Wanderungsbewegung

Die Auswirkungen des kalten Krieges auf die Bevölkerungsentwicklung der DDR und der BRD 1950 bis 1961

Die sechziger Jahre - Jahre der allmählichen Normalisierung der Bevölkerungsentwicklung der DDR

Anhang 1: Tabellen zum Textteil

Anhang 2: Übersichtstabellen

### Zur Aufgabenstellung

Die Bevölkerungsentwicklung der DDR und der BRD widerspiegelt, namentlich bis 1961, ein Stück Geschichte der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die unter diesem spezifischen Aspekt bisher kaum untersucht wurde. Deshalb beschäftigt sich diese Arbeit vor allem mit der räumlichen Bevölkerungsbewegung und ihren Folgen.

Auf dem Territorium der beiden deutschen Staaten gab es bereits vor dem zweiten Weltkrieg keinen "normalen", pyramidenförmigen Altersaufbau der Bevölkerung. Noch viel weniger war das nach dem Kriege der Fall.

Die Menschenverluste durch die beiden Weltkriege, der kriegs- und nachkriegsbedingte Geborenenausfall und der Geborenenrückgang während der Weltwirtschaftskrise hinterließen völlig deformierte Bevölkerungsstrukturen. Hiervon wurden die beiden heutigen Staatengleichmaßen betroffen. Für die Wanderungsbewegungen der Nachkriegszeit, für die Umsiedlungen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße sowie für die durch den BRD-Imperialismus organisiert und systematisch betriebene Politik der Abwerbung von DDR-Bürgern gilt das nicht mehr.

Die Umsiedlungen belasteten die DDR ursprünglich weit stärker als die BRD, während die bis 1961 im großen Stil erfolgten Abwerbungen Bevölkerungszahl und -struktur beider Staaten entgegengesetzt berührten. So erweist es sich als zweckmäßig, die Bevölkerungsentwicklung der DDR im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung in der BRD zu untersuchen; denn daß die Bevölkerungszahl auf dem Gebiet der DDR von 18,5 Millionen (1946) auf 17,1 Millionen (1961) sank, war das Ergebnis einer systematischen Abwerbungspolitik, die darauf abzielte, die sozialistische Entwicklung der DDR zum Scheitern zu bringen, einer Politik, de-

ren Wirkung als Störfaktor nicht unterschätzt werden darf, die aber - gemessen an ihrer Zielsetzung - mit einem völligen Fehlschlag endete.

1974 besteht die DDR ein Vierteljahrhundert. Dank der Leistungen ihrer Bevölkerung beim Aufbau des Sozialismus, dank der Hilfe des ersten Arbeiter- und -Bauern-Staates der Welt, der Sowjetunion, der Entstehung des sozialistischen Weltsystems und der brüderlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder nimmt sie heute eine internationale Position ein, die von keiner Macht der Erde mehr ernsthaft ignoriert werden kann. In dem historischkurzen Zeitraum von nur 25 Jahren hat sie sich zu einem der führenden Industriestaaten der Welt und zu einem der Länder mit dem höchsten Lebensstandard entwickelt, obwohl der Faschismus eine weitgehend zerstörte Wirtschaft, Desorganisation auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und riesige Menschenverluste hinterlassen hatte und obwohl sich der Wiederaufbau vom ersten Tage an unter den Bedingungen eines erbitterten Klassenkampfes vollzog.

Wenn die Friedenspolitik der sozialistischen Länder und ihr erfolgreicher Kampf um die friedliche Koexistenz den kalten Krieg immer mehr in den Hintergrund drängte und günstige Voraussetzungen für gutnachbarliche Beziehungen auch zwischen der DDR und der BRD schuf, so nicht zuletzt deshalb, weil es der DDR im Bunde mit den sozialistischen Brüdern gelang, alle Angriffe auf ihre politische und wirtschaftliche Existenz, alle Angriffe auf ihre Bevölkerung erfolgreich abzuwehren, weil es ihr gelang, die Überlegenheit ihres gesellschaftlichen Systems zu beweisen.

Die Politik des offenen Kampfes gegen die DDR, die sich nicht zuletzt auf die Menschen erstreckte, mit dem Ziel, möglichst viele DDR-Bürger zum Verlassen ihres Staates zu bewegen, hat sich als Fehlschlag erwiesen. Die Sicherung der Grenzen am 13. August 1961 bildete dabei einen entscheidenden Markstein. Dies ist der zum Verständnis der Bevölkerungsentwicklung beider deutscher Staaten notwendige Zusammenhang.

Hauptkennziffern der Bevölkerungsstrukturen im Gebiet der DDR und der BRD vor dem zweiten Weltkrieg<sup>1</sup>

Die Bevölkerungsstrukturen auf den heutigen Territorien der DDR und der BRD unterscheiden sich bereits vor dem zweiten Weltkrieg in einigen Kennziffern nicht unwesentlich voneinander.

Nach dem Volkszählungsergebnis vom 17. Mai 1939 lebten im Gebiet der  
DDR 16 745 400,      BRD 40 248 000 Personen.

Der Frauenanteil betrug im Gebiet der  
DDR 51,1 Prozent,      BRD 50,8 Prozent.

Auf 1 000 männliche Personen kamen im Gebiet der  
DDR 1 044,      BRD 1 034 weibliche Personen.

1 In den folgenden Ausführungen werden die erst seit der Gründung der DDR und der BRD im Jahre 1949 gültigen Staatsbezeichnungen für den ganzen Untersuchungszeitraum verwendet. Soweit es für Gesamtdarstellungen erforderlich ist, sind auch für Westberlin Zahlen angegeben. Auf ihre Einschätzung wurde jedoch verzichtet. Die meisten Zahlenangaben sind Volkszählungsergebnisse, die im allgemeinen zuverlässiger sind als bereits mehrere Jahre geführte Fortschreibungsergebnisse. Zahlenangaben ohne Quellenhinweise sind anderen Tabellen entnommen bzw. daraus berechnet. Sofern Gesamtergebnisse gleicher Kennziffern voneinander abweichen, ist dies auf methodische, erfassungstechnische oder territoriale Unterschiede zurückzuführen.

Einem geringeren Kinderanteil an der Gesamtbevölkerung im Gebiet der DDR stand ein kleinerer Anteil von Personen im arbeitsfähigen und im Rentenalter im Gebiet der BRD gegenüber, wie die folgende Übersicht zeigt:

Altersgruppe	DDR	BRD
	Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung in %	
unter 15 Jahre	21,4	23,8
15 bis unter 60/65 Jahre <sup>+</sup>	67,5	66,6
60/65 Jahre und älter <sup>+</sup>	11,1	9,6

+ Bis unter bzw. ab 60 Jahre = Frauen,  
bis unter bzw. ab 65 Jahre = Männer.

Diese Gruppen werden im folgenden auch als "Personen im arbeitsfähigen Alter" bzw. "Personen im Rentenalter" bezeichnet.

Die Altersgruppierung der Personen im arbeitsfähigen und im Rentenalter erfolgte nach der Praxis der DDR. In der BRD beginnt das Rentenalter der Frauen erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres.

Hiernach kamen auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter im Gebiet der DDR 48,1, BRD 50,1 Personen im nichtarbeitsfähigen Alter. Ausschließlich auf die Personen im Rentenalter bezogen, betrug der Anteil in der DDR 16,4, BRD 14,4.

Wären Alters- und Sexualstruktur im DDR-Gebiet mit denen im BRD-Gebiet identisch gewesen, hätte es in der

DDR 412 000 Kinder mehr, jedoch  
156 000 Personen im arbeitsfähigen Alter und  
256 000 Personen im Rentenalter weniger gegeben.

Die Zahl der Männer wäre um 43 000 größer, die der Frauen um ebensoviel kleiner gewesen.

Umgekehrt: Wären Alters- und Sexualstruktur im BRD-Gebiet mit denen im DDR-Gebiet identisch gewesen, hätten in der

BRD 990 000 Kinder weniger, aber  
374 000 Personen im arbeitsfähigen Alter und  
616 000 Personen im Rentenalter mehr gelebt.

Die Zahl der Männer wäre um 102 000 kleiner, die der Frauen um ebensoviel größer gewesen.

Obwohl auf dem Territorium der DDR 1939 ein größerer Anteil von Personen im arbeitsfähigen Alter lebte, war ihre Altersstruktur infolge des weitaus größeren Anteils von Personen im Rentenalter und des wesentlich geringeren Kinderanteils im ganzen gesehen ungünstiger als die der Bevölkerung auf dem BRD-Gebiet. Der geringere Kinderanteil hätte mit zunehmendem Alter der Kinder in den folgenden Jahren auch den Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter reduziert und unter den BRD-Anteil absinken lassen.

Die nicht unwesentlichen strukturellen Unterschiede zwischen der DDR- und der BRD-Bevölkerung im Jahre 1939 erscheinen jedoch bedeutungslos, wenn die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges auf die Bevölkerungsstrukturen beider Staaten in Betracht gezogen werden.

Die Bevölkerungsbilanz der DDR und der BRD 1946/1939

Am 29. Oktober 1946 war die Bevölkerung im Gebiet der

DDR um 1 744 300 (= 10,4 Prozent)

BRD um 4 539 000 (= 11,3 Prozent) Personen größer als 1939 (17. Mai)

Die Bevölkerung von Westberlin ging um 735 200 Personen (= 26,7 Prozent) zurück.

In der BRD entfällt die Bevölkerungszunahme zu mehr als 90 Prozent auf den Zuwachs weiblicher Personen. In der DDR liegt deren Zuwachs sogar über dem Zuwachs der Gesamtbevölkerung, da die Zahl der Männer um mehr als 330 000 absank (vergleiche Anhang 1, Tabelle 1).<sup>2</sup>

Diese abnorme Entwicklung erfolgte in einer Zeit größter Menschenverluste und ist das Ergebnis verschiedener, entgegengesetzt wirkender Bevölkerungsprozesse. Der Bevölkerungszuwachs resultiert überwiegend aus dem Wanderungsgewinn durch Umsiedler. Das Ungleichgewicht in der Entwicklung der beiden Geschlechter ist auf die enormen Kriegsverluste bei den Männern und darauf zurückzuführen, daß 1946 eine beträchtliche Zahl Kriegsgefangener noch nicht zurückgekehrt war.

Die zwischen 1939 und 1946 erfolgten Bevölkerungsvorgänge sind im einzelnen nicht zu rekonstruieren, da aus den letzten Kriegsjahren Statistiken der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung nicht vorliegen oder unvollständig sind und Angaben über genaue Kriegsverluste fehlen. Zusätzliche Erschwernisse treten dadurch auf, daß teilweise vorliegendes Material meist nicht so gruppiert ist, daß die entsprechenden Angaben für die beiden Gebiete ermittelt werden können. Soweit über die Bevölkerungsentwicklung von 1939 bis 1946 genauere Angaben möglich sind, müssen diese aus den Volkszählungsergebnissen von 1939 und 1946 entnommen werden, das heißt in Form einer bilanzierenden Gegenüberstellung (vergleiche Anhang 1, Tabelle 2).

Die Anteile der "eingesessenen" und der "zugewanderten" DDR- bzw. BRD-Bevölkerung weichen beträchtlich voneinander ab (Tabelle 2, lfd. Nr. 2 und 3). (Westberlin nimmt diesbezüglich eine Sonderstellung ein, da hier Zuwanderungen größeren Ausmaßes nicht in Betracht kamen.) Hieraus folgt, daß die DDR von der kriegs- und nachkriegsbedingten Wanderungsbewegung stärker betroffen wurde als die BRD, indem hier relativ mehr Personen aufgenommen wurden, die 1939 ihren Wohnsitz außerhalb der Grenzen von 1946 hatten (Tabelle 2, lfd. Nr. 7).

Anders verhält es sich mit den Wanderungen, die seit 1939 innerhalb der Grenzen von 1946 erfolgten.

In das Gebiet der DDR erfolgte aus dem Gebiet der BRD und Westberlin ein Zuzug von 467 400 Personen (Tabelle 2, lfd. Nr. 5 und 6),

in das Gebiet der BRD aus dem Gebiet der DDR und Westberlin von 1 021 000 Personen (Tabelle 2, lfd. Nr. 4 und 6),

in Westberlin aus dem Gebiet der DDR und BRD von 50 900 Personen (Tabelle 2, lfd. Nr. 4 und 5).

Da gleichzeitig in jeweils umgekehrter Richtung Wegzüge erfolgten:

aus dem Gebiet der DDR nach dem der BRD und Westberlin = 778 300 (Tabelle 2, lfd. Nr. 14 und 15),

aus dem Gebiet der BRD nach dem der DDR und Westberlin = 288 000 (Tabelle 2, lfd. Nr. 13 und 15),

aus Westberlin nach dem Gebiet der DDR und BRD = 473 000 (Tabelle 2, lfd. Nr. 13 und 14), ergeben sich die in Tabelle 3 (Anhang 1) genannten Wanderungssalden.

Die Bevölkerungszunahmen (Tabelle 2, lfd. Nr. 10) liegen (außer bei Westberlin) beträchtlich unter den Zahlen der "zugewanderten Bevölkerung" (Tabelle 2, lfd. Nr. 3). Wird von den entsprechenden Differenzen (Tabelle 2, lfd. Nr. 11) die "abgewanderte Bevölkerung" (Tabelle 2, lfd. Nr. 12) abgezogen (zuzüglich Geborenenüberschuß vom 17. Mai bis 30. August 1939 - Tabelle 2, lfd. Nr. 16), ergibt sich ein Minus für (die)

2 Die Tabellen bzw. Grafiken folgen am Ende des Beitrags.

DDR 1 667 600, BRD 2 356 300, Westberlin 404 200 Personen. Dieser Fehlbestand setzt sich im wesentlichen wie folgt zusammen:

- Saldo zwischen Lebendgeborenen und gestorbenen Zivilpersonen für den Zeitraum 1. September 1939 bis 29. Oktober 1946 (abzüglich der Geborenen, die in den Zahlen der zugewanderten bzw. abgewanderten Bevölkerung enthalten sind - vergleiche Anhang 1, Tabelle 2, Anmerkung 4 und 7).
- Wanderungssaldo für den Zeitraum 17. Mai bis 30. August 1939 sowie Auslandswanderung vom 17. Mai 1939 bis zum 29. Oktober 1946.
- Kriegstote (Gefallene).
- Am 29. Oktober 1946 noch in Kriegsgefangenschaft befindliche Personen.

Die zahlenmäßige Bestimmung der einzelnen Komponenten für die DDR, die BRD und Westberlin ist nicht möglich. Hinzuweisen ist jedoch darauf, daß durch die erste Komponente - der Saldo zeigt einen Geborenenüberschuß - die genannten Differenzen noch zunehmen. Die übrigen Komponenten sind dann in diese nunmehr größere Differenz zahlenmäßig einzuordnen.

Die Einschätzung der Bevölkerungsbewegung zwischen 1939 und 1946 verlangt, auf die Zahlen der Umsiedler (alle Personen, die 1939 außerhalb der Grenzen von 1946 wohnten) genauer einzugehen. Die Verteilung dieser Personen nach Zahl und Struktur auf die DDR und die BRD zeigt ein recht unterschiedliches Bild. Hier handelt es sich um eine Frage von bedeutendem Interesse, da die Ausgangspositionen für die Nachkriegsentwicklung in beiden Staaten auch ohne Umsiedler recht verschieden waren, in der DDR ungünstiger als in der BRD, so daß eine relativ größere Zahl und eine ungünstigere Struktur der Umsiedler in der DDR die Wiederaufbauprobleme noch mehr komplizieren mußten, als sie es ohnehin waren. So heißt es auch zutreffend in einer Analyse der Volkszählungsergebnisse von 1946: "Ihre Verteilung über das Gebiet war aus der Not des Augenblicks geboren; sie war noch keine wirtschaftlich tragbare von Dauer."<sup>3</sup>

Wie ungleichmäßig die Umsiedler verteilt waren, zeigt Tabelle 4 (Anhang 1).

Wenn frühere Untersuchungen die ungleichmäßige Verteilung der Umsiedler auf die Aufnahmemöglichkeit in den einzelnen Ländern zurückführten<sup>4</sup>, so muß dem entgegengehalten werden, daß die französische Zone zum Beispiel zunächst überhaupt keine Umsiedler aufnahm<sup>5</sup> und auch 1946 dort erst jeder 53. Einwohner ein Umsiedler war. Es dürfte also mehr an der "Aufnahmebereitschaft" als an der "Aufnahmemöglichkeit" gelegen haben. In Groß-Berlin zum Beispiel war damals jeder 25. ein Umsiedler, und hier war es angesichts der großen Zerstörungen um die Aufnahmemöglichkeiten weitaus schlechter bestellt.

Die Umsiedlungen warfen für alle Aufnahmegebiete erhebliche Schwierigkeiten auf. Gemessen an der Zahl der Umsiedler, die in den einzelnen Gebieten Aufnahme fanden, und am Ausmaß der Kriegszerstörungen, gab es jedoch in der damaligen sowjetischen Besatzungszone die größten Probleme. Sehr viel später wurde das von westlicher Seite auch zugegeben.

Angesichts der von den Westmächten schon vor Kriegsende beabsichtigten und später vollzogenen Spaltung Deutschlands stellt sich die Frage, ob das strukturelle Bild der Umsiedler, das sich schon kurz nach dem Kriege darbot, tatsächlich eine "aus der Not des Augenblicks geborene" Entwicklung widerspiegelt oder ob dieses Bild nicht vielmehr das Ergeb-

3 Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen von Groß-Berlin, hg. v. Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, T. 1: Volkszählung. Textteil, Berlin 1951, S. III.

4 Ebenda, S. 25.

5 Ebenda.

nis bewußter Einflußnahme ist, um dem Wiederaufbau in dem Gebiet, das für immer der imperialistischen Herrschaft entzogen war, alle nur erdenklichen Schwierigkeiten zu bereiten. In diesem Zusammenhang ist an die während der Zeit des Faschismus gezüchtete, in den ehemaligen westlichen Besetzungszonen und später in der BRD nach dem Kriegsende systematisch geförderte und über ihre Grenzen hinaus propagierte antikommunistische Ideologie hinzuweisen, deren Auswirkungen zweifellos die Wanderungsbewegung und -struktur der Umsiedler beeinflusste. Darüber hinaus dürften die besseren ökonomischen Ausgangsbedingungen der BRD für den Wiederaufbau vor allem jüngere Umsiedler beeinflusst haben, das Gebiet der DDR wieder zu verlassen. So heißt es auch in einer Analyse des Statistischen Bundesamtes der BRD: "Es ist sicher, daß dem besonders hohen Anteil der 24- bis 31jährigen bei den Heimatvertriebenen im Bundesgebiet ein verhältnismäßig niedriger Anteil bei den Heimatvertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone gegenübersteht, weil gerade diese Jahrgänge bei der laufenden Abwanderung von Heimatvertriebenen aus der sowjetischen Besatzungszone in das Bundesgebiet am stärksten beteiligt waren".<sup>6</sup>

Eine Gegenüberstellung weiterer Hauptkennziffern der Bevölkerungsentwicklung und -struktur der DDR und BRD ergibt folgendes Bild:

Die Bevölkerung wuchs im Gebiet der

DDR von 16 745 400 (17. 5. 1939) auf 18 488 300 (29. 10. 1946)

BRD von 40 248 000 (17. 5. 1939) auf 44 848 400 (29. 10. 1946).

Das Verhältnis Frauen : Männer verschlechterte sich außerordentlich.

Gebiet	1946	1939	1946/1939
	Frauenanteil in %		Anteilsveränderung in Prozentpunkten
DDR	57,5	51,1	+ 6,4
BRD	54,8	50,8	+ 4,0

Auf 1 000 Männer kamen ... Frauen

Gebiet	1946	1939	1946/1939
	Veränderung		
DDR	1 352	1 044	+ 308
BRD	1 214	1 034	+ 180

Auch die Altersstruktur wurde stark deformiert:

Altersgruppe	DDR			BRD		
	Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung (in %)		Veränderung in %-Punkten	Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung (in %)		Veränderung in %-Punkten
	1946	1939		1946	1939	
unter 15 Jahre	24,5	21,4	+ 3,1	24,7	23,8	+ 0,9
15 bis unter 60/65 Jahre	62,5	67,5	- 5,0	64,0	66,6	- 2,6
60/65 Jahre und älter	13,0	11,1	+ 1,9	11,3	9,6	+ 1,7

<sup>6</sup> Die Bevölkerung der BRD nach der Zählung vom 13. 9. 1950, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Köln 1956, S. 31 = Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, H. 9, Textheft.

Auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter kamen ... Personen im nichtarbeitsfähigen bzw. Rentenalter:

Gebiet	Personen im nichtarbeitsfähigen Alter			Personen im Rentenalter		
	1946	1939	1946/39 Veränderung	1946	1939	1946/39 Veränderung
DDR	60,0	48,1	+ 11,9	20,8	16,4	+ 4,4
BRD	56,2	50,1	+ 6,1	17,6	14,4	+ 3,2

Hätten Alters- und Sexualstruktur der DDR denen der BRD entsprochen, dann hätten in der

DDR	1946	(1939)	
	37 000	( 412 000)	Kinder und
	282 000	(- 156 000)	Personen im arbeitsfähigen Alter mehr, aber
	319 000	( 256 000)	Personen im Rentenalter weniger gelebt.

Die Zahl der Männer wäre um 492 000 größer, die der Frauen um ebensoviel kleiner gewesen (1939: 43 000).

Im umgekehrten Falle hätte es in der

BRD	1946	(1939)	
	92 000	( 990 000)	Kinder und
	682 000	(+ 374 000)	Personen im arbeitsfähigen Alter weniger, aber
	774 000	( 616 000)	Personen im Rentenalter mehr gegeben.

Die Zahl der Männer wäre um 1 193 000 kleiner, die der Frauen um ebensoviel größer gewesen (1939: - 102 000).

Die Angaben zeigen zwar die gleichen demographischen Entwicklungstendenzen in beiden Staaten, jedoch haben Kriegs- und Nachkriegsereignisse die DDR-Strukturen weitaus stärker betroffen als die der BRD. Die bereits 1939 ungünstigeren Strukturen verschlechterten sich weiter und beeinflussten damit auch die Bedingungen für den Wiederaufbau ungünstig, wie Anhang 3, Grafik 1 (Altersaufbau der Bevölkerung auf dem Territorium der DDR am 17. 5. 1939 und 29. 10. 1946) zeigt.

Die Bevölkerungsentwicklung bis 1950 - Hauptphase der durch den zweiten Weltkrieg und seine Folgen ausgelösten Wanderungsbewegung

1946 waren die Entlassungen aus Kriegsgefangenschaft, Umsiedlungen, Rückführungen von Evakuierten und dergleichen noch in vollem Gange. Deshalb war in den folgenden Jahren eine Verbesserung bzw. Stabilisierung der Bevölkerungsstrukturen und der Bevölkerungsbilanz zu erwarten. Entlassung der Kriegsgefangenen und Umsiedlungen waren im Jahre 1950 größtenteils beendet, so daß dieses Jahr eine gewisse Normalisierung der Bevölkerungssituation markiert. Die 1950 in der DDR und der BRD durchgeführten Volkszählungen ergeben deshalb ein abgerundeteres Bild der Kriegseinflüsse auf die Bevölkerungsentwicklung als die erste Bestandsaufnahme im Jahre 1946.

Aber noch aus einem weiteren Grund läßt sich das Jahr 1950 als Zäsur zwischen zwei Abschnitten der Bevölkerungsentwicklung ansehen. Nachdem mit der Gründung der BRD am 7. September 1949 die Spaltung Deutschlands vollzogen war, erfolgte wenig später die Gründung der DDR. Etwa um diese Zeit begann auch eine neue Etappe in der Entwicklung des Klassenkampfes. In großem Stil wurde die Abwerbung von DDR-Bürgern begonnen, mit dem Ziel, die DDR zu liquidieren. Natürlich spielte in den Jahren zuvor die Abwerbung auch eine Rolle; ihr Gewicht kann aber nur unzureichend eingeschätzt werden, da die Zuwanderung

von Kriegsgefangenen, Umsiedlungen, Wohnsitzwechsel zwecks Familienzusammenführung und dergleichen noch ein ziemliches Ausmaß hatten, wodurch die Abwerbungen, soweit sie überhaupt erkennbar waren, überdeckt wurden. Das zeigt auch die Gegenüberstellung der Volkszählungsergebnisse von 1950 und 1946.

Hiernach lebten in der

DDR 1950 (31. 8.)	18 388 200,	1946	18 488 300
BRD (13. 9.)	48 651 900,		44 848 400 Personen.

Das entspricht einem

Rückgang der DDR-Bevölkerung um 100 100 Personen (= 0,5 Prozent)

Zuwachs der BRD-Bevölkerung von 3 803 500 Personen (= 8,5 Prozent).

Völlig entgegengesetzt entwickelte sich in der DDR die Zahl der männlichen und der weiblichen Personen. In der BRD stieg sie bei beiden Geschlechtern beträchtlich:

Geschlecht	1950	1946	1950/1946	Veränderung
DDR				
Männer	8 161 200	7 859 500	+ 301 700	(= + 3,8 %)
Frauen	10 227 000	10 628 800	- 401 800	(= - 3,8 %)
BRD				
Männer	22 806 600	20 258 200	+ 2 548 400	(= + 12,6 %)
Frauen	25 845 400	24 590 200	+ 1 255 200	(= + 5,1 %)

Geborenenüberschuß, zurückgekehrte Kriegsgefangene und Umsiedlungen, die Hauptkomponenten des Bevölkerungswachstums in den Jahren 1946/50, hätten normalerweise die Bevölkerungsentwicklung in beiden Staaten in der gleichen Richtung und mit relativ gleicher Intensität beeinflussen müssen. Tatsächlich vollzog sich aber bei der männlichen Bevölkerung ein absolutes Wachstum im Verhältnis von 1 : 8,4 zugunsten der BRD bei einem Verhältnis der männlichen Gesamtbevölkerung von 1 : 2,6 (1946). Bei der weiblichen Bevölkerung steht einem beträchtlichen Rückgang in der DDR ein, daran gemessen, extrem hoher Zuwachs in der BRD gegenüber. Diese Entwicklung ist überwiegend die Folge verschiedener Wanderungsströme, von denen die beiden Staaten in unterschiedlichem Ausmaß und teilweise in entgegengesetzter Richtung betroffen wurden. Hierbei lassen sich zwei Haupttendenzen feststellen:

- Absolut und relativ weitaus mehr zurückkehrende Kriegsgefangene und Umsiedler wanderten in die BRD als in die DDR.
- Aus der DDR erfolgten mehr Abwanderungen in die BRD als in umgekehrte Richtung, woran auch Umsiedler und Evakuierte Anteil hatten, die ihren Wohnsitz zunächst in der DDR (bzw. BRD) genommen hatten.

Im einzelnen sind die verschiedenen Wanderungsströme wiederum nicht zu rekonstruieren. Aus den Ergebnissen der BRD-Volkszählung von 1950 ist jedoch zu entnehmen, daß 1 036 100 Personen, die 1950 in der BRD lebten, im Jahre 1939 ihren Wohnsitz im Gebiet der späteren DDR hatten. 1946 waren es erst 581 700. Das entspricht einem Nettozugang von 455 200 (= 78,2 Prozent). Die Zunahme der weiblichen Personen war hierbei mit 86,1 Prozent wesentlich höher als die der Männer mit 71,7 Prozent. Das läßt darauf schließen, daß vielen 1946 bereits in der BRD lebenden Männern zwischen 1946 und 1950 ihre Frauen nachfolgten. Der Umfang der gesamten Zuwanderung aus der DDR in die BRD kommt in den genannten Zahlen aber noch nicht zum Ausdruck, weil sie nicht jene Personen einschließt, deren Vorkriegswohnsitz außerhalb der Grenzen des DDR-Gebiets von 1946 lag (Evakuierte) und zu nächst hier wohnten, später aber wieder abwanderten.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Ebenda, S. 73.

Diese Wohnsitzwechsel haben, wie bereits angedeutet, verschiedene Ursachen. Familienzusammenführungen und Rückkehr Evakuierter spielten eine wesentliche Rolle. Von ebensolcher, wahrscheinlich aber größerer Bedeutung, waren damals jedoch bereits verschiedene Gründe, die mit den politischen und ökonomischen Entwicklungen und Ereignissen im Zusammenhang standen. Dabei begann die gezielte Abwerbung eine immer größere Rolle zu spielen.

Trotz der für die DDR im Vergleich zur BRD weitaus ungünstigeren Bevölkerungssituation ergaben sich bis 1950 gewisse strukturelle Verbesserungen. So ging der Frauenüberschuß der DDR-Bevölkerung, obwohl er noch immer erheblich war, prozentual sogar stärker zurück als in der BRD:

Staat	1946		1950/1946
	Frauenanteil in %		Anteilsveränderung in Prozentpunkten
DDR	55,6	57,5	- 1,9
BRD	53,1	54,8	- 1,7

Auf 1 000 Männer kamen ... Frauen

Staat	1946		1950/1946
	Veränderung		
DDR	1 253	1 352	- 99
BRD	1 133	1 214	- 81

Die Veränderung der Altersstruktur verlief in beiden Staaten ohne wesentliche Unterschiede, obwohl sie wie 1946 in der DDR auch 1950 wesentlich ungünstiger war als in der BRD, wie die folgende Übersicht zeigt:

Altersgruppe	DDR			BRD		
	Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung (in %)			Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung (in %)		
	1950	1946	Veränderung in %-Punkten 1950/46	1950	1946	Veränderung in %-Punkten 1950/46
unter 15 Jahre	22,9	24,5	- 1,6	23,6	24,7	- 1,1
15 bis unter 60/65 Jahre	63,3	62,5	+ 0,8	64,6	64,0	+ 0,6
60/65 Jahre und älter	13,8	13,0	+ 0,8	11,8	11,3	+ 0,5

Das Verhältnis Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter : Bevölkerung im nichtarbeitsfähigen Alter war in beiden Staaten 1950 günstiger als 1946.

Auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter kamen ... Personen im nichtarbeitsfähigen bzw. Rentenalter:

Staat	Personen im nichtarbeitsfähigen Alter			Personen im Rentenalter		
	1950	1946	Veränderung 1950/46	1950	1946	Veränderung 1950/46
DDR	57,9	60,0	- 2,1	21,8	20,8	+ 1,0
BRD	54,7	56,2	- 1,5	18,2	17,6	+ 0,6

Wären Alters- und Sexualstruktur der DDR ebenso gewesen wie die der BRD, dann hätte es in der

DDR	1950	(1946)	
	132 000	( 37 000)	Kinder und
	244 000	(282 000)	Personen im arbeitsfähigen Alter mehr, aber
	376 000	(319 000)	Personen im Rentenalter weniger gegeben.

Die Zahl der Männer wäre um 459 000 (1946: 492 000) größer, die der Frauen um ebensoviel kleiner gewesen.

Umgekehrt hätte es in der

BRD	1950	(1946)	
	351 000	( 92 000)	Kinder und
	644 000	(682 000)	Personen im arbeitsfähigen Alter weniger, aber
	995 000	(774 000)	Personen im Rentenalter mehr gegeben.

Die Zahl der Männer wäre um 1 214 000 kleiner, die der Frauen um ebensoviel größer gewesen (1946: 1 193 000).

Die Auswirkungen des kalten Krieges auf die Bevölkerungsentwicklung der DDR und der BRD 1950 bis 1961

In der Periode von 1950 bis 1961 konzentrierte sich in Mitteleuropa der von den imperialistischen Kräften geführte Klassenkampf auf die Abwerbung von DDR-Bürgern mit dem Ziel, Wirtschaftskraft und wirtschaftliche Entwicklung der DDR entscheidend zu schwächen. Gleichzeitig wurde das Ziel verfolgt, das Arbeitskräftepotential der BRD aufzufüllen. Im Ergebnis der planmäßig organisierten Republikflucht sank die Bevölkerungszahl der DDR von 18 388 200 im Jahre 1950 auf 17 079 300 Personen 1961, das heißt um 1 308 900 (= 7,2 Prozent). Im gleichen Zeitraum wuchs die BRD-Bevölkerung von 48 651 900 auf 53 977 400, das heißt um 5 325 500 Personen (= 10,9 Prozent). Dieser Zuwachs ist zu einem beträchtlichen Teil Folge der Abwanderungen insbesondere jüngerer Personen aus der DDR. So verringerte sich hier die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter um nicht weniger als 1 428 300; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung fiel von 63,3 auf 59,8 Prozent.

Der Rückgang der DDR-Bevölkerung um 1 308 900 von 1950 bis 1961 erfolgte bei einem Geborenenüberschuß von 820 600 im gleichen Zeitraum, so daß sich ein bilanzierter Wanderungsverlust von 2 129 600 Personen ergibt (944 800 Männer und 1184 800 Frauen. Von 1946 bis 1950 war noch ein Wanderungsgewinn von 17 900 Personen zu verzeichnen. Einen Gesamtüberblick über die Bevölkerungsbewegung, die sich von 1946 bis 1971 in der DDR vollzog, gibt Tabelle 5 (Anhang 1). Obwohl der Wanderungssaldo auch die Außenwanderung einschließt, die nicht zwischen der DDR und der BRD erfolgte, entfiel der mit Abstand größte Teil des Wanderungsverlustes auf Abwanderungen nach der BRD. Die Menschenverluste, die sich ja vor allem auf Arbeitskräfte und darunter wiederum zu einem erheblichen Teil auf Fachkader - deren Ausbildung oft erhebliche Kosten aus Staatsmitteln gefordert hatte - erstreckte, wirkten sich sehr negativ auf die reale Arbeitskräfteplanung und damit auf die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne aus.

So hieß es zu diesem Problem im Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag der SED 1963:

"Zusätzliche Mittel mußten für die Verminderung der Störanfälligkeit aufgewandt werden. Dadurch verlangsamte sich das Tempo der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Akkumulation. Andererseits stiegen die Durchschnittslöhne schneller als geplant. Auf diese Weise vollzog sich eine Umverteilung des Volkseinkommens auf Kosten der Akkumula-

tion, wodurch sich das Tempo des Aufbaus einiger wichtiger Zweige der Grundstoffindustrie verringerte und die weitere Erhöhung des Lebensstandards behindert wurde.<sup>8</sup>

Die Verluste betrafen nicht nur staatliche Ausbildungskosten junger Fachkader, nicht nur die unmittelbare Arbeitskraft. Sie gefährdeten und behinderten nicht nur die Erfüllung der Pläne. Oftmals wurden gleichzeitig wichtige industrielle Entwicklungen sowie wertvolle Kenntnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nach der kapitalistischen BRD geschafft, wo aus unserem Schaden noch direkter zusätzlicher Nutzen gezogen wurde.

In seiner Erklärung beim Treffen mit Bundeskanzler Brandt am 19. März 1970 in Erfurt stellte der Vorsitzende des Ministerrates der DDR Willi Stoph hierzu fest:

"In den Jahren der offenen Grenze bis zum 13. August 1961 mußten wir die feindselige Einmischungspolitik der damaligen Bonner Regierung sehr teuer bezahlen.

Man hat die Bürger der DDR um mehr als 100 Milliarden Mark 'erleichtert'. Um das ganze Ausmaß dieses Wirtschaftskrieges mit seinen ungeheuren Schädigungen sichtbar zu machen, möchte ich erwähnen, das die genannte Summe fast so groß ist wie das Nationaleinkommen der DDR in den Jahren 1956 und 1957 zusammengenommen. Zur Erläuterung sei mir noch ein Vergleich gestattet: Die genannte Schadenssumme ist wesentlich höher, als die Ausgaben für die gesamten Investitionen in der DDR in den Jahren 1950 bis 1961 betrugen.

Während man in Bonn von 'armen Brüdern und Schwestern im Osten' sprach, tat man alles, um sie wirklich arm zu machen."<sup>9</sup>

Das Ausmaß der Dezimierung, das die DDR-Bevölkerung vor allem durch Wanderungsverluste in dem Jahrzehnt zwischen 1951 und 1961 erfuhr, veranschaulicht Grafik 2 (Anhang 3): Gestorbene und Wanderungsverlust der DDR nach Geburtsjahren im Zeitraum 1951 bis 1961.

Tabelle 6 (Anhang 1) zeigt, welche Entwicklung die Bevölkerungszahl der DDR genommen hätte, wenn keine Abwanderungen erfolgt wären.

Damals hätte die Bevölkerungszahl der DDR am 31. Dezember 1961 19 288 000 Personen betragen, wäre also ohne den Wanderungsverlust um 2 209 000 größer gewesen. Der Verlust an Lebendgeborenen für die Zeit vom 1. Januar 1951 bis 31. Dezember 1961 beträgt rund 280 000.

Die negativen Auswirkungen der Abwanderungen zeigen sich auch in der Verschlechterung der Altersstruktur der DDR-Bevölkerung. Sowohl der Anteil der Kinder als auch insbesondere der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter verringerte sich, der Anteil der Personen im Rentenalter stieg beträchtlich. Bei gleichen Entwicklungstendenzen auch in der BRD liegen dort die Differenzen (außer bei den Kindern) wesentlich niedriger, wie aus folgender Gegenüberstellung hervorgeht:

Altersgruppe	DDR			BRD		
	Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung (in %)		Veränderung in %-Punkten	Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung (in %)		Veränderung in %-Punkten
	1961	1950		1961	1950	
unter 15 Jahre	22,2	22,9	- 0,7	22,1	23,6	- 1,5
15 bis unter 60/65 Jahre	59,8	63,3	- 3,5	64,0	64,6	- 0,6
60/65 Jahre und älter	18,0	13,8	+ 4,2	13,9	11,8	+ 2,1

8 Zit. nach Neues Deutschland, 5. 3. 1964 (Ausg. B).

9 Ebenda, 20. 3. 1970.

Auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter kamen ... Personen im nichtarbeitsfähigen bzw. Rentenalter:

Staat	Personen im nichtarbeitsfähigen Alter			Personen im Rentenalter		
	1961	1950	1961/50 Veränderung	1961	1950	1961/50 Veränderung
DDR	67,2	57,9	+ 9,3	30,0	21,8	+ 8,2
BRD	56,2	54,7	+ 1,5	21,8	18,2	+ 3,6

Da sich diese Relationen 1961/50 in der DDR viel stärker verschoben als in der BRD, vergrößerte sich auch der jeweilige Abstand zwischen beiden Staaten beträchtlich.

Hätten Alters- und Sexualstruktur der DDR denen der BRD entsprochen, dann hätten in der

DDR	1961	(1950)	
	707 000	( 244 000)	Personen im arbeitsfähigen Alter mehr, aber
	29 000	(+ 132 000)	Kinder und
	689 000	( 376 000)	Personen im Rentenalter weniger gelebt.

Die Zahl der Männer wäre um 359 000 (1950: 459 000) größer, die der Frauen um ebensoviel kleiner gewesen. Einen genauen Überblick hierzu vermittelt Anhang 3, Grafik 3 (Tatsächlicher und auf die Struktur der BRD-Bevölkerung umgerechneter Altersaufbau der DDR am 31. 12. 1961).

Im umgekehrten Falle hätte es in der

BRD	1961	(1950)	
	2 235 000	( 644 000)	Personen im arbeitsfähigen Alter weniger und
	89 000	(- 351 000)	Kinder und
	2 180 000	( 995 000)	Personen im Rentenalter mehr gegeben.

Die Zahl der Männer wäre um 1 135 000 (1950: 1 214 000) kleiner, die der Frauen um ebensoviel größer gewesen.

Relativ geringe Veränderungen ergaben sich beim Frauenanteil an der Bevölkerung.

Staat	1961	1950	1961/1950
	Frauenanteil in %		Anteilsveränderung in Prozentpunkten
DDR	54,9	55,6	- 0,7
BRD	52,8	53,1	- 0,3

Auf 1 000 Männer kamen ... Frauen

Staat	1961	1950	1961/1950 Veränderung
DDR	1 217	1 253	- 36
BRD	1 118	1 133	- 15

Einen genauen Überblick über das Verhältnis zwischen dem tatsächlichen und dem auf die Struktur der BRD-Bevölkerung umgerechneten Altersaufbau der DDR am 31. Dezember 1961 vermittelt Anhang 3, Grafik 3.

Die für Ende 1961 genannte Bevölkerungszahl, die sich ohne Wanderung ergeben hätte (19 288 000), geht dabei vom Bevölkerungsstand im Jahre 1950 aus und berücksichtigt den Wanderungssaldo bis 1961, der auch die Wanderungen einschließt, die nicht zwischen der DDR und der BRD erfolgten. Es bleiben also die Wanderungsbewegung bis 1950 und die daraus resultierenden Folgen unberücksichtigt. Insofern spiegeln die genannten Zahlen die

Abwanderungen nach der BRD und ihre Folgen für die Bevölkerungsentwicklung der DDR nicht vollständig wider.

Eine 1972 in der BRD erschienene Untersuchung enthält einige Angaben, die die vorstehenden Ausführungen ergänzen und die Folgen der Abwanderungen aus prognostischer Sicht untersuchen.<sup>10</sup>

Hiernach wurden bei der BRD-Volkszählung 1961 rund 2,6 Millionen Personen gezählt, die nach Kriegsende aus der DDR zugezogen sind, weiterhin 500 000 Kinder, die nach dem Zuzug ihrer Eltern in der BRD geboren wurden.

Zu den entsprechenden Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung der DDR heißt es dort unter anderem: "Da es sich bei den Fortziehenden um eine ... relativ junge Bevölkerung handelte, fehlten nach dem Fortzug in der DDR 1961 nicht nur gut 2,1 Mill. Erwerbsfähige, auch die Zahl der im reproduktionsfähigen Alter stehenden Frauen lag um fast 20 % unter der ohne Fortzug. Der - im Vergleich zur BRD - auch ohne Fortzug schon recht bedeutende Anteil an im Rentenalter Stehenden in der DDR wurde durch den Fortzug noch weiter erhöht. Während er ohne Fortzug 1961 16,1 % betragen hätte ..., lag er infolge des Fortzugs sogar bei 17,6 %...

Im Zeitraum von 1961 bis 1971 ging in der DDR die Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerung um rd. 750 000 Personen zurück." Hätte bis 1961 keine Wanderung stattgefunden, "wäre nicht nur die Zahl der Erwerbsfähigen 1961 um 20 % höher gewesen als sie tatsächlich war, auch der Rückgang in der Zahl der Erwerbsfähigen bis 1971 wäre um rd. 70 000 niedriger gewesen. Da im gleichen Zeitraum die Zahl der im Rentenalter Stehenden in der DDR von 3 Mill. auf 3,4 Mill. anstieg und sich auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren von 3,7 Mill. auf 3,9 Mill. erhöhte, ist die Belastung der Erwerbsfähigen, die sich aus dem Unterhalt der außerhalb des Reproduktionsprozesses Stehenden ergibt, stark gestiegen. Während 1961 auf 1 000 Erwerbsfähige 640 Personen kamen, die unterhaltsmäßig von ihnen abhingen, waren es 1971 schon 750 Personen." Wäre keine Wanderung erfolgt, "so wären 1961 auf 1 000 Erwerbsfähige nur 600 Personen gekommen, die unterhaltsmäßig von ihnen abhingen, und die Zahl der Abhängigen hätte sich bis 1971 nur auf 720 Personen erhöht...

Erst für 1991 ergibt sich für den Fall, daß" die Zugewanderten "in der DDR geblieben wären, etwa die gleiche Struktur, wie sie unter den gegebenen Umständen für die DDR zu erwarten ist. Erst in etwa 20 Jahren werden also die Auswirkungen des Fortzugs ... auf die Bevölkerungsstruktur verkräftet sein, wenngleich natürlich bei einer Bevölkerungszahl, die ... niedriger ist, als der Bevölkerungsstand, der sich bei Verbleib" der Abgewanderten "in der DDR ergeben hätte."<sup>11</sup>

Zu den Auswirkungen der Fortzüge aus der DDR auf die Bevölkerungsentwicklung der BRD wird in der gleichen Untersuchung unter anderem festgestellt:

Obwohl die aus der DDR zugewanderten Personen (einschließlich ihrer in der BRD geborenen Kinder) "1961 nur 5,5 % der Bevölkerung stellten, resultierten 12,5 % der natürlichen Bevölkerungszunahme der Bevölkerung der BRD bis 1971 aus ihrem Geburtenüberschuß.

Noch stärker sogar sind die Auswirkungen im Jahrzehnt von 1971 bis 1981. Obwohl 1971 nur 5,7 % der Bevölkerung der BRD" Zugewanderte aus der DDR "einschließlich ihrer Kinder waren, dürften gut 30 % der natürlichen Bevölkerungszunahme der BRD bis 1981 aus ihrem Geburtenüberschuß resultieren."<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Zur Entwicklung und Organisation des Gesundheitswesens in Sowjetrußland, in osteuropäischen Volksdemokratien und in der DDR, Bd. 63, hg. v. Hans Harmsen, Hamburg 1972.

11 Ebenda, S. 34 ff.

12 Ebenda, S. 40 ff.

Diese Angaben zeigen ebenso wie unsere eigenen Untersuchungen die Bedeutung der am 13. August 1961 durchgeführten Maßnahmen zum Schutz der DDR und des Friedens in Mitteleuropa gerade auch unter demographischem Aspekt. Sie verdeutlichen zugleich, daß dieser Aspekt nur im Rahmen der großen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge erfaßt und gewertet werden kann. So beendete die Sicherung der Staatsgrenze eine Periode in der Bevölkerungsentwicklung der DDR, die zu beträchtlichen Deformationen unserer Bevölkerungsstruktur geführt (vergleiche dazu Anhang 3, Grafik 4: Altersaufbau der Bevölkerung der DDR am 1. 1. 1951 und 31. 12. 1961 - Gestorbene und Wanderungsverlust 1951 bis 1961) und die Stabilität unserer Volkswirtschaft auf eine harte Probe gestellt hatte.

Wenn diese Schwierigkeiten dennoch gemeistert werden konnten, so zeugt dies von den Leistungen der Werktätigen in der DDR, von der umsichtigen Leitungstätigkeit der Partei- und Regierungsorgane, von der internationalen Solidarität der sozialistischen Staaten.

### Die sechziger Jahre - Jahre der allmählichen Normalisierung der Bevölkerungsentwicklung der DDR

Mit dem 13. August 1961 setzte eine kontinuierliche, stürmische Aufwärtsentwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft in der DDR ein, für die neben anderen Bedingungen auch eine wichtige demographische Voraussetzung erfüllt war:

Seit der Sicherung der Staatsgrenze der DDR spielt die spontane, jeglicher Prognose entzogene Außenwanderungsbewegung keine Rolle mehr. Bei den seither erfolgten, zahlenmäßig geringen Abwanderungen handelt es sich um legale Verzüge vorwiegend älterer Personen. Erstmals seit Gründung der DDR war von 1962 bis 1967 ihre Bevölkerungsbilanz positiv. Die seitdem wieder leicht rückläufige Bevölkerungszahl ist im wesentlichen auf die seit einigen Jahren stagnierende Geborenenzahl bei gleichzeitiger, aufgrund der ungünstigen Altersstruktur, hoher Zahl der Sterbefälle zurückzuführen. Seit 1969 gibt es einen leichten Sterbefallüberschuß. Obwohl auch weiterhin bestimmte Veränderungen der Struktur der DDR-Bevölkerung eine ungünstige Entwicklung zeigen, kann doch festgestellt werden, daß gegenüber der Zeit vor 1961 eine Konsolidierung der Bevölkerungsentwicklung eingetreten ist. So sind die Veränderungen 1971/1961 im allgemeinen weitaus weniger gravierend als in den Jahren 1961/1950. Hierbei ist zu bedenken, daß einmal vorhandene Deformationen der Bevölkerungsstruktur langfristig weiterwirken. Immerhin zeichnet sich bereits deutlich eine allmähliche Konsolidierung ab. Sie kommt auch darin zum Ausdruck, daß 1971 ein Vergleich mit der Bevölkerungsentwicklung der BRD ein günstigeres Bild ergibt als 1961.

Die Bevölkerung der DDR zählte am 31. Dezember 1970 (= 1. Januar 1971) 17 068 300 Personen und lag damit um 11 000 (=weniger als 0,1 Prozent) unter dem Stand von 1961 (31. Dezember). Die Zahl der Männer stieg um 160 900 (= 2,1 Prozent), die der Frauen ging um 171 800 (= 1,8 Prozent) zurück.

Die BRD-Bevölkerung zählte 1970 (27. Mai) 58 528 300 Personen gegenüber 53 977 400 im Jahre 1961 (6. Juni), der Zuwachs betrug mithin 4 550 900 Personen (= 8,4 Prozent). Dieser Zuwachs entfällt auf einen hohen Geborenenüberschuß und das beträchtliche Anwachsen der Zahl ausländischer Arbeitskräfte, deren Anwerbung nach 1961 in großem Umfang betrieben wurde.

Die Sexualproportion hat sich 1971 in beiden Staaten gegenüber 1961 verbessert, dabei in der DDR stärker als in der BRD.

Staat	1970 <sup>+</sup> Frauenanteil in %	1961 <sup>++</sup>	1970/1961 Anteilsveränderung in Prozentpunkten
DDR	53,9	54,9	- 1,0
BRD	52,3	52,8	- 0,5

+ DDR = 31. Dezember, BRD = 27. Mai.

++ DDR = 31. Dezember, BRD = 6. Juni.

Auf 1 000 Männer kamen ... Frauen

Staat	1970	1961	1970/1961 Veränderung
DDR	1 170	1 217	- 47
BRD	1 094	1 118	- 24

Die altersstrukturelle Entwicklung zeigt in beiden Staaten die gleiche Entwicklungstendenz:

- Zunahme des Anteils der Kinder und der Personen im Rentenalter,
- Abnahme des Anteils der Personen im arbeitsfähigen Alter.

Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Altersgruppe	DDR		Veränderung in Prozent- punkten 1970/61	BRD		Veränderung in Prozent- punkten 1970/61
	Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Ge- samtbevölke- rung (in %) 1970	1961		Anteil der je- weiligen Al- tersgruppe an der Ge- samtbevöl- kerung (in %) 1970	1961	
unter 15 Jahre	23,3	22,2	+ 1,1	23,5	22,1	+ 1,4
15 bis unter 60/65 Jahre	57,2	59,8	- 2,6	60,2	64,0	- 3,8
60/65 Jahre und älter	19,5	18,0	+ 1,5	16,3	13,9	+ 2,4

Obwohl die Altersstruktur der DDR noch immer ungünstiger ist als die der BRD, verschlechterte sie sich bei den Personen im arbeitsfähigen Alter und den Personen im Rentenalter in der BRD in rascherem Tempo als in der DDR.

Dementsprechend veränderte sich auch die Relation Personen im arbeitsfähigen Alter: Personen im nichtarbeitsfähigen Alter, und zwar folgendermaßen:

Staat	Personen im nicht- arbeitsfähigen Alter			Personen im Rentenalter		
	1970	1961	1970/61 Veränderung	1970	1961	1970/61 Veränderung
DDR	74,7	67,2	+ 7,5	34,0	30,0	+ 4,0
BRD	66,1	56,2	+ 9,9	27,1	21,8	+ 5,3

Bei gleicher Alters- und Sexualstruktur wie in der BRD hatte es in der

DDR	1970	(1961)
	36 000	(- 29 000) Kinder und
	505 000	( 707 000) Personen im arbeitsfähigen Alter mehr, aber
	541 000	( 689 000) Personen im Rentenalter weniger gegeben.

Die Zahl der Männer wäre um 284 000 (1961: 359 000) größer, die der Frauen um ebensoviel kleiner gewesen.

Umgekehrt: Bei gleicher Alters- und Sexualstruktur wie in der DDR hätte es in der

BRD	1970	(1961)
	124 000	(+ 89 000) Kinder und
	1 731 000	( 2 235 000) Personen im arbeitsfähigen Alter weniger, aber
	1 855 000	( 2 180 000) Personen im Rentenalter mehr gegeben.

Die Zahl der Männer wäre um 975 000 (1961: 1 135 000) kleiner, die der Frauen um ebensoviel größer gewesen.

Hieraus folgt: Die DDR verfügte auch 1970 über die ungünstigeren Bevölkerungsstrukturen. Es zeigen sich aber auch die positiven Auswirkungen seit der Sicherung der Staatsgrenzen der DDR, indem sich die Unterschiede der Strukturen zwischen beiden Staaten wesentlich verringert haben, ein Prozeß, der andauern wird, da nunmehr in der BRD in immer größerer Zahl die Personen aus dem arbeitsfähigen Alter heraus- und in das Rentenalter hineinwachsen, die als Arbeitskräfte jüngeren und mittleren Alters die DDR verließen.

Tabelle 1

Die Bevölkerung auf dem Gebiet der DDR, der BRD und Westberlins am 17. 5. 1939 und 29. 10. 1946

Gebiet	Geschlecht	Bevölkerung <sup>1</sup>		Zu- (+) oder Abnahme (-) 1946/1939		Auf 1 000 Männer kommen ... Frauen	
		1939 in 1 000	1946 <sup>2</sup>	in %		1939	1946
DDR	männl.	8 190,8	7 860,3	- 330,5	- 4,0	1 044	1 351
	weibl.	8 554,6	10 629,4	+ 2 074,8	+ 24,3		
	insg.	16 745,4	18 489,7	+ 1 744,3	+ 10,4		
BRD	männl.	19 795,3	20 235,1	+ 439,9	+ 2,2	1 034	1 214
	weibl.	20 465,7	24 565,5	+ 4 099,8	+ 20,0		
	insg.	40 260,9	44 800,6	+ 4 539,7	+ 11,3		
Westberlin	männl.	1 244,1	814,5	- 429,6	- 34,5	1 211	1 474
	weibl.	1 506,4	1 200,7	- 305,7	- 20,3		
	insg.	2 750,5	2 015,2	- 735,2	- 26,7		

1 BRD einschließlich Saarland, das 1946 nicht zur damaligen französischen Zone gehörte.

2 Einschließlich Lagerinsassen (ohne Insassen der D. P.-Lager).

Quellen:

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Großberlin, hg. v. Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, T. 1: Volkszählung. Textteil, Berlin 1951, S. 2; ebenda, Tabellenteil, Berlin/München 1949, S. V/VI; Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, hg. v. Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949, S. 8/9, 18, 20.

Tabelle 2

Bevölkerungsbilanz der Gebiete DDR, BRD und Westberlin 29. 10. 1946/17. 5. 1939<sup>1</sup>

Lfd. Nr.	Nomenklatur	DDR in 1 000	BRD <sup>2</sup>	Westberlin
1	Wohnbevölkerung 29. 10. 1946	18 488,3	43 996,8	2 012,9
	davon:			
2	eingessene Bevölkerung <sup>3</sup>	14 340,5	36 804,4	1 879,3
3	zugewanderte Bevölkerung <sup>4</sup>			
	1. 9. 1939 bis 29. 10. 1946	4 147,8	7 192,4	133,6
	davon nach dem Wohnsitz am 1. 9. 1939:			
4	DDR	-	742,5	35,8
5	BRD <sup>5</sup>	272,9	-	15,1
6	Westberlin	194,5	278,5	-
7	außerhalb der Grenzen vom 29. 10. 1946	3 638,9	6 108,3	81,5
8	Wohnsitz unbekannt <sup>6</sup>	41,5	63,1	1,1
9	Wohnbevölkerung 17. 5. 1939	16 745,4	39 352,7	2 750,5
10	Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-) 1946/1939	+ 1 742,9	+ 4 644,1	- 737,6
3	zugewanderte Bevölkerung 1. 9. 1939 bis 29. 10. 1946	4 147,8	7 192,4	133,6
10 -	Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-) 1946/1939	- 1 742,9	- 4 644,1	+ 737,6
11 =	Summe	2 404,9	2 548,3	871,2
12 -	abgewanderte Bevölkerung <sup>7</sup> 1. 9. 1939 bis 29. 10. 1946	778,3	288,0	473,0
	davon nach:			
13	DDR	-	272,9	194,5
14	BRD <sup>5</sup>	742,5	-	278,5
15	Westberlin	35,8	15,1	-
16 +	Geborenenüberschuß 17. 5. bis 30. 8. 1939 <sup>8</sup>	41,0	96,0	6,0
17 =	zu erklärende Differenz der Bevölkerungsbilanz	1 667,6	2 356,3	404,2
Lfd. Nr.	Nomenklatur	DDR Anteile in %	BRD <sup>2</sup>	Westberlin
1	Wohnbevölkerung 29. 10. 1946	100	100	100
2	eingessene Bevölkerung <sup>3</sup>	77,6	83,7	93,4
3	zugewanderte Bevölkerung <sup>4</sup>	22,4	16,3	6,6
9	Wohnbevölkerung 17. 5. 1939	90,6	89,4	136,6
10	Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-) 1946/1939	+9,4	+ 10,6	- 36,6
9	Wohnbevölkerung 17. 5. 1939	100	100	100
1	Wohnbevölkerung 29. 10. 1946	110,4	111,8	73,2
2	eingessene Bevölkerung <sup>3</sup>	85,6	93,5	68,3

Lfd. Nr.	Nomenklatur	DDR Anteile in %	BRD <sup>2</sup>	Westberlin
3	zugewanderte Bevölkerung <sup>4</sup> davon nach dem Wohnsitz am 1. 9. 1939:	100	100	100
4	DDR	-	10,3	26,8
5	BRD <sup>5</sup>	6,6	-	11,3
6	Westberlin	4,7	3,9	-
7	außerhalb der Grenzen vom 29. 10. 1946	87,7	84,9	61,0
8	Wohnsitz unbekannt <sup>6</sup>	1,0	0,9	0,8

1 Abweichende Angaben zu den entsprechenden Positionen in Tabelle 1 sind auf Unterschiede in der Zuordnungs- bzw. Aufbereitungsmethodik oder auf unterschiedlichen Gebietsstand zurückzuführen.

2 Ohne Saarland (1939: 908,2 tausend, 1946: 848,1 tausend Personen (ohne Sonderfälle), da Angaben über die Wanderungsbewegung nach und aus dem Saarland nicht vorliegen.

3 Zur eingewanderten Bevölkerung zählen die Personen, die am 1. 9. 1939 ihren Wohnsitz im gleichen Gebiet hatten. Für die am 1. 9. 1939 und später geborenen Kinder war der Wohnsitz der Eltern am 1. 9. 1939 maßgebend, bei verschiedenem Wohnsitz der Elternteile der der Mutter.

4 Personen, die am 1. 9. 1939 ihren Wohnsitz außerhalb des jeweils genannten Territoriums hatten. Dabei handelt es sich nicht um sämtliche zwischen dem 1. 9. 1939 und dem 29. 10. 1946 zugezogenen Personen (einschließlich ihrer nach dem 1. 9. 1939 geborenen Kinder), sondern nur um diejenigen, die am 29. 10. 1946 lebten und am 1. 9. 1939 ihren Wohnsitz in einem der genannten anderen Gebiete hatten.  
Die Zuzüge in die DDR aus Westberlin und in die BRD aus Ostberlin wurden auf der Grundlage der anteiligen Einwohnerzahlen von Großberlin im Jahre 1939 berechnet. Wohnsitzwechsel zwischen West- und Ostberlin bzw. in umgekehrter Richtung sind nicht berücksichtigt. Ebenso nicht die zwischen dem 17. 5. und 30. 8. 1939 erfolgten Zuwanderungen.

5 Ohne Saarland.

6 Außerdem 3 800 Personen, die nicht aufgegliedert sind.

7 Hier handelt es sich nicht um sämtliche zwischen dem 1. 9. 1939 und dem 29. 10. 1946 weggezogenen Personen (einschließlich ihrer nach dem 1. 9. 1939 geborenen Kinder), sondern nur um diejenigen, die am 29. 10. 1946 lebten und am 1. 9. 1939 ihren Wohnsitz in einem der genannten anderen Gebiete hatten.

Die Wegzüge aus der DDR nach Westberlin und aus der BRD nach Ostberlin wurden auf der Grundlage der anteiligen Einwohnerzahlen von Großberlin im Jahre 1939 berechnet. Wohnsitzwechsel zwischen Ost- und Westberlin bzw. in umgekehrter Richtung sind nicht berücksichtigt, ebenso nicht die zwischen dem 17. 5. und 30. 8. 1939 erfolgten Abwanderungen.

8 Die Ermittlung der Angaben unter lfd. Nr. 17 erfordert, den Geborenenüberschuß für den Zeitraum 17. 5. bis 30. 8. 1939 zu berücksichtigen. Die angegebenen Werte gehen von einem Geborenenüberschuß von 8,4 auf 1 000 Einwohner (für 3 1/2 Monate) aus.

Quellen:

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin, hg. v. Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, T. 1: Volkszählung. Tabellenteil, München 1949, S. 150 - 152; Die Ergebnisse der Volkszählung vom 29. 10. 1946 für Groß-Berlin, Berlin 1948, S. 56 - 59 = Berliner Statistik, Sonderheft 6.

Tabelle 3

Saldi der Wohnsitzwechsel 29. 10. 1946/1. 9. 1939 in den Grenzen von 1946  
(in 1 000 Personen)

Gebiet	Saldo	davon gegenüber		
		DDR-Gebiet	BRD-Gebiet	Westberlin
DDR	- 310,9	-	- 469,6	+ 158,7
BRD	+ 733,0	+ 469,6	-	+ 263,4
Westberlin	- 422,1	- 158,7	- 263,4	-

Quelle:

Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Übersichtstabelle 2.

Tabelle 4

Kennziffern über den Anteil der Umsiedler an der Bevölkerung und ihre Struktur am  
29. 10. 1946

Kennziffer	DDR-Gebiet	BRD-Gebiet <sup>1</sup>
Von 100 Einwohnern waren ... Umsiedler	19,7	13,9
Jeder ... Einwohner war Umsiedler	5.	7.
Von 100 Umsiedlern waren männlich	41,3	45,8
weiblich	58,7	54,2
Von 100 Umsiedlern waren <sup>2</sup>		
unter 14 Jahre	32,5	28,2
14 bis unter 65 Jahre	59,0	65,3
65 Jahre und älter	8,5	6,5
unter 14 Jahre	22,2	22,1
14 bis unter 65 Jahre	69,6	70,7
65 Jahre und älter	8,2	7,2

1 Ohne Saarland.

2 DDR = ohne Hauptstadt Berlin.

Quellen:

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin, hg. v. Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, T. 1: Volkszählung. Textteil, Berlin/München 1949; Die Bevölkerung der BRD nach der Zählung vom 13. 9. 1950, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Köln 1956, S. 32 = Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, H. 9, Textheft.

(Tabelle 5 folgt nach Tabelle 6)

Tabelle 6

Tatsächliche Bevölkerungsentwicklung der DDR und wahrscheinliche Entwicklung, wenn keine Wanderung stattgefunden hätte, für den Zeitraum 1951 bis 1961 (in 1 000 Personen)<sup>1</sup>

Jahresende	Tatsächlicher Bevölkerungsstand	Wanderungsverlust seit 1. 1. 1951	Gestorbene, bezogen auf den Wanderungsverlust <sup>2</sup>	Lebendgeborene, bezogen auf den Wanderungsverlust an weiblichen Personen <sup>3</sup>	Bevölkerungsstand unter Ausschluß der Wanderung <sup>4</sup>	Bevölkerungsrückgang durch den Wanderungsverlust und seine Auswirkungen <sup>5</sup>
0	1	2	3	4	5	6
1951 (1.1.)	18 371,4	-	-	-	18 371	-
1951	18 350,1	123,2	1	2	18 474	124
1952	18 300,1	257,5	5	6	18 559	259
1953	18 112,1	531,8	11	14	18 647	535
1954	18 001,5	716,3	19	28	18 726	725
1955	17 832,2	964,8	31	47	18 813	981
1956	17 603,6	1 262,0	45	72	18 893	1 289
1957	17 410,7	1 503,1	64	104	18 954	1 543
1958	17 311,7	1 652,4	84	140	19 020	1 708
1959	17 285,9	1 740,3	106	183	19 103	1 817
1960	17 188,5	1 896,9	131	229	19 184	1 995
1961	17 079,3	2 084,2	156	281	19 288	2 209

1 Angaben jeweils kumuliert.

2 Statistisch gesehen, wäre die Bevölkerung durch Sterbefälle auch ohne Wanderung um die betreffende Personenzahl reduziert worden.

3 Als Ausgangswert diente jeweils die kumulierte Zahl der abgewanderten Frauen im gebärfähigen Alter. Für das jeweils laufende Jahr der Abwanderung wurde nur die Hälfte der abgewanderten Frauen berücksichtigt.

4 Spalte 1 + 2 - 3 + 4.

5 Spalte 5 - 1.

Quellen:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, lfd.; eigene Berechnungen.

Tabelle 5

Natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung in der DDR 1946 bis 1971

(in 1 000 Personen)

Jahr Zeit- raum	Bevölkerungsstand		Zu- (+) bzw. Abnahme (-)	Lebend- geborene	Gestorbene	Geborenen- (+) bzw. Ster- befallüber- schuß (-)	Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		
	1. Januar	31. Dezember					insgesamt	davon Männer	Frauen
1946	18 488,3 <sup>1</sup>	.	.	31,4 <sup>2</sup>	68,9 <sup>2</sup>	- 37,4 <sup>2</sup>	.	.	.
1947	.	.	.	247,3	358,0	- 110,8	.	.	.
1948	.	.	.	243,3	289,7	- 46,4	.	.	.
1949	.	.	.	274,0	253,7	+ 20,4	.	.	.
1950	.	18 388,2 <sup>3</sup>	.	202,6 <sup>4</sup>	146,4 <sup>4</sup>	+ 56,2 <sup>4</sup>	.	.	.
1946-50	-	-	- 100,1	998,6	1 116,7	- 118,0	+ 17,9	+ 350,1	- 332,2
1950	18 388,2 <sup>5</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.
1951	.	18 350,1	- 38,1 <sup>6</sup>	412,1 <sup>6</sup>	281,6 <sup>6</sup>	+ 130,5 <sup>6</sup>	- 168,6 <sup>6</sup>	- 76,9 <sup>6</sup>	- 91,7 <sup>6</sup>
1952	18 350,1	18 300,1	- 50,0	306,0	221,7	+ 84,3	- 134,3	- 62,1	- 72,2
1953	18 300,1	18 112,1	- 188,0	298,9	212,6	+ 86,3	- 274,3	- 124,6	- 149,7
1954	18 112,1	18 001,5	- 110,6	293,7	219,8	+ 73,9	- 184,5	- 79,3	- 105,1
1955	18 001,5	17 832,2	- 169,3	293,3	214,1	+ 79,2	- 248,5	- 115,0	- 133,5
1956	17 832,2	17 603,6	- 228,7	281,3	212,7	+ 68,6	- 297,2	- 132,3	- 164,9
1957	17 603,6	17 410,7	- 192,9	273,3	225,2	+ 48,1	- 241,1	- 110,9	- 130,2
1958	17 410,7	17 311,7	- 99,0	271,4	221,1	+ 50,3	- 149,3	- 57,7	- 91,6
1959	17 311,7	17 285,9	- 25,8	292,0	229,9	+ 62,1	- 87,9	- 33,2	- 54,7
1960	17 285,9	17 188,5	- 97,4	293,0	233,8	+ 59,2	- 156,6	- 65,7	- 91,0
1961	17 188,5	17 079,3	- 109,2	300,8	222,7	+ 78,1	- 187,3	- 87,1	- 100,2
1950-61	-	-	- 1 308,9	3 315,8	2 495,2	+ 820,6	- 2 129,6	- 944,8	- 1 184,8

1962	17 079,3	17 135,9	+	56,6	298,0	234,0	+	64,0	-	7,4	-	0,9	-	6,6
1963	17 135,9	17 181,1	+	45,2	301,5	222,0	+	79,5	-	34,3	-	7,2	-	27,0
1964	17 181,1	17 216,3 <sup>7</sup>	+	35,2	291,9	226,2	+	65,7	-	30,5	-	8,1	-	22,3
1965	17 003,6 <sup>8</sup>	17 039,7	+	36,1	281,1	230,3	+	50,8	-	14,7	-	2,6	-	12,1
1966	17 039,7	17 071,4	+	31,7	268,0	225,7	+	42,3	-	10,6	-	1,1	-	9,5
1967	17 071,4	17 089,9	+	18,5	252,8	227,1	+	25,7	-	7,2	+	0,2	-	7,4
1968	17 089,9	17 087,2	-	2,6	245,1	242,5	+	2,7	-	5,3	+	2,6	-	7,9
1969	17 087,2	17 074,5	-	12,7	238,9	243,7	-	4,8	-	7,9	+	0,6	-	8,5
1970	17 074,5	17 057,0	-	17,5	236,9	240,8	-	3,9	-	13,6	-	2,8	-	10,8
1971 <sup>9</sup>	17 057,0	17 042,4	-	14,6	235,0	235,2	-	0,3	-	14,3	-	4,1	-	10,2
1962-71	-	-	+	175,9	2 649,1	2 327,4	+	321,7	-	145,8	-	23,4	-	122,3

1 29. 10. 1946.

2 29. 10. - 31. 12. 1946 (geschätzt).

3 31. 8. 1950.

4 1. 1. - 31. 8. 1950 (geschätzt).

5 1. 9. 1950.

6 1. 9. 1950 - 31. 12. 1951 (geschätzt).

7 Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung.

8 Ergebnis der Volkszählung 1964.

9 Vorläufige Zahlen.

#### Quellen:

Statistisches Jahrbuch der DDR, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, lfd.;

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, lfd.

Tabelle 1

Die Wohnbevölkerung auf dem Territorium der DDR nach Altersgruppen und Geschlecht 1939, 1946, 1950, 1961 und 1971<sup>1</sup>

Altersgruppe <sup>2</sup>	1939	1946	1950	1961	1971	1939	1946	1950	1961	1971	1971		
	in 1 000					Anteile in %					1939	1950	
												= 100	= 100
	insgesamt												
unter 15 Jahre	3 575,3	4 535,1	4 201,6	3 793,0	3 970,6	21,4	24,5	22,9	22,2	23,3	111,1	94,5	
15 bis unter 60/65 Jahre	11 309,7	11 552,4	11 646,1	10 217,8	9 772,7	67,5	62,5	63,3	59,8	57,2	86,4	83,9	
60/65 Jahre und älter	1 860,3	2 400,8	2 540,4	3 068,5	3 325,0	11,1	13,0	13,8	18,0	19,5	178,7	130,9	
Zusammen	16 745,4	13 488,3	18 388,2	17 079,3	17 068,3	100	100	100	100	100	101,9	92,8	
	männlich												
unter 15 Jahre	1 810,8	2 307,9	2 142,8	1 942,0	2 034,3	22,1	29,3	26,3	25,2	25,9	112,3	94,9	
15 bis unter 65 Jahre	5 721,3	4 736,5	5 185,0	4 822,9	4 814,9	69,9	60,3	63,5	62,6	61,2	84,2	92,9	
65 Jahre und älter	658,7	815,1	833,3	939,4	1 016,0	8,0	10,4	10,2	12,2	12,9	154,2	121,9	
Zusammen	8 190,8	7 859,5	8 161,2	7 704,4	7 865,3	100	100	100	100	100	96,0	96,4	
	weiblich												
unter 15 Jahre	1 764,5	2 227,3	2 058,8	1 851,0	1 936,2	20,6	21,0	20,1	19,7	21,0	109,7	94,1	
15 bis unter 60 Jahre	5 588,4	6 815,8	6 461,1	5 394,9	4 957,8	65,3	64,1	63,2	57,6	53,9	88,7	76,7	
60 Jahre und älter	1 201,7	1 585,6	1 707,1	2 129,0	2 309,0	14,1	14,9	16,7	22,7	25,1	192,1	135,3	
Zusammen	8 554,6	10 628,8	10 227,0	9 374,9	9 203,1	100	100	100	100	100	107,6	90,0	

1 1939 = 17. 5.; 1946 = 29. 10.; 1950 = 31. 8.; 1961 = 31. 12.; 1971 = 1. 1.

2 Bis unter bzw. ab 60 Jahre = Frauen; bis unter bzw. ab 65 Jahre = Männer.

Quelle:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 34.

Tabelle 2

Abweichungen zwischen den tatsächlichen und den auf die Struktur der BRD-Bevölkerung umgerechneten DDR-Bevölkerungszahlen 1939, 1946, 1950, 1961, 1971<sup>1</sup>

Altersgruppe	1939	1946	1950	1961	1971
	in 1 000				
	insgesamt				
unter 15 Jahre	+ 412	+ 37	+ 132	- 29	+ 36
15 bis unter 60/65 Jahre	- 156	+ 282	+ 244	+ 707	+ 505
60/65 Jahre und älter	- 256	- 319	- 376	- 689	- 541
Zusammen	0	0	0	0 <sup>2</sup>	0
	männlich				
unter 15 Jahre	+ 218	+ 21	+ 70	- 13	+ 19
15 bis unter 65 Jahre	- 95	+ 536	+ 456	+ 563	+ 423
65 Jahre und älter	- 80	- 65	- 67	- 196	- 158
Zusammen	+ 43	+ 492	+ 459	+ 359 <sup>2</sup>	+ 284
	weiblich				
unter 15 Jahre	+ 194	+ 16	+ 62	- 16	+ 17
15 bis unter 60 Jahre	- 61	- 254	- 212	+ 144	+ 82
60 Jahre und älter	- 176	- 254	- 309	- 493	- 383
Zusammen	- 43	- 492	- 459	- 359 <sup>2</sup>	- 284

1 += in der betreffenden Altersgruppe wäre nach der BRD-Bevölkerungsstruktur die Bevölkerungszahl der DDR um ... Personen größer;

- = in der betreffenden Altersgruppe wäre nach der BRD-Bevölkerungsstruktur die Bevölkerungszahl der DDR um ... Personen kleiner.

Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Altersgruppen, nicht einzelner Altersjahre, wobei die Stichtage 1950 (DDR 31. 8.; BRD 13. 9.), 1961 (DDR 31. 12.; BRD 6. 6.) und 1971 (DDR 1. 1.; BRD 27. 5. 1970) nicht übereinstimmen, wodurch die Ergebnisse jedoch nicht wesentlich beeinflusst werden.

2 Die Differenz zur Addition ist darauf zurückzuführen, daß in den BRD-Angaben Personen unbekanntem Alters enthalten sind.

#### Quellen:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 34; Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1964, S. 240 - 243 = Fachserie A; Bevölkerung und Kultur, H. 4; Bevölkerung nach Alter und Familienstand; Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Großberlin, hg. v. Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, T. 1; Volkszählung. Tabellen, Berlin/München 1949, S. 74/75, 78/79, 82/83; Statistisches Handbuch für das Saarland, hg. v. Statistisches Amt des Saarlandes, Saarbrücken 1950, S. 16; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1972, S. 35; eigene Berechnungen.

Tabelle 3

Die Wohnbevölkerung des BRD-Gebiets nach Altersgruppen und Geschlecht 1939, 1946, 1950, 1961, 1970<sup>1</sup>

Altersgruppe	1939	1946	1950	1961	1970	1939	1946	1950	1961	1970	1970	
	in 1 000					Anteile in %					= 100	= 100
	insgesamt											
unter 15 Jahre	9 582,9	11 092,3	11 467,5	11 898,3	13 739,1	23,8	24,7	23,6	22,1	23,5	143,4	119,8
15 bis unter 60/65 Jahre	26 809,1	28 705,9	31 458,1	34 526,9	35 242,0	66,6	64,0	64,6	64,0	60,2	131,4	112,0
60/65 Jahre und älter	3 856,1	5 049,3	5 726,4	7 517,2	9 547,1	9,6	11,3	11,8	13,9	16,3	247,6	166,7
Zusammen	40 248,0	44 848,4 <sup>2</sup>	48 651,9	53 977,4 <sup>5</sup>	58 528,3	100	100	100	100	100	145,4	120,3
	männlich											
unter 15 Jahre	4 876,0	5 649,9	5 855,5	6 097,5	7 043,3	24,7	27,9	25,7	24,0	25,2	144,4	120,3
15 bis unter 65 Jahre	13 522,2	12 787,9	14 924,7	17 022,8	17 960,7	68,3	63,1	65,4	66,8	64,3	132,3	120,3
65 Jahre und älter	1 390,9	1 820,0	2 026,4	2 347,9	2 941,4	7,0	9,0	8,9	9,2	10,5	211,5	145,2
Zusammen	19 789,1	20 258,2 <sup>3</sup>	22 806,6	25 484,4 <sup>6</sup>	27 945,5	100	100	100	100	100	141,2	122,5
	weiblich											
unter 15 Jahre	4 706,9	5 442,2	5 612,0	5 800,8	6 695,8	23,0	22,1	21,7	20,4	21,9	142,3	119,3
15 bis unter 60 Jahre	13 286,9	15 918,0	16 533,4	17 504,1	17 281,3	64,9	64,8	64,0	61,5	56,5	130,1	104,5
60 Jahre und älter	2 465,2	3 229,2	3 700,0	5 169,3	6 605,7	12,1	13,1	14,3	18,1	21,6	268,0	178,5
Zusammen	20 459,0	24 590,2 <sup>4</sup>	25 845,4	28 493,1 <sup>7</sup>	30 582,8	100	100	100	100	100	149,5	118,3

1 1939 = 17. 5.; 1946 = 29. 10.; 1950 = 13. 9. (Saarland = 14. 11. 1951); 1961 = 6. 6.; 1970 = 27. 5.; immer einschließlich Saarland und ohne Westberlin.

2 Einschließlich 1,1tausend Personen unbekanntes Alters.

3 Einschließlich 0,4tausend Personen unbekanntes Alters.

4 Einschließlich 0,6tausend Personen unbekanntes Alters.

5 Einschließlich 35,1tausend Personen unbekanntes Alters.

6 Einschließlich 16,2tausend Personen unbekanntes Alters.

7 Einschließlich 18,9tausend Personen unbekanntes Alters.

#### Quellen:

1939, 1950, 1961: Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1964, S. 240 - 243 = Fachserie A: Bevölkerung nach

Alter und Familienstand; 1946: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Großberlin, hg. v. Ausschluß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, T. 1: Volkszählung. Tabeleinteil, Berlin/München 1949, S. 74/75, 78/79, 82/83; Statistisches Handbuch für das Saarland, hg. v. Statistisches Amt des Saarlandes, Saarbrücken 1950, S. 16; 1970: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1972, S. 35; eigene Berechnungen.

Tabelle 4

Abweichungen zwischen den tatsächlichen und den auf die Struktur der DDR-Bevölkerung umgerechneten Bevölkerungszahlen des BRD-Territoriums 1939, 1946, 1950, 1961, 1970<sup>1</sup>

Altersgruppe	1939	1946	1950	1961	1971
	in 1 000				
	insgesamt				
unter 15 Jahre	- 990	- 92	- 351	+ 89	- 124
15 bis unter 60/65 Jahre	+ 374	- 682	- 644	- 2 235	- 1 731
60/65 Jahre und älter	+ 616	+ 774	+ 995	+ 2 180	+ 1 855
Zusammen	0	0	0	0 <sup>2</sup>	0
	männlich				
unter 15 Jahre	- 524	- 52	- 186	+ 40	- 68
15 bis unter 65 Jahre	+ 229	- 1 298	- 1 206	- 1 781	- 1 450
65 Jahre und älter	+ 193	+ 157	+ 178	+ 621	+ 543
Zusammen	- 102	- 1 193	- 1 214	- 1 135 <sup>2</sup>	- 975
	weiblich				
unter 15 Jahre	- 466	- 40	- 165	+ 49	- 56
15 bis unter 60 Jahre	+ 145	+ 616	+ 562	- 454	- 281
60 Jahre und älter	+ 423	+ 617	+ 817	+ 1 559	+ 1 312
Zusammen	+ 102	+ 1 193	+ 1 214	+ 1 135 <sup>2</sup>	+ 975

1 += in der betreffenden Altersgruppe wäre nach der DDR-Bevölkerungsstruktur die Bevölkerungszahl der BRD um ... Personen größer;

- = in der betreffenden Altersgruppe wäre nach der DDR-Bevölkerungsstruktur die Bevölkerungszahl der BRD um ... Personen kleiner.

Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Altersgruppen, nicht einzelner Altersjahre, wobei die Stichtage 1950 (BRD 13. 9.; DDR 31. 8.), 1961 (BRD 6. 6.; DDR 31. 12.) und 1970 (BRD 27. 5.; DDR 1. 1. 1971) nicht übereinstimmen, wodurch die Ergebnisse jedoch nicht wesentlich beeinflusst werden.

2 Die Differenz zur Addition ist darauf zurückzuführen, daß in der Summe Personen unbekanntes Alters enthalten sind.

#### Quellen:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 34; Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1964, S. 240 - 243 = Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, H. 4; Bevölkerung nach Alter und Familienstand; Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Großberlin, hg. v. Ausschus der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, T. 1: Volkszählung. Tabellenteil, Berlin/München 1949, S. 74/75, 78/79, 82/83; Statistisches Handbuch für das Saarland, hg. v. Statistisches Amt des Saarlandes, Saarbrücken 1950, S. 16; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1972, S. 35; eigene Berechnungen.

Tabelle 5

Sexualproportionen auf dem Gebiet der DDR und der BRD 1939, 1946, 1950, 1961 und 1970(BRD) bzw. 1971 (DDR)

Land	Geschlecht Altersgruppe	1939	1946	1950	1961	1970 (BRD) 1971 (DDR)
Anteil der männlichen und weiblichen Personen in %						
DDR	Männer	48,9	42,5	44,4	45,1	46,1
	Frauen	51,1	57,5	55,6	54,9	53,9
BRD	Männer	49,2	45,2	46,9	47,2	47,7
	Frauen	50,8	54,8	53,1	52,8	52,3

Frauen auf 1 000 Männer

DDR	unter 15 Jahre	974	965	961	953	952
	15 bis unter 60/65 Jahre <sup>1</sup>	977	1 439	1 246	1 119	1 030
	60/65 Jahre und älter <sup>1</sup>	1 824	1 945	2 049	2 266	2 273
	Zusammen	1 044	1 352	1 253	1 217	1 170
BRD	unter 15 Jahre	965	963	958	951	951
	15 bis unter 60/65 Jahre <sup>1</sup>	983	1 245	1 108	1 028	962
	60/65 Jahre und älter <sup>1</sup>	1 772	1 774	1 826	2 202	2 246
	Zusammen	1 034	1 214	1 133	1 118	1 094

<sup>1</sup> Die 15- bis unter 60jährigen bzw. die 60 Jahre und älteren Frauen wurden auf die 15-bis unter 65jährigen bzw. die 65 Jahre und älteren Männer bezogen.

Quellen:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 34; Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1964, S. 240 - 243 = Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, H. 4: Bevölkerung nach Alter und Familienstand; Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Großberlin, hg. v. Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, T. 1: Volkszählung. Tabellenteil, Berlin/München 1949, S. 74/75, 78/79, 82/83; Statistisches Handbuch für das Saarland, hg. v. Statistisches Amt des Saarlandes, Saarbrücken 1950, S. 16; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1972, S. 35; eigene Berechnungen.

Tabelle 6

Auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter kommen ... Personen im nichtarbeitsfähigen Alter auf dem Gebiet der DDR und der BRD - 1939, 1946, 1950, 1961, 1970<sup>1</sup>

Jahr	Auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter kommen ... Personen			
	im nichtarbeitsfähigen Alter <sup>2</sup>		im Rentenalter <sup>2</sup>	
	DDR	BRD	DDR	BRD
1939	48,1	50,1	16,4	14,4
1946	60,0	56,2	20,8	17,6
1950	57,9	54,7	21,8	18,2
1961	67,2	56,2	30,0	21,8
1970	74,7	66,1	34,0	27,1

1	DDR	BRD
	1939 = 17. 5.	= 17. 5.
	1946 = 29. 10.	= 29. 10.
	1950 = 31. 8.	= 13. 9. (Saarland = 14. 11. 1951).
	1961 = 31. 12.	= 6. 6.
	1970 = 31. 12.	= 27. 5.

2 Arbeitsfähiges Alter = Männer 15 bis unter 65 Jahre.

= Frauen 15 bis unter 60 Jahre.

Nichtarbeitsfähiges Alter = Männer bis unter 15 Jahre

65 Jahre und älter (Rentenalter)

= Frauen bis unter 15 Jahre

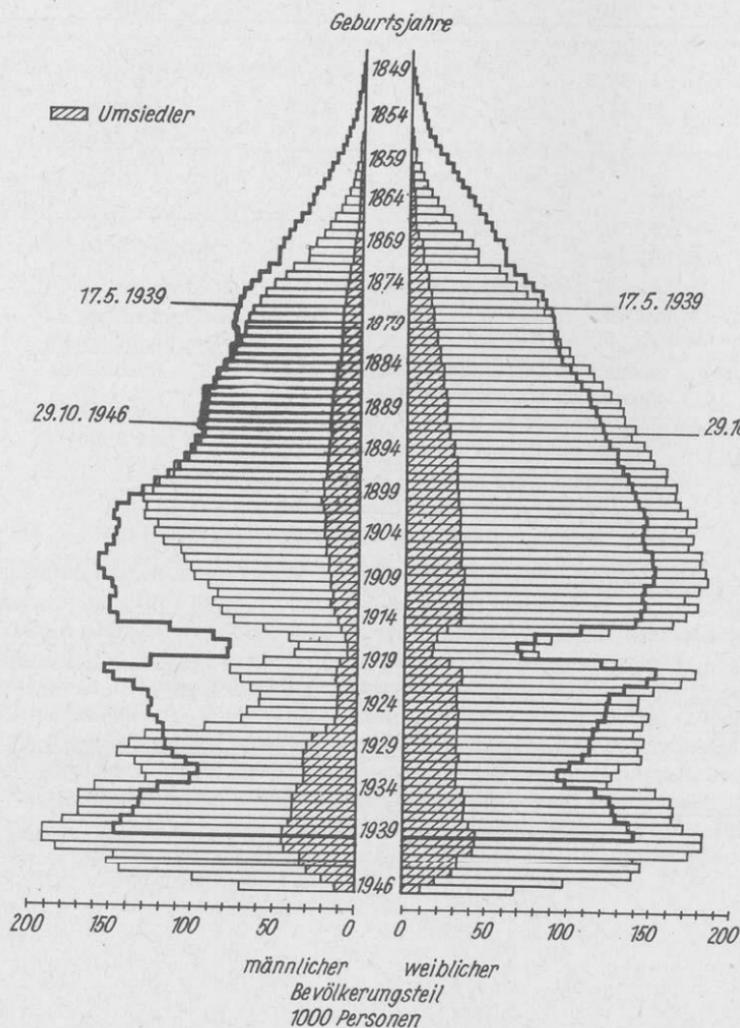
60 Jahre und älter (Rentenalter).

#### Quellen:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 34; Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1964, S. 240 - 243 = Fachserie A; Bevölkerung und Kultur, H. 4: Bevölkerung nach Alter und Familienstand; Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Großberlin, hg. v. Ausschuss der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, T. 1; Volkszählung. Tabellenteil, Berlin/München 1949, S. 74/75, 78/79, 82/83; Statistisches Handbuch für das Saarland, hg. v. Statistisches Amt des Saarlandes, Saarbrücken 1950, S. 16; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1972, S. 35; eigene Berechnungen.

G r a f i k 1

Altersaufbau der Bevölkerung auf dem Territorium der DDR am  
17. 5. 1939 und 29. 10. 1946



Geburtsjahr 1939: Stand 17. 5. 1939, auf den Stand am Jahresende umgerechnet.

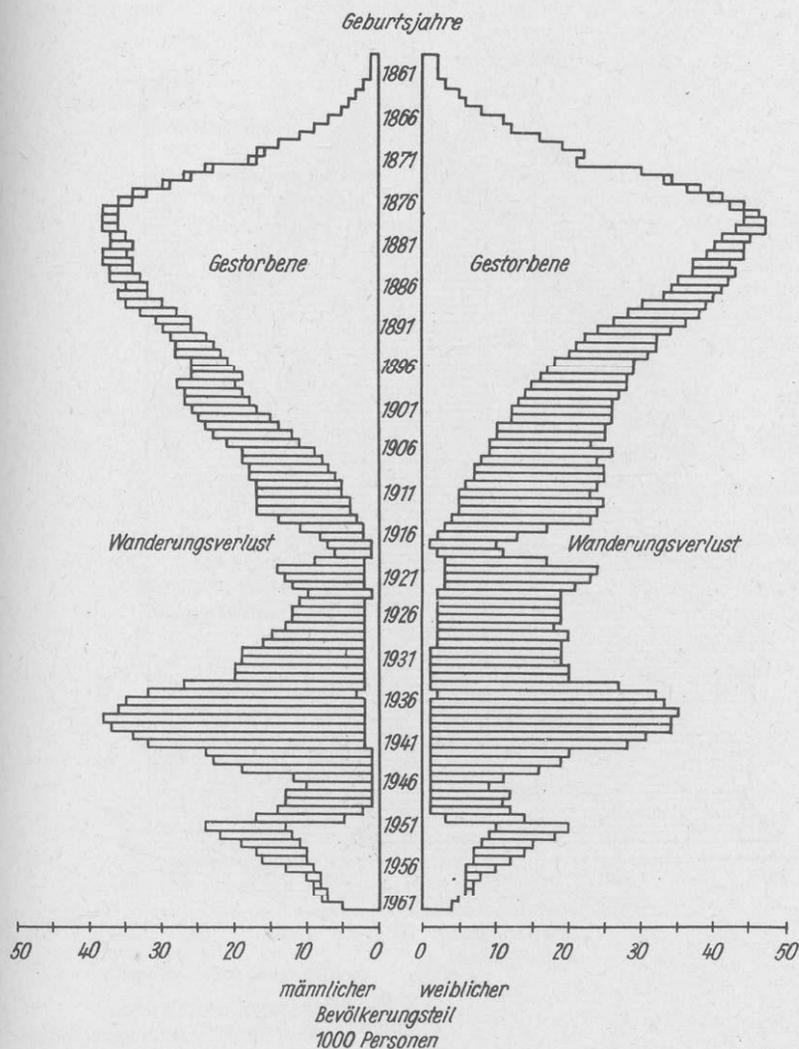
Quellen:

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hg. v. Statistisches Zentralamt, Bd. 4, Berlin 1949, S. 2/3;

Die Ergebnisse der Volkszählung vom 29. 10. 1946 für Groß-Berlin, Berlin 1948, S. 14 = Berliner Statistik, Sonderheft 6;

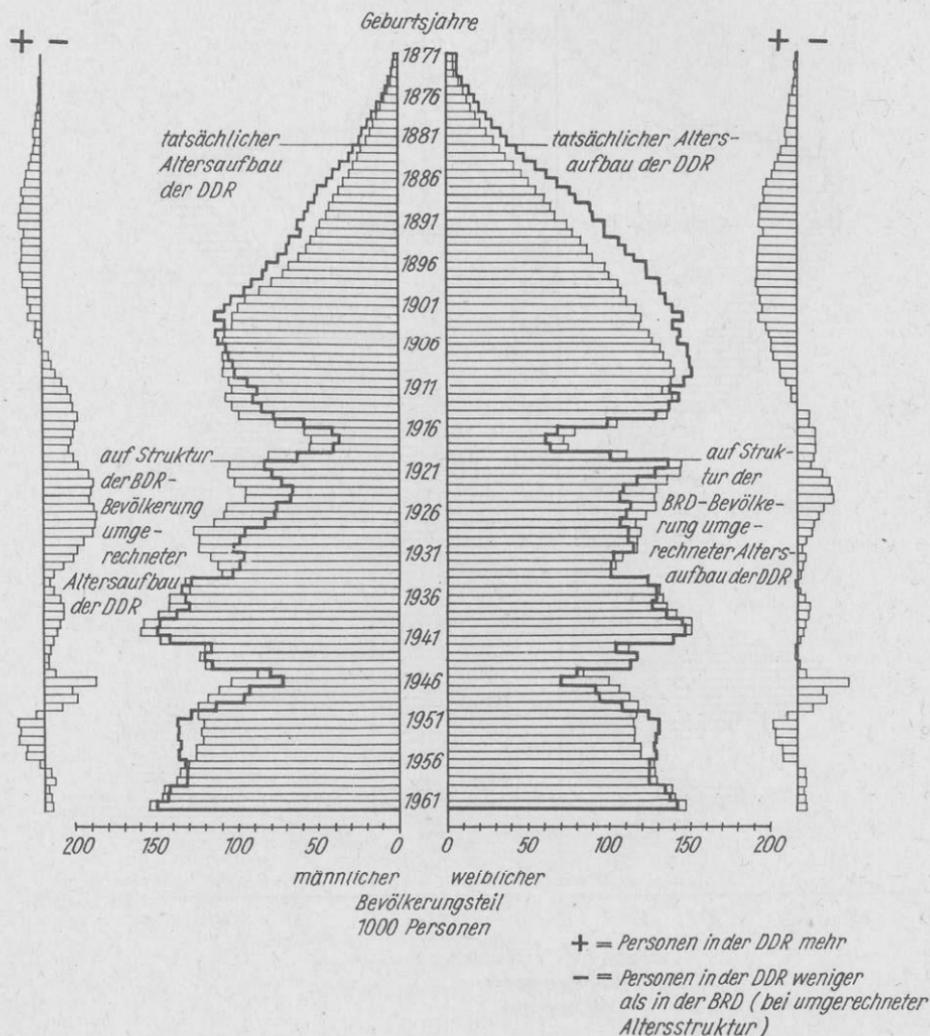
eigene Berechnungen nach: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 552, T. 2, Berlin 1941, S. 18 f.

Gestorbene und Wanderungsverlust der DDR nach Geburtsjahren im Zeitraum 1951 bis 1961



Quelle:  
Eigene Berechnungen nach: Statistisches Jahrbuch der DDR, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, lfd.

Tatsächlicher und auf die Struktur der BRD-Bevölkerung umgerechneter Altersaufbau der DDR am 31. 12. 1961

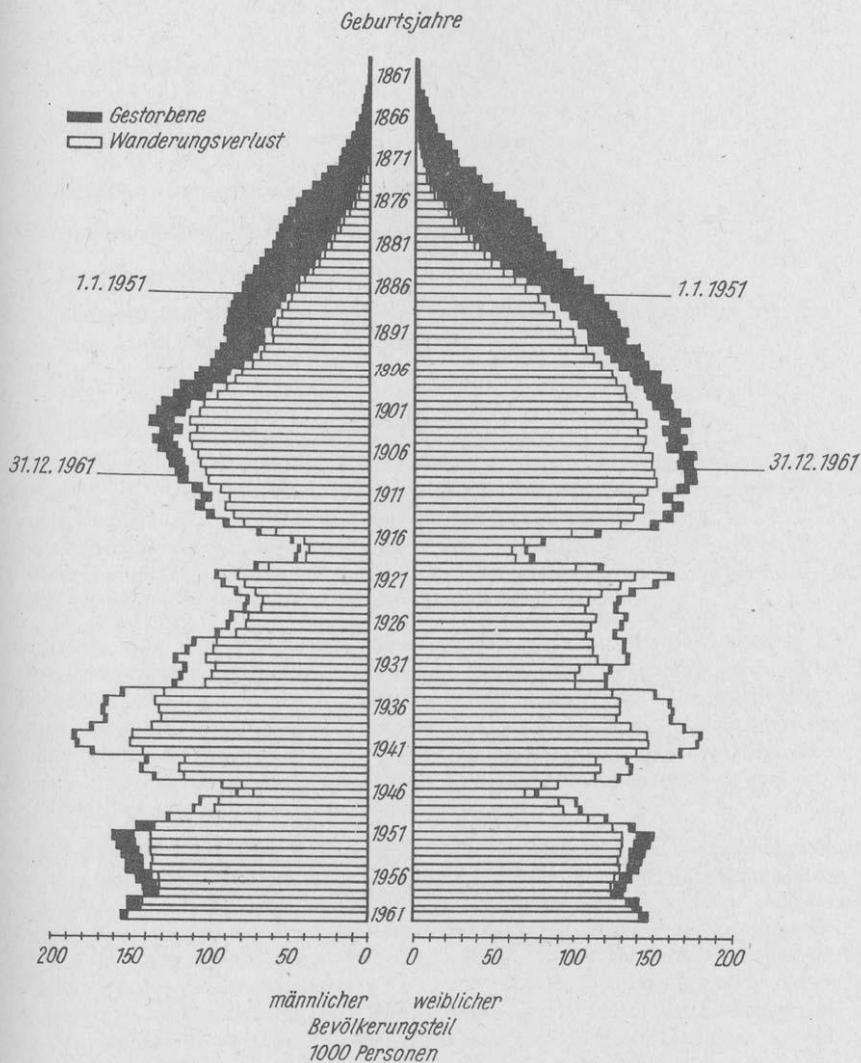


Quellen:

Statistisches Jahrbuch der DDR 1962, Berlin 1962, S. 34;

eigene Berechnungen nach: Alter und Familienstand der Bevölkerung 1961, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1964, S. 6 f. = Fachserie A, Reihe 1; Bevölkerungsstand und -entwicklung, T. 2.

Altersaufbau der Bevölkerung der DDR am 1. 1. 1951 und 31. 12. 1961  
 Gestorbene und Wanderungsverlust 1951 bis 1961



Geburtsjahre 1961 bis 1951  
 Basis = Lebengeborene

Quellen:  
 Statistisches Jahrbuch der DDR, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, lfd.;  
 Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für  
 Statistik, lfd.

## ZUR BEVÖLKERUNG NACH ALTER UND GESCHLECHT IN DER DDR

von Parviz Khalatbari

### Bevölkerung und Produktionsweise

Das Geschlechtsverhältnis in der DDR

Die Altersstruktur in der DDR

Einige Bemerkungen zur ungünstigen Situation der Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht in der DDR

### Bevölkerung und Produktionsweise

Im Zuge der Entwicklung einer neuen Produktionsweise, im Zuge des Aufbaus des Sozialismus befinden sich Bevölkerungsbewegung und Bevölkerungsstruktur in der DDR in einer Transitionsphase. Diese Phase hat ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten. Die Erklärung von einigen allgemeinen Aspekten dieser Phase wird zweifellos zur Verdeutlichung der konkreten Bevölkerungssituation in dieser Phase beitragen. Deswegen beginnen wir die Analyse der Bevölkerungsstruktur mit folgenden theoretischen Überlegungen:

Jeder Produktionsweise entspricht ein bestimmtes Quantum an Bevölkerung, eine bestimmte Bevölkerungsstruktur und eine bestimmte Bevölkerungswachstumsrate. Diese Kategorien werden durch die bestehenden Bevölkerungsgesetze der Produktionsweise und ihren Mechanismus bestimmt. Die adäquaten Bevölkerungskategorien und -gesetze wirken wiederum auf die bestehende Produktionsweise. Die Übereinstimmung zwischen Produktionsweise einerseits, Bevölkerungsgesetzen und -kategorien andererseits erweist sich als Bedingung des gleichgewichtigen Reproduktionsprozesses.

Die einer Produktionsweise adäquaten Bevölkerungsgesetze und -kategorien tragen einen relativ selbständigen Charakter, selbständig im Sinne ihrer Zählebigkeit und insofern, daß sie, sobald sie erzeugt sind, ihre eigenen Entwicklungsprozesse haben. Mit dem Übergang von einer Produktionsweise zur anderen verändern sich die Bevölkerungsgesetze und -kategorien nicht automatisch und synchron dazu. Sie bleiben vielmehr hinter der Entwicklung der neuen Produktionsweise zurück. Das heißt, die Bevölkerungsgesetze der überholten Produktionsweise wirken eine gewisse Zeit in der neuen Produktionsweise nach; sie wirken mehr oder weniger auf die demographischen Prozesse ein und beeinflussen unter anderem die Gestaltung der Bevölkerungsstruktur. Daher entsteht eine Diskrepanz zwischen der neuen Produktionsweise und den Nachwirkungen veralteter Bevölkerungsgesetze und -kategorien. Dieser Widerspruch wird nicht zuletzt durch eine Diskrepanz zwischen der vom gesellschaftlichen Bedarf her optimalen durchschnittlichen Familiengröße und der tatsächlich existierenden durchschnittlichen Familiengröße zum Ausdruck kommen.

Dieser Widerspruch kann etwa wie folgt erklärt werden:

Jede Produktionsweise hat einen bestimmten Bedarf an Arbeitskräften. Quantitativ betrachtet, kann sie eine bestimmte Bevölkerungszahl beschäftigen und ernähren. Anders ausge-

drückt: Jede Produktionsweise ist optimal und rationell mit einem bestimmten Quantum an Arbeitskräften funktional verbunden. Dies setzt eine bestimmte durchschnittliche Familiengröße voraus. Qualitativ betrachtet, benötigt jede Produktionsweise eine bestimmte Anzahl von Arbeitskräften mit entsprechender Qualifikation. Je nach dem Entwicklungsgrad der Produktionsweise setzt die Eingliederung in den Arbeitsprozeß einen bestimmten Ausbildungsprozeß voraus. Das bedeutet einmal, daß die Höhe der gesellschaftlichen Ausgaben für die Ausbildung der notwendigen Arbeitskraft von Produktionsweise zu Produktionsweise unterschiedlich ist. Zum anderen bedeutet es, daß sich der Eintritt der arbeitsfähigen Bevölkerung in den Arbeitsprozeß von Produktionsweise zu Produktionsweise unter recht unterschiedlichen Bedingungen vollzieht.

Dieser Sachverhalt wirkt wiederum auf den quantitativen Aspekt der Arbeitskräfte ein. Je entwickelter ein Gesellschaftssystem ist, desto länger ist deren Ausbildungsperiode. Der Zeitpunkt des Eintritts der arbeitsfähigen Bevölkerung in den Arbeitsprozeß wird weiter hinausgeschoben, wodurch sich Veränderungen im effektiv einsetzbaren gesellschaftlichen Arbeitskräftepotential ergeben. Während in einer Produktionsweise mit einem niedrigen Entwicklungsstand das Ausmaß der Arbeitskräfte auch Teile der unter 15 Jahre alten Bevölkerung umfaßt (dies traf zum Beispiel für die Frühzeit der kapitalistischen Produktionsweise mit der massenhaften Kinderarbeit zu), rekrutiert eine Produktionsweise mit einem höheren Entwicklungsstand ihre notwendige Arbeitskraft aus weitgehend über 15 Jahre alten Produzenten.

Bedingt durch die erwähnte Sachlage in einer entwickelten sozialistischen Produktionsweise, weist effektiv der ihr adäquate demographische Prozeß als Tendenz sowohl die Herausbildung eines bestimmten positiven Saldos zwischen Geburten und Sterbefällen als auch eine Erhöhung der Lebenserwartung auf. In diese Tendenz ist unter anderem die gesellschaftsbedingte durchschnittliche Familiengröße als Zielstellung eingeschlossen. Die tatsächlich existierende Familiengröße erwächst jedoch aus der Vielfalt individueller Motive, die sehr stark von den Bevölkerungsgesetzen der überholten Produktionsweise bedingt sind. Daher entsteht eine Diskrepanz zwischen der Produktionsweise und den wirkenden Bevölkerungsgesetzen und in diesem Zusammenhang zwischen der gesellschaftlich notwendigen und der tatsächlich existierenden durchschnittlichen Familiengröße. Diese Diskrepanz ist ihrer Natur nach vorübergehend. Das ist dadurch zu erklären, daß die ökonomischen Gesetze der neuen Produktionsweise die Bevölkerungsgesetze letzten Endes bestimmen und sich letztere den ersteren anpassen müssen. Zur Beseitigung der genannten Diskrepanz dienen im Sozialismus eine Reihe ökonomischer, sozialer und ideologischer Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, die individuelle Familienplanung den gesellschaftlichen Bedürfnissen anzupassen.

Die Sicherstellung des quantitativen und qualitativen Bedarfs an Arbeitskräften beruht in jeder Produktionsweise auf den jeweiligen ökonomischen Grundgesetzen. Während im Kapitalismus die Sicherstellung der Arbeitskraft auf den Profitmechanismus zurückzuführen ist, beruht sie im Sozialismus auf der Erfüllung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen. Ausgehend von diesem Grundsatz wird ersichtlich, daß der Inhalt der Bevölkerungspolitik bei der Vollendung des Sozialismus zum einen in sämtlichen Maßnahmen besteht, die auf die Aufhebung der Wirkung der veralteten Bevölkerungsgesetze des Kapitalismus gerichtet sind, und zum anderen in den Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung der neuen Bevölkerungsgesetze des Sozialismus. Es handelt sich hier nicht um einen einfachen administrativen Prozeß, sondern um einen sehr komplizierten Mechanismus, der die soziale Veränderung, die Denk- und Verhaltensweisen der einzelnen Individuen umfaßt und die Anpassung der bestehenden durchschnittlichen Familiengröße an die gesellschaftlich erforderliche durchschnittliche Familiengröße zum Ziel hat. Da die Verhaltensweisen der verschiedenen sozialen Klassen bzw. Schichten zur Familiengröße unterschiedlich sind, bilden die Maßnahmen zur Verringerung des Abstands zwischen den einzelnen Gesellschaftsgruppen prinzipiell

eine Hauptvoraussetzung bei der optimalen Realisierung des Anpassungsprozesses. Je geringer dieser Abstand ist, desto einheitlicher werden sich die Menschen zur Familiengröße verhalten und desto besser wird sich der bewußte Anpassungsprozeß gestalten lassen.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung, in der antagonistische Klassen nicht mehr existieren, ist bestrebt, die bestehenden nicht-antagonistischen Klassendifferenzen langfristig auszugleichen. Da die entsprechende Entwicklung nicht abgeschlossen, sondern noch in vollem Gange ist, bestehen entsprechend der Klassenstruktur in der DDR (und in anderen sozialistischen Ländern) auch hinsichtlich der demographischen Prozesse und Verhaltensweisen zwischen den einzelnen Gesellschaftsgruppen noch beträchtliche Unterschiede. Aber die sozialistische Gesellschaftsordnung bietet für den bewußten und optimalen Anpassungsprozeß ihrem Charakter nach eine solide Basis.

Trotz dieser für die sozialistische Gesellschaftsordnung allgemein gültigen Merkmale sind die konkreten Maßnahmen zur Realisierung der Anpassung je nach den spezifischen Bedingungen der einzelnen Länder unterschiedlich. In erster Linie beruhen diese Unterschiede: erstens auf dem ökonomischen Entwicklungsstand des jeweiligen Landes, zweitens auf der bestehenden Bevölkerungssituation und drittens auf den wirkenden Bevölkerungsgesetzen.

Eine Analyse der gegenwärtigen Bevölkerungssituation in der DDR führt zu der Einschätzung, daß bereits wesentliche Erfolge auf dem Wege zu oben genannter bevölkerungspolitischer Zielstellung erreicht wurden. Besonders hervorzuheben sind die Ergebnisse bei der Bekämpfung der Sterblichkeit und der Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung. Heute gehört die DDR zu den Ländern mit der höchsten Lebenserwartung. Das bedeutet, daß die konsequente Durchführung der Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der demographischen Situation bei einer Reihe demographischer Prozesse in der DDR bereits zu positiven Ergebnissen geführt hat.

Was die quantitative Verbesserung angeht, so handelt es sich hier um einen Prozeß, der mit der Einstellung der Menschen zur Familiengröße entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen verbunden ist. Es handelt sich um den bereits erwähnten Anpassungsprozeß, der mit der Entwicklung des sozialistischen Gesellschaftssystems, namentlich dessen Überbaus, in engem Zusammenhang steht. Zwischen den gesellschaftlichen und den demographischen Vorgängen besteht eine allseitige, komplexe Wechselwirkung, deren Mechanismus sich durch bestimmte zielgerichtete Maßnahmen günstig beeinflussen läßt.

Bei einer Beurteilung der Bevölkerungssituation in der DDR muß berücksichtigt werden, daß schwierige demographische Probleme bestehen, die vor allem aus den Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit resultieren: In keinem anderen Land sind die Folgen der Kriegs- und Nachkriegsereignisse für den Bevölkerungsaufbau, für die Bevölkerungsstruktur so gravierend wie in der DDR. Daher bilden das Studium der Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht und ihrer künftigen Veränderung wie auch die Untersuchung der daraus resultierenden Wirkungen eine vorrangige Aufgabe, ja sogar den Ausgangspunkt für die demographische Forschung in der DDR.

### Das Geschlechtsverhältnis in der DDR

Die gegenwärtige Bevölkerungsstruktur der DDR nach Alter und Geschlecht verzeichnet eine Reihe von Disproportionen zwischen den Geschlechtern sowie beim Altersaufbau und der Besetzung der Altersgruppen. Die quantitative Relation zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung wird allgemein durch folgende Faktoren bestimmt:

1. durch das Verhältnis der Geburtenziffer von Knaben und Mädchen;
2. durch die unterschiedliche Absterbeordnung beider Geschlechter;
3. durch die unterschiedliche Beteiligung beider Geschlechter an der Wanderung.

Was den ersten Faktor betrifft, so läßt sich feststellen, daß die Geschlechtsproportion der Geborenen bei beiden Geschlechtern in der DDR, wie übrigens in der ganzen Welt, nicht ausgeglichen ist. Es werden mehr Knaben geboren als Mädchen. Das Verhältnis liegt bei 105 bis 106 zu 100 in der Welt. In der DDR ist diese Proportion zwar von Jahr zu Jahr unterschiedlich, oszilliert jedoch um 106,5 zu 100. Wie die Kurve in den letzten zwanzig Jahren verlief, verdeutlicht Grafik 1<sup>+</sup>. Dabei ist zu erwähnen, daß dieses Verhältnis in den verschiedenen Bezirken und in den verschiedenen Jahren sehr unterschiedlich ist, daß also relativ große regionale Abweichungen vom Durchschnitt der DDR keine Seltenheit sind. Zum Beispiel lag 1971 der DDR-Durchschnitt bei 106 zu 100. Das Maximum wies Cottbus mit 108,2 zu 100 auf, das Minimum Schwerin mit 103,4 zu 100.<sup>1</sup>

Die DDR weist im Vergleich zum Weltdurchschnitt keine wesentlichen Abweichungen auf. Ob es sich bei der Sexualproportion der Neugeborenen um allgemeine Gesetzmäßigkeiten handelt, die unabhängig von sozialen Verhältnissen wirken, wissen wir noch nicht. Auf jeden Fall ist es eine Tatsache, daß die Anzahl der geborenen Knaben in der DDR, wie in allen anderen Ländern der Welt, die der Mädchen übersteigt, so daß zunächst ein Überschuß an Knaben zu verzeichnen ist. Dem entgegen wirkt jedoch die Absterbeordnung beider Geschlechter. Die Sterblichkeit liegt auf der ganzen Welt bei den Männern in allen Altersgruppen höher als bei den Frauen. Es scheint, als ob es sich um eine allgemeine Gesetzmäßigkeit handelt, die sowohl in allen Gesellschaftssystemen als auch in den unterschiedlichsten Entwicklungsphasen wirksam ist. Dieser Tatbestand läßt sich statistisch nachweisen.<sup>2</sup>

Im Hinblick auf den zweiten Faktor läßt sich feststellen, daß in der DDR auch die altersspezifischen Mortalitätsraten bei den Männern und Frauen unterschiedlich, das heißt bei den Frauen niedriger als bei den Männern, sind. Wie sich die Mortalitätsraten von Mann und Frau 1970 zueinander verhielten, zeigt - aufgeschlüsselt nach Altersgruppen - Tabelle 1. (Tabelle 1 befindet sich auf der nächsten Seite.)

In der DDR ist durch die Gesundheitspolitik des Staates die altersspezifische Sterberate (besonders bei den Kindern) stark zurückgegangen, obwohl insgesamt, bedingt durch die ungünstige Alterszusammensetzung der Bevölkerung, eine leichte Steigerung zu verzeichnen ist. Eine differenzierte Betrachtung der Sterbebewegung bei Männern und Frauen sagt aus, daß die Sterberate in allen Altersjahren bei den Männern höher als bei den Frauen liegt, wie auch aus Grafik 2 deutlich hervorgeht.

Für die einzelnen Bezirke ergeben sich dabei erhebliche Abweichungen vom Durchschnitt der DDR.

Durch die unterschiedliche Absterbeordnung der Männer und Frauen geht der Knabenüberschuß von Altersjahr zu Altersjahr allmählich zurück. Normalerweise bildet sich in der Altersgruppe zwischen 25 und 35 Jahren ein quantitatives Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern heraus. In den älteren Jahrgängen setzt dann ein Frauenüberschuß ein. Einen Männerüberschuß in jüngeren Jahrgängen und einen Frauenüberschuß bei den älteren Jahrgängen findet man in allen Ländern. Das bedeutet aber keineswegs, daß sich per Saldo nun überall Frauenüberschuß bzw. Männerüberschuß ergibt. Es gibt vielmehr sowohl Länder mit Frauenüberschuß als auch solche mit Männerüberschuß. Frauenüberschuß ist jedoch häufiger als Männerüberschuß.

+ Grafiken s. am Ende des Beitrages.

1 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 448.

2 Longone vertritt die Meinung, daß die höhere Sterblichkeitsrate der Männer auf biologisch-genetische Ursachen zurückzuführen ist, wobei eine Reihe gesellschaftlich bedingter Faktoren einen verschärfenden Einfluß ausüben (vgl. Longone, Pierre, La Surmorta-

Tabelle 1

Gestorbene je 1 000 der entsprechenden Altersgruppen der DDR-Bevölkerung 1970

Altersgruppe	männlich	weiblich
Unter 1 Jahr	20,7	16,5
1 bis 5 Jahre	1,0	0,7
5 " 10 "	0,5	0,3
10 " 15 "	0,5	0,3
15 " 20 "	1,1	0,5
20 " 25 "	1,5	0,6
25 " 30 "	1,6	0,7
30 " 35 "	1,6	0,9
35 " 40 "	2,3	1,4
40 " 45 "	3,7	2,2
45 " 50 "	5,3	3,6
50 " 55 "	8,7	5,2
55 " 60 "	15,0	8,2
60 " 65 "	25,5	13,8
65 " 70 "	43,8	24,4
70 " 75 "	69,4	44,5
75 " 80 "	104,4	79,5
80 " 85 "	159,2	136,3
85 " 90 "	242,7	219,2
90 Jahre und älter	366,1	341,3
Durchschnittswert für alle Altersgruppen zusammen:	14,4	13,9

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 470.

In den europäischen Ländern ist der Frauenüberschuß nicht zuletzt eine Folge des zweiten Weltkriegs. 1971 entfielen in der DDR auf je 100 männliche 117 weibliche Personen. In der DDR existiert somit ein relativ hoher Frauenüberschuß. Jedoch ist bemerkenswert, daß dieser 1946 seinen Höhepunkt erreichte<sup>3</sup> und danach allmählich abnahm, wie im einzelnen Grafik 3 verdeutlicht.

1946 betrug das Verhältnis zwischen weiblicher und männlicher Bevölkerung 135 zu 100; in den folgenden Jahren (1950 = 125 zu 100, 1967 = 118 zu 100, 1971 = 117 zu 100) ging der Frauenüberschuß ständig zurück. Territorial wies und weist das Ausmaß des Frauenüberschusses große Unterschiede auf. So bildete 1971 die Hauptstadt Berlin mit einem Geschlechtsverhältnis von 123 zu 100 das eine Extrem, der Bezirk Neubrandenburg mit 111 zu 100 das andere.

lité masculine, in: Population et Sociétés. Bulletin mensuel d'informations démographiques, économiques et sociales, Paris, Nr. 59, 1973).

- 3 Bei dem außerordentlich hohen Frauenüberschuß 1946 ist zu berücksichtigen, daß sich zahlreiche ehemalige Angehörige der faschistischen deutschen Wehrmacht noch in Kriegsgefangenschaft befanden und so von der Statistik nicht erfaßt wurden.

Der Frauenüberschuß in der DDR nach Bezirken 1964 - 1971  
(auf 100 Männer kamen ... Frauen)

Bezirke	1964	1969	1971
Hauptstadt Berlin	129	125	123
Rostock	113	112	112
Schwerin	116	114	113
Neubrandenburg	114	111	111
Potsdam	119	117	116
Frankfurt	116	114	113
Cottbus	114	114	113
Magdeburg	119	117	116
Halle	117	115	115
Erfurt	119	116	115
Gera	119	117	116
Suhl	115	114	113
Dresden	124	122	121
Leipzig	123	121	120
Karl-Marx-Stadt	122	120	120

## Quelle:

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. 12. 1964, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1967, S. 326 - 329; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 438; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 444.

Dabei ist zu bemerken, daß alle Bezirke, ja alle Land- und Stadtkreise der DDR einen Frauenüberschuß aufweisen. Der unterschiedliche Grad des Frauenüberschusses in den einzelnen Bezirken ist aus Tabelle 2 zu ersehen. Er ist auf die komplexe Wirkung recht verschiedenartiger Faktoren zurückzuführen. Als wichtigste dieser Faktoren wären zu nennen:

- Die unterschiedliche Höhe des Knabenüberschusses bei den Neugeborenen.
- Die zusätzlich nach Bezirken unterschiedliche Absterbeordnung beider Geschlechter.
- Die nach Bezirken unterschiedlichen Kriegsauswirkungen.
- Ökonomische Gründe wie Standortverteilung und -entwicklung der Industrie.

Zur Verdeutlichung des letztgenannten Faktors sei darauf hingewiesen, daß der Arbeitskräftebedarf regional unterschiedlich ist. So wirkt sich die Standortverteilung der volkswirtschaftlichen Schwerpunkte auf die räumliche Bevölkerungsbewegung aus. Durch die Ungleichmäßigkeit der Binnenwanderung - im vorliegenden Fall der Übersiedlung von einem Bezirk in einen anderen - wird auch der Grad des Frauenüberschusses in den einzelnen Bezirken beeinflusst.

Alle diese vier Faktoren beeinflussen einzeln und kombiniert das Geschlechtsverhältnis.

Über diese auf die Gesamtbevölkerung bezogene Betrachtung hinaus ist die Problematik des Frauenüberschusses in der DDR im Hinblick auf die einzelnen Altersgruppen von besonderer Bedeutung. Unter diesem spezifischen Aspekt ist zunächst hervorzuheben, daß die altersmäßige Differenziertheit des Frauenüberschusses eine bestimmte Entwicklung durchlaufen hat.

Bei dem Frauenüberschuß im unmittelbaren Jahrzehnt nach dem zweiten Weltkrieg handelt es sich in relativ hohem Maße um einen Überschuß an Frauen im fertilen Alter, ja sogar

teilweise im Alter der höchsten Fruchtbarkeit. Dies rief zwangsläufig eine Reihe demographischer, ökonomischer und sozialer Folgen hervor, und zwar:

- Überschuß an Frauen im Fruchtbarkeitsalter bedeutete zwangsläufig, daß das theoretisch vorhandene Fruchtbarkeitspotential praktisch, das heißt im Hinblick auf die Bevölkerungsreproduktion, zu einem beträchtlichen Teil gar nicht zur Geltung kommen konnte, was zu einer entsprechend niedrigen Fertilitätsrate führte und sich auf die weitere Bevölkerungsbewegung in der DDR auswirken mußte.
- Der Überschuß an Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren begünstigte die Berufstätigkeit dieser Frauen. Die Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß ist in sozialistischen Ländern ein objektiver Vorgang, der dem Wesen des Sozialismus entspricht.<sup>4</sup> Die demographischen Faktoren, darunter speziell der Überschuß an Frauen im arbeitsfähigen Alter, können lediglich als Akzelerator in diesem objektiven Prozeß fungieren.
- Unter den Bedingungen eines übermäßig disproportionalen Geschlechtsverhältnisses (in unserem konkreten Fall des Überschusses an Frauen im arbeits- und gebärfähigen Alter in der DDR nach dem zweiten Weltkrieg) ist die Korrelation zwischen dem Geschlechtsverhältnis, der Fruchtbarkeitsziffer und dem Frauenbeschäftigungsgrad besonders ausgeprägt, wie sich aus einschlägigen Statistiken deutlich ablesen läßt. Tabelle 3 stellt diese Zusammenhänge am Beispiel der Bezirke in der DDR im Jahre 1964 dar. Die Tabelle zeigt: Je größer der Frauenüberschuß (vor allem bei den Altersgruppen zwischen 15 und 45 Jahren) war, desto stärker tendierten die Frauen zur Berufstätigkeit und desto niedriger lag - gemessen am Fruchtbarkeitspotential - die kumulierte Fruchtbarkeitsziffer. Die regionalen Disproportionen in Tabelle 3 beruhen nicht zuletzt darauf, daß das Geschlechtsverhältnis nur ein Glied in der Korrelationskette ist bzw. lediglich als Akzelerator die Höhe der Fruchtbarkeitsziffer sowie die Beteiligung der Frau am Arbeitsprozeß beeinflusst und darüber hinaus die Verteilung des Frauenüberschusses auf die verschiedenen Altersgruppen in den einzelnen Bezirken unterschiedlich war.

Die altersspezifische Zusammensetzung des Frauenüberschusses hat sich im Laufe der zeitlichen Entwicklung geändert. Gegenwärtig bilden Frauen, die über 45 Jahre alt sind, den Hauptteil dieses Frauenüberschusses. Deswegen geht von dem derzeitigen Frauenüberschuß kaum ein Fertilitätseffekt aus, und die oben erwähnte Korrelation hat ihre praktische Bedeutung verloren.

#### Die Altersstruktur in der DDR

Bei der Analyse der Altersstruktur vom volkswirtschaftlichen Standpunkt bildet man gewöhnlich zwei große Gruppen; die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und die Bevölkerung im nicht-arbeitsfähigen Alter. Letztere wiederum unterteilt sich in die Bevölkerung im Kindesalter (0 bis 15 Jahre) und in die Bevölkerung im Rentenalter (über 60 bzw. 65 Jahre). Die Bevölkerung im nicht-arbeitsfähigen Alter steht in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Auch hier unterscheidet man zwischen dem Verhältnis der Bevölkerung im Kindesalter und demjenigen der Bevölkerung im Rentenalter zur Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Die Analyse der Altersstruktur der Bevölkerung gibt einen Überblick über die gegenwärtige und künftige Entwicklung der arbeitsfähigen Bevölkerung. Ein übermäßig hohes Abhängigkeitsverhältnis bedeutet, volkswirtschaftlich gesehen, eine quantitative Disproportion zwischen dem wertschaffenden Teil der Bevölkerung, also den Produzenten, und der Gesamtbevölkerung, den Konsumenten. Die Konsumtion beansprucht in diesem Falle einen unverhältnismäßig großen Teil des neu geschaffenen Wertes. Damit

<sup>4</sup> Zu diesem Problem vgl. den Beitrag Müller, Klaus, Demographische Aspekte der Einbeziehung der Frau in den Berufsprozeß, im vorliegenden Band des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte.

übt die ungünstige demographische Struktur einen Druck auf den Akkumulationsprozeß aus. Die Konsumtionsstruktur der Gesellschaft ist in nicht geringem Umfange von der Höhe der Abhängigkeitsrate bestimmt. Das wiederum beeinflußt in gewissem Umfange die Investitionspolitik des Staates, und zwar in Richtung auf die Erfüllung der Bedürfnisse der Bevölkerung im nichtarbeitsfähigen Alter. Das Abhängigkeitsverhältnis ist besonders für die territoriale Planung von Bedeutung.

Tabelle 3

Geschlechtsverhältnis, Summen der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern und Anteil der Frauen an der berufstätigen Bevölkerung in der DDR 1964

Bezirke	auf 100 männliche kamen ... weibliche Personen	kumulierte Fruchtbarkeitsziffer	Anteil der Frauen an der berufstätigen Bevölkerung (in %)
Berlin	128,5	2 319,2	45,8
Dresden	123,5	2 433,2	46,5
Leipzig	122,9	2 325,4	45,2
Karl-Marx-Stadt	122,4	2 222,1	46,8
Gera	118,9	2 444,6	45,5
Potsdam	118,9	2 667,8	42,8
Magdeburg	118,6	2 615,4	42,3
Erfurt	118,5	2 642,0	44,5
Halle	116,9	2 474,3	42,1
Schwerin	116,4	2 979,8	42,8
Frankfurt	116,1	2 818,7	42,0
Suhl	115,2	2 546,3	44,5
Cottbus	114,4	2 769,4	43,5
Neubrandenburg	113,6	3 174,5	40,9
Rostock	113,4	2 853,5	41,0

Quelle:

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. 12. 1964, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1967, S. 326, 329, 330; Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1966, S. 124.

Der Bedarf an Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen usw. ist dort besonders groß, wo ein hohes Abhängigkeitsverhältnis vor allem aufgrund der Kinderzahl besteht, und umgekehrt haben dort die Investitionen zur Versorgung der Bevölkerung im Rentenalter besondere Ausmaße und ein besonderes Gewicht, wo die hohe Abhängigkeitsrate in erster Linie durch die Bevölkerung im Rentenalter hervorgerufen wird.

In der DDR ist das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und im nichtarbeitsfähigen Alter sehr ungünstig. Diese demographische Situation geht nicht zuletzt auf die imperialistischen Kriege und Krisen zurück. Durch die imperialistischen Kriege, und vor allem durch den zweiten Weltkrieg, fand ein erheblicher Teil der jungen arbeitsfähigen Bevölkerung unmittelbar den Tod, was zum schlagartigen Rückgang der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter führte und damit zur Erhöhung des Abhängigkeitsverhältnisses beitrug. Die arbeitsfähige Bevölkerung machte 1939 67,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Unmittelbar nach Ende des Krieges, also 1946, betrug der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter nur noch 63,1 Prozent.

Dieser demographische Effekt der Kriegsverluste beschränkte sich aber nicht nur auf die unmittelbare Verminderung der Anzahl der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Die kriegsbedingten Geburtenausfälle haben dazu beigetragen, daß in den Nachkriegsjahren die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter in der DDR absolut und relativ zurückging. Damit verschlechterte sich die Proportion zwischen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und derjenigen im nichtarbeitsfähigen Alter sukzessiv.

Mit dem ständigen Rückgang der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter stieg das Abhängigkeitsverhältnis, wie die folgende Übersicht demonstriert:

Entwicklung des Verhältnisses der nichtarbeitsfähigen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung auf dem Territorium der DDR 1939 bis 1971<sup>5</sup>

Jahr	1939	1946	1964	1971
Abhängigkeitsverhältnis	$\frac{48,1}{100}$	$\frac{58,6}{100}$	$\frac{71,2}{100}$	$\frac{72,7}{100}$

Aus Grafik 4 wird ersichtlich, wie sich das Abhängigkeitsverhältnis, sowohl insgesamt als auch nach Kindern unter 15 Jahren und Personen im Rentenalter aufgeschlüsselt, im letzten Vierteljahrhundert entwickelt hat. Wie Grafik 4 ausweist, setzt sich das dort für das Jahr 1971 für die DDR angegebene Abhängigkeitsverhältnis  $\frac{72,7}{100}$  aus dem Abhängigkeitsverhältnis  $\frac{38,8}{100}$  der Kinder unter 15 Jahren und dem Abhängigkeitsverhältnis  $\frac{33,8}{100}$  der Personen im Rentenalter zusammen.

Damit liegt das Abhängigkeitsverhältnis bei den Kindern unter 15 Jahren nicht ungünstig; es entspricht etwa dem europäischen Durchschnitt. Demgegenüber ist das Abhängigkeitsverhältnis der Bevölkerung im Rentenalter, das seit 1939 kontinuierlich anstieg, gegenwärtig unverhältnismäßig hoch; es hat sich seit 1939 nahezu verdoppelt.

Die Proportion zwischen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und derjenigen im nichtarbeitsfähigen Alter (das heißt den Kindern unter 15 Jahren und der Bevölkerung im Rentenalter) ist in den verschiedenen Bezirken der DDR unterschiedlich. Während der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung in den einzelnen Bezirken 1971 zwischen 56,8 und 59 Prozent lag (Dresden 56,8 Prozent, Halle und Suhl 59 Prozent), ist die Spanne bei den anderen Altersgruppen weitaus größer. Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren schwankt in den einzelnen Bezirken zwischen 19 und 26,4 Prozent (Karl-Marx-Stadt 19 Prozent, Neubrandenburg 26,4 Prozent), und der Anteil der Bevölkerung im Rentenalter erstreckt sich von 15,5 Prozent bis 22,7 Prozent (Rostock 15,5 Prozent, Karl-Marx-Stadt 22,7 Prozent).

Wie das Abhängigkeitsverhältnis 1971 in den einzelnen Bezirken der DDR aussah, zeigt Tabelle 4 (auf der nächsten Seite).

Einige Bemerkungen zur ungünstigen Situation der Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht in der DDR

Nachdem wir das Geschlechtsverhältnis und die Altersstruktur nach Hauptaltersgruppen in der DDR analysiert haben, wollen wir jetzt diese beiden Arten der Bevölkerungsgliederung mit einer dritten kombinieren und daraus bestimmte Ergebnisse ableiten.

<sup>5</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1972, a. a. O., S. 440.

Tabelle 4

Das Abhängigkeitsverhältnis in den einzelnen Bezirken der DDR am 31. 12. 1971  
(Anteil der Kinder unter 15 Jahren und der Personen im Rentenalter an der Gesamtbevölkerung in %)

Bezirk	Insgesamt	Kinder unter 15 Jahren	Personen im Rentenalter
Hauptstadt Berlin	72,9	37,5	35,4
Cottbus	73,4	42,6	30,8
Dresden	76,1	36,9	39,2
Erfurt	70,7	39,5	31,2
Frankfurt	74,6	43,7	30,9
Gera	71,1	37,8	33,3
Halle	69,5	37,7	31,8
Karl-Marx-Stadt	71,6	32,6	39,0
Leipzig	73,1	36,3	36,9
Magdeburg	72,9	39,7	33,1
Neubrandenburg	75,2	46,2	29,0
Potsdam	74,2	41,4	32,7
Rostock	71,9	45,2	26,7
Schwerin	75,1	44,0	31,1
Suhl	69,6	37,7	31,9

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 441.

Methodisch betrachtet, geht es hier um die Altersgliederung nach Altersjahren unter Hinzunahme der Geschlechtsgliederung zu einem bestimmten Zeitpunkt, die man in der Regel mittels der sogenannten Alterspyramide darstellt.

Im Regelfall ist die Form der Pyramide durch die altersspezifischen Mortalitäts- und Fertilitätsraten bestimmt. Da die verschiedenen Blöcke verschiedene Geburtenjahrgänge repräsentieren, kann ihre Größe Auskunft über den Verlauf des Gebär- und Sterbevorganges in der zurückliegenden Zeit vermitteln. Neben dem normalen Gebär- und Sterbevorgang kann man auch einmalige Ereignisse der zurückliegenden Zeit, die von demographischer Bedeutung sind, aus der Alterspyramide ablesen. Gleichzeitig ist der Lebensbaum von gewisser Aussagekraft für die Vorausberechnung des künftigen Bevölkerungspotentials.

Für die DDR entstanden durch die unmittelbaren Kriegsverluste während der beiden Weltkriege und durch den dadurch hervorgerufenen Geburtenausfall große Einbrüche in der Alterspyramide der Bevölkerung. Außerdem verursachten Wanderungsverluste bestimmte Störungen der Altersstruktur. Durch diese Faktoren verzeichnet die Alterspyramide in der DDR eine eigenartige Form (vergleiche Grafik 5). Ein Blick auf diesen Lebensbaum zeigt neben den schon gewonnenen Ergebnissen aus den Analysen des Geschlechtsverhältnisses und der Altersstruktur folgende weitere Tatsachen:

Der starke Einschnitt bei den Altersgruppen zwischen 50 und 57 Jahren ist auf die Verluste während des zweiten Weltkrieges und auf den Geburtenausfall während des ersten Weltkrieges zurückzuführen. Der Einschnitt bei den Altersgruppen zwischen 21 und 30 Jahren geht auf den Geburtenausfall während des zweiten Weltkrieges zurück. Die Wanderungsverluste bis 1961 haben den Bestand der Altersgruppen zwischen 13 und 50 Jahren drastisch reduziert.

Die Verschmälerung der Basis der Alterspyramide spiegelt den systematischen Rückgang der Geburtenzahl seit 1964 wider. Das ist wiederum teilweise auf die schwache Besetzung der Altersgruppen zwischen 21 und 30 Jahren zurückzuführen.

Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre an der gesamten Bevölkerung ist sehr hoch (16,4 Prozent) und sogar der höchste in der Welt.

Man kann noch weitere interessante Schlußfolgerungen ziehen, wenn man den Lebensbaum von 1971 mit denen der Jahre 1964 und 1950 vergleicht (siehe dazu Grafik 6). Beim Vergleich zwischen den Lebensbäumen 1950 und 1964 ist festzustellen:

1. Die niedrige Besetzung der Altersgruppe 0 bis 5 Jahre (1950) führte dazu, daß die Besetzung der Altersgruppen 15 bis 20 Jahre 1964 im Vergleich zu 1950 einen Rückgang verzeichnet. Analog dazu verspricht die relativ starke Besetzung der Altersgruppe 0 bis 5 Jahre (1964) auch eine stärkere Besetzung der Altersgruppe 15 bis 20 Jahre etwa um das Jahr 1980.
2. Die Geburtenkonjunktur der dreißiger Jahre, hervorgerufen durch die vorübergehende wirtschaftliche Scheinstabilität nach der Weltwirtschaftskrise, und die entsprechend starke Besetzung der Altersgruppen 8 bis 17 Jahre (1950) bewirkte in nicht geringem Umfange die wachsenden Geburtenraten 1950 bis 1963 und die ebenfalls starke Besetzung der Altersgruppen 22 bis 30 Jahre (1964).
3. Die Besetzung der Altersgruppen 35 bis 55 Jahre ist 1964 weit geringer als 1950, was auf die Nachwirkungen des Krieges und in nicht geringem Umfange auf die Wanderungsverluste zurückzuführen ist.
4. Die Bevölkerung im Rentenalter (1964) ist viel größer als im Jahre 1950. Dies ist auf die relativ starke Besetzung der Altersgruppen 35 bis 55 Jahre (1950) zurückzuführen.

Im allgemeinen verzeichnet die Bevölkerungsstruktur der DDR (1964) gegenüber der von 1950 eine relative Verschlechterung, wie sich beim Vergleich der beiden Lebensbäume sowie der Abhängigkeitsrate und des Geschlechtsverhältnisses ergibt. Wenn man den Lebensbaum von 1970 (Grafik 5) mit dem des Jahres 1964 (Grafik 6) vergleicht, kann man folgende Schlüsse ziehen<sup>6</sup>:

Die Zahl der Bevölkerung im Rentenalter im Jahre 1971 hat im Vergleich zu der des Jahres 1964 weiterhin zugenommen (um knapp 195 000). Die Zahl der Kinder verringerte sich um 78 500. Die Zahl der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter hat sich ebenfalls verringert (um 52 000 Personen). Der Anteil der Frauen an der gesamten Bevölkerung ist von 54,4 Prozent auf 53,9 Prozent zurückgegangen. Die Abhängigkeitsrate hat sich im Vergleich zu 1964 verschlechtert. 1971 entfielen auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter 73 Personen im nichtarbeitsfähigen Alter, 1964 dagegen nur 71 Personen.

Die Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht ist also durch eine Reihe von Einschnitten charakterisiert und entspricht daher nicht einer normalen Bevölkerungsstruktur.

Diese Tatsache kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn man die reale Altersstruktur einer konstruierten "Normalstruktur" der Bevölkerung gegenüberstellt.

Triller<sup>7</sup> ermittelte mit Hilfe kohortenanalytischer Methoden auf der Grundlage der Geburtenziffern der Jahrgänge seit 1870 und der für die einzelnen Kalenderjahre aufgestellten Ster-

6 Vgl. Hagemann, Fritz/Reimann, Georg, Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1971, in: Statistische Praxis, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Nr. 11/1972, S. 470.

7 Die Absterbeordnung der Geburtenjahrgänge von 1870 bis 1962 unter Berücksichtigung der Gültigkeit der verschiedenen Sterbetafeln dieses Zeitraumes und ihre Einwirkung auf die

betafeln seit 1870 (bis 1944 für das Deutsche Reich, ab 1945 für die DDR) die Altersstruktur der DDR, die sich am 1. Januar 1963 ohne Kriegseinwirkungen (einschließlich der kriegsbedingten Geburtenausfälle) und Wanderungsverluste mit einem hohen Wahrscheinlichkeitsgrad ergeben hätte. Über die Unterschiede zwischen der tatsächlichen Alters- und Geschlechtsstruktur der DDR-Bevölkerung und der entsprechenden "Normalstruktur"<sup>8</sup> informiert Grafik 7.

Wenn auch Grafik 7 keine absoluten Größen, sondern nur Vergleichswerte angibt, lassen sich doch Ergebnisse daraus ableiten, die man wie folgt zusammenfassen kann.

Danach zeichneten sich - in Indexwerten (Promille) ausgedrückt - folgende Unterschiede zwischen tatsächlicher und "normaler" Bevölkerungsstruktur am 1. Januar 1963 ab:

Tatsächliche Altersstruktur der DDR-Bevölkerung und Altersstruktur der DDR-Bevölkerung ohne Kriegseinwirkungen (einschließlich der kriegsbedingten Geburtenausfälle) und Wanderungsverluste am 1. 1. 1963

		unter 15 Jahren	15 bis 65 bzw. 60 Jahre	über 65 bzw. 60 Jahre
Anteil der Hauptaltersgruppen an der tatsächlichen DDR-Bevölkerung am 1. 1. 1963	Männer	116,44	280,37	55,10
	Frauen	110,90	310,87	126,32
		227,34	591,24	181,42
in ‰				
Anteil der Hauptaltersgruppen an der DDR-Bevölkerung bei "normaler" Altersstruktur am 1. 1. 1963	Männer	124,80	327,01	45,45
	Frauen	119,48	303,04	80,22
		244,28	630,05	125,67
in ‰				

Nach diesen Zahlen ergaben sich für den 1. Januar 1963 folgende Abweichungen der tatsächlichen von einer "normalen" Bevölkerungsstruktur:

1. Das Geschlechtsverhältnis betrage nach der "Normalstruktur" 101,2 (weibliche Bevölkerung) zu 100 (männliche Bevölkerung), während es tatsächlich bei 121 zu 100 lag. Also weist die tatsächliche Bevölkerung gegenüber der "normalen" einen gewaltigen Frauenüberschuß auf.
2. Gemessen an der "normalen" Besetzung jeder Altersgruppe (= 100) lag die tatsächliche Besetzung bei den Altersgruppen unter 15 Jahren um 93, bei den Altersgruppen 15 bis 65 Jahre (männliche Bevölkerung) bzw. 60 Jahre (weibliche Bevölkerung) um 94,8 und bei den Altersgruppen über 65 bzw. 60 Jahre um 147,9.

Das heißt:

Im Vergleich zur "normalen" Besetzung der Altersgruppen unter 15 Jahren ist der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung um 1,7 Prozent zu niedrig. Das entspricht einer absoluten Zahl von 291 000 Personen, die in dieser Altersgruppe fehlen. In der Al-

jetzige Altersstruktur der Deutschen Demokratischen Republik, ausgearb. v. Johannes Triller, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Sektor Bevölkerung, Berlin 1964.

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch Strohbach, Erich, Die Altersstruktur der Bevölkerung der DDR und ihre Auswirkung auf die Bevölkerungsentwicklung, Leipzig 1966 - Vortrag, gehalten auf: Erstes Internationales Demographisches Symposium.

tersgruppe von 15 bis unter 65/60 Jahren fehlen gegenüber der Normalstruktur 669 000 Personen, der Anteil der Personen dieser Altersgruppe an der gesamten Bevölkerung ist damit um 3,9 Prozent zu niedrig.

Der Anteil der im Rentenalter befindlichen Personen ist demgegenüber um 5,6 Prozent, das sind 960 000 Personen, höher als bei einem normalen Altersaufbau.

3. Die Abhängigkeitsrate war bei der tatsächlichen Bevölkerungsstruktur erheblich größer, als sie bei "normalem" Altersaufbau gewesen wäre. Während sie bei einem normalen Aufbau um  $\frac{58,7}{100}$  gelegen hätte, lag sie tatsächlich um  $\frac{69,1}{100}$

Diese Abweichung der tatsächlichen Bevölkerungsstruktur von einem "normalen" Bevölkerungsaufbau kommt noch krasser zum Ausdruck, wenn man die Abhängigkeitsrate für Kinder und für die Bevölkerung im Rentenalter gesondert betrachtet. Die Abhängigkeitsrate bei Kindern unter 15 Jahren weicht bei der tatsächlichen Bevölkerung sehr gering von der des normalen Altersaufbaus ab und ist in beiden Strukturen fast gleich groß. Während sie bei dem normalen Altersaufbau um  $\frac{38,7}{100}$  gelegen hätte, lag sie tatsächlich um  $\frac{38,4}{100}$

Völlig anders ist die Sachlage bei der Bevölkerung im Rentenalter. Hier hätte beim normalen Aufbau der Bevölkerung eine Abhängigkeitsrate von  $\frac{19,4}{100}$  vorgelegen, während sie tatsächlich 1963 um  $\frac{30,6}{100}$  lag.

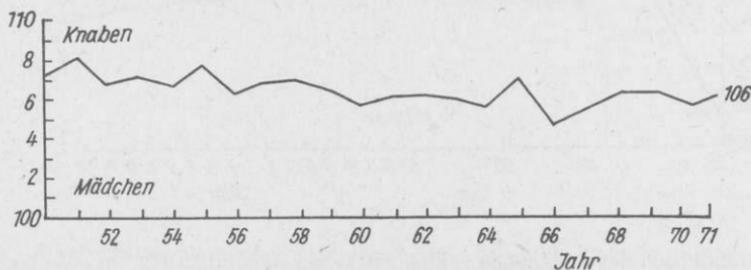
Diese Anomalie in der Alterspyramide der DDR und alle ihre ökonomischen, sozialen und demographischen Konsequenzen sind eine Folge der kapitalistischen Vergangenheit mit ihren Bevölkerungsgesetzen und deren Auswirkungen. Die Nachwirkungen dieser Gesetze sind noch bis heute spürbar.

Die Bevölkerungspolitik in der DDR ist auf die Aufhebung dieser Nachwirkungen gerichtet. Zugleich ist sie von dem Bestreben getragen, die Bevölkerungsgesetze des Sozialismus voll wirksam werden zu lassen. Dennoch muß damit gerechnet werden, daß bis zur endgültigen Normalisierung der Bevölkerungsstruktur der DDR noch eine geraume Zeit vergehen wird.

#### G r a f i k 1

Die quantitative Relation zwischen lebendgeborenen Knaben und Mädchen in der DDR 1952 bis 1971

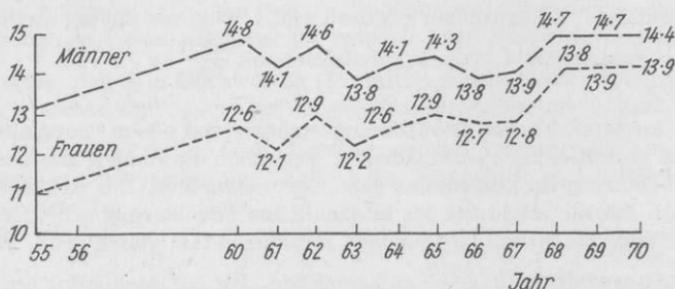
(auf 100 lebendgeborene Mädchen kamen ... lebendgeborene Knaben)



Quelle:  
Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 448.

## Grafik 2

Die altersspezifische Sterberate bei Männern und Frauen in der DDR 1955 bis 1970  
(Gestorbene auf 1000 der Bevölkerung)

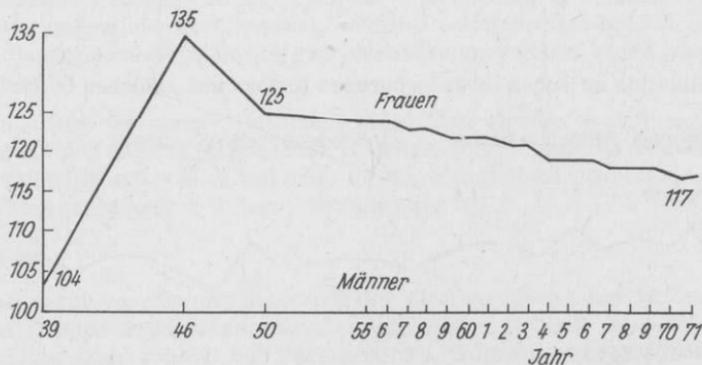


Quelle:

Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 470.

## Grafik 3

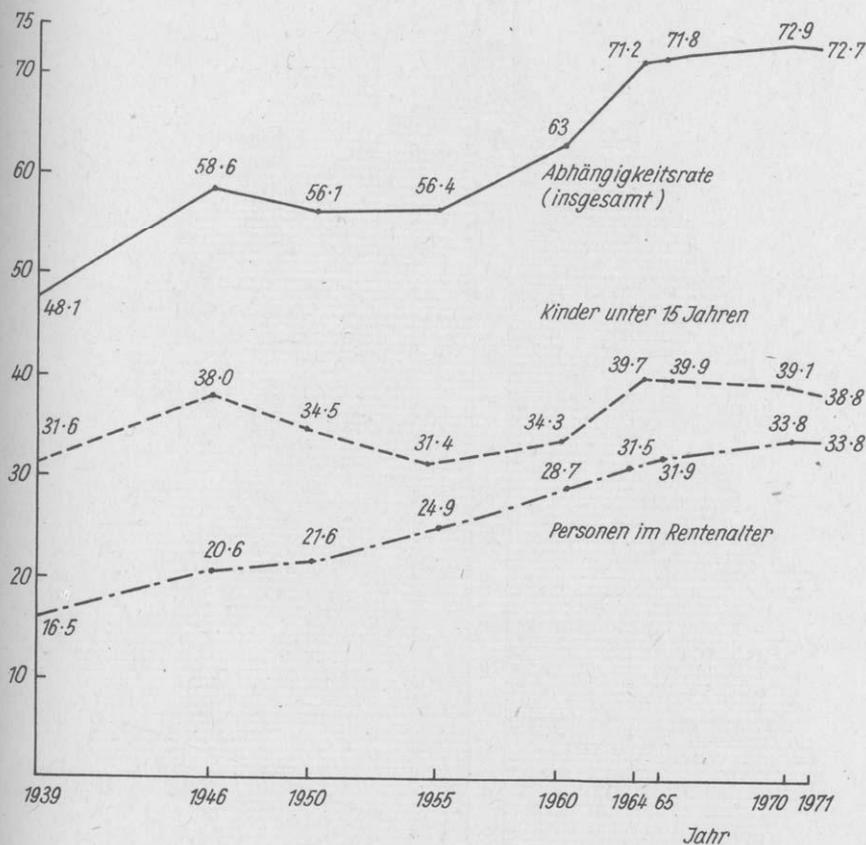
Die Entwicklung des Frauenüberschusses auf dem Territorium der DDR 1939 bis 1970  
(auf 100 Männer kommen ... Frauen)



Quelle:

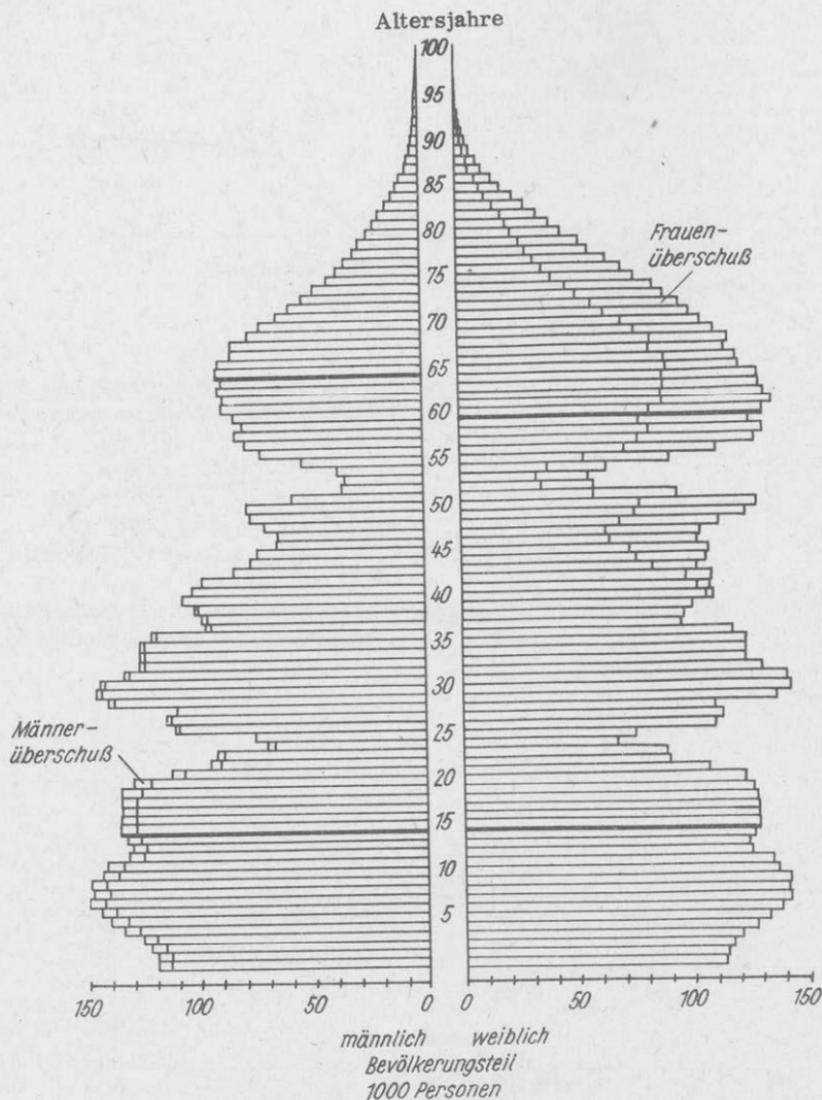
Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 444.

Das Abhängigkeitsverhältnis auf dem Territorium der DDR 1939 bis 1971  
(Anteil der Kinder unter 15 Jahren und der Personen im Rentenalter  
an der Gesamtbevölkerung in %)



Quelle:  
Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1972, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 440.

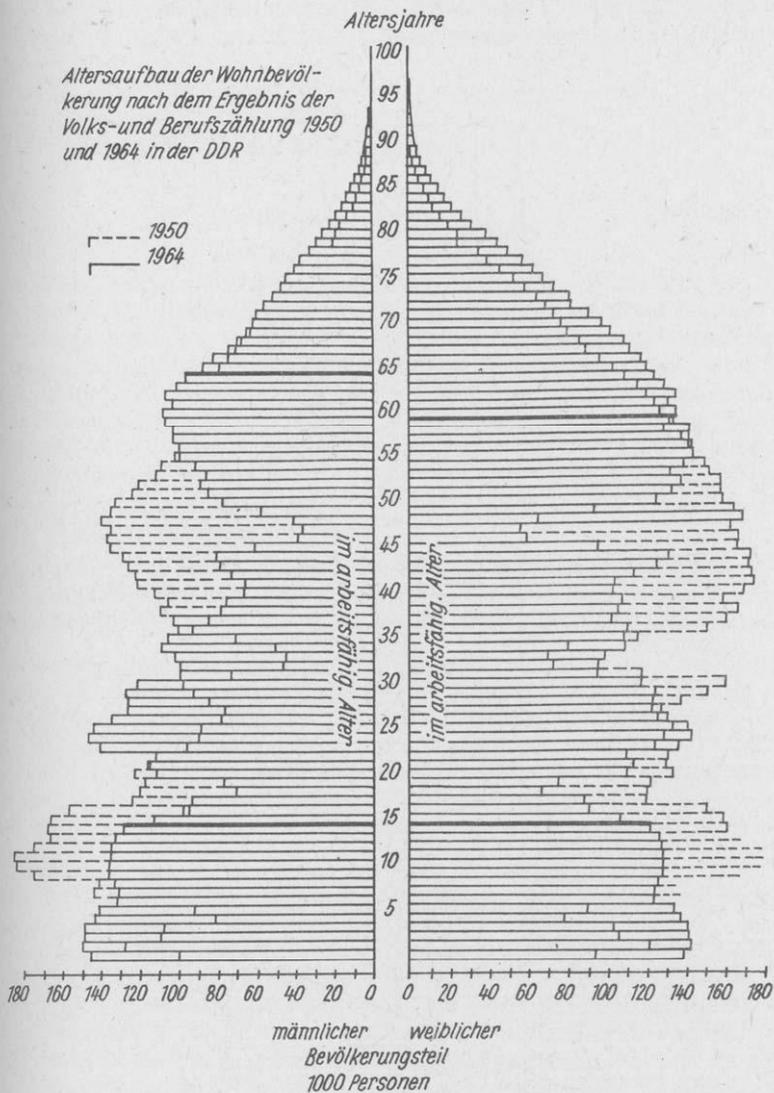
Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik am 31. 12. 1970  
nach Altersjahren und Geschlecht



Quelle:

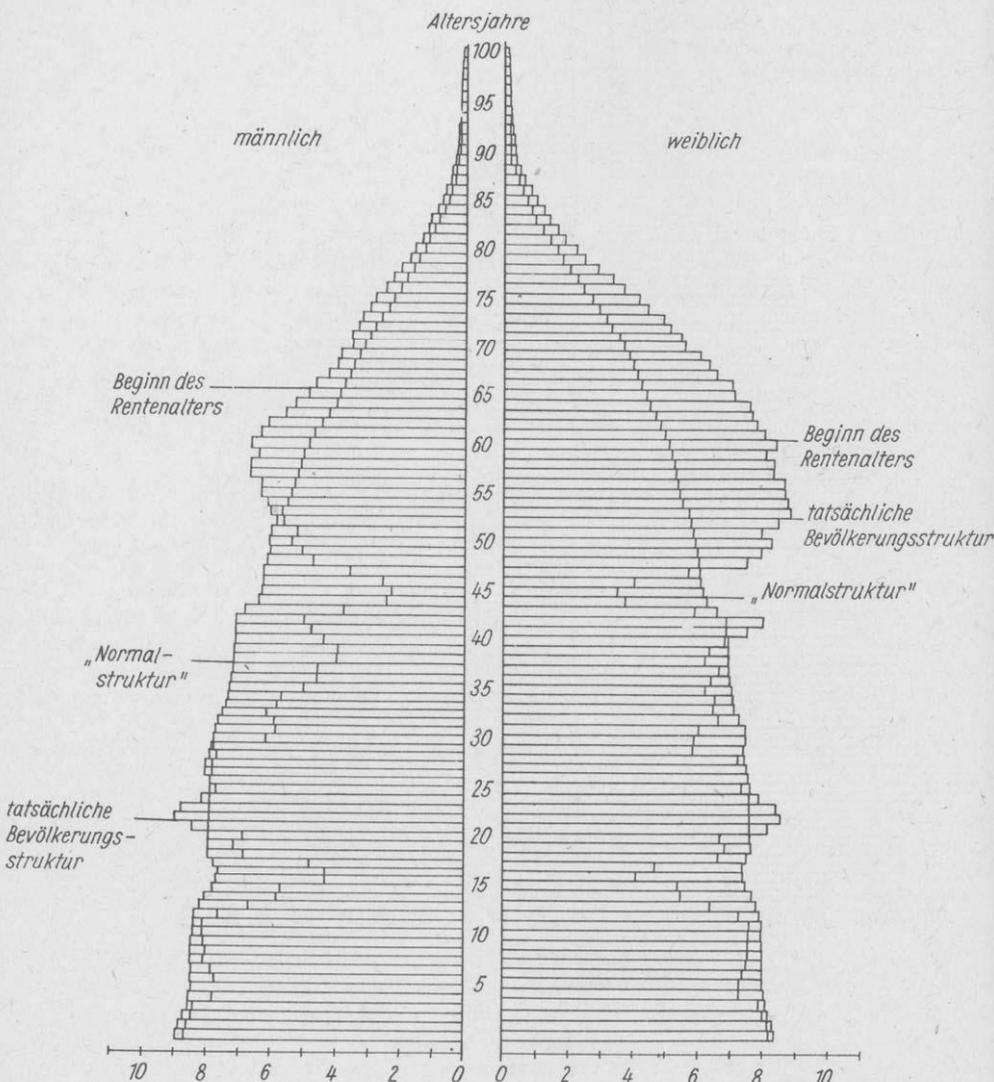
Bevölkerungstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1971, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1971, S. 29.

Altersaufbau der Wohnbevölkerung nach dem Ergebnis der Volks- und Berufszählung 1950 und 1964 in der DDR



Quelle:  
Volks- und Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung vom 1. Januar 1971, hg. v.  
 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, Bd. 4, S. 17.

Tatsächliche Bevölkerungsstruktur der DDR nach Alter und Geschlecht sowie Bevölkerungsstruktur der DDR ohne Kriegseinwirkungen (einschließlich der kriegsbedingten Geburtenausfälle) und Wanderungsverluste am 1. 1. 1963



Quelle:

Die Absterbeordnung der Geburtenjahrgänge von 1870 bis 1962 unter Berücksichtigung der Gültigkeit der verschiedenen Sterbetafeln dieses Zeitraumes und ihre Einwirkung auf die jetzige Altersstruktur der Deutschen Demokratischen Republik, ausgearb. v. Johannes Triller, hg. v. Staatliche Archivverwaltung für Statistik, Sektor Bevölkerung, Berlin 1964.

## BETRACHTUNGEN ZUR BINNENWANDERUNG IN DER DDR

von Felix Burkhardt†/Lucie Burkhardt-Osadnik

Für Wissenschaft und Praxis ist es notwendig, genaue Zahlen über den Bevölkerungsstand und die Bevölkerungsbewegung zu erhalten. Über den Bevölkerungsstand geben uns die Volkszählungen Aufschluß. Seit dem Jahre 1871 wurden regelmäßig Volkszählungen durchgeführt, und zwar von 1875 bis 1910 alle fünf Jahre. Dieser Zyklus erfuhr durch den ersten Weltkrieg eine Unterbrechung. Erst 1925 erfolgte die erste Zählung nach dem Krieg. Weitere Zählungen fanden 1933 und 1939 statt. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden in der DDR 1950, 1964 und 1971 Volkszählungen durchgeführt. Für die Zeit zwischen zwei Volkszählungen wird von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik durch Beobachtung der Geburten und Sterbefälle, der Zu- und Fortzüge der Bevölkerungsstand fortgeschrieben, so daß über diesen laufend Informationen zur Verfügung stehen.

Die Veränderung der Bevölkerungszahlen wird durch zwei Bewegungen hervorgerufen, nämlich durch die natürliche Bevölkerungsbewegung, die die Geburten und Sterbefälle umfaßt, und durch die räumliche Bevölkerungsbewegung, die die Wanderungen zum Inhalt hat.

Die zahlenmäßige Erfassung der Wanderungsgesamtheiten ist eine wichtige Aufgabe der Statistik. Das bedeutet aber, daß der Begriff der Wanderung klar definiert sein muß wegen der Vielgliedrigkeit des Phänomens Wanderung. Die Definition von Geburt und Sterbefall ist dagegen eindeutig. Für einen Staat ist die Kenntnis der Veränderungsvorgänge genauso wichtig wie die Kenntnis der Größe der Bevölkerung und der Zusammensetzung nach Alter, Geschlecht und Familienstand sowie der Verteilung der Bevölkerung nach Bezirken, Kreisen und Gemeinden sowohl in einem bestimmten Zeitpunkt als auch in ihrer zeitlichen Entwicklung.

Räumliche Bevölkerungsbewegungen oder Wanderungen finden statt, wenn Personen ihren Wohnsitz wechseln. Für den neuen Wohnort liegt dann ein Zuzug vor, für den bisherigen ein Fortzug. Die Differenz von Zu- und Fortzügen wird Wanderungssaldo genannt. Wenn er positiv ist, spricht man von Wanderungsgewinn oder Zuwanderungsüberschuß, ist er negativ, dann liegt ein Wanderungsverlust (Wanderungsdefizit, Abwanderungsüberschuß) vor. Der Wanderungssaldo kann aber auch gleich Null sein. Er ist eine wichtige Komponente der Veränderung der Bevölkerungszahl. Wanderungen verändern nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern sind auch von Einfluß auf die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Beruf usw. Allgemein gilt, daß die Wandernden die Struktur der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes, in die sie eintreten, verändern. Mit ihrem Fortzug verändert sich aber auch die Struktur der Bevölkerung des Gebietes, aus der sie austreten. Daher sind nicht nur der Wanderungssaldo von Bedeutung, sondern auch die einzelnen Zu- und Fortzüge, da sie Aufschluß über die Ziel- und Ausgangsorte der wandernden Personen geben und darüber hinaus auch Aussagen über die Zusammensetzung der Personenkreise der Wandernden machen. Auch erfaßt der Wanderungssaldo nicht das Wanderungsvolumen, denn es kann ein relativ kleiner Wanderungssaldo mit einem sehr großen Wandervolumen gekoppelt sein, während andererseits ein großer Wanderungssaldo von einem verhältnismäßig kleinen Wandervolumen verursacht wurde. Neu entstehende Industrie-

zentren (zum Beispiel Schwedt, Schwarze Pumpe) führen zu einer erhöhten Zuwanderung in diese Gebiete. In der Regel ist dies mit einer Veränderung der Altersstruktur der dort ansässigen Bevölkerung zugunsten der jüngeren Jahrgänge verbunden. Der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter erfährt eine starke Erhöhung. Aber auch der Anteil der Kinder erfährt eine Veränderung im positiven Sinne. In einem Gebiet mit überdurchschnittlicher Abwanderung vermindert sich in der Regel die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, gegebenenfalls auch die Zahl der Kinder. Solche Wandervorgänge können zu erheblichen Strukturveränderungen in den betreffenden Gebieten führen.

Wanderungen können als Einzelwanderungen und als Gruppenwanderungen auftreten. Bei der Gruppenwanderung ist die wichtigste Form die Familienwanderung. Bei gesteigerter Wanderungshäufigkeit in eine Richtung spricht man von einem Wanderungsstrom. Er ist in bezug auf Umfang und Struktur sowie seine räumliche Verflechtung von großem Interesse. Daneben interessieren aber auch die Motive, die zu solchen Wanderungsströmen führen, und die Auswirkungen dieser Wanderungsströme auf ihre Zielgebiete.

Geschichtlich ist nachgewiesen, daß es zu allen Zeiten große Wanderungsbewegungen von Völkern, Stämmen oder Stammesgruppen gegeben hat. Die Motive dieser Wanderungen waren sehr unterschiedlich. Sie lagen sehr häufig in gesellschaftlichen Umschichtungen begründet. Solche Wanderungen sind von Indien, China, Mesopotamien, Syrien, Ägypten schon vor der Zeitrechnung bekannt. Die als Völkerwanderung im engeren Sinne bezeichnete große Wanderungsbewegung, besonders germanischer Völker, beginnend am Ende des 4. Jahrhunderts unserer Zeitrechnung, führte zur Niederwerfung des römischen Imperiums. Die mit dem 5. Jahrhundert beginnende Wanderung der Franken und Alemannen wirkte sich in einer Veränderung der Produktionsverhältnisse im Siedlungsgebiet aus. Weiter wäre die im 7. Jahrhundert beginnende arabische Expansion über Syrien, Ägypten, Nordafrika, Spanien zu erwähnen. Bis ins Mittelalter sind weitere große Bevölkerungsverschiebungen in Europa und Asien bekannt.

Die Aufhebung des Edikts von Nantes im Jahre 1685 hatte die Auswanderung der Hugenotten aus Frankreich zur Folge. Hier handelt es sich nicht um eine Wanderung in solch geschlossener Form und solchem Umfang wie in den früheren Zeiten. Schließlich wäre noch auf die relativ großen Wanderungen im und nach dem letzten Weltkrieg hinzuweisen.

Mit Problemen der Wanderung beschäftigen sich neben der Demographie die Geographie, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und andere. Auch die verschiedenen Planungsorgane müssen sich eingehend mit den Wanderungen befassen, so zum Beispiel die Stadtplanung, die Landesplanung. Ohne Kenntnis der Wandervorgänge und ihrer Ursachen sind planerische Festlegungen für die einzelnen Gebiete nicht möglich. Das betrifft besonders kleinere Räume, wo gegebenenfalls die Auswirkung der Wanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung größer sein kann als die der natürlichen Bevölkerungsbewegung. In diesem Zusammenhang sei an die Verstädterung und die Bildung von Ballungsgebieten gedacht. Hierher zog es besonders den Bevölkerungsüberschuß aus den Agrargebieten, in denen die Landwirtschaft nicht mehr die erforderlichen Existenzmöglichkeiten bieten konnte. Aber auch die besseren Arbeits- und Wohnverhältnisse, Entwicklungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in den Städten zogen die Menschen an. Hinzu kommt, daß bestimmte Gebiete anderen durch ihre geographische Lage und ihre kulturelle Entwicklung überlegen sind und dadurch eine besondere Anziehungskraft ausüben.

Die Wanderungshäufigkeit (Mobilität) ist im Laufe der letzten Jahrzehnte zurückgegangen. Das kann vielfältige Ursachen haben: wesentlich verbesserte Transportmöglichkeiten zu den Arbeitsplätzen, Einrichtung von Betriebsküchen und -kantinen, Bau von Klub- und Kulturhäusern auf dem Lande, Einrichtung von Ausbildungsmöglichkeiten - zum Beispiel die Volkshochschule -, aber auch die besseren Verdienstmöglichkeiten, die den Bau von Eigenheimen und Siedlungshäusern gestatten. Diese oder andere Gründe vermindern den Wunsch, den Arbeitsplatz und den Wohnsitz zu wechseln.

Im folgenden wollen wir uns den Wanderungen in der DDR zuwenden. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR veröffentlicht die Ergebnisse der Wanderungsstatistik seit 1963. Auf diese Veröffentlichungen stützen sich die folgenden Ausführungen.

Die amtliche Statistik erfaßt die Binnenwanderung über die Bezirksgrenzen, Kreisgrenzen und Gemeindegrenzen. Die Auszählung der Wanderungen über die Bezirksgrenzen berücksichtigt neben der Unterscheidung nach den Bevölkerungsgruppen: männliche Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, weibliche Personen im Alter von 15 bis unter 60 Jahren, Kinder unter 15 Jahren und Personen im Rentenalter, auch Herkunft und Ziel der Wandernden nach benachbarten Bezirken und nach übrigen Bezirken. Die Erfassung der Wanderung über die Kreisgrenzen wird verbunden mit Bezirk, Geschlecht und den bereits genannten Altersgruppen. Die Auszählung der Wanderung über die Gemeindegrenzen wird kombiniert mit insgesamt achtzehn verschiedenen Altersgruppen. Die Auszählung erfolgt nach den Gemeindegroßenklassen: unter 2 000, 2 000 bis unter 5 000, 5 000 bis unter 10 000, 10 000 bis unter 20 000, 20 000 bis unter 50 000, 50 000 bis unter 100 000, 100 000 und mehr. Aus einer Kombinationstabelle läßt sich weiter erschließen, wie sich die Gesamtheit der Wandernden aus den einzelnen Gemeinden, gruppiert nach Größenklassen, in den Zielorten (ebenfalls gruppiert nach den gleichen Größenklassen) verteilt. Zusätzlich wird der Wanderungssaldo ausgewiesen.

Die Wanderungsstatistik zeigt deutlich, wie die demographischen Zustände und Vorgänge von ökonomischen Strukturen und Prozessen abhängen. Bemerkenswert ist zunächst die starke Zuwanderung nach der Hauptstadt Berlin.

Jahr	Zuwanderung nach Berlin aus den übrigen Bezirken der DDR	Abwanderung aus Berlin in die übrigen Bezirke der DDR	Wanderungsgewinn der Hauptstadt Berlin	Wanderungsgewinn der Bezirke mit Zuwanderungszuschuß	Wanderungsgewinn von Berlin, gemessen am Wanderungsgewinn der Bezirke in %
1963	24 053	14 746	9 307	17 679	52,64
1964	23 134	12 609	10 525	20 536	51,25
1965	21 956	12 718	9 238	19 687	46,92
1966	16 177	9 426	6 751	15 318	44,07
1967	13 517	7 761	5 756	14 663	39,26
1968	14 032	7 289	6 743	15 951	42,27
1969	12 706	6 543	6 163	12 129	50,81
1970	13 899	6 169	7 730	14 959	51,67

Der starke Wanderungsgewinn der Stadt Berlin hat seinen Grund darin, daß Berlin als Hauptstadt hinsichtlich seiner ökonomischen, kulturellen und sozialen Struktur eine starke Anziehungskraft ausübt. Hier zeigt sich ganz deutlich, daß ein enger Zusammenhang zwischen Bevölkerungsbewegung und Wirtschaft besteht. Gleiches läßt sich auch für den Bezirk Frankfurt sagen. Er zeigt für den betrachteten Zeitraum von 1963 bis 1970 durchgängig einen Wanderungsgewinn und steht im Wechsel mit dem Bezirk Cottbus hinsichtlich des Wanderungsgewinns in der DDR nach Berlin an zweiter oder dritter Stelle. Der Anteil am gesamten Wanderungsgewinn beträgt für

Jahr	Frankfurt in %	Cottbus in %
1963	18,41	26,70
1964	20,13	26,69
1965	24,67	18,89
1966	17,88	-, -- (Wanderungsverlust)
1967	20,57	28,45
1968	20,55	21,93
1969	23,30	16,54
1970	19,54	8,42

Von den Bezirken der DDR weisen Neubrandenburg, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Halle in den Jahren 1963 bis 1970 laufend Wanderungsverluste auf. Der Wanderungsverlust des Bezirkes Neubrandenburg liegt in der landwirtschaftlichen Struktur begründet. Für den Wanderungsverlust der Bezirke Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Halle kann man zunächst keine Erklärung geben.

Bezieht man die Wanderungsverluste dieser Bezirke auf die Einwohnerzahlen, so ergeben sich relativ kleine Wanderungszahlen pro 1 000 der Wohnbevölkerung. Fast gleich sind die Zahlen für die drei Bezirke Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Halle, so daß man zu dem Schluß kommt, daß hier unter anderem das Walten des Zufalls eine Rolle spielen kann.

Bezieht man den Wanderungsgewinn von Berlin und Frankfurt auf die entsprechende Einwohnerzahl, so zeigt sich, daß in Berlin auf 1 000 der Wohnbevölkerung im Durchschnitt 7 Zuzüge erfolgen, im Bezirk Frankfurt beträgt diese Zahl etwa 5. Die genauen Zahlen für die einzelnen Jahre sind aus der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Jahr	Wanderungsverlust in %			
	Neubrandenburg	Karl-Marx-Stadt	Leipzig	Halle
1963	3,33	1,52	1,70	1,69
1964	2,88	1,46	2,31	2,48
1965	5,97	2,27	1,29	1,41
1966	1,23	0,05	0,70	2,49
1967	1,75	0,36	1,50	1,34
1968	2,05	1,26	2,52	1,69
1969	1,55	0,78	2,19	0,88
1970	2,95	1,27	2,09	1,81

Jahr	Wanderungsgewinn in %	
	Frankfurt	Berlin
1963	4,92	8,77
1964	6,20	9,88
1965	7,44	8,62
1966	4,15	6,26
1967	4,53	5,33
1968	4,89	6,23
1969	4,19	5,69
1970	5,08	7,24

In der Wanderungsstatistik wird nachgewiesen, wieviel Personen aus den benachbarten Bezirken bzw. den übrigen Bezirken zuwandern oder in diese abwandern. Für die Hauptstadt Berlin ist bemerkenswert, daß insgesamt weniger Zuzüge aus den benachbarten Bezirken

als aus den übrigen Bezirken kommen. An Berlin grenzen die Bezirke Potsdam und Frankfurt. Gliedern wir jedoch den Wanderungsgewinn für die Hauptstadt Berlin nach den Herkunftszirken auf, so zeigt sich, daß sich dieser bis auf das Jahr 1968 als erheblicher Verlust für die Bezirke Potsdam, Frankfurt, Leipzig, Dresden, Halle darstellt. Dabei steht Potsdam mit Frankfurt im Wechsel an erster oder zweiter Stelle, Leipzig an dritter oder vierter Stelle, Dresden an dritter, vierter oder fünfter Stelle, Halle an vierter, fünfter oder sechster Stelle (1963).

Jahr	1. Stelle	2. Stelle	3. Stelle	4. Stelle	5. Stelle
1963	Potsdam 2 580	Frankfurt 1 509	Dresden 1 007	Leipzig 890	Karl-Marx-Stadt 633
1964	Potsdam 2 419	Frankfurt 1 813	Leipzig 1 000	Halle 940	Dresden 898
1965	Potsdam 1 765	Frankfurt 1 239	Dresden 930	Leipzig 903	Halle 664
1966	Frankfurt 1 147	Potsdam 1 118	Dresden 829	Leipzig 659	Halle 583
1967	Frankfurt 1 017	Potsdam 966	Leipzig 705	Halle 510	Dresden 503
1968	Suhl 1 304	Gera 1 076	Schwerin 660	Magdeburg 634	Neubrandenburg 446
1969	Potsdam 1 008	Frankfurt 918	Leipzig 694	Halle 560	Dresden 444
1970	Potsdam 1 163	Frankfurt 1 016	Leipzig 787	Dresden 709	Halle 701

An der Wanderungsbewegung nehmen im Republikmaßstab mehr männliche als weibliche Personen teil. Bei der Aufgliederung nach den Bezirken gibt es jedoch einige Verschiebungen. So nahmen an der Zuwanderung nach Berlin von 1963 bis 1966 mehr männliche Personen und von 1967 bis 1970 mehr weibliche Personen teil. Bei den Abmeldungen waren die männlichen Personen stets in der Überzahl. Bildet man die Differenz zwischen den Zu- und Abwanderungen nach dem Geschlecht, ergeben sich durchgängig für alle Jahre größere Differenzen bei den Frauen.

Jahr	Anmeldungen		Abmeldungen		Differenz	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1963	13 053	11 000	8 698	6 048	4 355	4 952
1964	12 221	10 913	7 467	5 142	4 754	5 771
1965	11 541	10 415	7 395	5 323	4 146	5 092
1966	8 301	7 876	5 334	4 092	2 967	3 784
1967	6 535	6 982	4 303	3 458	2 232	2 524
1968	6 737	7 295	3 969	3 320	2 768	3 975
1969	6 109	6 597	3 503	3 040	2 606	3 557
1970	6 957	7 042	3 308	2 861	3 549	4 181

In den Bezirken Dresden und Magdeburg wanderten 1969 und 1970, im Bezirk Potsdam 1969 mehr weibliche Personen als männliche Personen zu. Bei den Abmeldungen liegen 1969 in Magdeburg, Potsdam und Schwerin, 1970 in Magdeburg, Erfurt und Karl-Marx-Stadt die

Zahlen für die Frauen höher als für die Männer. Die übrigen Bezirke weisen in bezug auf die Zu- und Abwanderung stets einen Überschuß an männlichen Personen auf. Beim Inbeziehungsetzen der zu- und abwandernden Personen auf 1 000 der Bevölkerung ergibt sich ein Plus für die männlichen Personen.

Gliedert man die absoluten Zahlen der Zu- und Abwandernden nach dem Alter, indem man unterscheidet: Kinder, Personen im arbeitsfähigen Alter und Rentner, so stellt man fest, daß die Mobilität für die im arbeitsfähigen Alter stehenden Personen am größten ist. An zweiter Stelle steht die Altersgruppe Kinder und an dritter Stelle die Altersgruppe Rentner.

Bezieht man die Zahl der Wandernden auf 1 000 der Bevölkerung, so steht an erster Stelle von 1963 bis 1967 die Gruppe: Personen im arbeitsfähigen Alter, an zweiter Stelle die Gruppe der Kinder und an dritter Stelle die Gruppe der Rentner. Ab 1968 kehrt sich das Verhältnis Personen im arbeitsfähigen Alter und Kinder um.

Gliedert man die Bevölkerung in kleinere Altersgruppen (unter 1 Jahr, 1 bis 3, 3 bis 6, 6 bis 10, 10 bis 15 Jahre usw.), so zeigen die Altersgruppen 15 bis 30 Jahre die höchste Mobilität. Darin kommt die relativ hohe Mobilität der ledigen Personen zum Ausdruck. Überhaupt bestehen zwischen der Mobilität und den einzelnen Lebensabschnitten enge Zusammenhänge. Die Mobilität im Kindesalter wird in der Regel durch die Wanderung der Eltern ausgelöst, später sind es Schul- und Berufsausbildung, Berufstätigkeit, Heirat und Familiengründung, die die Mobilität bestimmen. Nach Beendigung der Berufstätigkeit werden die Wanderungen oft ausgelöst durch Zuzug zu den Kindern oder in Alters- und Pflegeheime.

Betrachten wir die Binnenwanderung über die Gemeindegrenzen, so zeigt sich, daß die Gemeinden unter 2 000 Einwohnern in allen Altersgruppen einen Wanderungsverlust aufweisen. Dasselbe gilt auch für die Gemeinden von 2 000 bis 5 000 Einwohnern. Der Wanderungsverlust in der Gruppe "Gemeinden unter 2 000 Einwohnern" ist augenfällig hoch, wenn man die Verluste in der nächsten Gemeindegrößenklasse betrachtet. Daraus folgt, daß die Tendenz abzuwandern in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern sehr viel stärker ist als die entsprechende Tendenz in den Gemeinden von 2 000 bis 5 000 Einwohnern. Während in der Gruppe "Gemeinden von 5 000 bis 10 000 Einwohnern" der Wanderungssaldo wechselweise positiv und negativ ist, weisen alle übrigen Größenklassen in der Regel Wanderungsgewinne auf. Bemerkenswert ist, daß in der Gruppe der Großstädte der Wanderungsgewinn nicht in jedem Jahr - absolut gesehen - die größten Werte aufweist. Das trifft für 1966, 1967 und 1970 zu. Der größte Wanderungsgewinn liegt in diesen Jahren bei der Größenklasse 20 000 bis 50 000.

Bezieht man den Wanderungsgewinn auf die Einwohnerzahl in den verschiedenen Größenklassen, so weisen in den Jahren 1966, 1967 und 1968 die Städte von 20 000 bis 50 000 den höchsten Wanderungsgewinn auf, die Großstädte nur 1963 und 1965; 1964, 1969 und 1970 sind es die Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern.

Jahr	Wanderungsgewinn je 10 000 Einwohner nach Gemeindegrößenklassen		
	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	100 000 und mehr
1963	39,7	95,6	69,0
1964	49,3	68,2	65,1
1965	50,4	66,4	67,6
1966	17,9	-	5,2
1967	37,2	17,7	5,2
1968	33,1	20,2	24,1
1969	20,5	68,4	30,1
1970	57,1	74,5	37,0

## Literaturverzeichnis

Flaskämper, Paul, Bevölkerungsstatistik, Hamburg 1962.

Meyers Neues Lexikon, Bd. 4, Leipzig 1962, Stichwort: Hugenotten.

Ebenda, Bd. 8, Leipzig 1962, Stichwort: Völkerwanderung.

Schwarz, Karl, Bevölkerung, in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, Hannover 1970, S. 226 ff.

Derselbe, Wanderungen, in: ebenda, S. 3671 ff.

Winkler, Wilhelm, Demometrie, Berlin 1969.

Witthauer, Kurt, Die Bevölkerung der Erde. Verteilung und Dynamik, Gotha 1958.

## PROBLEME DER ENTWICKLUNG DES BILDUNGSNIVEAUS UND DER QUALIFIKATIONSSTRUKTUR DER WERKTÄTIGEN IN DER DDR

von Harry Maier/Jürgen Wahse

1. Die Bedeutung der Bildung für die weitere Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses
2. Die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der werktätigen Bevölkerung in der DDR und ihr Einfluß auf die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung
  - 2.1. Einige quantitative Aspekte der Arbeitskräfteentwicklung
  - 2.2. Zur Analyse und zu einigen Entwicklungstendenzen der Qualifikationsstruktur
  - 2.3. Laufender und einmaliger Bildungsaufwand als Bestandteil der Kosten für die Reproduktion des Arbeitskräftepotentials
3. Probleme der Weiterbildung ausgebildeter Kader
4. Probleme der langfristigen Arbeitskräfte- und Bildungsplanung für die planmäßige Entwicklung des Bildungswesens und die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung

### 1. Die Bedeutung der Bildung für die weitere Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses

Die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist untrennbar mit der Schaffung von Bedingungen für die Entfaltung der politischen, sozialen, produktiven und ästhetischen Anlagen und Fähigkeiten aller Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft verbunden. Dies entspricht der qualitativ neuen Stellung der werktätigen Menschen im sozialistischen Reproduktionsprozeß als der gesellschaftlichen Eigentümer an den Produktionsmitteln und Hauptproduktivkraft und ist Ausdruck des Inhalts und Wesens der sozialistischen Produktionsverhältnisse.

Die allseitige Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen erfordert die Entfaltung der materiellen Produktivkräfte und die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit. Für beide Prozesse hat das Bildungsniveau der Werktätigen entscheidende Bedeutung. Bei der Konstruktion, Herstellung, Bedienung und Weiterentwicklung der Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände, aber auch bei der Organisierung ihres optimalen Zusammenwirkens untereinander sowie mit anderen Faktoren spielen die Kenntnisse und Fähigkeiten der Werktätigen eine ausschlaggebende Rolle. Andererseits stellt die wachsende Bildung eine entscheidende Grundlage für die allseitige Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit dar.

Für die Gestaltung der Wirtschaft in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist die Intensivierung des Reproduktionsprozesses von grundlegender Bedeutung. Sie ist eng mit dem zunehmenden Reifegrad der sozialistischen Gesellschaft, mit der Ausprägung ihres spezifischen Charakters und ihrer Vorzüge, mit der Entfaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse verbunden.

Drei Momente sind für die Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft bei vorwiegend intensiv erweiterter Reproduktion charakteristisch:

- Die für die intensiv erweiterte Reproduktion typischen Wachstumsfaktoren sind untrennbar mit einem höheren Grad der Realisierung des Ziels der sozialistischen Gesellschaft verbunden. Dies äußert sich in der immer enger werdenden Verknüpfung von Bedürfnisbefriedigung und Produktionsentwicklung.
- Die Intensivierung erfordert die Gestaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses als Ganzes, um die notwendige Proportionalität zwischen den einzelnen Phasen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und zwischen seinen einzelnen Bereichen sowie die stabile und kontinuierliche Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu sichern.
- Die Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses ist untrennbar mit der sich vertiefenden ökonomischen Integration innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft verbunden.

Die effektive Gestaltung der Wachstumsfaktoren, insbesondere die Herausbildung effektiver Relationen zwischen qualitativer Struktur der Produktionsfonds, Materialeinsatz in der Produktion, Qualifikation der Werktätigen, Forschung und Entwicklung usw., stellt bestimmte Anforderungen an die Proportionalität. Jede Entwicklung eines dieser Wachstumsfaktoren hat eine bestimmte Entwicklung aller anderen Wachstumsfaktoren - vor allem auch in der nichtmateriellen Sphäre - zur Bedingung und zur Folge. Die Sicherung der langfristig notwendigen Proportionalitätsbeziehungen schafft die Voraussetzungen für eine Steigerung des Tempos, in dem die Bedürfnisse auf der Grundlage der Nationaleinkommensentwicklung befriedigt werden können. Durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den materiellen Bereichen der Volkswirtschaft werden die Voraussetzungen geschaffen, um die mit der Intensivierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses an Bedeutung gewinnenden nichtmateriellen Bereiche der Volkswirtschaft - Bildung, Wissenschaft, Gesundheits- und Sozialwesen und andere - weiterzuentwickeln und auszubauen. Diese Bereiche wirken wiederum in entscheidendem Maße auf die produktiven Bereiche zurück. Sie unterliegen ebenfalls dem Gesetz der Ökonomie der Zeit, das heißt, die ökonomische Rationalität muß auch hier durchgesetzt, die gesellschaftliche Arbeit mit höchster Effektivität eingesetzt werden, um die mit der Intensivierung des Reproduktionsprozesses verbundenen Wechselwirkungen und die Rückkopplungen zur materiellen Produktion reibungslos zu gestalten. Auf diese Dialektik bei der umfassenden Wirkung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit wies Karl Marx hin, als er schrieb, daß in dieser Gesellschaftsordnung "die Ersparung von Arbeit gleich Vermehren der freien Zeit, das heißt, Zeit für die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit"<sup>1</sup>, beinhaltet.

Zwischen Bildung, Wissenschaft, materieller Produktion und den übrigen Bereichen des Reproduktionsprozesses bestehen im Sozialismus enge Wechselbeziehungen, die durch den Wirkungsmechanismus der ökonomischen Gesetze des Sozialismus realisiert werden. Das objektive Ziel des Sozialismus und die Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses stellen hohe Anforderungen an das Bildungswesen. Hierbei werden für die Rolle der Bildung bei der Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zwei untrennbar miteinander verbundene Seiten immer charakteristischer:

1. Bildung ist ein entscheidendes Element des Zieles der sozialistischen Gesellschaft, deren eigentlicher Reichtum in der allseitigen Entwicklung der sozialen, geistigen und ästhetischen Anlagen und Fähigkeiten aller Mitglieder der Gesellschaft liegt. Die sozialistische Bildungspolitik ist daher auf die allseitige Entwicklung der Fähigkeiten der Menschen gerichtet, damit sie die Aufgaben der sozialistischen Entwicklung meistern und

<sup>1</sup> Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 599.

die Gesetze von Natur und Gesellschaft bewußt nutzen können. Die neue Gesellschaft wird ihren Mitgliedern – stellt Engels in den "Grundsätzen des Kommunismus" fest – "die Gelegenheit geben, ihre allseitig entwickelten Anlagen allseitig zu bestätigen."<sup>2</sup> An anderer Stelle heißt es: "Die gemeinsam und planmäßig von der ganzen Gesellschaft betriebene Industrie setzt vollends Menschen voraus, deren Anlagen nach allen Seiten hin entwickelt sind, die imstande sind, das gesamte System der Produktion zu überschauen."<sup>3</sup>

2. Das wirtschaftliche Wachstum wird in entscheidendem Maße durch das Qualifikationsniveau der Werktätigen bestimmt. Es stellt eines der wichtigsten Elemente des Nationalreichtums, eine "Hauptakkumulation des Reichtums, das wichtigste erhaltene Resultat der antecedent labour (vorausgehenden Arbeit), das aber in der lebendigen Arbeit selbst existiert"<sup>4</sup>, dar. Die Bildung der Werktätigen ist ein Effektivitäts- und produktivitätsbestimmender Faktor des Wirtschaftswachstums im Sozialismus, da im Ergebnis des Ausbildungsprozesses die gebrauchswert- und wertschaffende Potenz der menschlichen Arbeitskraft als das entscheidende Grundelement des Produktionsprozesses erhöht wird.

Eine Aufgabe der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist es daher, langfristig ein solches Verhältnis von Bildung und volkswirtschaftlichem Reproduktionsprozeß zu entwickeln, daß sich sowohl die ökonomische Potenz der Bildung voll entfalten als auch die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit vollziehen kann. Unter sozialistischen Produktionsverhältnissen gibt es keinen Widerspruch zwischen der persönlichkeitsbildenden und der produktivitätswirksamen Seite der Bildung. Die Entwicklung der produktiven Fähigkeiten der Individuen wird im Sozialismus immer mehr zur Grundlage ihrer gesamten Entwicklung, während die gesamte Entwicklung der Individuen zum Stimulator der Entwicklung ihrer produktiven Potenzen wird. Die bewußte Gestaltung eines effektiven Verhältnisses zwischen diesen beiden Komponenten ist ein Kernproblem der sozialistischen Bildungspolitik.

Die Bildung wirkt stets über die in den materiellen und nichtmateriellen Bereichen tätigen Arbeitskräfte auf den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß. Ihr kommt unter anderem auch deshalb zunehmende Bedeutung zu, weil eine quantitative Erweiterung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in der DDR bei dem bereits erreichten hohen Beschäftigungsgrad nur in sehr engen Grenzen möglich ist. Angesichts dieser Situation gewinnen die strukturgerechte Ausbildung, der rationale und zugleich planmäßig-proportionale Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und die gezielte Weiterbildung erhöhte Bedeutung.

Mit der Intensivierung des Reproduktionsprozesses treten die qualitativen Faktoren des Arbeitsprozesses weitaus stärker in den Vordergrund als die quantitativen. Die Bildung ist ein solcher qualitativer Faktor des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Er kann sich aber nicht unabhängig von den anderen Elementen des Reproduktionsprozesses entwickeln. Den wechselseitigen Zusammenhang aller Faktoren effektiv zu nutzen, bedeutet für die Bildung:

- Entwicklung der Qualifikationsstruktur und des Qualifikationsniveaus der Werktätigen entsprechend den gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen;
- Einsatz der Arbeitskräfte entsprechend der von ihnen erworbenen Qualifikation;
- ständige Erhaltung des notwendigen Qualifikationsniveaus für die im Arbeitsprozeß Tätigen (Weiterbildung);

2 Engels, Friedrich, Grundsätze des Kommunismus, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 376.

3 Ebenda.

4 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26.3, Berlin 1968, S. 290.

- Intensivierung der Bildungsprozesse (rationelle Gestaltung ihres Inhalts und der Wissensvermittlung, Organisation des Bildungswesens).

Auf dem VIII. Parteitag der SED wurden die künftigen Entwicklungslinien für die Bildung und Qualifikation der Werktätigen beschlossen. Sie bestehen in der Intensivierung der Bildungsprozesse, und zwar vor allem durch die Erhöhung der Ausbildungsqualität, in der besseren Nutzung des bereits erreichten Bildungsniveaus, der Verbesserung des Einsatzes ausgebildeter Kräfte sowie einer ausgewogenen planmäßig-proportionalen Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Werktätigen. Dabei stellt die Ausbildung hochqualifizierter Fachleute eine grundlegende Aufgabe der Bildungspolitik dar.<sup>5</sup>

## 2. Die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der werktätigen Bevölkerung in der DDR und ihr Einfluß auf die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung

Die ständige Reproduktion aller Elemente und Seiten des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, also auch des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, ist ein Wesenszug der marxistischen Reproduktionstheorie. Die von den Werktätigen verausgabte lebendige Arbeit ist das "belebende Feuer" (Marx) der Produktion und ihr aktives und schöpferisches Element. Die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft ist somit eine Grundbedingung für die ständige Wiederholung des Produktionsprozesses.

Zwischen Umfang, Niveau und Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und den benötigten Arbeitskräften bestehen bestimmte quantitative und qualitative Proportionen. Zur planmäßig-proportionalen Gestaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses werden nicht nur Arbeitskräfte in bestimmter Zahl benötigt, sondern gleichzeitig auch in bestimmter Struktur auf qualitativ hohem Niveau.

Die quantitative Reproduktion des Arbeitskräftepotentials wird im wesentlichen durch Umfang und Struktur der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und die Anzahl von Menschen im arbeitsfähigen Alter bestimmt.

Unter qualitativer Reproduktion des Arbeitskräftepotentials werden die Prozesse der Direktausbildung und Erwachsenenqualifizierung auf einfacher und erweiterter Stufenleiter zur Erreichung eines qualitäts- und strukturgerechten volkswirtschaftlichen Gesamtarbeiters verstanden. Eine schematische Gegenüberstellung und Trennung der quantitativen und qualitativen Reproduktion wäre nicht gerechtfertigt, da beide Prozesse sich durchdringen.

Der zur Entwicklung und Reproduktion des Arbeitsvermögens notwendige Aufwand wird verkörpert durch

- die Kosten für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Inanspruchnahme von Dienstleistungen, gesundheitliche, sportliche und kulturelle Bedürfnisse usw.
- die Kosten für Bildung und Erziehung.

Beide Komponenten bilden eine untrennbare Einheit, deren innere Ausgewogenheit für die persönlichkeitsfördernde und produktivitätssteigernde Funktion der Reproduktion der Arbeitskräfte entscheidend ist.

### 2.1. Einige quantitative Aspekte der Arbeitskräfteentwicklung

Die Entwicklung der Arbeitskräftezahl wird in entscheidendem Maße durch die demographischen Entwicklungstendenzen bestimmt. Bevölkerungszahl und Altersstruktur setzen der Arbeitskräftezahl bestimmte Grenzen.

<sup>5</sup> Vgl. Honecker, Erich. Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 74.

Tabelle 1

Entwicklung der Bevölkerung in der DDR 1960 bis 1971<sup>+</sup>

Jahr	Bevölkerung	Personen im ar-	Anteil der Arbeits-	Prozentuale Entwicklung	
	insgesamt	beitsfähigen Alter	fähigen an der Ge-	der Bevölkerung	im arbeitsfähigen Alter
	in 1 000 Personen		insgesamt		
			in Prozent		
1960	17 188	10 542	61,3		100
1962	17 136	10 211	59,6		99,7
1965	17 040	9 916	58,2		99,1
1971	17 068	9 881	57,9		99,3

<sup>+</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 440.

Die Bevölkerung der DDR nahm von 1950 bis 1965 fast ständig ab und erst danach leicht zu. Ihre Zahl war 1971 um 120 000 Personen geringer als 1960. Das resultierte aus der ungünstigen Altersstruktur aufgrund zweier imperialistischer Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre sowie aus den Störungen des BRD-Imperialismus gegen den Aufbau des Sozialismus in der DDR.

Die Anzahl der Personen im arbeitsfähigen Alter hat sich von 1960 bis 1971 um 661 000 bzw. ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 61,3 auf 57,9 Prozent vermindert.

Die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten der Bevölkerung der DDR werden voraussichtlich auch weiterhin relativ gering sein und unter denen der anderen RGW-Länder liegen.

Tabelle 2

Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Bevölkerung und ihre wahrscheinliche Entwicklung bis 1980 in den RGW-Ländern<sup>+</sup>  
(in Prozent)

Jahre	UdSSR	Polen	Rumänien	Bulgarien	ČSSR	Ungarn	DDR
1970/65	1,2	1,0	0,7	0,8	0,7	0,3	0,2
1975/70	1,2	1,0	0,9	0,8	0,8	0,4	0,3
1980/75	1,3	1,0	1,0	0,7	0,7	0,3	0,3

<sup>+</sup> Sofern keine gesonderten Quellenangaben aufgeführt sind, beruhen die Zahlen auf Berechnungen der Verfasser, die am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der DDR angefertigt wurden.

Diese niedrige Zuwachsrate in der DDR ist vor allem auf eine hohe Sterbeziffer infolge der Altersstruktur der Bevölkerung und auf einen relativ niedrigen Anteil von Frauen im gebärfähigen Alter an der weiblichen Bevölkerung insgesamt zurückzuführen, der zum Beispiel 36,8 Prozent im Jahre 1970 betrug. Die DDR hat daher einen sehr geringen Lebendgeborenenüberschuß zu verzeichnen, der seit 1963 noch eine stark fallende Tendenz aufweist und 1969 sogar durch einen Gestorbenenüberschuß abgelöst wurde.

Tabelle 3

Lebendgeborenen- bzw. Gestorbenenüberschuß in der DDR<sup>+</sup>  
(in Promille)

1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
+ 4,7	+ 3,9	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,5	+ 0,1	- 0,3	- 0,2	+ 0

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 447.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl verlief jedoch nicht parallel zur Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung. Während die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zwischen 1960 und 1971 erheblich zurückging, nahm die Anzahl der Beschäftigten zu. Ursache dieser Entwicklung sind die großen Leistungen der sozialistischen Gesellschaft, die die volle Gleichberechtigung der Frau auch durch ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß ermöglicht, was zu einer ständigen Zunahme des Beschäftigtengrades insbesondere der Frauen führte.

Einem Rückgang der Bevölkerungszahl im arbeitsfähigen Alter von 661 000 Personen zwischen 1960 und 1971 steht eine Zunahme der Gesamtzahl von Berufstätigen um 118 500 Personen gegenüber.

Tabelle 4

Beschäftigtengrad<sup>+</sup> (in %) nach Qualifikationsstufen 1971<sup>++</sup>

Qualifikationsstufe	insgesamt	männlich	weiblich
Insgesamt	85,2	93,4	77,4
Hochschulkader	95,7	97,8	90,2
Fachschulkader	94,3	98,4	87,2
Meister	96,0	97,7	81,0
Facharbeiter	87,5	95,1	78,3
Ohne beruflichen Abschluß	74,3	81,1	71,1

+ Wirtschaftlich Tätige ohne Lernende.

++ Braun, Ernst/Fitzner, Dieter/Schaefer, Reinhard/Wahse, Jürgen, Zur Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Werkstätigen und der Bildungsfonds, in: Forschungsberichte des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, Nr. 5/1973, S. 24 (im Druck).

Der Beschäftigtengrad liegt noch höher, wenn die Lernenden in die Berechnung einbezogen werden. Gegenüber 61 Prozent 1960 beträgt er dann gegenwärtig fast 100 Prozent (statt zirka 94) bei den Männern und 85 Prozent (statt zirka 75) bei den Frauen. Mit diesem hohen Beschäftigtengrad liegt die DDR an der Spitze der entwickelten Industriestaaten der Welt.

## 2.2. Zur Analyse und zu einigen Entwicklungstendenzen der Qualifikationsstruktur

Das, international gesehen, sehr hohe Qualifikationsniveau der Bevölkerung in der DDR ist Ergebnis der kontinuierlichen Bildungspolitik der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR. Allein von 1960 bis 1971 wurden mehr als 2,2 Millionen Jugendliche und Werkstätige zu Facharbeitern ausgebildet. Heute ist es das verfassungsmäßige Recht und die Pflicht jedes Jugendlichen, der nach Abschluß der allgemeinbildenden Schule keine Fach- oder Hochschule besucht, eine Berufsausbildung zu absolvieren. Von 1960 bis 1971 absol-

vierten 602 100 Personen ein Hoch- oder Fachschulstudium. Im Jahre 1971 befanden sich fast 960 000 Werktätige im Aus- und Weiterbildungsprozeß zur Erhöhung ihres politischen und fachlichen Qualifikationsniveaus. All diese umfangreichen bildungspolitischen Maßnahmen sind Ausgangspunkt für das hohe Qualifikationsniveau der Bevölkerung.

Von der Gesamtheit der Bevölkerung über 18 Jahre haben rund 52 Prozent eine berufliche Ausbildung abgeschlossen. Davon haben acht Prozent einen Fach- oder Hochschulabschluß und 43,9 Prozent eine Berufs- oder Meisterausbildung. Die Entwicklungstendenzen im Qualifikations- und Bildungsniveau werden deutlich, wenn man die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung über 18 Jahre nach Altersgruppen betrachtet. Von den 25- bis unter 30jährigen Personen besitzen 80 Prozent eine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Bei den 40- bis unter 45jährigen sind es 58,5 Prozent und bei den 55- bis unter 60jährigen nur 44,5 Prozent, die dieses Ziel erreichten.<sup>6</sup>

Tabelle 5

Bildungs- und Qualifikationsstruktur der Bevölkerung der DDR nach ausgewählten Altersgruppen 1971<sup>+</sup>

Qualifikations- und Bildungsstufe	Bevölkerung über 18 Jahre insgesamt	Darunter		
		25 bis unter 30 Jahre	40 bis unter 45 Jahre	55 bis unter 60 Jahre
Insgesamt	100	100	100	100
Mit beruflicher Ausbildung	51,9	79,9	58,5	44,5
Darunter				
Hochschulkader	2,9	6,0	4,9	1,3
Fachschulkader	5,1	10,0	8,0	3,1
Meister	3,7	3,2	4,9	5,1
Facharbeiter	40,2	60,7	40,7	35,0
Ohne berufliche Ausbildung	48,1	20,1	41,5	55,5
Darunter				
Abschluß 10. Klasse/ Abitur	3,0	2,0	1,9	2,2
Abschluß der 8. Klasse und niedriger	45,1	18,1	39,6	53,3

+ Braun, Ernst/Fitzner, Dieter/Schaefer, Reinhard/Wahse, Jürgen, Zur Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Werktätigen und der Bildungsfonds, in: Forschungsberichte des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften in der DDR, Nr. 5/1973, S. 21 (im Druck).

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über Stand und Entwicklung der Qualifikationsstruktur in der DDR (siehe nächste Seite).

Hinter diesen volkswirtschaftlichen Durchschnittsgrößen verbergen sich große strukturelle Unterschiede. Wenn 1971 in der Volkswirtschaft insgesamt zirka 4,4 Prozent der Beschäftigten einen Hoch- und 7,5 Prozent einen Fachschulabschluß hatten, so betragen die entsprechenden Größen in der Industrie 1,9 und 6,6 Prozent, in der Land- und Forstwirtschaft 1,3 und 3,9 Prozent, im Handel 0,8 und 2,4 Prozent, in den nichtproduktiven Zweigen dagegen 15,8 und 15,5 Prozent.

<sup>6</sup> Braun, Ernst/Fitzner, Dieter/Schaefer, Reinhard/Wahse, Jürgen, Zur Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Werktätigen und der Bildungsfonds, in: Forschungsberichte des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, Nr. 5/1973 (im Druck).

Tabelle 6

Berufstätige nach Qualifikationsstufen (ohne Lehrlinge)  
(in 1 000)

Qualifikationsstufe	1957	1950	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Un- und Angelernte	4737,5	4383,4	4311,9	4210,5	3958,0	3842,8	3685,2	3555,4	3461,3	3303,6	3158,0	2985,6
Facharbeiter	2792,5	2943,5	3028,5	3083,8	3149,1	3227,4	3339,5	3437,2	3524,1	3643,2	3781,9	3933,9
Fachschulabschluß	167,5	263,4	285,5	315,9	347,7	379,4	425,5	448,5	470,4	492,4	518,0	545,5
Hochschulabschluß	112,1	148,7	160,8	176,1	191,2	208,2	225,6	242,7	257,9	272,6	288,0	304,3
Insgesamt	7809,6	7739,0	7786,7	7786,3	7646,0	7657,8	7675,8	7683,8	7713,7	7711,8	7745,9	7769,3

Berechnungsgrundlage:

Für Hoch- und Fachschulabsolventen - für 1964: Anteil der Hochschul- und Fachschulabsolventen an der Gesamtzahl der Berufstätigen sowie ihr Anteil an der Anzahl der Berufstätigen in der sozialistischen Wirtschaft; entsprechende rückläufige und fortlaufende Berechnungen.

Für Facharbeiter - Angaben der Staatlichen Plankommission für 1964.

Entsprechende rückläufige und fortlaufende Berechnungen.

Für Un- und Angelernte - Differenzrechnung zu den Berufstätigen (insgesamt) ohne Lehrlinge.

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, S. 54 f., 370 - 374, 382, 441; ebenda 1966, S. 443 ff.; ebenda 1960/61, S. 124, 128, 133 ff.; ebenda 1959, S. 127; ebenda 1958, S. 123.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen volkswirtschaftlichen Bereichen lassen sich vor allem aus den unterschiedlichen Anforderungen in diesen Bereichen erklären.

Tabelle 7

Gesamtzunahme der Beschäftigten von 1962 bis 1971 nach Qualifikationsstufen<sup>+</sup>  
(Gesamtzunahme jeder Stufe = 100)

Qualifikationsstufe	Produzierender Bereich	Nichtproduzierender Bereich
Hochschulkader	+ 42,4	+ 57,6
Fachschulkader	+ 73,0	+ 27,0
Meister	+ 98,4	+ 1,6
Facharbeiter	+ 90,0	+ 10,0
An- und Ungelernte <sup>++</sup>	- 97,3	- 2,7

+ Braun/Fitzner/Schaefer/Wahse, a. a. O., S. 28.

++ Gesamtabnahme.

Zur Aufdeckung von Reserven und zur Stärkung der produzierenden Bereiche durch qualifizierte Kader bei der Intensivierung des Reproduktionsprozesses ist eine tiefgehende Analyse notwendig. Vom Gesamtzuwachs an qualifizierten Kadern - vom Facharbeiter bis zum Hochschulkader - wurden 1968 bis 1971 fast die Hälfte in den unmittelbar produzierenden Abteilungen der Industriebetriebe eingesetzt, so daß 1971 14 Prozent der Hoch- und Fachschulkader direkt in der Produktion tätig waren. Diese vor allem in den letzten Jahren sich abzeichnende Tendenz ist für den effektiven Einsatz und die Ausnutzung der hochproduktiven Anlagen sowie die Analyse und Entwicklung technologischer Prozesse von größter Bedeutung.

Tabelle 8

Anzahl qualifizierter Kräfte auf je 1 000 direkt in der Produktion Tätige<sup>+</sup>

Qualifikationsstufe	1971	1968
Hochschulkader	3	2
Fachschulkader	16	12
Meister	37	27
Facharbeiter	555	469

+ Braun, Ernst/Fitzner, Dieter/Schaefer, Reinhard/Wahse, Jürgen, Zur Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Werk tätigen und der Bildungsfonds, in: Forschungsberichte des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, Nr. 5/1973, S. 31.

Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und die Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses als Hauptweg ihrer ökonomischen Entwicklung stellen an die Qualifikationsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und damit an die strukturelle Entwicklung des Bildungswesens hohe Anforderungen. Das bedeutet, daß die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Bedarfs an qualifizierten Kadern in Übereinstimmung mit der komplexen sozialistischen Rationalisierung in Abhängigkeit von den realen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten erfolgen muß.

In den letzten Jahren wurden große Anstrengungen unternommen, um die ständig zunehmenden Bildungsbedürfnisse der Werk tätigen und den Bedarf der sozialistischen Gesellschaft nach qualifizierten Kadern zu befriedigen. Dies fand seinen Ausdruck unter anderem

- a) in der starken Erhöhung der Anzahl von in der Berufsausbildung befindlichen Personen (aufgrund des verfassungsmäßig festgelegten Rechtes und der Pflicht jedes Jugendlichen, der keine weiterführende Bildungseinrichtung besucht, einen Beruf zu erlernen);
- b) in der schnellen Zunahme der Zulassungen zur erweiterten Oberschule und besonders zu Hoch- und Fachschulen;
- c) im raschen Wachstum der Staatshaushaltsausgaben für Bildung, die 1957 2,97 Milliarden Mark, 1965 4,35 Milliarden Mark und 1970 5,80 Milliarden Mark (einschließlich der Investitionen 6,6 Milliarden Mark, was 6,3 Prozent des Nationaleinkommens ausmachte) betragen;
- d) in der aus alledem abgeleiteten raschen Verbesserung der Qualifikationsstruktur.

Diese Entwicklung verlief besonders in den Jahren 1967 bis 1970 sehr stürmisch. Dadurch erreichte die DDR im Bestand an Hoch- und Fachschulkadern je 1 000 Beschäftigte, international gesehen, einen führenden Platz (95 Hoch- und Fachschulkader je 1 000 Beschäftigte). Dieses Tempo in Zukunft aufrechtzuerhalten würde die gegenwärtigen gesellschaftlichen Erfordernisse übersteigen. Der Nachholebedarf ist bereits befriedigt. Von 1967 bis 1970 wuchs die Zahl der Zulassungen an Hochschulen nahezu auf das Doppelte. Diese Wachstumsrate beizubehalten, würde den Bestand an Hoch- und Fachschulkadern überproportional ansteigen lassen, aber auch unsere volkswirtschaftlichen Möglichkeiten übersteigen. Neben gewaltigen materiellen Aufwendungen zur Erweiterung und zum Neubau von Bildungseinrichtungen wäre dann auch eine starke personelle Erweiterung des Bildungswesens erforderlich. Starke Schwankungen in der Zahl der Zulassungen und Studierenden sind mit hohen ökonomischen Verlusten verbunden. Daher wurde auf dem VIII. Parteitag der SED eine Intensivierung der Bildungsprozesse und eine rationellere Nutzung des vorhandenen Kaderpotentials beschlossen. Das drückt sich unter anderem in gegenwärtig gleichbleibenden Zulassungsziffern für das Fach- und Hochschulstudium im laufenden Fünfjahrplan aus. Der Bestand an Hoch- und Fachschulkadern wird sich bis 1975 zwar noch auf 129 und bis 1980 auf 148 je 1 000 Beschäftigte erhöhen, ab Mitte der siebziger Jahre wird sich das Wachstumstempo jedoch vermindern.

Ein weiteres wichtiges Problem bei der Gestaltung der Qualifikationsstruktur ist das Verhältnis zwischen Hoch- und Fachschulkadern. Internationale Entwicklungstendenzen weisen darauf hin, daß Arbeitskräfte mit einem dem Fachschulabschluß vergleichbaren<sup>7</sup> mittleren Niveau für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts von großer Bedeutung sind. Das Verhältnis von Hoch- und Fachschulkadern betrug 1965 in der Volkswirtschaft 1 : 1,8 und 1970 1 : 1,7. Mehr als 90 Prozent der Hochschulfernstudenten besitzen bereits einen Fachschulabschluß, wodurch der Volkswirtschaft jährlich beträchtliche Potenzen an Fachschulkadern entzogen werden. Es sind daher größere Anstrengungen notwendig, um die ausgebildeten Fachschulkader tatsächlich in ihrem Beruf wirksam werden zu lassen. Eine gezielte Analyse des Einsatzes der vorhandenen Fach- und Hochschulkader, die unter anderem Arbeitsbereichsanalysen, prognostische Einschätzungen und Möglichkeiten wissenschaftlich-technischer Konzeptionen, Weltstandsvergleiche, Normative der Zweige und Bereiche beinhaltet, sowie eine wissenschaftlich begründete Prognose über die Entwicklung speziell des Verhältnisses von Hochschul- und Fachschulkadern, sind wichtige bildungsökonomische Aufgaben.

Eine andere Tendenz als bei den Hoch- und Fachschulkadern weist die Entwicklung der Facharbeiterausbildung auf. Gegenwärtig hat noch ein relativ großer Teil der Beschäftigten keinen erlernten Beruf (1969 waren das 37 Prozent der männlichen und 70 Prozent der weiblichen Beschäftigten in der sozialistischen Industrie). Der Bedarf an Facharbeitern steigt durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt gesetzmäßig an. Das gilt besonders für

<sup>7</sup> Fachschulausbildung ist ein Spezifikum des Bildungssystems in der DDR.

die sich stark ausdehnenden, der Produktion vorgelagerten Prozesse sowie für Instandhaltung, Wartung und Reparatur der komplizierten Maschinen und Anlagen. Auch der sich ständig erweiternde Dienstleistungsbereich verlangt ein höheres Qualifikationsniveau für die Wartung und Reparatur der hochtechnisierten Konsumgüter, die an Zahl und Bedeutung zunehmen. Das Wachstumstempo in der Facharbeiterausbildung wird sich also nicht vermindern. Es ist vorauszusehen, daß 1980 etwa 65 bis 70 Prozent aller Beschäftigten eine Facharbeiterqualifikation haben werden (gegenwärtig besitzen 12,8 Prozent der Facharbeiter, das sind zirka 526 000 Personen, bereits zwei Facharbeiterabschlüsse). Danach wird ein qualitativer Wandel in der Art der Ausbildung dadurch eintreten, daß die Facharbeiterausbildung auf dem Wege der Erwachsenenqualifizierung an Bedeutung abnehmen wird, weil dann schon etwa 70 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter das sozialistische Bildungssystem durchlaufen haben und damit eine Facharbeiterqualifikation besitzen werden.

Tabelle 9

Anzahl der Personen, die einen Facharbeiterabschluß auf dem Wege der Erwachsenenqualifizierung erreichten<sup>+</sup>

Jahr	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
Anzahl	89 500	77 000	64 300	80 200	87 400	101 100	72 000

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 380.

Fast 40 Prozent der Qualifikationen zum Facharbeiter wurden auf diesem Wege erreicht. Auf den Umschlag nach 1980 gilt es sich langfristig einzustellen, um die in den betrieblichen Bildungseinrichtungen vorhandenen Kapazitäten rechtzeitig auf eine solche Entwicklung umzustellen.

Bei der Festlegung der Qualifikationsstruktur der Arbeiter im unmittelbaren Produktionsbereich gilt es zu beachten, daß mechanisierte und automatisierte Produktionsprozesse nicht unbedingt immer eine umfassende Facharbeiterausbildung verlangen. Gleichzeitig können jedoch ungelernete Kräfte den Anforderungen der immer komplizierter werdenden Arbeitsprozesse in der Regel nicht mehr gerecht werden. Bedeutung und Anteil der Ungelernten werden daher stark zurückgehen. Dagegen werden die bisherigen angelernten Arbeitskräfte eine bestimmte Bedeutung behalten, im unmittelbaren Produktionsbereich als Teilfacharbeiter oft sogar eine wichtige Rolle spielen. In den Bereichen der Wartung und Instandhaltung, wo erhöhte Anforderungen an das Wissen gestellt werden, reichen solche Arbeitskräfte aber im allgemeinen nicht mehr aus. Diese Entwicklungstendenz ist in die Überlegungen über die zukünftige Gestaltung der Qualifikationsstruktur mit einzubeziehen.

Tabelle 10

Entwicklung der Qualifikationsstruktur von Produktionsarbeitern in der sozialistischen Industrie in der DDR<sup>+</sup>  
(in Prozent)

Qualifikationsstufe	1964	1966	1968	1970
Ungelernte Arbeitskräfte	12,0	11,7	10,4	9,6
Angelernte Arbeitskräfte	43,0	41,0	39,5	37,9
Facharbeiter	45,0	47,4	50,2	52,5

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 141.

Der Anteil der angelernten Arbeitskräfte wird sich also aufgrund der wissenschaftlich-technischen Entwicklung verringern müssen, wird aber in bestimmten Bereichen der unmittelbaren Produktion nicht unter einen bestimmten Grenzwert absinken. Für diese angelernten Arbeitskräfte ist ein umfassendes Grundlagenwissen erforderlich, das sie befähigt, sich relativ schnell in bestimmte Arbeitsprozesse einzuarbeiten. Es ist aber zu ermitteln, ob derartige Anforderungen eine vollständige Facharbeiterausbildung im Umfang eines Grundberufes erforderlich machen oder ob nicht die Ausbildung von Teilfacharbeitern sowohl vom ökonomischen Standpunkt als auch von gesellschaftlichen Gesichtspunkten aus am zweckmäßigsten ist.

### 2.3. Laufender und einmaliger Bildungsaufwand als Bestandteil der Kosten für die Reproduktion des Arbeitskräftepotentials

Die im vorigen Abschnitt dargestellten Entwicklungstendenzen der Qualifikationsstruktur finden ihren kostenmäßigen Niederschlag in den wachsenden Staatshaushaltsausgaben für Bildung und in den Bildungsfonds der sozialistischen Gesellschaft. In diesem Zusammenhang erscheint es notwendig, den laufenden und den einmaligen Bildungsaufwand zu definieren. Zum laufenden Aufwand gehören die Staatshaushaltsausgaben für Bildung, die direkt von den Betrieben und Kombinat in im Rahmen der Facharbeiterausbildung und der Erwachsenenqualifizierung aufzubringenden Mittel, die Aufwendungen gesellschaftlicher Organisationen, die Aufgaben des Bildungswesens erfüllen sowie familiäre Bildungsausgaben. Damit wird der laufende Aufwand als Element der Verwendung von Nationaleinkommen bestimmt,

Tabelle 11

Staatshaushaltsausgaben für das Bildungswesen einschließlich Hoch- und Fachschulwesen (ohne Investitionen)<sup>+</sup>

Jahr	Staatshaushaltsausgaben für Bildung	Nationaleinkommen	Anteil der Bildungsausgaben am Nationaleinkommen
1960	3,61 Md. Mark	71,05 Md. Mark	5,08 %
1965	4,35 Md. Mark	84,18 Md. Mark	5,17 %
1970	5,80 Md. Mark	108,32 Md. Mark	5,36 %

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 17, 330; und eigene Berechnungen.

Ein immer größerer Teil der Bildungsausgaben wird von Betrieben aufgebracht. Dieses Verhältnis wird sich im Prognosezeitraum stark zugunsten der betrieblichen Ausgaben verändern, die 1970 etwa 2 Milliarden Mark betragen. Davon entfielen 1,2 Milliarden Mark auf die Erwachsenenqualifizierung (Aus- und Weiterbildung) und 0,8 Prozent auf die betriebliche Berufsausbildung.

Da die Ausbildung meist einen längeren Zeitraum umfaßt und die Lernenden in der Regel keine produktiven Leistungen erbringen, setzt der Rückfluß der aufgewendeten Kosten erst ein, wenn die Arbeitskräfte produktiv tätig werden. Bis zu diesem Zeitpunkt haben sich, ähnlich wie in den anderen Bestandteilen des Nationalreichtums, die laufenden gesellschaftlichen Bildungsaufwendungen im Qualifikationsniveau der Werk-tätigen, in den Bildungsfonds akkumuliert. Unter den Bildungsfonds versteht man vom Standpunkt der Fondsökonomie den einmaligen Aufwand, der für die Qualifizierung der Arbeitskräfte gesellschaftlich erforderlich war, also die in den Arbeitskräften materialisierten Bildungsausgaben. Nach Marx kann die Bildung des Individuums "vom Standpunkt des unmittelbaren Produktionsprozesses aus" als "Produktion von capital fixe" betrachtet werden, wobei er hinzufügt, daß "dieses capital fixe being man himself".<sup>8</sup> In einem anderen Zusammenhang heißt es bei

8 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 599.

Marx: "Was wirklich 'aufgehäuft' wird, aber nicht als tote Masse, sondern als Lebendiges, ist das Geschick des Arbeiters, der Entwicklungsgrad der Arbeit... Es ist dies das wahre Prius, das den Ausgangspunkt bildet, und dies Prius ist das Resultat eines Entwicklungsgangs. Anhäufung ist hier Assimilation, fortwährende Erhaltung und Umgestaltung zugleich des schon Überlieferten, Realisierten."<sup>9</sup>

Der Bildungsfonds ist somit ein Element des Nationalreichtums. Ihn rationell zu nutzen bedeutet für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft eine Beschleunigung des Umschlags der Fonds und dadurch eine Intensivierung des Reproduktionsprozesses.

Tabelle 12

Entwicklung der spezifischen Bildungskosten der einzelnen Qualifikationsstufen<sup>+</sup>  
(in Mark)

Jahr	Un- und Angelernte	Facharbeiter	Fachschulkader	Hochschulkader
1960	8 608	14 919	23 592	41 500
1965	9 307	15 409	23 244	43 808
1970	10 656	17 162	23 562	48 257

+ Ludwig, Udo/Maier, Harry/Wahse, Jürgen, Bildung als ökonomische Potenz im Sozialismus, Berlin 1972, S. 346.

Tabelle 13

Entwicklung der Brutto-Bildungsfonds der Volkswirtschaft nach Qualifikationsstufen<sup>+</sup>  
(in 1 000 M)

Qualifikationsstufe	1960	1965	1970
Un- und Angelernte	37 732	34 298	31 815
Facharbeiter/Meister	43 914	51 445	67 514
Fachschulkader	6 214	9 890	12 853
Hochschulkader	6 170	9 883	14 685
Insgesamt	94 030	105 516	126 867

+ Ludwig, Udo/Maier, Harry/Wahse, Jürgen, Bildung als ökonomische Potenz im Sozialismus, Berlin 1972, S. 346.

Die steigende Tendenz bei den Staatshaushaltsausgaben für Bildung, den spezifischen Bildungskosten und den Bildungsfonds ist sowohl für die Effektivitätsanalysen als auch für die prognostische Einschätzung der kostenmäßigen Entwicklung von Bildungsprozessen näher zu untersuchen. Hierbei müssen die Faktoren analysiert werden, die die Kosten beeinflussen und die gewisse Vorstellungen über Umschlagspunkte, Sättigungserscheinungen, Schwankungen, Sprünge usw. vermitteln. Dabei sind einzelne Kostenarten für die Bildung zu untersuchen (Lehrergehälter, Investitionen, Material usw.) und eine Reihe von Relationen zu berücksichtigen, wie die zwischen Lehrer und Schüler, Schüler und Klassenraum, andererseits aber auch Bevölkerungsentwicklung, Ersatzbedarf, Einkommensentwicklung und anderes. Die folgenden fünf Faktoren beeinflussen im wesentlichen die Entwicklung des Bildungsaufwandes ( $B_A$ ):

$$B_A = \sum_i P_i \cdot e_i \cdot c_i \cdot w_i \cdot (1 + k_i)$$

9 Derselbe, Theorien über den Mehrwert, a. a. O., S. 289.

$P_i$  = Bevölkerungszahl im ausbildungsfähigen Alter der  $i$ -ten Klassenstufe.

Bei einer gleichmäßig verlaufenden Bevölkerungsentwicklung, bei einem pyramidenförmigen Altersaufbau ist eine steigende Tendenz der Bildungsausgaben zu erwarten. Die Tendenz trifft auch für die DDR in naher Zukunft zu, da die durch den Krieg und die Nachkriegszeit bedingten geburtenarmen Jahrgänge in den nächsten Jahren das Bildungswesen im allgemeinen bereits verlassen haben. Jedoch haben in den letzten Jahren die Geburtenziffern stark abgenommen, so daß dadurch entgegenwirkende Tendenzen ausgelöst werden.

$e_i$  = Schulbesuchsrate der  $i$ -ten Klassenstufe.

In der DDR steigt diese Rate vor allem in den Oberschulen aufgrund der obligatorischen Zehnklassenschulbildung. Bedingt durch die gleichbleibenden Zulassungszahlen an Hoch- und Fachschulen und die relativ konstante Bevölkerungsentwicklung wird sich der Anteil der Studenten an den jeweiligen Jahrgängen nicht wesentlich erhöhen.

$c_i$  = Relation zwischen der Zahl der Beschäftigten im Bildungswesen und der Zahl der Schüler der  $i$ -ten Klassenstufe. Hier spielt die Lehrer-Schüler-Relation die entscheidende Rolle. Die im Verhältnis zur Schülerzahl überproportionale Entwicklung des Lehrbedarfskoeffizienten hat folgende Gründe:

1. Die Arbeitszeit der Lehrkräfte verkürzt sich tendenziell.
2. Die Schülerzahlen je Klasse werden geringer.
3. Der hohe Anteil weiblicher Lehrkräfte (etwa 70 Prozent) erhöht den Lehrbedarfskoeffizienten, da die Arbeitszeitauslastung bei Frauen geringer ist als bei den männlichen Lehrkräften (Halbtagsarbeit, Haushaltstage, Schwangerschaftsurlaub usw.)

$w_i$  = Pro-Kopf-Gehalt der im Bildungswesen Beschäftigten für die  $i$ -te Klassenstufe.

Durch den steigenden Bedarf an höherqualifiziertem Ausbildungspersonal ist auch hier eine steigende Tendenz zu erwarten.

$k_i$  = Verhältnis der Materialkosten und sonstigen Kosten zum Lohnfonds für die  $i$ -te Klassenstufe.

Eine Prognose für diese Kosten ist sehr schwierig, da gegeneinander wirkende Faktoren auftreten. Es ist anzunehmen, daß  $k$  relativ konstant bleiben wird. Die technische Ausstattung im Lehrbetrieb wird für eine effektivere Wissensvermittlung steigen müssen (zum Beispiel Lehrautomaten), wertmäßig wirken dieser Steigerung aber andere Tendenzen entgegen.

### 3. Probleme der Weiterbildung ausgebildeter Kader

Innerhalb der einfachen Reproduktion des Arbeitskräftepotentials gewinnt die Weiterbildung, die aufgrund der gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung notwendig wird, immer mehr Bedeutung.

Die Weiterbildung umfaßt die Erneuerung, Vertiefung und Erweiterung von Wissen, Kenntnissen und Fertigkeiten innerhalb des ausgeübten Berufes der jeweiligen Qualifikationsstufe. Die mit der Rationalisierung, Mechanisierung und Automatisierung verbundene schnelle Veränderung des beruflichen Tätigkeitsbildes und die sich mit der entwickelten sozialistischen Gesellschaft verändernden Anforderungen an die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten erfordern eine gezielte Weiterbildung innerhalb und außerhalb des Arbeitsprozesses.

Das einmal in der Ausbildung erworbene Wissen muß ständig auf den neuesten Stand gebracht werden, damit jeder Werktätige den Anforderungen seines Arbeitsplatzes gewachsen ist und

seiner Stellung als Miteigentümer an den Produktionsmitteln gerecht wird. Die Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses verlangt einen ständig zunehmenden Umfang der Weiterbildung bei gleichzeitig effektivster Gestaltung des Bildungsprozesses. Dies bedeutet, daß sich in Zukunft die Relation zwischen Aus- und Weiterbildung verändern wird, was sich auch in der Kostenstruktur der Bildungsausgaben niederschlagen wird.

Die einfache Reproduktion des Qualifikationsniveaus geht hierbei in der Regel über die einfache Wissenserneuerung hinaus und erweitert den Kenntnisstand der Werkstätigen entsprechend den gestiegenen Anforderungen auf das gesellschaftlich notwendige Niveau. Damit ist, vom einzelnen Werkstätigen aus gesehen, zwar jede Wissensaneignung mit einer Erweiterung der Kenntnisse und Fertigkeiten verbunden, diese Erweiterung vermittelt aber, vom gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß aus gesehen, das gegenwärtig gesellschaftlich notwendige Niveau an Wissen und wird vom Standpunkt der Reproduktion des volkswirtschaftlichen Gesamtarbeiters als einfache Reproduktion bezeichnet.

Die Notwendigkeit der ständigen einfachen Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Werkstätigen wird im wesentlichen durch zwei Komponenten bestimmt:

1. die objektive Komponente, die sich aus den Wirkungen ergibt, die aus der Dynamik der gesellschaftlich-technischen Entwicklung resultieren und die Erneuerung des Wissens notwendig machen;
2. die subjektive Komponente, die sich aus physischen und psychischen Faktoren zusammensetzt und auf die die Kenntnisse und Fertigkeiten der Arbeitskräfte Einfluß haben.

Die objektive Komponente stellt die entscheidende und bestimmende Ursache für den Umfang der Weiterbildung der Werkstätigen dar. Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft setzt voraus, daß die sozialistische Persönlichkeit als Eigentümer und Produzent ihrer Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß gerecht wird. Hierzu gehören sowohl hohe fachliche Kenntnisse als auch eine fundierte marxistisch-leninistische Bildung, ein fester Klassenstandpunkt und ein hohes gesellschaftliches Bewußtsein.

Ausgehend von den objektiven Entwicklungstendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, müssen alle Bildungspläne berücksichtigen, wie lange das in der Ausbildung erworbene Wissen, die Fähigkeiten und Fertigkeiten, aktuell und ausreichend bleiben. Da derselbe Mensch als Träger der Bildung bis zu fünfzig Jahren im Arbeitsprozeß bleibt, muß er sein Wissen ständig vervollkommen, das heißt ein Leben lang lernen.

Neben der spezifischen Veraltung von Wissen und Fertigkeiten, die innerhalb eines Berufes gebraucht werden, verändert sich auch der Bedarf an einzelnen Berufen und Tätigkeiten aufgrund von Strukturveränderungen innerhalb der Volkswirtschaft. Die damit verbundenen Umschulungen haben objektive Ursachen. Sie ergeben sich aus der Veränderung der Beschäftigungsproportionen und der Berufsstruktur in fast allen Bereichen der Volkswirtschaft. Die Umschulungsmaßnahmen im Ergebnis strukturpolitischer Entscheidungen bzw. zur Vorbereitung von Strukturveränderungen können sowohl zu einem anderen Beruf auf gleicher Qualifikationsstufe als auch zu einer höheren Qualifikationsstufe führen.

Während in der Vergangenheit der Umschulungsprozeß meist auf gleicher Qualifikationsstufe erfolgte, also zur einfachen Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Werkstätigen gerechnet werden konnte, werden in Zukunft mit der Umschulung Qualifizierungsmaßnahmen verbunden sein, die un- und angelernte Arbeitskräfte, speziell bei schwerer körperlicher und monotoner Arbeit, zu höheren Qualifikationsstufen führen (erweiterte Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfte).

Die subjektive Komponente, die den Umfang der Reproduktion des Qualifikationsniveaus mitbestimmt, beruht auf dem "Vergessen und Verlernen" von nicht angewandten Kenntnissen

und Fertigkeiten. Nach einer bestimmten Zeit ist eine Weiterbildung auch infolge des natürlichen Prozesses des Vergessens und Verlernens zur Reproduktion eines gesellschaftlich notwendigen Bildungsniveaus erforderlich. Hier geht es also nur um das nicht angewandte Wissen. Das im Arbeitsprozeß angewandte Wissen verlernt man dagegen nicht, sondern seine Nutzung ist im Gegenteil beständig Quelle der qualifizierten Reproduktion.

Die planmäßige Durchführung des volkswirtschaftlichen und betrieblichen Reproduktionsprozesses verlangt eine systematische Erneuerung und Erweiterung des Wissens, der Kenntnisse und Fähigkeiten. Für die effektive Gestaltung des Systems der Weiterbildung ist es erforderlich, neben der Analyse für die ständige Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Werkstätigen, neben einer gezielten und fundierten inhaltlichen Konzeption für die Weiterbildung und die Entwicklung rationeller Formen ihrer Durchsetzung, vor allem den zeitlichen Umfang der Qualifizierungsmaßnahmen zu bestimmen.

Die Entwicklung der Persönlichkeit und ihre Produktivität können nur bei gezielter arbeits- und aufgabenbezogener Weiterbildung bis zum Ausscheiden aus dem Berufsleben gesichert werden. Die Wissensvermittlung kann sich daher nicht mehr allein auf die Phase der Jugend beschränken, sondern sie ist ein permanenter Prozeß, wobei gilt: Je schneller sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt entwickelt, desto umfangreicher müssen die Weiterbildungsmaßnahmen sein.

Daraus ergibt sich als eine entscheidende volkswirtschaftliche Aufgabenstellung die optimale Verteilung der vorhandenen Zeitressourcen auf die Berufstätigkeit und die Weiterbildung.

Die gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungstendenzen - das heißt der gesellschaftlich benötigte Wissenszuwachs - können in einer Fortschrittsrate des Wissens  $r'$  prozentual ausgedrückt werden:

$$r' = \frac{\Delta r \cdot 100}{r}$$

Darin sind

$r$  = Fonds an erworbenem Wissen und an Fertigkeiten einer qualifizierten Arbeitskraft (vorhandene fachliche, allgemeine und gesellschaftliche Kenntnisse);

$\Delta r$  = jährlicher Zuwachs an gesellschaftlich notwendigen Kenntnissen für eine qualifizierte Arbeitskraft.

Die Fortschrittsrate  $r'$  bringt zum Ausdruck, um wieviel Prozent das vorhandene Wissen und die erworbenen Fertigkeiten einer qualifizierten Arbeitskraft jährlich erweitert werden müssen, damit die wert- und gebrauchswertschaffende Potenz der Werkstätigen dem gesellschaftlich notwendigen Niveau entspricht.

Diese in der Fortschrittsrate des Wissens  $r'$  sich ausdrückende gesellschaftliche und wissenschaftlich-technische Entwicklung ruft also eine Veraltung des vorhandenen Wissens und der erworbenen Fertigkeiten hervor, das heißt, Wissen und Fertigkeiten befinden sich nicht mehr auf dem gesellschaftlich notwendigen Niveau. Verschiedene Formen der Weiterbildung müssen diesem Veraltungsprozeß entgegenwirken.

Um zu ersten empirischen Größen über den zeitmäßigen Umfang der ständigen Reproduktion des Qualifikationsniveaus zu kommen, ist es notwendig, die Fortschrittsrate  $r'$ , deren Höhe Ausgangspunkt für die Berechnung des Umfangs der Weiterbildung ist, zu bestimmen.

Vergleiche und Untersuchungen im volkswirtschaftlichen und internationalen Maßstab weisen auf eine durchschnittliche Fortschrittsrate des Wissens von 4 bis 6 Prozent hin. Diese Fortschrittsrate ist eine historische Größe. Sie ist abhängig von der Dynamik der gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Sie erhöht sich mit der weiteren Ver-

kürzung der Umschlagszeit des Wissens, der Überleitungszeiten neuer Erzeugnisse in die Produktion und der Nutzungszeit von Forschungsergebnissen, wird aber auch von der sich wandelnden gesellschaftlichen Stellung der Werktätigen im Reproduktionsprozeß beeinflusst.

Es gibt auch eine Reihe von Faktoren, die dem Umfang der Wissensveraltung entgegenwirken.

1. Der Veraltungsprozeß betrifft vorrangig die in der beruflichen Ausbildung erworbenen Kenntnisse, also im wesentlichen die Ausbildung nach Absolvierung der 10klassigen polytechnischen Oberschule.
2. Das in der beruflichen Ausbildung erworbene Wissen veraltet nicht vollständig. Die grundlagenorientierte Ausbildung in allen Qualifikationsstufen wirkt dem Veraltungsprozeß entgegen. Speziell die Anerziehung der Fähigkeit, selbständig Wissen zu erwerben, und die Schulung der Abstraktionsfähigkeit unterliegen nur in sehr eingeschränktem Umfang einer Veraltung. Andererseits wird auch ein Teil der erforderlichen Weiterbildung permanent durch die Berufserfahrung substituiert. In ähnlicher Weise wirkt die nichtorganisierte Weiterbildung der Werktätigen der Veraltung des Wissens entgegen. Diese Tendenzen reduzieren den Teil des Wissens erheblich, der durch Weiterbildung erneuert werden muß.
3. Für alle weiteren Überlegungen und Berechnungen mit der Fortschrittsrate des Wissens gilt, daß diese gesellschaftlichen Durchschnittsgrößen sowohl für die einzelnen Qualifikationsstufen als auch für die jeweiligen Fachdisziplinen, entsprechend den spezifischen Bedingungen, gesondert der Analyse unterzogen werden müssen. Je höher das Qualifikationsniveau und damit die erworbenen Kenntnisse, um so umfangreicher und rascher muß die Weiterbildung erfolgen. Andererseits ist es notwendig, vorrangig die in strukturbestimmenden Zweigen vorhandenen Fachkader einer Weiterbildung zu unterziehen bzw. diejenigen natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen, die zur Zeit revolutionierenden Entwicklungen unterworfen sind.
4. Die differenzierten Formen, Methoden, der Inhalt und die Ansprüche der Direktausbildung beeinflussen ebenfalls den Veraltungsprozeß des Wissens. Vorrangig gilt das für die Herausbildung der Disponibilität und für die berufsbezogene Ausbildung.

Wenn die Größenordnungen für die Weiterbildung während der gesamten Berufstätigkeit einer Arbeitskraft mit Hilfe der Fortschrittsrate eingeschätzt worden sind, kommt zwangsläufig dem Problem große Bedeutung zu, in welcher Form die einfache Reproduktion des Qualifikationsniveaus erfolgen soll und wie oft und wie lange innerhalb der Veraltungsperiode eine Weiterbildung notwendig ist. Die Weiterbildung vollzieht sich im wesentlichen in zwei Formen<sup>10</sup>, als permanente und als zyklische Weiterbildung.

Die permanente Weiterbildung ist in erster Linie eine bewußt organisierte, aber auch nichtorganisiert betriebene theoretische und praktische Weiterbildung der Werktätigen. Diese Form vollzieht sich kontinuierlich ohne Unterbrechung während des gesamten Berufslebens und gewinnt ständig an Bedeutung. "Für den Erwerb neuer Kenntnisse und Fertigkeiten gewinnt die Einheit von Arbeiten und Lernen immer größere Bedeutung. Die Leiter der Arbeitskollektive entwickeln mit Hilfe der Gewerkschaften systematisch die Weiterbildung im Prozeß der Arbeit."<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Der Übergang zwischen permanenter und zyklischer Weiterbildung ist fließend, eine eindeutige Zuordnung ist in Grenzfällen teilweise nicht möglich.

<sup>11</sup> Beschluß über die Grundsätze der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen, in: Sozialistische Demokratie, Beilage 39/1970, S. 14.

Der Lernprozeß innerhalb der permanenten Weiterbildung ist somit räumlich mit dem Arbeitsprozeß identisch; kurzfristig wird aber diese räumlich-zeitliche Identität bei manchen Formen der permanenten Weiterbildung auch aufgehoben. Sie vollzieht sich sowohl am Arbeitsplatz, im Betrieb (arbeitsintegriertes Lernen) als auch in speziellen betrieblichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, im familiären Kreis, durch Presse, Funk und Fernsehen in organisierter und nichtorganisierter Form.

Die zyklische Erwachsenenqualifizierung zur einfachen Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Werkstätigen beinhaltet eine sich periodisch wiederholende Erneuerung, Vertiefung und Erweiterung des Wissens, der Kenntnisse und Fertigkeiten der Werkstätigen innerhalb einer Qualifikationsstufe.

Die zyklische Erwachsenenqualifizierung innerhalb der einfachen Reproduktion umfaßt alle qualifizierten Kader unter besonderer Berücksichtigung der Führungskader.

Grundsätzlich muß diese Form der Erwachsenenqualifizierung in organisierter Form auf der Basis wissenschaftlich begründeter Pläne vor sich gehen. Form, Inhalt, Dauer und Abstände dieser zyklischen Erwachsenenqualifizierung richten sich sowohl nach der speziellen Fortschrittsrate des Wissens in dem jeweiligen Wirtschaftszweig, nach dem Tätigkeitsbereich als auch nach der jeweiligen Qualifikationsstufe.

Für die beiden Hauptformen der Weiterbildung gelten die marxistisch-leninistischen Prinzipien der Einheit von politisch-ideologischer und arbeitsbezogener Bildung.

Entsprechend den konkreten Bedingungen des jeweiligen Tätigkeitsbereiches muß das Verhältnis zwischen permanenter und zyklischer Weiterbildung effektiv gestaltet werden, sowohl was die Aufteilung der Zeitressourcen auf Berufstätigkeit und Weiterbildung als auch das rationelle Verhältnis zwischen berufsbezogener Spezialausbildung und Schulung der Abstraktionsfähigkeit betrifft. Die Auswahl der unterschiedlichen Lernmethoden und Leistungskategorien ist für die Effektivität der Weiterbildung entscheidend wichtig.

Für die effektive Aufteilung auf permanente und zyklische Weiterbildung kann es keine allgemeingültigen Größen geben. Die Betriebe und Kombinate müssen hierbei die technologische Struktur und deren Entwicklungsprognose, die jeweilige Qualifikationsstufe und Fachrichtung, das individuelle Lernverhalten und die Interessen der einzelnen Werkstätigen, die vorhandenen Kapazitäten und Formen von Bildungseinrichtungen und anderes berücksichtigen und die benötigte Weiterbildungszeit nach wissenschaftlich begründeten Methoden und Vorstellungen aufteilen.

Neben dem Problem, den zeitlichen Umfang der Weiterbildung zu bestimmen und ihre effektivsten Formen und Methoden zu ermitteln, rücken die mit ihr verbundenen Kosten immer stärker in den Vordergrund. Der von den für die Aus- und Weiterbildung der Werkstätigen verantwortlichen Betrieben und Kombinat zu tragende Anteil an den Qualifizierungskosten wächst. Auch das Volumen dieser Ausgaben wird im Prognosezeitraum entsprechend dem Umfang der notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen weiter wachsen. Die langfristige Planung und Prognose der anfallenden Kosten und deren Bereitstellung sind eine wichtige Voraussetzung für die effektive Gestaltung der Bildungsprozesse.

#### 4. Probleme der langfristigen Arbeitskräfte- und Bildungsplanung für die planmäßige Entwicklung des Bildungswesens und die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung

Der langfristigen Planung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus der Werkstätigen kommt in der gesamtgesellschaftlichen Planungs- und Prognosetätigkeit der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ein zentraler Platz zu.

Ihr sozialökonomischer Inhalt besteht - auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln - darin, schrittweise, entsprechend den erreichten ökonomischen Möglichkeiten, die wesentlichen Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit zu beseitigen, die körperlich schwere und geistig monotone Arbeit ständig zu reduzieren und gesellschaftliche Voraussetzungen für die Entwicklung aller sozialen, produktiven, geistigen, physischen und ästhetischen Anlagen und Fähigkeiten aller Mitglieder der Gesellschaft zu schaffen.

Für die Prognose und Leitung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses ergibt sich hieraus das Problem, die gesellschaftliche Arbeit auf den Produktionsprozeß, das Bildungswesen, die Wissenschaftsentwicklung und die übrigen Bereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses so zu verteilen und zur Wirkung zu bringen, daß ein möglichst hohes Niveau der Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft erreicht werden kann.

Kontinuität und Stabilität im Bildungsprozeß sind nur möglich, wenn eine erfolgreiche prognostische und perspektivische Arbeit für die Entwicklung der Bildung und Wissenschaft geleistet und die Proportionalität zwischen volkswirtschaftlichem Reproduktionsprozeß und Bildungswesen sowie im Bildungswesen selbst entsprechend dem Gesetz der Ökonomie der Zeit gewahrt wird.

Die Vielschichtigkeit und Kompliziertheit der Planungs- und Leitungsprozesse im sozialistischen Bildungswesen ergeben sich aus seiner Rolle im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Die Bildung und Ausbildung des Menschen zur bewußten sozialistischen Persönlichkeit und zum qualifizierten Fachkader umfaßt nicht nur einen relativ großen Zeitraum, die vermittelte Bildung und Qualifikation muß sich nicht nur im Prozeß der raschen Vermehrung dieses Wissens behaupten und entwickeln, die Arbeitskraft hat nicht nur eine hohe Dispositionsbildung zu erwerben, um sich auf Veränderungen in der Berufsstruktur einstellen zu können, sondern Bildung und Ausbildung wirken auch auf den sozialistischen Menschen in seiner Vielschichtigkeit ein, mit seinen differenzierten Interessen, Anlagen, Fähigkeiten und Neigungen. Wenn in den folgenden Betrachtungen der ökonomische Aspekt im Vordergrund steht, so liegt dem Autor eine Verabsolutierung dieser Seite jedoch fern; es geht vielmehr um die Entwicklung von Instrumentarien, die richtig angewandt und bei Beachtung ihrer Grenzen zu einer Erhöhung der Rationalität des Entscheidungsprozesses im Bildungswesen beitragen könnten.

Auch in der sozialistischen Bildungsplanung stellt die Bilanzmethode das methodologische Kernstück dar. Zunächst wird der Bedarf der sozialistischen Gesellschaft an ausgebildeten Kadern ermittelt und nach Abzug des vorhandenen Bestands an bereits ausgebildeten Kadern die Ausbildungskapazität des sozialistischen Bildungswesens abgeleitet. Diesen Größen werden die vorhandenen und bereits projektierten Ausbildungskapazitäten des Bildungswesens gegenübergestellt. Dann muß durch schrittweise Annäherung der Ziffern für die Ausbildungskapazitäten und der für den gesellschaftlichen Bildungsbedarf ein Bilanzgleichgewicht erreicht werden.

In jeder Entwicklungsphase realisiert die sozialistische Gesellschaft eine Vielzahl politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Ziele. Dazu benötigen die entsprechenden gesellschaftlichen Bereiche Arbeitskräfte mit unterschiedlicher Qualifikation. Sie decken diesen Bedarf aus zwei Quellen; bereits früher ausgebildete und heute noch berufstätige Arbeitskräfte (vorhandener Bestand) und Neuzugänge aus dem sozialistischen Bildungswesen. Die Neuzugänge müssen den Ersatz- und Expansionsbedarf der Qualifikationsstufen decken. Der Bedarf an ausgebildeten Kadern soll dabei anhand konkreter Aufgabenstellungen in den späteren Einsatzbereichen der ausgebildeten Kader und anhand spezifischer Kriterien bestimmt werden. Der Bedarf der sozialistischen Gesellschaft an ausgebildeten Kadern kann in folgenden gesellschaftlichen Komplexen untersucht werden (Aufspaltungsmodell)<sup>12</sup>:

1. materielle Produktion, in der die Voraussetzungen für die Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der sozialistischen Gesellschaft geschaffen werden;
2. Staats- und Wirtschaftsführung der sozialistischen Gesellschaft (einschließlich Kaderbedarf der NVA);
3. Bereich Wissenschaft (einschließlich Forschung und Entwicklung);
4. Dienstleistungseinrichtungen, Gesundheitswesen, Kultur und Sport;
5. sozialistisches Bildungswesen der DDR.

Für jeden der ersten vier Komplexe kann der Kaderbedarf zunächst insgesamt, ohne Berücksichtigung der Ausbildungsstruktur, ermittelt werden. Der Arbeitskräftebedarf der materiellen Produktion wird, ausgehend von der prognostischen Entwicklung des Nationaleinkommens bzw. Nettoproduktes und des Pro-Kopf-Standes der Arbeitsproduktivität, bestimmt. Der Kaderbedarf der sozialistischen Staats- und Wirtschaftsführung wird vom Niveau der zentralen staatlichen Planungs- und Prognosestätigkeit, vom Entwicklungsstand der sozialistischen Demokratie, vom organisatorischen Aufbau des Staats- und Wirtschaftsapparates und von der Verwaltungsstruktur der DDR abgeleitet. Im Bereich der Wissenschaft muß von den Aufgaben und Entwicklungslinien des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, den kulturellen Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft, der inneren Verflechtung der Forschungsdisziplinen, der davon abgeleiteten Größe des Forschungspotentials, dem Grad der Formalisierbarkeit geistiger Prozesse, dem Verhältnis von technischem und Verwaltungspersonal, der interdisziplinären Zusammensetzung der Forscherkollektive usw. ausgegangen werden. Der Kaderbedarf für den Dienstleistungsbereich, das Gesundheitswesen, für Kultur und Sport hängt von der Bevölkerungsentwicklung und ihrer Altersstruktur, im Dienstleistungsbereich zusätzlich vom allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung und in kulturellen und sportlichen Einrichtungen vom Umfang der Freizeit ab. Bei der Ermittlung des Kaderbedarfs in diesen Bereichen können unter anderem auch Dichteziffern verschiedener Art (zum Beispiel Anzahl der Ärzte pro 1 000 Einwohner) angewendet werden.

Nach dieser getrennten Ermittlung des Arbeitskräftebedarfs für die ersten vier gesellschaftlichen Komplexe beginnt die zweite Etappe zur Ermittlung der Berufsstruktur. Auf den kleinsten Aggregationsstufen (Zweig, Forschungsverband usw.) muß von Experten aus den entsprechenden Bereichen die Verteilung der Arbeitskräfte auf Berufsgruppen und Tätigkeiten abgeschätzt werden. Ist der Gesamtbedarf der sozialistischen Gesellschaft an Arbeitskräften für die einzelnen Berufsgruppen auf diese Weise festgestellt, kann der Ersatz- und Expansionsbedarf anhand der Altersstruktur der bereits ausgebildeten und noch berufstätigen Arbeitskräfte abgeleitet werden. Durch die Zuordnung von Berufen zu Ausbildungsfachrichtungen erhält man in der dritten Etappe Kenntnis von den Anforderungen, die die sozialistische Gesellschaft an das sozialistische Bildungswesen stellt. Der zu befriedigende Ersatz- und Expansionsbedarf an ausgebildeten Arbeitskräften dient gleichzeitig zur Bestimmung des Bedarfs an ausgebildeten Kadern für den fünften gesellschaftlichen Komplex, das sozialistische Bildungswesen. Auf der Grundlage der Summe aus dem Arbeitskräftebedarf der fünfgesellschaftlichen Komplexe kann eine Arbeitskräftebilanz aufgestellt werden. Die getrennte Ermittlung des Arbeitskräftebedarfs läßt keine sofortige Übereinstimmung mit der Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte erwarten. Der Bedarf der einzelnen Komplexe muß auf der Basis von Veränderungen in den geplanten Wegen zur Realisierung der gesellschaftlichen Zielstellungen (geplantes Niveau der Arbeitsproduktivität, Automatisierungsgrad usw.) so lange von neuem durchgerechnet werden, bis Bilanzgleichgewicht eintritt. Nunmehr kann, ausgehend vom Ersatz- und Expansionsbedarf in den einzelnen Berufsgruppen bzw. Ausbildungsfachrichtungen, die erforderliche innere Struktur des sozialistischen Bildungswesens abgeleitet werden.

12 Ludwig, Udo/Maier, Harry/Wahse, Jürgen, Die ökonomische Potenz der Bildung im Sozialismus, Berlin 1972, Kapitel 3.

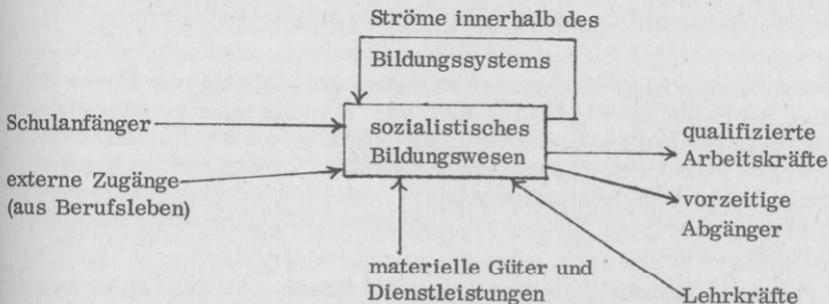
Die Ergebnisse des Aufspaltungsmodells dienen als Ausgangsdaten für ein inneres Verflechtungsmodell des Bildungswesens. Mit der Untersuchung der inneren Proportionalität des Bildungswesens soll die Frage beantwortet werden, wie der ermittelte Bedarf an qualifizierten Kadern mit möglichst geringem Mittelaufwand abgedeckt werden kann.

Für die Darstellung des Bildungswesens als eines Systems miteinander verbundener und voneinander abhängiger Prozesse im Rahmen eines konsistenten Modells bietet das auf ökonomischem Gebiet erprobte Instrumentarium der Verflechtungsbilanzierung vielversprechende Möglichkeiten.<sup>13</sup>

Die Sicherung der inneren Proportionalität des Bildungswesens erfordert, die Ausbildung auf jeder Stufe entsprechend dem Bedarf der nächstfolgenden Stufe (zum Beispiel die notwendige Zahl von Abiturienten auf dem für das Hochschulwesen notwendigen Niveau) vorzunehmen. Dabei gilt allgemein, daß Quantität und Qualität der ausgebildeten Kader in der vorgelagerten Stufe (S) den Anforderungen der folgenden Bildungsstufen entsprechen müssen:

$$S_1 > S_2 > \dots > S_n$$

Übergangsquoten von Bildungsgang zu Bildungsgang und von Bildungsstufe zu Bildungsstufe erlauben es, im Rahmen einer solchen Verflechtungsbilanz mögliche Auswirkungen verschiedener Änderungen dieser "Durchläufe" zu analysieren. Hierbei stellen die verschiedenen Übertrittsquoten (zur nächsthöheren Klassenstufe, Abgangsquoten und Wiederholerquoten) wichtige Variable für die Bildungspolitik dar. Eine Verflechtungsbilanz des sozialistischen Bildungswesens, die auf den Übergangsquoten der Schüler von Bildungsstufe zu Bildungsstufe basiert, ermöglicht es, mit Hilfe einer Reihe von Koeffizienten auch den entsprechenden Bedarf an Klassenräumen, Lehrern und anderen Einsatzkomponenten abzuschätzen und vor allem über die Berechnung eines Einheitskostenschemas (Kosten pro Schüler einer bestimmten Stufe) auch Schätzungen über den Kostenaufwand für die prognostizierten Varianten der Entwicklung des Bildungswesens vorzunehmen.



Dieses vereinfachte Schema beinhaltet die wesentlichsten Ströme des entwickelten Verflechtungsmodells.

In diesem Modell besteht der Strom der neu ins Bildungswesen Eintretenden aus Schulanfängern und berufstätigen Werktätigen, die sich im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung weiterbilden.

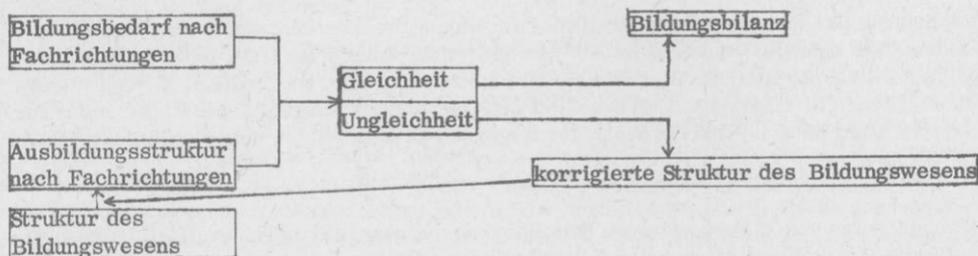
Als weitere Eingangsgrößen sind die Lehrkräfte, materiellen Güter (Gebäude, Material, Ausrüstung usw.) und Dienstleistungen in Abhängigkeit von den Schülerzahlen zu planen.

Die Ströme innerhalb des Bildungssystems stellen die verschiedenen Übergangsquoten dar.

Das "Ergebnis" des Bildungswesens sind nach Qualifikationsstufen differenzierte Arbeitskräfte sowie die vorzeitigen Abgänger (Hilfsschüler, Krankheit, Tod), die nur zum Teil für die Volkswirtschaft verfügbar sind.

Die Erarbeitung derartiger Verflechtungsmodelle des Bildungswesens, die für den bildungspolitischen Entscheidungsprozeß von größter Bedeutung sind, setzen umfassende theoretische und empirische bildungsökonomische Forschungen voraus. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß ein derartiges inneres Verflechtungsmodell zu einer enormen Erhöhung der Rationalität der Entscheidungsprozesse im Bildungswesen führen wird.

Zur Veranschaulichung der Problematik soll hier noch einmal auf den Zusammenhang und die Zielsetzung der äußeren und inneren Proportionalität durch ein Schaubild hingewiesen werden.



Ein Hilfsmittel zur Beantwortung der Frage nach der Gleichheit oder Ungleichheit zwischen volkswirtschaftlichem Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften und der Ausbildungskapazität des Bildungswesens ist die Bildungsbilanz der sozialistischen Gesellschaft. Der Bedarf und die Möglichkeiten seiner Befriedigung werden darin einander gegenübergestellt. Daraus ergeben sich eine Reihe von Informationen für politische, wirtschaftliche und bildungsökonomische Entscheidungen, die aus einer isolierten Betrachtung einzelner Modelle nicht zu erschließen sind. Aufgabe der Bildungsbilanz der sozialistischen Gesellschaft ist es, bestehende oder künftig zu erwartende Engpaß- und Überschussituationen zu ermitteln, um von vornherein einer Verschwendung von Bildungsmitteln entgegenwirken zu können und damit individuelle und gesellschaftliche Bildungsbedürfnisse in Übereinstimmung zu bringen.

Neben den hier beschriebenen makroökonomischen Ansätzen und Modellen, die in eine Bildungsbilanz münden, ist es gleichzeitig erforderlich, aus mikroökonomischer Sicht die Bedarfsplanung nach qualifizierten Kadern vorzunehmen. Ausgehend von Arbeitsplatzanalysen, von der Entwicklung der Produktionsstruktur, des wissenschaftlich-technischen Niveaus, des Mechanisierungs- und Automatisierungsgrades usw., ist es notwendig, entsprechende Daten kleinster volkswirtschaftlicher Einheiten zu aggregieren und in die makroökonomischen Modelle einfließen zu lassen.

Es gibt offensichtlich keine Methode, kein Verfahren, keinen Ansatz, der allein und ausschließlich für die Ermittlung der gesellschaftlich notwendigen Qualifikationsstruktur verantwortlich zeichnen kann. Die Kaderbedarfsermittlung ist ein komplizierter Prozeß, den wir nur durch eine Reihe von miteinander verbundenen Methoden und Verfahren, internationalen Vergleichen, Kennziffern und Modellen in den Griff bekommen können.

## ZUR ENTWICKLUNG DER STRUKTUREN DES AKTIVEN GESELLSCHAFTLICHEN ARBEITSVERMÖGENS IN DER DDR

von Hanna Grabley

### 0. Vorbemerkung

1. Zur Entwicklung des potentiellen und des aktiven Arbeitsvermögens in der DDR
2. Die Entwicklung der Sozialstrukturen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens
3. Die Entwicklung einiger demographischer Strukturen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens
4. Die Entwicklung der durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung bedingten Strukturen des Arbeitsvermögens

### 0. Vorbemerkung

Gegenwärtig interessieren sich ständig mehr sozialistische Wirtschaftswissenschaftler und bürgerliche Theoretiker für das Problem der zukünftigen Strukturen des aktiven gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Eine Ursache dafür liegt in dem Wunsch begründet, zuverlässige Prognosen der quantitativen und qualitativen Beschäftigtenentwicklung aufzustellen, das Bildungswesen entsprechend zu programmieren und so auf die Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution gut vorbereitet zu sein. Zum anderen liegen diesen Interessen wachstumstheoretische Überlegungen zugrunde, das heißt, man bemüht sich, den zunehmenden Anteil der qualitativen Beschaffenheit des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens am Nationaleinkommens- oder Bruttoproduktzuwachs zu quantifizieren.

Diesen und anderen Ursachen für das allgemeine lebhaftere Interesse an den Arbeitskräftestrukturen sind die stark divergierenden gesellschaftlichen Ziele übergeordnet, welche die Untersuchungen in bestimmte Richtungen lenken; in den kapitalistischen Ländern das mehr oder weniger verbrämte Profitstreben der kapitalistischen Klasse, in den Staaten des Sozialismus die Orientierung auf ein rasches Wirtschaftswachstum im Interesse einer maximalen Persönlichkeitsentwicklung und Bedürfnisbefriedigung aller Gesellschaftsmitglieder. Die auf unterschiedlichen Produktionsweisen beruhenden Gesellschaftsziele weisen dem Potential der Arbeitenden völlig unterschiedliche Plätze im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu: Das kapitalistische Interesse am Arbeitsvermögen und seiner Entwicklung reduziert sich auf seine Funktion als Produktionsfaktor und Mittel zur Mehrwerterzeugung:

"Wenn der Kapitalist einen Teil seines Kapitals in Arbeitskraft umsetzt, verwertet er damit sein Gesamtkapital... Innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen ist daher die individuelle Konsumtion der Arbeiterklasse Rückverwandlung der vom Kapital gegen Arbeitskraft veräußerten Lebensmittel in vom Kapital neu exploitierbare Arbeitskraft. Sie ist Produktion und Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst."<sup>1</sup> Diese "Mittel"-Funktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens fin-

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 597.

det auch ihren Niederschlag in seinen Strukturen, ihrer Entwicklung und der Zielrichtung seiner Analyse durch die bürgerliche Wirtschaftstheorie.

Im Sozialismus ist die optimale Reproduktion des Gesamtarbeiters als der Hauptproduktivkraft der Gesellschaft eines der Ziele des Reproduktionsprozesses. Durch die Zieländerung der Wirtschaftstätigkeit gegenüber dem Kapitalismus nimmt die Strukturentwicklung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters einen zunehmend anderen Verlauf. Diese Richtungsänderung vollzieht sich in dem Maße, wie das kapitalistische Erbe in bezug auf die dem Arbeitsvermögen zugrundeliegende Bevölkerungsentwicklung, die Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die materiell-technische Basis der Reproduktion, die nichtsozialistischen Eigentumsformen an den Produktionsmitteln, das Bewußtsein und die Denkgewohnheiten der Menschen überwunden wird und der Sozialismus alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt.

Die Untersuchung der Gesetzmäßigkeiten der Arbeitskräftestrukturen dient letzten Endes der planmäßigen Beherrschung dieses Prozesses im Interesse der Werktätigen.

Die Determiniertheit der Strukturen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens durch die Produktionsweise vollzieht sich über die Produktionsverhältnisse, insbesondere die Eigentums- und Verteilungsverhältnisse und ihre Wechselwirkung mit der Entwicklung der Produktivkräfte. So bewirkt die revolutionäre Veränderung der Eigentumsverhältnisse beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus völlig neue Sozialstrukturen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters. Die Veränderung der Distribution des Neuprodukts der Gesellschaft, insbesondere die Steigerung der Akkumulationsmöglichkeiten im Sozialismus durch die Nichtexistenz privatkapitalistischer Interessen und der Mehrwertaneignung, erhöht die Möglichkeiten der Ausschöpfung des potentiellen Arbeitsvermögens, das heißt des arbeitsfähigen Teils der Bevölkerung, seine Umwandlung in aktives Arbeitsvermögen und für einen Aufschwung der Produktivkräfte. Dieser Prozeß wirkt sich zum Beispiel auf die Sexualstruktur des Gesamtarbeiters, aber auch auf seine Verteilung auf Wirtschaftsbereiche, Zweige, Qualifikationsgruppen und auf die Territorialstrukturen aus. Er ist mit einer Effektivitätserhöhung und der Festigung und der erweiterten Reproduktion der sozialistischen Produktionsverhältnisse verbunden, die ihrerseits wieder auf die Sozialstruktur zurückwirken.

Die im Sozialismus von privatkapitalistischen Fesseln befreite Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft in Gestalt der Arbeitsteilung und Kooperation, der Technik und der Arbeitskräfte selbst bewirkt und fördert den Strukturwandel des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens.

Neben den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften wirken biologische Gesetzmäßigkeiten auf die Strukturentwicklung des Arbeitsvermögens ein, weil die Arbeitskraft "in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen"<sup>2</sup> existiert.

Die Frage nach den Faktoren des Strukturwandels des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens bedarf jedoch unter dem Aspekt seiner planmäßigen Beherrschung einer noch konkreteren Antwort, die bis zur Messung der gesetzmäßigen Zusammenhänge zu führen ist.

Die Wirtschafts-, Bildungs-, Sozialpolitik und -planung des sozialistischen Staates, in denen sich die Wirkung der Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte kristallisiert und die daher einen aktiven Einfluß auf den Strukturwandel des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens ausüben, müssen auf den quantitativen Gesetzmäßigkeiten seiner Entwicklung aufbauen.

In den letzten Jahren wurden gute Ergebnisse bei der Analyse der Tendenzen wesentlicher Arbeitskräftestrukturen erzielt, aber noch nicht alle Strukturen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sind als für seine planmäßige Reproduktion wesentlich erkannt und erforscht

2 Ebenda, S. 181.

worden (zum Beispiel die Gesundheitsstruktur, die konstitutionelle Struktur und andere). Darin wird eine erste wichtige Aufgabe der Forschung gesehen.

Eine zweite, erst teilweise gelöste, Aufgabe ist die Quantifizierung der Wirkung der von den Produktionsverhältnissen und Produktivkräften ausgehenden Einflußfaktoren auf die Strukturen. Hier liegen besonders gute Ergebnisse vor, was die Wirkung der Technisierung auf die Qualifikationsstruktur betrifft.

Drittens muß die Frage nach der Effektivität bestimmter Arbeitskräftestrukturen gestellt werden und in der Richtung beantwortet werden, welche Zweig- oder Qualifikationsstrukturen zum Beispiel bei Beachtung des Gesellschaftsziels einen maximalen Nationaleinkommenszuwachs gewährleisten.

Viertens müssen aus der Analyse der Strukturentwicklung Rückschlüsse auf ihre zukünftige Entwicklung gezogen werden. Die fünfte sich der Wirtschaftswissenschaft zur Lösung anbietende Aufgabe ist die Untersuchung der Bedürfnisse (nach Bildung, Sozialeinrichtungen, Ernährung, Wohnung, Kultur, Gesundheitsfürsorge, Konsumgütern usw.) und der produktiven Bedürfnisse nach einer entsprechenden Produktionsbasis, die sich aus den zukünftigen Arbeitskräftestrukturen ergeben.

Alle fünf Aspekte der Strukturuntersuchung versprechen interessante Ergebnisse im Interesse der optimalen Reproduktion der Werktätigen und der Effektivität des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses.

Die Arbeitskräftestrukturen widerspiegeln die objektiv gegebene Gliederung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in Elemente und Teilelemente. Die Relationen der Elemente bzw. Teilelemente zueinander entscheiden über die qualitativen Unterschiede zwischen den Arbeitskräftestrukturen verschiedener Zeiträume oder Wirtschaftseinheiten. Jeder Arbeitskräftestruktur liegt ein bestimmtes Gliederungsmerkmal zugrunde, das ihre Art bestimmt. Dieses Gliederungsmerkmal muß, da es bei der Strukturanalyse um die Aufdeckung der Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens geht, der objektiven qualitativen Bestimmtheit des aktiven Arbeitsvermögens entsprechen.

Ausgehend von den objektiven Eigenschaften des aktiven gesellschaftlichen Arbeitsvermögens lassen sich folgende Hauptgruppen von Strukturen bilden:

- Sozialstrukturen,
- demographische Strukturen, zum Beispiel Sexual-, Alters-, Gesundheitsstrukturen,
- durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung hervorgerufene Strukturen, zum Beispiel Zweig-, Qualifikations-, Territorialstrukturen.

Zweifellos bestehen enge Wechselbeziehungen zwischen allen Arbeitskräftestrukturen. Sie beziehen sich alle auf eine gemeinsame Gesamtheit: die wirtschaftlich aktive Bevölkerung bzw. die Beschäftigten. Sie existieren daher nicht neben- oder unabhängig voneinander, sondern durchdringen und überlappen sich gegenseitig. Auch ihre Ursachen wirken nicht unabhängig voneinander. Zum Beispiel hat die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht nur entscheidenden Einfluß auf die Struktur des Gesamtarbeiters nach Klassen und Schichten, sondern sie wirkt sich auch positiv auf die Durchsetzung der gleichberechtigten Teilnahme der Frau am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß und auf die Sexualstruktur des Gesamtarbeiters wie auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Qualifikationsstrukturentwicklung usw. aus. Umgekehrt wirkt die Herausbildung effektiver Strukturen des Gesamtarbeiters positiv auf die Festigung und Ausdehnung sozialistischer Produktionsverhältnisse.

## 1. Zur Entwicklung des potentiellen und des aktiven Arbeitsvermögens in der DDR

Das Arbeitsvermögen der sozialistischen Gesellschaft wird charakterisiert durch das potentielle und das aktive Arbeitsvermögen. Das potentielle Arbeitsvermögen stellt sich dar in den physischen und psychischen Potenzen der arbeitsfähigen Bevölkerung, die durch die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter abzüglich der Invaliden und zuzüglich der arbeitenden Altersrentner bestimmt wird.

Das aktive Arbeitsvermögen der Gesellschaft wird quantitativ durch die Gesamtzahl der Beschäftigten, durch die Summe der zu einer neuen Qualität vereinigten individuellen Arbeitskräfte und ihren Arbeitszeitfonds verkörpert. Die qualitative Bestimmtheit des Arbeitsvermögens charakterisierte Marx wie folgt:

"Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und die er in Bewegung setzt, so oft er Gebrauchswerte irgendeiner Art produziert."<sup>3</sup> Diese Charakteristik des individuellen Arbeitsvermögens für den produktiven, gebrauchswertschaffenden Arbeiter ist sinngemäß auch für den nichtproduktiven Arbeiter zutreffend.

Ihre Übertragung auf das gesellschaftliche Arbeitsvermögen gestattet die Aussage, daß dieses qualitativ ebenfalls durch die eine neue Qualität bildende Summe der physischen und psychischen Fähigkeiten aller im Arbeitsprozeß stehenden Gesellschaftsmitglieder zur Ausübung gesellschaftlich nützlicher Arbeit sowie durch bestimmte Strukturen bestimmt wird.

Die Entwicklung des potentiellen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in der DDR ist - gemessen an der Zahl der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter - in den vergangenen dreißig Jahren rückläufig gewesen. Die Ursachen dafür sind im Wirken und den langfristigen Nachwirkungen kapitalistischer Bevölkerungsgesetze zu sehen, die zur Deformation unseres Bevölkerungsaufbaus durch Kriege, Inflation und imperialistische Störmanöver in Form von Arbeitskräfteabwerbungen geführt haben.

Da sich mit der Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise die neuen Bevölkerungsgesetze und die sozialistische Bevölkerungspolitik nicht sprunghaft auf Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung auswirken, mußte die DDR ein Erbe kapitalistischer Bevölkerungspolitik übernehmen, das nur langfristig überwunden werden kann (Tabelle 1).

Diese rückläufige Entwicklung des potentiellen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens der DDR von 11,66 Millionen Personen 1946 auf 9,87 Millionen Personen 1971 war verbunden mit einem steigenden Abhängigkeitsverhältnis, das heißt, während 1946 58,6 Personen im nicht-arbeitsfähigen Alter auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter entfielen, waren es 1971 72,7 Personen.<sup>4</sup>

Die Sexualstruktur des potentiellen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens entwickelte sich im untersuchten Zeitraum wie folgt (vgl. Tabelle 2):

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 440 f.

Tabelle 1

Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen und nichtarbeitsfähigen Alter an der Wohnbevölkerung<sup>+</sup>

Jahres- ende <sup>++</sup>	Von 100 der Wohnbevölkerung waren			im Rentenalter
	im arbeitsfähigen Alter <sup>+++</sup>	im nichtarbeitsfähigen Alter <sup>o</sup>		
		insgesamt	Kinder unter 15 Jahren	
1939	67,5	32,5	21,4	11,1
1946	63,1	36,9	23,9	13,0
1950	64,1	35,9	22,1	13,8
1955	63,9	36,1	20,1	16,0
1960	61,3	38,7	21,0	17,6
1965	58,2	41,8	23,2	18,6
1970	57,8	42,2	22,6	19,5
1971	57,9	42,1	22,5	19,6

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 440.

++ 1939, 1936 und 1950 Ergebnis am Stichtag der Volkszählung.

+++ Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (männliche) bzw. 60 Jahren (weibliche) zuzüglich 5/12 der Personen des Altersjahres von 14 bis unter 15 Jahren.

o Kinder unter 14 Jahren zuzüglich 7/12 der Personen des Altersjahres von 14 bis unter 15 Jahren und Personen im Rentenalter (Männer 65 Jahre und älter, Frauen 60 Jahre und älter).

Tabelle 2

Sexualstruktur des potentiellen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens<sup>+</sup>

Anteil der Männer und Frauen an der Wohnbevölkerung im arbeitsfähigen Alter<sup>++</sup> in Prozent

Jahr	Männer (15 bis unter 65 Jahre)	Frauen (15 bis unter 60 Jahre)
1946	41,1	58,9
1950	44,6	55,4
1955	45,8	54,2
1960	47,1	52,9
1965	48,3	51,7
1970	49,3	50,7
1971	49,4	50,6

+ Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 440.

++ Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (männlich) bzw. 60 Jahren (weiblich) zuzüglich 5/12 der Personen des Altersjahres von 14 bis unter 15 Jahren.

Bei der Betrachtung des potentiellen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens ist zu beachten, daß es (1970) etwa noch um 600 000 Invaliden reduziert und etwa um 600 000 arbeitende Altersrentner vermehrt wird.<sup>5</sup>

Durch den Übergang zur sozialistischen Produktionsweise und das mit ihr verbundene Wirken neuer ökonomischer Gesetze, das Steigen der (vorher durch die privatkapitalistische Aneignung von Mehrprodukt begrenzten) Akkumulationsmöglichkeiten und eine sozialistische

5 Arbeitsökonomik, Lehrbrief für das Fernstudium, I/1, T. 2, hg. v. Hochschule für Ökonomie, Berlin 1972, S. 43.

Wirtschafts- und Arbeitskräftepolitik war es möglich, trotz rückläufiger Entwicklung der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter das aktive gesellschaftliche Arbeitsvermögen in der Tendenz zu vermehren (Tabelle 3).

Tabelle 3

Berufstätige der DDR (ohne Lehrlinge)<sup>+</sup>

Jahr	Berufstätige in 1 000 Personen
1949	7 313
1950	7 196
1955	7 722
1960	7 686
1965	7 676
1970	7 769
1971	7 804

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 19.

Damit sind die Nutzungsgrade (Beschäftigtengrade) des potentiellen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens der DDR stark angestiegen (Tabelle 4).

Tabelle 4

Beschäftigtengrade der Bevölkerung der DDR im arbeitsfähigen Alter<sup>+</sup>  
(in Prozent)

Jahr	Beschäftigtengrad					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	1	2	1	2	1	2
1950	61,1	65,0	...	...	...	...
1955	67,7	72,9	82,9	89,8	54,9	58,4
1960	72,9	77,3	85,2	90,5	61,9	64,8
1965	77,4	83,0	85,5	91,8	69,8	74,1
1970	78,7	85,5	82,7	89,5	74,9	80,5
1971	79,1	90,0	82,0	89,6	76,1	82,0

+ Errechnet nach Angaben in: Statistisches Jahrbuch der DDR 1955 und 1972, Berlin 1955 und 1972. - Der Beschäftigtengrad 1 ist das Verhältnis zwischen Berufstätigen (einschl. arbeitenden Rentnern) und Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Der Beschäftigtengrad 2 ist das Verhältnis von Berufstätigen plus Lernenden im arbeitsfähigen Alter zur Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Die Lernenden im arbeitsfähigen Alter konnten für die Jahre vor 1960 nicht vollständig erfaßt werden. Für die männlichen und weiblichen Beschäftigtengrade konnten nur Lehrlinge und Studierende berücksichtigt werden.

Eine weitere Erhöhung dieses Nutzungsgrades ist nur in sehr begrenztem Umfang möglich.

Die Steigerung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens der DDR ist daher vor allem durch die Erhöhung seiner Effektivität und die Veränderung seiner Struktur entsprechend den Erfordernissen der intensiv erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft gekennzeichnet.

## 2. Die Entwicklung der Sozialstrukturen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens

Charakteristisch für den sozialistischen Entwicklungsweg der DDR sind die Sozialstrukturen seines durch die Berufstätigen verkörperten aktiven Arbeitsvermögens und ihre Ent-

wicklung. Die Sozialstrukturen des Arbeitsvermögens geben Auskunft über die Zugehörigkeit der Berufstätigen zu Klassen und Schichten, zu Eigentumsformen der Betriebe und über ihre soziale Stellung im Arbeitsprozeß (Betrieb). Die Gliederung der Berufstätigen nach ihrer Klassenstruktur (sozialökonomischen Struktur) basiert auf der marxistisch-leninistischen Klassentheorie. "Als Klassen", sagt Lenin, "bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit des Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft."<sup>6</sup>

In der DDR sind die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und das Privateigentum an Produktionsmitteln weitgehend beseitigt. Die werktätigen Bauern, die Intelligenz und die übrigen Schichten sind unter der Führung der an Bedeutung zunehmenden herrschenden Klasse, der Arbeiterklasse, und als ihr Bündnispartner an der weiteren Entwicklung des Sozialismus beteiligt.

Die veränderte Klassenstruktur der Arbeitskräfte (Tabelle 5) spiegelt den Prozeß der Konsolidierung der sozialistischen Produktionsverhältnisse wider.

Sie ist damit Ausdruck einer veränderten Qualität des aktiven gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, der Zunahme des Anteils der bewußten Kraft der sozialistischen Gesellschaft, der Arbeiterklasse und der mit an deren niederen Formen des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln verbundenen Werktätigen sowie des Rückgangs des Anteils von Berufstätigen, die Besitzer von Privateigentum an Produktionsmitteln sind.

Tabelle 5

Sozialökonomische Struktur der Berufstätigen der DDR<sup>+</sup>

Beschäftigtengruppe	1955	1960	1965	1970	1972
	in Prozent der Berufstätigen				
Arbeiter und Angestellte (einschl. Lehrlinge)	78,4	81,0	82,5	84,5	84,9
Mitglieder von Produktionsgenossensch. <sup>++</sup>	2,4	13,8	13,3	12,3	12,0
darunter: LPG	2,3	12,0	10,6	8,7	8,5
PGH	0,0	1,8	2,4	3,1	3,0
Komplementäre und Kommissionshändler <sup>+++</sup>	-	0,5	0,5	0,5	0,5
Übrige Berufstätige <sup>+++</sup>	19,3	4,8	3,7	2,8	2,7
darunter: Einzelbauern und private Gärtner	12,6	0,4	0,2	0,1	0,1
private Handwerker	3,9	2,8	2,5	1,7	1,7
private Groß- und Einzelhändler	1,8	0,8	0,5	0,3	0,3
Freiberufl. Tätige	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 52.

++ Einschließlich Mitglieder von Rechtsanwaltskollegien.

+++ Einschließlich mithelfende Familienangehörige.

Die Festigung der Bindung des überwiegenden und ständig zunehmenden Teils der Beschäftigten der DDR an das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln wird besonders deutlich an der Struktur der Berufstätigen nach Eigentumsformen der Betriebe (Tabelle 6).

Tabelle 6

Struktur der Berufstätigen nach Eigentumsformen der Betriebe<sup>+</sup>

Berufstätige nach Eigentumsformen der Betriebe	1952	1955	1960	1965	1970	1971
	in Prozent der Berufstätigen ohne Lehrlinge <sup>+</sup>					
Berufstätige in sozialistischen Betrieben	53,4	60,0	81,4	83,7	85,3	85,7
davon: in volkseigenen Betrieben	50,0	54,0	62,8	64,2	66,6	67,3
in genossenschaftl. Betrieben	3,4	6,0	18,6	19,5	18,7	18,4
Berufstätige in Betrieben mit staatl. Beteiligung	-	-	5,2	6,1	6,2	6,2
in Privatbetrieben	46,6	40,0	13,4	10,2	8,5	8,1

+ Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 55.

Inzwischen hat die gesellschaftliche Realität die damaligen statistischen Angaben bereits wieder überholt: 1972 sind in einem Zeitraum von vier Monaten mehr als 10 900 volkseigene Betriebe neu entstanden. Damit hat sich der Anteil der in volkseigenen Industriebetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten von 82,1 Prozent 1971 auf 99,4 Prozent 1972 erhöht. Der Anteil der volkseigenen Industriebetriebe an der industriellen Warenproduktion beträgt 99,4 Prozent.<sup>7</sup>

Diese Entwicklung hat für das aktive gesellschaftliche Arbeitsvermögen der DDR wesentliche Konsequenzen: Es wurden neue günstigere Voraussetzungen für die Entwicklung der sozialistischen Masseninitiative, die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte und damit die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Beschäftigten der ehemals halbstaatlichen oder privaten Betriebe geschaffen, das Wirkungsfeld sozialistischer ökonomischer Gesetze ausgedehnt und die private Aneignung von durch die Werkstätigen geschaffenem Mehrprodukt weiter eingeschränkt.

Tabelle 7

Arbeitsproduktivität der Beschäftigten in der Industrie der DDR nach Eigentumsformen der Betriebe<sup>+</sup>

Eigentumsformen	Industrielle Warenproduktion pro Beschäftigten in Mio Mark Industrieabgabepreise	in Prozent
Insgesamt	53 395,49	100,00
volkseigene Betriebe	59 971,23	101,00
Betriebe mit staatlicher Beteiligung	48 111,95	81,00
Privatbetriebe	29 831,50	50,23

+ Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 53 f. u. 122. - Das reale Bild ist z. T. durch abrechnungsbedingte Gründe etwas getrübt und fällt in Wirklichkeit für die sozialistischen Betriebe noch günstiger aus.

7 Vgl. Die Wirtschaft, Ausg. A, Nr. 36, 6. 9. 1972, S. 4.

Diese Entwicklung der Sozialstrukturen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens bringt aber nicht nur die (aus Tabelle 7 ersichtlichen) günstigen Voraussetzungen für die Erhöhung der Effektivität der Arbeit hervor. Sie ist begleitet von der Herausbildung neuer gesellschaftlicher Bedürfnisse, die sich einmal auf die gesamten Betriebskollektive beziehen, das heißt die Aufgaben der sozialistischen Wirtschaftsführung, der Planung und Leitung extensivieren sich, politisch-ideologische und ökonomische Leitungsaufgaben entstehen neu. Zum anderen entwickelt sich bei einer zunehmenden Zahl Werktätiger das Bedürfnis nach politischer Bildung, nach beruflicher Entwicklung, nach Mitverantwortung für das neue sozialistische Eigentum und seine Mehrung.

Tabelle 8

Struktur der Berufstätigen nach der Stellung in den Betrieben der DDR<sup>+</sup>

Berufstätige nach der Stellung im Betrieb	1952	1955	1960	1965	1970	1971
	in Prozent					
Berufstätige (einschl. Lehrlinge)	100	100	100	100	100	100
Arbeiter und Angestellte (ohne Lehrlinge)	69,4	72,7	77,5	77,6	79,0	79,4
Mitglieder von Produktionsgenossen- schaften und mithelfende Familien- angehörige	0,5	2,4	13,3	13,3	12,3	12,0
Selbständige Erwerbstätige und mit- helfende Familienangehörige	23,1	19,3	5,3	4,2	3,3	3,1
Lehrlinge	7,0	5,6	3,9	4,9	5,4	5,5

+ Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, S. 55.

### 3. Die Entwicklung einiger demographischer Strukturen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens

Wesentliche Aussagen können auch aus der Analyse der demographischen Strukturen des Arbeitsvermögens in der DDR gewonnen werden. Unter demographischen Strukturen des aktiven gesellschaftlichen Arbeitsvermögens werden solche verstanden, deren Merkmale zugrunde liegen wie Alter, Geschlecht, Gesundheit, Familienstand usw. Sie sind natürlich keineswegs nur biologisch bedingt. Hier spielen im Gegenteil wesentliche gesellschaftliche Faktoren wie zum Beispiel die gesellschaftliche Haltung zur Frau-earbeit oder zur Weiterbeschäftigung von Altersrentnern usw. eine Rolle.

Solche demographischen Strukturen wie die Altersstruktur und die Sexualstruktur des Gesamtarbeiters spiegeln die gesellschaftliche Umsetzung des potentiellen (in der analogen Bevölkerungsstruktur zum Ausdruck kommenden) Arbeitsvermögens in aktives Arbeitsvermögen wider. Demographische Strukturen wie die Konstitutionsstruktur und Gesundheitsstruktur des Gesamtarbeiters geben Auskunft über das potentielle physische und psychische Leistungsvermögen des Gesamtarbeiters und seinen Zustand bzw. über die Aufgaben zur ständigen Wiederherstellung des Leistungsvermögens. Die Struktur nach der Familiengröße ist einerseits demographisch - durch die Kinderzahl - determiniert, andererseits mitbestimmend für den Gesamtlebensprozeß des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, der auch mit Einkommen und Verbrauchsgewohnheiten zusammenhängt. Zweifellos ist auch ein Zusammenhang zwischen Einkommensstruktur und den Sozial- und Qualifikationsstrukturen gegeben.

## a) Zur Altersstruktur des Arbeitsvermögens

Wie hat sich die Altersstruktur des aktiven Arbeitsvermögens in der DDR entwickelt?

Tabelle 9

Altersstruktur der Beschäftigten der DDR<sup>+</sup>

Jahr	Altersgruppen der Beschäftigten in Prozent		
	unter 50 Jahre	50 bis unter 60 bzw. 65 Jahre	60 bzw. 65 Jahre und darüber
1950	73,9	17,2	8,9
1964	65,9	21,2	12,9
1966	66,0	25,0	9,0
1970	71,0	20,0	9,0

+ 1950; Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 30; 1964 vgl.: Ökonomisch aktive und unaktive Wohnbevölkerung ab 14 Jahren nach Altersgruppen am 31. 12. 1964 (20%ige Stichprobe) und wirtschaftlich Tätige (ohne Lehrlinge) nach der Berufsstruktur und Altersgruppen in der DDR. Graphische Übersichten. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, November 1966, S. 12; 1966 und 1970 aus unveröff. Unterlagen.

Nach einer zunehmenden Überalterung des aktiven gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in den ersten 14 Jahren hat sich seit 1966 eine gewisse Erhöhung des Anteils der Beschäftigten ergeben, die jünger als 50 Jahre sind. Aufgrund der Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung der DDR zeigt die Zahl der arbeitsfähigen Altersrentner (in der Regel fünf Jahrgänge nach Erreichen des Rentenalters) bis in die achtziger Jahre eine abnehmende Tendenz, so daß auch die hohen Altersgruppen der Beschäftigten anteilmäßig abnehmen werden (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10

Wahrscheinliche Entwicklung der Altersstruktur der arbeitsfähigen Jahrgänge in der DDR<sup>+</sup>

Jahr	Angehörige der Altersgruppen der Wohnbevölkerung		Summe
	60 bis unter 65 Jahre (weiblich)	65 bis unter 70 Jahre (männlich)	
1968	666 663	421 504	1 088 167
1973	671 941	474 920	1 146 861
1978	398 232	426 301	824 533
1983	568 889	239 247	808 136
1988	532 078	349 480	881 558
1993	512 018	400 031	912 049

+ Vgl. Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1969, hg. v. Ministerrat der DDR, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, S. 36 f. - Die Daten ab 1973 wurden durch einfache Weiterrechnung ohne Berücksichtigung der Mortalität ermittelt.

Die Analyse der Altersstruktur des aktiven gesellschaftlichen Arbeitsvermögens erlaubt Aussagen über die Höhe der Abgänge von Arbeitskräften in die nichtberufstätige Bevölkerung, über die Mortalitätsraten des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und den dadurch entstehenden Ersatzbedarf an Arbeitskräften. Gleichzeitig ist sie wichtiger Anhaltspunkt für die Leitungstätigkeit auf dem Gebiet des Einsatzes des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Starke Überalterung der Arbeitskräfte bestimmter Zweige oder Berufsgruppen ist ein Signal für die rechtzeitige Sicherung des Nachwuchses der Werk-tätigen oder für Maßnahmen zur Rationalisierung der betreffenden Prozesse. Das betrifft gegenwärtig besonders einige für die Deckung des Bevölkerungsbedarfs wichtige Dienstleistungsbereiche.

Die Kenntnis der Altersstruktur des Arbeitsvermögens, besonders des betrieblichen und der Arbeitskollektive, hat auch für die Effektivität der Arbeit Bedeutung. Sie widerspiegelt, in welchem Maße die sich rasch entwickelnden Potenzen der jüngeren Generation mit denen der älteren Generation, die den Erfahrungsschatz, die Praxis und die Kenntnis vieler Arbeitsjahre in sich aufgenommen hat und eine spezifische Leistungsfähigkeit besitzt, optimal vereinigt sind. Die ökonomische Bedeutung dieser Analyse wird durch das folgende Beispiel aus der Volksrepublik Bulgarien unterstrichen, bei dem die Produktivität von 342 Produktionsarbeitern (Schlosser, Monteure, Dreher) verschiedener Altersklassen analysiert wurde.

Tabelle 11

Veränderung der Arbeitsproduktivität in Abhängigkeit vom Alter<sup>+</sup>

Alterszusammensetzung	Arbeitsproduktivität bei den einzelnen Gruppen von Arbeitern im Vergleich zur durchschnittlichen Arbeitsproduktivität der Arbeiter, die als 100 angenommen wird
bis zu 18 Jahren	81
von 18 bis 20 Jahre	90
von 21 bis 25 Jahre	96
von 26 bis 30 Jahre	101
von 31 bis 40 Jahre	105
von 41 bis 50 Jahre	104
von 50 Jahren aufwärts	103

+ Aus Marinov, Angel, Der Einfluß der Arbeitsbedingungen auf die Arbeitsleistung von Produktionsarbeitern, in: Sozialistische Arbeitswissenschaft, Nr. 7/1972, S. 265.

Die Altersstruktur des Arbeitsvermögens bedingt schließlich eine bestimmte Bedürfnisstruktur, die bei der Gestaltung der sozialen Bedingungen in den Betrieben, im Rahmen der Sozialplanung und der wissenschaftlichen Gestaltung der Arbeit berücksichtigt werden muß. Das betrifft nicht nur die weiter berufstätigen Altersrentner. Gerontologen stellen vielmehr fest, daß "... die 5-Jahresklasse vor der Berentung bei beiden Geschlechtern als eine kritische Lebensphase gewertet werden muß", da sich hier "die bei älteren Werk tätigen mehr oder minder vorhandene Diskrepanz zwischen Leistungsvermögen und Leistungsanforderung vergrößert"<sup>8</sup>. Daraus folgt - natürlich auch bei Jugendlichen - die Notwendigkeit einer besonderen gesundheitlichen Betreuung. Untersuchungen älterer Werk tätiger haben ergeben, daß bei 27 Prozent "eine 2jährige wiederholte Reihenuntersuchung, bei 23 Prozent eine jährliche Reihenuntersuchung und bei 50 Prozent eine Untersuchung in kürzeren Abständen für notwendig erachtet wurde"<sup>9</sup>. Gleichermaßen erwiesen sich Veränderungen des Arbeitseinsatzes bei nahezu 50 Prozent der Werk tätigen als erforderlich.

Die Schaffung optimaler Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Altersgruppen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens entspricht der gesellschaftlichen Zielstellung, der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes im Sozialismus. Die kapitalistische Praxis ist dieser Verfahrensweise diametral entgegengesetzt, weil hier nur der Profitmechanismus wirkt.

#### b) Zur Sexualstruktur des Arbeitsvermögens

Die Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in der DDR hat auch revolutionäre Veränderungen der Sexualstruktur des Arbeitsvermögens bewirkt (vgl. Tabelle 12).

8 Loock, Rosemarie, Arbeitseinsatzfähigkeit und gesundheitliche Betreuung älterer Werk tätiger, in: Sozialistische Arbeitswissenschaft, Nr. 3/1972, S. 197. 9 Ebenda.

Tabelle 12

Sexualstruktur des Arbeitsvermögens in der DDR<sup>+</sup>

Berufstätige nach dem Geschlecht in Prozent	1952	1955	1960	1965	1970	1971
weibliche Berufstätige	42,7	44,0	45,0	46,7	48,3	48,7
männliche Berufstätige	57,3	56,0	55,0	53,3	51,7	51,3

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 59. – Zu berücksichtigen ist, daß aufgrund des unterschiedlichen gesetzlichen Rentenalters der Anteil der männlichen Beschäftigten 5 Altersjahrgänge mehr einschließt und auch der Beschäftigtengrad der männlichen Rentner höher ist als der der weiblichen.

Die Sexualstruktur des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens hat sich kontinuierlich in Richtung der Erhöhung des Frauenanteils an den Beschäftigten entwickelt. Das ist vor allem auf die Durchsetzung der politischen und ökonomischen Gleichberechtigung und die Förderung der Frau in Beruf und Familie durch den sozialistischen Staat zurückzuführen. Hierin widerspiegelt sich aber auch die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, der eine weitgehende Beschäftigung aller seiner Gesellschaftsmitglieder gestattet.

Wesentliche Faktoren der Veränderung der Sexualstruktur des Arbeitsvermögens sind die folgenden:

1. Die ökonomische Gleichberechtigung der Frauen. Sie garantiert allen weiblichen Berufstätigen bei gleicher Leistung gleichen Lohn wie den männlichen Beschäftigten.
2. Die juristische und politische Gleichberechtigung, die in der Verfassung und in Gesetzen verankert ist sowie die gesetzlich geregelte Förderung der Frau in Beruf und Familie.
3. Die Schaffung sozialer Voraussetzungen für die Durchsetzung der gleichberechtigten Teilnahme der Frauen am Arbeitsprozeß. Das betrifft die großzügigen sozialpolitischen Maßnahmen zur ständigen Erweiterung und Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen (Kindergarten-, Hort-, Krippenplätze), die Verbesserung des Dienstleistungswesens, Erleichterungen für kinderreiche Mütter usw.
4. Die Unterstützung der Frauenarbeit durch die ideologische Überzeugung aller Gesellschaftsmitglieder von ihrer Notwendigkeit unter dem Aspekt der Persönlichkeitsformung der Frauen und die Schaffung einer Atmosphäre, die Hausarbeit und Kindererziehung nicht länger zur Domäne der Frau macht.
5. Die Erhöhung des Bildungsgrades der Frauen. Diese Entwicklung ist unter anderem der zunehmenden Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten des Bildungswesens geschuldet. 1950 wurden in der DDR 1 136 Millionen Mark für die Bildung der Bevölkerung ausgegeben, 1971 6 368 Millionen Mark<sup>10</sup>, das heißt fast das Sechsfache. Durch eine gezielte Bildungspolitik wurde der Anteil der Frauen an den Studierenden der Hoch- und Fachschulen von 29,1 % 1951<sup>11</sup> auf 44,4 % 1971<sup>12</sup> erhöht. Während 1960 38,8 % der Facharbeiterprüfungen in der DDR durch Mädchen abgelegt wurden, waren es 1971 bereits 48,6 %<sup>13</sup>. 1965 waren 25,3 % der Teilnehmer an Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in Industrie, Bauindustrie, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen Frauen, 1970 25,9 %<sup>14</sup>.

10 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 330.

11 Errechnet nach ebenda 1955, S. 65.

12 Errechnet nach ebenda 1972, S. 385, 392.

13 Errechnet nach ebenda, S. 380.

14 Errechnet nach ebenda, S. 382.

Diese Bildungspolitik fand ihren Niederschlag in der Veränderung der Sexualstruktur der qualifizierten Arbeitskräfte (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13

Anteil der weiblichen Berufstätigen in der sozialistischen Wirtschaft der DDR an den Hoch- und Fachschulkadern<sup>+</sup>

Jahr	weibliche Hochschulkader in Prozent der Hochschulkader	weibliche Fachschulkader	weibliche Hoch- und Fachschulkader
	Hochschulkader	Fachschulkader	Hoch- und Fachschulkader
1961	23,6	31,8	28,9
1965	25,2	34,5	31,1
1970	27,0	36,6	33,2
1971	27,8	38,0	34,2

+ Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 66.

Die weitere Aufgabenstellung auf diesem Gebiet zeigt das Beispiel der Sowjetunion, wo 1970 59 Prozent aller Hoch- und Fachschulkader Frauen waren.<sup>15</sup>

1971 besaßen die berufstätigen Frauen in der DDR folgende Qualifikationsstruktur<sup>16</sup>:

53,1 Prozent waren ohne abgeschlossene Berufsbildung

35,9 Prozent waren Facharbeiter,

1,1 Prozent waren Meister,

6,9 Prozent besaßen Fachschulabschluß,

3,0 Prozent besaßen Hochschulabschluß.

Dagegen umfaßt die Qualifikationsstruktur des Gesamtarbeiters 22,1 Prozent Beschäftigte ohne Abschluß, 55,3 Prozent Facharbeiter, 8,4 Prozent Meister, 8,6 Prozent Fachschulkader und 5,6 Prozent Hochschulkader.

Trotz der in der Veränderung der Sexualstruktur des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens erreichten großen Fortschritte sind noch nicht alle Fragen hinsichtlich der gleichberechtigten Teilnahme der Frau am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß befriedigend gelöst. So ist bei steigendem Beschäftigtengrad der arbeitsfähigen weiblichen Bevölkerung der Arbeitszeitfonds in den letzten Jahren nicht gleichermaßen angestiegen, weil die Zahl der verkürzt arbeitenden Frauen zugenommen hat. 1970 arbeiteten zum Beispiel 33 Prozent aller weiblichen Arbeiter und Angestellten verkürzt. Dieser Prozeß birgt die Gefahr negativer sozialer Auswirkungen, zum Beispiel das Zurückbleiben der Persönlichkeitsentwicklung der Frauen, in sich. Er wirft gleichzeitig ökonomische Probleme auf. Man hat zum Beispiel berechnet, daß der zeitlich volle Einsatz von 1 Prozent der 1969 halbtags Beschäftigten ein zusätzliches Nettoprodukt von 50 Millionen ergeben hätte.<sup>17</sup> In diesem Zusammenhang ist noch ein in anderer Richtung gelagertes weiteres Effektivitätsproblem zu sehen: Da die weiblichen Berufstätigen aufgrund ihrer maternellen Funktion ohnehin über einen geringeren Arbeitszeitfonds verfügen als männliche Berufstätige, muß in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft ein optimales Verhältnis zwischen Frauen- und Männerbeschäftigung angestrebt

15 Vgl. Die Wirtschaft, Ausg. A, Nr. 9, 1. 3. 1972, S. 44.

16 Kuhn, Horst, Zur Qualifizierung der Produktionsarbeiterinnen, in: Einheit, Nr. 10/1972, S. 1314 ff.

17 Speigner, Wulfram/Weichert, Brigitte/Weske, Horst, Probleme der Teilzeitarbeit von Frauen in der Industrie der DDR, in: Sozialistische Arbeitswissenschaft, Nr. 1/1971, S. 21 ff.

werden, damit ein reibungsloser Produktions- bzw. Arbeitsablauf gesichert ist. Das bezieht sich zum Beispiel auf das Postwesen, wo 53 Prozent der Frauen verkürzt arbeiten, den Handel mit 69,2 Prozent weiblichen Beschäftigten (1970), von denen 42 Prozent verkürzt arbeiten, die Industrie mit 42,5 Prozent weiblichen Beschäftigten, von denen jede vierte Frau verkürzt arbeitet, aber auch die nichtproduzierenden Bereiche mit 70,2 Prozent weiblichen Beschäftigten. Die künftige Entwicklung der Sexualstruktur des Arbeitsvermögens wird sich vor allem in folgenden Richtungen vollziehen:

- a) Durchsetzung der gleichberechtigten Teilnahme der Frauen am Arbeitsprozeß in Bereichen, in denen ihr Anteil unter dem der Männer liegt, das sind zum Beispiel die Bauwirtschaft mit 13 Prozent weiblichen Beschäftigten, das Verkehrswesen, das Post- und Fernmeldewesen mit 36 Prozent weiblichen Beschäftigten. Hier werden sich vor allem mit der Veränderung der Arbeitsprozesse durch den technischen Fortschritt die Möglichkeiten der Frauenbeschäftigung erhöhen.

Das betrifft aber auch leitende Funktionen in Staat und Wirtschaft.

- b) Verbesserung der Sexualstruktur des Arbeitszeitfonds, das heißt Erhöhung des Anteils der vollbeschäftigten Frauen durch weitere Übernahme von Reproduktionsaufwendungen und Funktionen für die Kindererziehung durch den sozialistischen Staat. Die folgende Tabelle 14 zeigt den offensichtlichen Zusammenhang zwischen Kinderzahl und zeitlich verkürzter Arbeit oder Nichtberufstätigkeit der Frauen:

Tabelle 14

Teilnahme der Ehefrau am Arbeitsprozeß in Familienhaushalten von Arbeitern und Angestellten 1970<sup>+</sup>

Familienhaushalte	insgesamt	mit berufstätiger Ehefrau			mit nichtberufstätiger Ehefrau
		insgesamt	vollbeschäftigt	verkürzt arbeitend	
ohne Kind	100	76,3	55,6	20,7	23,7
mit 1 Kind	100	86,8	53,8	33,0	13,2
mit 2 Kindern	100	82,8	47,3	35,5	17,2
mit 3 u. mehr Kindern	100	76,3	43,2	33,1	23,7

+ Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 362.

- c) Weitere Qualifizierung der berufstätigen Frauen. Bei einem Gesamtanteil von 52,5 Prozent (1970) Facharbeitern an den Produktionsarbeitern der sozialistischen Industrie beträgt zum Beispiel der Anteil der Produktionsarbeiterinnen an den Facharbeitern (1971) nur 28,1 Prozent, im Bereich der Elektrotechnik/Elektronik 18,8 Prozent und im Verarbeitungs- und Fahrzeugbau 20,9 Prozent.<sup>18</sup>
- d) Überwindung der territorialen Unterschiede der Sexualstruktur des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens durch Erhöhung der Frauenbeschäftigtengrade in den industriell noch stärker zu entwickelnden Gebieten der DDR, insbesondere in den Nordbezirken durch Schaffung geeigneter Arbeitsplätze, wobei zu berücksichtigen ist, daß im Gegensatz zu den männlichen Beschäftigten territoriale Diskrepanzen zwischen Arbeitsplatz und Arbeitskräfteressourcen bei Frauen in geringerem Maße durch Arbeitskräftependelung ausgeglichen werden können.

<sup>18</sup> Kuhn, Horst, a. a. O., S. 1314.

Wie aus der Altersstruktur lassen sich aus der Sexualstruktur und ihrer Entwicklung bestimmte Bedürfnisstrukturen und die Notwendigkeit der Schaffung von sozialen Bedingungen, Bildungskonsequenzen usw. ableiten. Die Sexualstruktur hat aber auch Einfluß auf die volkswirtschaftliche Arbeitskräftebewegung, da noch nicht alle Frauen ihr Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß kontinuierlich wahrnehmen bzw. aufgrund ihrer maternellen Funktion oder zum Teil fehlender sozialer Bedingungen eher die Berufstätigkeit unterbrechen als die männlichen Beschäftigten.

### c) Zur Gesundheitsstruktur des Arbeitsvermögens

Demographische Strukturen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens im weiteren Sinne sind konstitutionelle Strukturen (Struktur nach Konstitutionstypen), die Gesundheitsstruktur der Beschäftigten, die Gliederung der Beschäftigten nach der Größe ihrer Familien, nach Verbrauchsgewohnheiten und dem Einkommen. Diese Strukturen sind noch nicht genügend untersucht worden. Ihre Analyse würde aber ebenfalls wesentliche Folgerungen für die Leitungs- und Planungstätigkeit auf dem Gebiet des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und für die Bedürfnisforschung gestatten. Zum Beispiel würde der Nachweis der Gesundheitsstruktur des Gesamtarbeiters das Bedürfnis nach betrieblicher Gesundheitsbetreuung quantitativ besser sichtbar machen und Aussagen über den Grad der Einsetzbarkeit des Arbeitsvermögens gestatten. Näherungsweise Angaben über die Gesundheitsstruktur des Arbeitsvermögens der DDR liefert der Anteil der Ausfalltage infolge Krankheit an den zu leistenden Arbeitstagen (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 15

Entwicklung des Krankenstandes der Arbeiter und Angestellten (einschl. Lehrlinge) in Betrieben mit über 100 Berufstätigen<sup>+</sup>

Jahr	Anteil der Ausfalltage an den zu leistenden Arbeitstagen in Prozent insgesamt	Ausfalltage an den zu leistenden Arbeitstagen	
		männlich	weiblich
1960	6,06	5,79	6,40
1965	5,37	5,17	5,60
1970	5,63	5,40	5,87
1971	5,39	5,17	5,67
1972	5,90 <sup>++</sup>	...	...

+ Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 431.

++ Bericht über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1972, in: Neues Deutschland, 19. 1. 1973, S. 4 (Ausg. B).

Zweifellos existieren auch Beziehungen der Gesundheitsstruktur zur Alters- und Sexualstruktur der Beschäftigten, so daß die vorbildliche medizinische Betreuung der Werktätigen in der DDR nicht immer geradlinig zur Senkung der Krankheitstage führen kann (zum Beispiel 1960 bis 1965). Tendenziell ist jedoch der positive Einfluß sozialistischer Gesundheitspolitik auf das Arbeitsvermögen unverkennbar, der unter anderem auf die Erhöhung der Ausgaben des Staatshaushaltes für Gesundheits- und Sozialwesen (ohne Renten) von 1 394 Millionen Mark 1950 auf 6 115 Millionen Mark 1971<sup>19</sup> sowie auf einen planmäßigen Arbeits- und Gesundheitsschutz zurückzuführen ist. Dennoch sind noch große Aufgaben zur Herstellung einer optimalen Gesundheitsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zu lösen. Eine besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Propagierung einer

19 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 330.

gesunden Lebensweise. Auf der III. Nationalen Konferenz für Gesundheitserziehung 1971 in Berlin<sup>20</sup> wurde zum Beispiel festgestellt, daß etwa 20 Prozent aller Männer und 40 Prozent aller Frauen in der DDR Übergewicht besitzen, das heißt, daß 2 Millionen Bürger gesundheitlich gefährdet sind, da bekanntlich mit dem körperlichen Übergewicht die Sterblichkeit zunimmt.

Die planmäßige Entwicklung wissenschaftlicher Reproduktionsgewohnheiten durch den sozialistischen Staat kann zur Optimierung der Gesundheitsstruktur des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und damit zur Erhöhung seiner ökonomischen Effektivität entscheidend beitragen.

Auch die Zurückentwicklung der früher als Volkskrankheiten bezeichneten Erkrankungen in der DDR zeigt deutlich den Einfluß sozialistischer Gesundheitspolitik auf das gesellschaftliche Arbeitsvermögen (Tabelle 16).

Tabelle 16

Erkrankungshäufigkeit je 10 000 Einwohner der DDR<sup>+</sup>

	1950	1955	1960	1965	1970
Diphtherie	10,5	4,6	2,2	0,1	-
Poliomyelitis	0,2	0,5	0,08	-	-
Tuberkulose	50,4	26,2	13,6	9,4	6,0

+ Horizont, Nr. 8/1972, S. 4.

Die Analyse der Gesundheitsstruktur des Arbeitsvermögens hat sowohl Bedeutung für die Orientierung auf eine allseitige und gesunde geistige und körperliche Entwicklung der Menschen im Sozialismus als auch für die ökonomische Effektivität während ihres Einsatzes im Arbeitsprozeß.

#### 4. Die Entwicklung der durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung bedingten Strukturen des Arbeitsvermögens

Auf der Grundlage der Entwicklung der Produktionsverhältnisse und der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die von Marx analysiert wurde, ist es zur "Trennung der gesellschaftlichen Produktion in ihre großen Gattungen, wie Agrikultur, Industrie usw.", also zur "Teilung der Arbeit im allgemeinen" gekommen. Die Entwicklung führte weiter zur "Sonderung dieser Produktionsgattungen in Arten und Unterarten", die als "Teilung der Arbeit im besondern" gekennzeichnet wurde und zur "Teilung der Arbeit innerhalb einer Werkstatt" oder eines Betriebes, die als "Teilung der Arbeit im einzelnen"<sup>21</sup> gilt. Diese Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bestimmt ganz maßgeblich die Strukturen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Die gesellschaftliche Teilung der Arbeit hat Strukturen hervorgebracht, deren Analyse sowohl vom Standpunkt der Effektivität als auch der langfristigen Planung des Arbeitsvermögens große Bedeutung hat. Ihre Palette reicht von der Struktur des Gesamtarbeiters nach produktiv und nicht produktiv Tätigen, über die Wirtschaftsbereichs-, Zweig-, Einsatzbereichs-, Beschäftigtengruppen-, Qualifikations- und Berufsstrukturen bis zu den Strukturen nach der Art der Tätigkeit der Arbeitskräfte und der Territorialstruktur des Arbeitsvermögens.

20 Vgl. Neues Deutschland, Ausg. B, 16. 11. 1971, S. 4.

21 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 371.

a) Zur Strukturentwicklung des Arbeitsvermögens nach produktiven und nichtproduktiven Bereichen

Von der Entwicklung der Strukturanteile des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in den produktiven und nichtproduktiven Bereichen wird die volkswirtschaftliche Effektivität, deren Hauptkriterium die Entwicklung des Nationaleinkommens ist, sowie die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung stark beeinflusst. So werden in der materiellen Produktion durch die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündete Intelligenz und die werktätigen Bauern die sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um in den verschiedenen nichtproduzierenden Bereichen, zum Beispiel im Bildungs- oder Gesundheitswesen und in den kulturellen Bereichen, gesellschaftliche Arbeit ausüben zu können.

Andererseits sind die Leistungen der nichtproduzierenden Bereiche ein zunehmend wichtiger Bestimmungsfaktor für Entwicklungstempo und Niveau der Produktivität und der Effektivität in der materiellen Produktion unter den Bedingungen der intensiv erweiterten Reproduktion. In seiner Auseinandersetzung mit bürgerlichen Theorien über produktive und unproduktive Arbeit deckte Marx die Wechselwirkung dieser beiden Bereiche auf. Er sagte: "Dadurch ist aber keineswegs der Unterschied zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit aufgehoben, sondern dieser Unterschied erscheint selbst als Resultat der Teilung der Arbeit und befördert insofern die allgemeine Produktivität der Arbeiter dadurch, daß sie die unproduktive Arbeit zur ausschließlichen Funktion eines Teils der Arbeiter und die produktive zur ausschließlichen Funktion eines andern macht".<sup>22</sup> Marx entdeckte "das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte; die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können".<sup>23</sup>

Er untersuchte in seinen "Theorien über den Mehrwert" die produktive Arbeit unter zwei Aspekten: Einerseits sieht er in der produktiven Arbeit die gebrauchswertschaffende Arbeit überhaupt. Gebrauchswert ist bei Marx "ein durch Formveränderung menschlichen Bedürfnissen angeeigneter Naturstoff".<sup>24</sup> "Unter diese produktiven Arbeiter gehören natürlich alle, die zur Produktion der Ware d'une manière ou d'une autre mitarbeiten, vom eigentlichen Handarbeiter bis zum manager, engineer (als unterschieden vom Kapitalisten)".<sup>25</sup>

Der zweite Aspekt der Betrachtung der produktiven Arbeit von Marx umfaßt die Definition der Produktivität der Arbeit vom Standpunkt des Kapitalisten, für den nur die Arbeit produktiv ist, die ihn bereichert, das heißt die mehrwertschaffende Arbeit. "Zum Beispiel: Wäre ein Arbeitstag nur hinreichend, um den Arbeiter am Leben zu erhalten, das heißt, sein Arbeitsvermögen zu reproduzieren, so wäre, absolut gesprochen, die Arbeit produktiv, weil sie reproduktiv wäre, das heißt, die von ihr konsumierten Werte (gleich dem Wert des eignen Arbeitsvermögens) stets ersetzt. Allein sie wäre nicht produktiv im kapitalistischen Sinne, weil sie keinen Mehrwert produzierte."<sup>26</sup> Ausgehend von der Marxschen Definition der produktiven Arbeit umfaßt die nichtproduktive Arbeit die nicht gebrauchswertschaffende Tätigkeit, die in ihrer Masse außerhalb der Sphäre der materiellen Produktion ausgeübt wird.

22 Derselbe, Theorien über den Mehrwert, T. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26.1, Berlin 1965, S. 270.

23 Engels, Friedrich, Das Begräbnis von Karl Marx, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 335.

24 Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 195.

25 Derselbe, Theorien über den Mehrwert, a. a. O., S. 126 f.

26 Ebenda, S. 122 f.

"Alle nicht direkt in der Reproduktion, mit oder ohne Arbeit, figurierenden Gesellschaftsmitglieder können ihren Anteil am jährlichen Warenprodukt - also ihre Konsumtionsmittel - in erster Hand nur beziehen aus den Händen der Klassen, denen das Produkt in erster Hand zufällt - produktiven Arbeitern, industriellen Kapitalisten und Grundbesitzern. Insofern sind ihre Revenuen materialiter abgeleitet von Arbeitslohn (der produktiven Arbeiter), Profit und Bodenrente, und erscheinen daher jenen Originalrevenuen gegenüber als abgeleitete".<sup>27</sup>

Aufgrund der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt unter sozialistischen Produktionsverhältnissen treten neue theoretische Probleme der Zuordnung zu produktiven und nichtproduktiven Tätigkeiten auf, zum Beispiel sind jetzt zunehmend auch in der Sphäre der materiellen Produktion nichtproduktive Arbeitskräfte angesiedelt, denken wir an das betriebliche Bildungs-, Gesundheits-, Sozialwesen, das sich mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werk tätigen weiter ausdehnt. Die direkt in der Produktion und in den technisch vorbereitenden Bereichen Tätigen werden aufgrund der wachsenden Bedeutung der Produktivkraft Wissenschaft zu den unmittelbar produktiv Tätigen, die in den Leitungs- und Verwaltungsbereichen zu den mittelbar produktiv Tätigen gerechnet.<sup>28</sup>

Außerdem wird in der wissenschaftlichen Literatur zum Teil eine sehr unterschiedliche Auslegung der Marxschen Erkenntnisse vorgenommen, die von der ungerechtfertigten Beschränkung der Produktivität der Arbeit auf die unmittelbar in den Produktionsabteilungen Tätigen bis zur Einbeziehung des Lehrers und Arztes in die produktiv Tätigen reicht.<sup>29</sup>

Dazu hat Marx eindeutig gesagt: "Also klar, daß die Arbeit von Arzt und Schulmeister nicht unmittelbar den Fonds schaffen, aus dem sie bezahlt werden, obgleich ihre Arbeiten in die Produktionskosten des Fonds eingehen, der überhaupt alle Werte schafft, nämlich die Produktionskosten des Arbeitsvermögens".<sup>30</sup> Die gegenwärtige Gliederung der Beschäftigten der DDR in solche der produktiven und der nichtproduktiven Bereiche der Volkswirtschaft stellt die Grundlage der folgenden Analyse dar. Sie faßt mit der Industrie, Bauwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, dem Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, dem Handel und den sonstigen Zweigen den produktiven Bereich zusammen. Die dienstleistende Wirtschaft, die kulturellen und sozialen Einrichtungen, die staatlichen Verwaltungen und gesellschaftlichen Organisationen werden als nichtproduktive Bereiche ausgewiesen. Wie bereits angedeutet wurde, ist diese Gliederung nicht voll mit produktiver oder nichtproduktiver Tätigkeit der Werk tätigen in den betreffenden Bereichen identisch, da zum Beispiel in den produzierenden Bereichen Beschäftigte Bildungsaufgaben sowie Aufgaben der sozialen oder medizinischen Betreuung erfüllen. Auch die Identifizierung der Arbeiten in der dienstleistenden Wirtschaft mit nichtproduktiver Tätigkeit ist nicht voll möglich.

Dennoch spiegelt die Entwicklung der beiden Hauptarten von Wirtschaftsbereichen eine wichtige Tendenz wider (vgl. Tabelle 17):

27 Derselbe, Das Kapital, Bd. 2, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 24, Berlin 1963, S. 372.

28 Nowarra, Rainulf, Konzentration der Produktion und ökonomischer Einsatz der Arbeitskräfte, in: Arbeitsökonomik, Nr. 3/1968.

29 Vgl. Skaržinski, M., K diskussii o karaktere truda v neproizvodstvennoj sfere, in: Ékonomičeskie nauki, Nr. 9/1971, S. 22 - 33; Medvedev, V., O granicah proizvoditel'no truda, in: ebenda, S. 3 - 13; Solodkov, M., Protiv odnostoronnosti v Nonimanii kategorii "proizvoditel'nyj trud", in: ebenda, S. 14 - 21.

30 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, a. a. O., S. 138.

Tabelle 17

Struktur der Berufstätigen der DDR nach produzierenden und nichtproduzierenden Bereichen in Prozent der Gesamtbeschäftigten<sup>+</sup>

Jahr	Produzierende Bereiche	Nichtproduzierende Bereiche
1950	87,5	12,5
1955	84,8	15,2
1960	84,5	15,5
1965	83,4	16,6
1970	82,6	17,4
1971	82,2	17,8

+ Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 57.

Seit 1950 hat sich eine permanente Strukturveränderung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens zugunsten der Beschäftigten der nichtproduktiven Bereiche vollzogen, deren Ursachen in folgenden ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen begründet sind:

1. Mit steigender Arbeitsproduktivität auf der Grundlage der Technisierung der Produktion im materiellen Bereiche erhöhen sich die Anforderungen dieses Bereiches an die Leistungen der nichtproduktiv Tätigen. Es wachsen die Anforderungen an das Bildungswesen, da sich die Qualifikationsanforderungen an die Werkstätigen erhöhen. Dieser Prozeß wird durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse gefördert. Durch sie bedingt, steigen auch die Anforderungen an das sozialistische Gesundheitswesen, an Körperkultur und Sport im Interesse der Gesunderhaltung und allseitigen Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten. Das betrifft auch die kulturell-ästhetische Erziehung und Bildung der Werkstätigen wie die Entwicklung der Bereiche der Dienstleistungswirtschaft als wesentliche Momente der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung.
2. Die steigende Effektivität und Leistungsfähigkeit der Bereiche außerhalb der materiellen Produktion wirkt ihrerseits entscheidend auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität der produktiven Bereiche zurück, so daß hier der relative Aufwand an lebendiger Arbeit zurückgeht.
3. In dem Maße, wie es gelingt, die Nationaleinkommensentwicklung zu erhöhen, daß heißt in den produktiven Bereichen genügend Mittel zu erwirtschaften, wird es immer besser möglich, die vom VIII. Parteitag der SED gestellte Hauptaufgabe hinsichtlich der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus zu realisieren. Das ist wiederum mit der Entwicklung der nichtproduzierenden Bereiche, insbesondere der Dienstleistungswirtschaft, aber auch des Gesundheits- und Sozialwesens, der Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen, der Weiterentwicklung der Volksbildung und anderer Bereiche verbunden.

Daher ist auch für die Zukunft mit einem weiteren Ansteigen des Strukturanteils der nichtproduktiven Bereiche der Volkswirtschaft am gesellschaftlichen Arbeitsvermögen zu rechnen. Das kann und darf jedoch nur in dem Maße erfolgen, wie es von seiten der Entwicklung der materiellen Bereiche und ihrer Versorgung mit Arbeitskräften vertretbar ist.

Deshalb besteht die Aufgabe auch darin, die Leistungserhöhung in den nichtproduzierenden Bereichen gleichzeitig durch die Steigerung der Pro-Kopf-Leistung in diesen Bereichen, durch wissenschaftliche Arbeitsorganisation, sparsamen Umgang mit lebendiger Arbeit, rationelle Arbeitszeitausnutzung, Anwendung fortgeschrittener Arbeitsmethoden und, soweit das möglich ist, durch Teiltechnisierung von Arbeitsprozessen zu beeinflussen.

Eine ähnliche Entwicklung hat sich auch, mit Ausnahme von Ungarn, in den übrigen Ländern des RGW vollzogen:

Tabelle 18

Verteilung der Berufstätigen auf produzierende und nichtproduzierende Betriebe in Prozent<sup>+</sup>

Bereich	Jahr	Bulgarien	Ungarn	Polen	Rumänien	UdSSR	ČSSR	DDR
Produktions- sphäre	1950	95,0	83,6	91,4	93,6	87,6	88,7	87,5
	1969	87,2	84,4	88,5	89,8	80,6	81,4	82,8
nichtproduzie- rende Sphäre	1950	5,0	16,4	8,6	6,4	12,4	11,3	12,5
	1969	12,8	15,6	11,5	10,2	19,4	18,6	17,2

+ Štucová, B./Veselý, Z., Vývoj obyvatelstva a pracovních síl v zemích RVHP (Die Entwicklung der Bevölkerung und der Arbeitskräfte in den Ländern des RGW), in: Hospodářské noviny, Praha Nr. 24/1971, S. 8 f. Deutsche Übersetzung an der HfÖ 71 30 329 - 5.

b) Die Entwicklung der Struktur des Arbeitsvermögens nach Wirtschaftsbereichen

Eine Untersuchung der Struktur des Arbeitsvermögens nach Wirtschaftsbereichen macht die konkreten Ursachen des Rückgangs der produktiven Bereiche noch deutlicher sichtbar (vgl. Tabelle 19).

Tabelle 19

Beschäftigtenstruktur in den RGW-Ländern in den Jahren 1950 und 1969<sup>+</sup> in Prozent

	Jahr	Bulgarien	Ungarn	DDR	Polen	Rumänien	UdSSR	ČSSR
Beschäftigung in der Volkswirt- schaft insgesamt		100	100	100	100	100	100	100
Produktions- sphäre	1950	95,0	83,6	85,6	91,4	93,6	87,6	88,7
	1960	90,8	85,8	84,7	89,8	92,4	84,6	85,8
	1969	87,2	84,4	81,5	88,5	89,8	80,6	81,4
darunter:	1950	9,5	19,5	38,5	21,2	12,0	21,1	30,0
Industrie	1960	21,9	28,3	42,0	25,6	15,1	24,7	37,3
	1969	30,3	34,6	42,3	27,9	21,8	28,5 <sup>++</sup>	38,0
	1950	1,9	3,8	5,2	5,0	2,2	6,4	6,3
Bauwesen	1960	5,2	5,4	6,3	6,6	4,9	7,5 <sup>++</sup>	8,3
	1969	7,6	6,6	7,7	7,2	7,4	7,9 <sup>++</sup>	8,4
	1950	79,5	50,6	27,3	54,0	74,3	47,6	38,6
Land- und Forst- wirtschaft	1960	55,5	39,3	17,3	44,2	65,5	38,7 <sup>++</sup>	25,9
	1969	37,6	29,1	13,3	37,4	51,2	28,7 <sup>++</sup>	18,8
	1950	1,8	4,2	6,0	4,4	2,4	5,6	5,2
Verkehrs- und Fernmeldewesen	1960	4,1	6,1	7,1	5,3	3,1	7,2 <sup>++</sup>	6,1
	1969	5,5	6,5	7,0	5,9	4,5	7,9 <sup>++</sup>	6,8
	1950	2,3	5,5	8,3	5,3	2,5	4,7	8,6
Handel	1960	4,1	6,7	11,6	6,0	3,4	5,4 <sup>++</sup>	8,2
	1969	6,0	7,6	11,0	5,8	4,3	6,7 <sup>++</sup>	9,4
	1950	5,0	16,4	14,4	8,6	6,4	12,4	11,3
Nichtproduzie- rende Sphäre	1960	9,2	14,2	15,3	10,2	7,6	15,4 <sup>++</sup>	14,2
	1969	12,8	15,6	18,5	11,5	10,2	19,4 <sup>++</sup>	18,6

+ Štucová, B./Veselý, Z., Vývoj obyvatelstva a pracovních síl v zemích RVHP (Die Entwicklung der Bevölkerung und der Arbeitskräfte in den Ländern des RGW), in: Hospodářské noviny, Praha Nr. 24/1971, S. 8 f. ++ 1968.

Die von der Tabelle 18 abweichenden Werte der DDR resultieren offensichtlich aus unterschiedlichen Zuordnungen der Arbeitskräfte.

Es lassen sich folgende Tendenzen erkennen:

### 1. In der Produktionssphäre:

- a) In allen RGW-Ländern hat sich der Strukturanteil des industriellen Gesamtarbeiters am gesellschaftlichen Arbeitsvermögen von 1950 bis 1969 erhöht. Dabei ist feststellbar, daß sich diese Erhöhung aufgrund des Übergangs von der vorwiegend extensiven zur intensiven erweiterten Reproduktion in den Jahren nach 1960 in der Regel langsamer vollzogen hat als davor. (Die Ausnahme bilden hier die UdSSR und VR Rumänien). Dieser Rückgang war mit einem raschen Produktivitätsanstieg in der DDR verbunden. Während zum Beispiel die Zahl der Arbeiter und Angestellten der Industrie von 1950 bis 1970 auf 133,3 Prozent stieg, erhöhte sich die Industrieproduktion gleichzeitig auf 537 Prozent. 1975 wird bei gleichbleibender Arbeitskräftezahl die Produktion auf 720 bis 730 Prozent gestiegen sein.<sup>31</sup>
- b) Der Anteil des Bauwesens am gesellschaftlichen Arbeitsvermögen hat sich ebenfalls erhöht. Mit Ausnahme der DDR hat sich auch hier die Erhöhung in den Jahren nach 1960 langsamer vollzogen als vorher.
- c) Eine analoge Entwicklung ist auch in den Wirtschaftsbereichen Verkehr, Post und Fernmeldewesen sowie Handel festzustellen. Beide Bereiche weisen in allen RGW-Ländern gestiegene Anteile am gesellschaftlichen Arbeitsvermögen auf.
- d) Der oben gezeigte Rückgang des Anteils der produktiv Tätigen ist in besonderem Maße dem Sinken des Anteils der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft geschuldet. Dieser sank aufgrund der Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft und des schnellen Voranschreitens des Prozesses der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR von 27,3 Prozent 1950 auf 13,3 Prozent 1969. Die rasche Produktivitätsentwicklung in der Land- und Forstwirtschaft kommt darin zum Ausdruck, daß 1965 ein Berufstätiger der Landwirtschaft 18 Menschen mit Nahrungsgütern versorgte, 1970 bereits 23 und 1971 25. Der Plan für 1975 sieht eine Steigerung auf die Versorgung von 30 Menschen vor.<sup>32</sup>

Das wird unter anderem durch ein Ansteigen der Grundmittelausstattung der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft erreicht, die 1969 rund 65 Prozent der Fondsausstattung der Arbeit in der Industrie betrug und von 1970 bis 1975 auf 145 Prozent gesteigert wird, so daß sie sich damit dem Niveau der Industrie weiter annähert.<sup>33</sup>

### 2. In der nichtproduzierenden Sphäre:

Der Anteil der nichtproduzierenden Sphäre am gesellschaftlichen Arbeitsvermögen hat sich, wie wir bereits feststellen konnten, erhöht. Diese Erhöhung ist vor allem der Entwicklung der kulturellen und sozialen Einrichtungen geschuldet, die Wissenschaft und Forschung, Bildungswesen, Kultur, Kunst, Gesundheitswesen und Sozialwesen einschließen.

Ihr Anteil am gesellschaftlichen Arbeitsvermögen ist zum Beispiel von 10,6 Prozent 1967 auf 11,2 Prozent 1970 gestiegen, während sich der Anteil der staatlichen Verwal-

31 Arbeitsmaterial zur Direktive des VIII. Parteitag des SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR, 1971 - 1975, hg. v. d. Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1971, S. 17.

32 Ebenda, S. 30.

33 Sachse, Rosemarie, Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplans und die Intensivierung unserer Landwirtschaft, in: Einheit, Nr. 2/1972, S. 246.

tungen und gesellschaftlichen Organisationen am gesellschaftlichen Arbeitsvermögen von 3,1 Prozent 1967 auf 3,2 Prozent 1970 und der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten von rund 2,8 Prozent auf rund 2,9 Prozent entwickelt hat.<sup>34</sup>

Die weitere Entwicklung der Strukturanteile des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens nach Wirtschaftsbereichen hängt von der konkret geplanten und realisierbaren Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte ab.

Im Rahmen einer Analyse der Entwicklung des Arbeitsvermögens der RGW-Länder<sup>35</sup> werden folgende Voraussagen getroffen, die natürlich aufgrund der unterschiedlichen ökonomischen und praktischen Bedingungen der Länder differenziert zutreffen:

1. Es wird in Abhängigkeit vom ökonomischen Niveau der sozialistischen Länder zu einer Stabilisierung oder auch zur Verringerung des Anteils der in der Industrie beschäftigten Personen kommen.

In der DDR zeichnet sich bis 1975 bereits dieser Stabilisierungsprozeß ab, da die steigende Industrieproduktion mit im wesentlichen gleichbleibender Arbeitskräftezahl zu erzielen ist. Das ist natürlich nur durch intensive sozialistische Rationalisierung, durch Mechanisierung und Automatisierung zu erreichen, wobei besonders die bisher wenig mechanisierten Hilfsprozesse zu erfassen sind, in denen noch ein Drittel aller Produktionsarbeiter mit Handarbeit befaßt ist<sup>36</sup>, und die volle Nutzung der hochproduktiven Maschinen und Anlagen durch Erhöhung des Schichtkoeffizienten erreicht werden muß.

2. Auch beim Bauwesen wird damit gerechnet, daß sich sein Anteil am gesellschaftlichen Arbeitsvermögen nach Erreichung eines bestimmten Grenzwerts stabilisieren oder nur langsam wachsen wird.

Hierfür ist ebenfalls entscheidend, in welchem Maße eine Produktivitätssteigerung durch Technisierung und andere Faktoren erreicht wird. Die Direktive des VIII. Parteitages sieht eine Erhöhung der Bau- und Montageproduktion auf 127 bis 129 Prozent und der Baumaterialproduktion auf 134 bis 136 Prozent vor, wobei die Arbeitsproduktivität auf 121 bis 124 Prozent<sup>37</sup> steigen soll, das heißt, daß mit einer gewissen Zunahme des Anteils des Bauwesens am gesellschaftlichen Arbeitsvermögen gerechnet wird.

3. Die in Tabelle 19 aufgezeigte Tendenz der relativen Beschäftigterhöhung im Verkehr und Fernmeldewesen wird in der genannten Analyse vor allem in den RGW-Ländern mit einem sehr niedrigen Anteil Beschäftigter dieses Wirtschaftsbereiches weiterhin erwartet.

Die DDR hat neben der UdSSR den höchsten Beschäftigtenanteil der RGW-Länder im Verkehr und Fernmeldewesen. Deshalb sieht die Direktive für den Fünfjahrplan auch entscheidende Produktivitäts- und Effektivitätssteigerungen in diesem Wirtschaftsbereich vor. Da aber zum Beispiel im Post- und Fernmeldewesen die geplante Leistungssteigerung etwas über der Produktivitätssteigerung liegt<sup>38</sup> und im Bereich der Post 53 Prozent aller Frauen

34 Errechnet nach Reinholz, Gabriele, Analyse des Einsatzes der Arbeitskräfte im produktiven und nichtproduktiven Bereich der Volkswirtschaft der DDR, Diplomarbeit an der HfÖ Berlin 1972, Anlage 4.

35 Štucová, B. / Veselý, Z., Vývoj obyvatelstva a vracovních sil v zemič RVHP (Die Entwicklung der Bevölkerung und der Arbeitskräfte in den Ländern des RGW), in: Hospodárské noviny, Nr. 24/1971, S. 8 f. - Deutsche Übersetzung in der HfÖ Berlin, Nr. 71 30 329 - 5.

36 Peuse, Hellmuth, Mehr Aufmerksamkeit den Hilfsprozessen, in: Die Wirtschaft, Ausg. A, Nr. 43, 25. 10. 1972.

37 Vgl. Arbeitsmaterial ..., a. a. O., S. 25.

38 Vgl. ebenda, S. 40.

verkürzt arbeiten, ist hier mit einem geringen Anwachsen des Arbeitskräfteanteils oder der Erhöhung der Ganztagsbeschäftigten zu rechnen.

4. Für den Handel wird mit der Tendenz der Erhöhung des Beschäftigtenanteils besonders für die Länder gerechnet, deren Arbeitskräfteanteil unter 10 % liegt.

Die DDR mit dem höchsten Arbeitskräfteanteil der RGW-Länder im Handel (11 %) hat aber aufgrund des hohen Teilzeitbeschäftigungsgrades des weiblichen Verkaufspersonals von 42 Prozent (bei einem Frauenanteil von 69,2 Prozent<sup>39</sup> an den Beschäftigten des Handels 1971) noch wesentliche Aufgaben zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern zu lösen, so daß meines Erachtens hier das quantitative Arbeitsvermögen bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung in geringem Maße erhöht werden muß.

5. Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft wird sich auch künftig absolut wie relativ verringern, wobei die steigenden Aufgaben zur Erhöhung des Versorgungsniveaus der Bevölkerung durch die rasch voranschreitende Intensivierung der Produktion gelöst werden müssen.

6. Gleichzeitig vollzieht sich weiter der Prozeß der Strukturveränderung zugunsten der nichtproduzierenden Bereiche, besonders der Bereiche, die entscheidenden Einfluß auf die Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung haben wie der Gesundheits-, Sozial-, Bildungs- und Kultureinrichtungen und der Dienstleistungsbereiche.

Diese Tendenz wird am Beispiel der UdSSR sichtbar, die mit 18,6 Prozent 1970 bereits den höchsten Beschäftigtenanteil der sozialistischen Länder in den Bereichen Gesundheitswesen, Sport und Sozialfürsorge (5,6 Prozent), Bildung und Kultur (8,9 Prozent), Kunst (0,5 Prozent), Wissenschaft und wissenschaftliche Betreuung (3,6 Prozent) hatte.<sup>40</sup>

c) Zur Entwicklung der Struktur des industriellen Arbeitsvermögens nach Einsatzbereichen und nach Beschäftigtengruppen

Die Strukturveränderungen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens erstrecken sich auch auf seine Verteilung nach betrieblichen Einsatzbereichen der Industrie und Beschäftigtengruppen (vgl. Tabelle 20).

Die hier skizzierte Entwicklung zeigt die Tendenz des Rückgangs der direkt in der Produktion Tätigen und der Zunahme der Arbeitskräfteanteile der technisch und ökonomisch vorbereitenden Bereiche. Diese Entwicklung ist der raschen Produktivitätssteigerung in der sozialistischen Industrie geschuldet sowie der zunehmenden Verlagerung von Aufgaben in die Produktionsvorbereitung. Die technisch und ökonomisch vorbereitenden Bereiche gewinnen zunehmend an Bedeutung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dabei muß jedoch der inneren Effektivität der Konstruktions-, Leitungs- und Verwaltungsabteilungen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden, um ein Aufblähen dieser Bereiche zu verhindern. Die nichtrationelle Nutzung von Arbeitszeit und Qualifikation der Arbeitskräfte hat in den letzten Jahren insbesondere in Leitungs- und Verwaltungsbereichen zu einer anormal beschleunigten Arbeitskräfteentwicklung zu Lasten einer störungsfreien Produktion geführt. Das veranlaßte zu der Aufgabenstellung des VIII. Parteitags der SED, "exakte Grundsätze und Kriterien für eine rationelle Gestaltung der Organisationsstruktur in den Staats- und Wirtschaftsorganen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen" festzulegen, "die uns helfen, jeglichen Bürokratismus und die Aufblähung der Verwaltungsapparate zu unterbinden. Die Organisationsstruktur muß einfach und überschaubar sein, die geringstmögliche Anzahl von Leitungsebenen umfassen, Doppel- und Parallelarbeiten ausschließen und eine reibungslose effektive Ar-

<sup>39</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 59.

<sup>40</sup> Vestnik statistiki, Nr. 10/1971, S. 88.

Tabelle 20

Anteil der in den Einsatzbereichen der sozialistischen Industrie der DDR Beschäftigten in Prozent der Gesamtbeschäftigten

	a) Direkt in der Produktion Tätige						b) Beschäftigte für Forschung, Entwicklung, Konstruktion und Projektierung					
	1962	1963	1965	1967	1968	1970 <sup>+</sup>	1962	1963	1965	1967	1968	1970 <sup>+</sup>
VE Industrie gesamt	74,4	73,3	72,3	.	.	67,0	3,2	3,3	3,6	.	.	5,0
Energiewirtschaft	.	70,1	68,5	67,5	67,3	.	.	1,2	1,8	2,3	2,1	.
Chemische Industrie	.	73,8	73,4	72,2	70,0	.	.	4,6	4,8	5,5	5,4	.
Schwermaschinenbau	.	63,5	62,2	61,2	.	.	.	7,6	7,5	7,9	.	.
Allg. Maschinenbau	.	64,3	62,2	61,2	.	.	.	5,9	6,5	7,0	.	.
Schiffbau	.	66,6	68,4	68,2	68,0	.	.	4,7	4,6	4,8	5,5	.
Elektroindustrie	.	64,1	62,3	61,1	58,2	.	.	7,4	8,3	8,1	8,1	.
Feinmech.-opt. Ind.	.	65,3	63,9	62,8		.	.	8,2	8,3	8,8		.
	c) Lenkung und Leitung						d) Hauptbuchhaltung, kaufmänn. Leitung, Allg. Verwaltung					
	1962	1963	1965	1967	1968	1970 <sup>+</sup>	1962	1963	1965	1967	1968	1970 <sup>+</sup>
VE Industrie gesamt	6,5	6,7	7,4	.	.	10,0	12,7	13,6	9,6	.	.	11,0
Energiewirtschaft	.	6,8	7,5	8,6	9,2	.	.	14,0	14,1	13,6	14,1	.
Chemische Industrie	.	3,5	3,9	4,2	4,4	.	.	9,8	9,7	9,7	8,5	.
Schwermaschinenbau	.	11,4	12,0	12,5	.	.	.	11,5	11,6	11,4	.	.
Allg. Maschinenbau	.	11,2	12,4	13,0	.	.	.	12,3	12,4	12,2	.	.
Schiffbau	.	11,1	10,7	10,5	10,8	.	.	10,1	9,5	9,5	10,0	.
Elektroindustrie	.	10,1	11,2	12,1	12,0	.	.	12,3	12,4	12,4	10,4	.
Feinmech.-opt. Ind.	.	10,8	11,4	11,7		.	.	9,5	9,7	9,5		.

+ Analyse der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik von 1971. Die Differenz zu 100 Prozent umfasst die übrigen Bereiche.

beit ermöglichen".<sup>41</sup> Die objektiv eingetretene anormale Veränderung der Proportionen zwischen Produktions- und Verwaltungspersonal wird Anlaß zur Herstellung eines Verhältnisses sein, bei dem sowohl eine hohe innere Effektivität aller Bereiche gesichert ist, als auch die Produktions- und Produktivitätsentwicklung reibungslos verlaufen kann. Das wird in den kommenden Jahren zu einer Reduzierung des Anteils der Leitungs- und Verwaltungsbereiche führen. Insgesamt bleibt jedoch die Tendenz der Proportionsveränderung zugunsten der vorbereitenden Bereiche als Erfordernis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestehen.

Diese Entwicklung zieht Strukturveränderungen hinsichtlich des Anteils der Beschäftigten- und der Qualifikationsgruppen der Arbeitskräfte nach sich, die hohe Anforderungen an das sozialistische Bildungswesen stellen.

In den letzten fünfzehn Jahren hat sich die Beschäftigtengruppenstruktur des industriellen Gesamtarbeiters zugunsten des ingenieur-technischen Personals, der Wirtschaftler und des Verwaltungs-, Hilfs- und Abrechnungspersonals verändert, während der Anteil der Produktionsarbeiter sich rückläufig entwickelt hat. Dabei muß (neben der vorn genannten zum Teil anormalen Entwicklung) berücksichtigt werden, daß zunehmend ingenieur-technisches Personal den Status von Produktionsarbeitern einnimmt, das heißt mit der Überwachung von komplizierten Maschinen und Anlagen betraut wird. Diese Beschäftigtengruppe ist damit nicht mehr in ihrer Gesamtheit von der der Produktionsarbeiter trennbar.

#### d) Die Entwicklung der Qualifikationsstruktur des Arbeitsvermögens

Die zunehmende Entwicklung der besonders qualifikationsintensiven, das heißt mit einem hohen Anteil von Arbeitskräften der oberen Qualifikationsstufen ausgestatteten Einsatzbereiche und Beschäftigtengruppen hat die Veränderung der Qualifikationsstruktur des Arbeitsvermögens der DDR bewirkt (vgl. Tabelle 21).

Tabelle 21

Qualifikationsstruktur der Berufstätigen der sozialistischen Wirtschaft der DDR in Prozent<sup>+</sup>

Jahr	Hochschulkader	Fachschulkader	Facharbeiter, Angelernte und Ungelernte
1955	1,6	2,8	95,6
1961	2,2	3,9	93,9
1965	3,1	5,5	91,4
1970	4,2	7,2	88,6
1971	4,6	8,0	87,4

+ Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 66.

41 Stoph, Willi, Bericht zur Direktive des VIII. Parteitagess der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, Berlin 1971, S. 60 f.

Tabelle 22

Qualifikationsstruktur der Produktionsarbeiter in der sozialistischen Industrie der DDR in Prozent<sup>+</sup>

Jahr	Facharbeiter	Angelernte	Ungelernte
1962	44,4	42,0	13,6
1964	45,5	43,0	12,0
1966	47,7	41,0	11,6
1968	50,2	39,5	10,3
1970	52,5	37,9	9,6

+ Daten für 1964 bis 1970 siehe Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 141.

In dieser Entwicklung äußern sich sowohl die durch die sozialistische Bildungspolitik realisierten objektiven Anforderungen der Entwicklung der materiell-technischen Produktivkräfte als auch die spezifischen aus den sozialistischen Produktionsverhältnissen resultierenden Ansprüche an eine hohe berufliche Bildung und Persönlichkeitsentwicklung der Gesellschaftsmitglieder. Die erstgenannten Anforderungen zeigen sich in dem engen gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen dem Technisierungsniveau der Produktion und der Qualifikationsstruktur der Produktionsarbeiter, auf den Marx bereits hingewiesen hat:

"Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen. Die Arbeitsmittel sind nicht nur Gradmesser der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft, sondern auch Anzeiger der gesellschaftlichen Verhältnisse, worin gearbeitet wird".<sup>42</sup>

Tabelle 23

Qualifikationsstruktur der Produktionsarbeiter der metallverarbeitenden Industrie der DDR 1968 nach Technisierungsstufen des Arbeitsprozesses<sup>+</sup>

Qualifikationsgruppen	Technisierungsstufen des Arbeitsprozesses				
	T <sub>1</sub>	T <sub>2</sub>	T <sub>3</sub>	T <sub>4</sub>	T <sub>5</sub>
Facharbeiter	53,0	65,0	46,2	66,0	94,1
Angelernte	31,0	29,0	46,5	34,0	5,9
Ungelernte	16,0	6,0	7,3	-	-
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Durchschnittsqualifikation

	2,368	2,586	2,389	2,662	2,685
--	-------	-------	-------	-------	-------

+ Errechnet nach Kreyer, Manfred, Zur Strukturveränderung der Produktionsarbeiter in der Industrie, in: Arbeitsökonomik, Nr. 6/1968.

T<sub>1</sub> = manueller Arbeitsprozeß, T<sub>2</sub> = manueller Arbeitsprozeß mit energiebetriebenen Maschinenwerkzeug, T<sub>3</sub> = mechanisierter Arbeitsprozeß, T<sub>4</sub> = teilautomatisierter Arbeitsprozeß, T<sub>5</sub> = automatisierter Arbeitsprozeß.

Ähnlich, wie anhand der Verteilung der Qualifikationsgruppen auf die Technisierungsstufen modellhaft sichtbar gemacht werden kann, wie mit dem wissenschaftlich-technischen Fort-

<sup>42</sup> Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 194.

schritt die Durchschnittsqualifikation und der Anteil der qualifizierten Arbeiter wächst, lassen sich Zusammenhänge zwischen der Technisierung der Produktion und der Berufsstruktur qualifizierbar machen.

Solche Untersuchungen sind von großer theoretischer, aber auch praktischer Bedeutung. Sie weisen einerseits theoretisch erkannte Gesetzmäßigkeiten praktisch nach. Andererseits werden hier mit Hilfe der Analyse Modellstrukturen der Arbeitskräfte erarbeitet, die unter gewissen Voraussetzungen der Planung zukünftiger Qualifikationsstrukturen des Arbeitsvermögens zugrundegelegt werden können.

Analoge Analysen wurden zu den Einflussfaktoren der Zahl und Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in technisch-vorbereitenden und in Leitungs- und Verwaltungsbereichen durchgeführt. Sie gestatten ebenfalls die quantitative Darstellung gesetzmäßiger Zusammenhänge und schaffen damit Ansatzpunkte für die langfristige Planung des qualitativen Arbeitsvermögens, die eine wesentliche Voraussetzung der zukünftigen Bildungsplanung ist.

Die Strukturanalyse des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens der DDR ist damit bei weitem noch nicht abgeschlossen. Viele Aspekte konnten nur gestreift werden, andere mußten unberücksichtigt bleiben. Deshalb ist die Untersuchung der objektiven Prozesse der Strukturveränderung des Arbeitsvermögens nach wie vor eine dringende wissenschaftliche Aufgabe, die der Schaffung von Grundlagen für die planmäßige Beherrschung dieser Prozesse durch den sozialistischen Staat dienen muß.

## DEMOGRAPHISCHE ASPEKTE DER EINBEZIEHUNG DER FRAU IN DEN BERUFSPROZESS

von Klaus Müller

Die Analyse der historischen Entwicklung der Arbeit zeigt mit steigender Deutlichkeit das Hervortreten der Frauenarbeit als etwas der Männerarbeit unterschiedlich Gegenüberstehendes. Heutzutage erlaubt dies die Feststellung, daß sie eine spezifische sozialökonomische Kategorie darstellt.

Die Spezifik dieser sozialökonomischen Kategorie liegt in der Tatsache begründet, daß die Frau einerseits Arbeitskraft ist, zum anderen aber diese Rolle von der biologischen Funktion der Frau als Mutter beeinflusst wird. Dieses Wechselverhältnis bedingt eine Reihe von Widersprüchen, die entsprechend dem Stand der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit in unterschiedlicher Form und unterschiedlichem Ausmaß auftreten.

Karl Marx bemerkt im Zusammenhang mit seiner Darstellung des Doppelcharakters der Arbeit, daß alle Arbeit zunächst einmal Arbeit im physiologischen Sinn sei.<sup>1</sup>

Aber schon in dieser Arbeit im physiologischen Sinn treten durch die natürlichen Unterschiede der Organismen des männlichen und weiblichen Körpers Besonderheiten in der quantitativen Verausgabung von Arbeitskraft zwischen Frauen und Männern auf. Neben der organischen Beschaffenheit der Frau, die durch ihre biologische Funktion als potentieller Träger der natürlichen Reproduktion der Menschen bedingt ist, wirkt auch die Wahrnehmung der Mutterrolle auf ihr Vermögen, Arbeit zu leisten, quantitativ ein.

Diese genannten Aspekte wirken in allen Produktionsweisen, und zwar entsprechend dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, dem Stand der gesellschaftlichen Organisation und den jeweiligen Bevölkerungsgesetzen.

Im Verlaufe der gesellschaftlichen Entwicklung wurde es augenscheinlich, daß sich die Widersprüche zwischen materneller und ökonomischer Aufgabe der Frau in Abhängigkeit vom Vergesellschaftungsgrad dieser Aufgaben entwickeln. Dieser Vergesellschaftungsgrad war dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den jeweiligen Produktionsverhältnissen entsprechend unterschiedlich.

In den vorkapitalistischen Produktionsweisen gehörte die Integration der maternellen und der ökonomischen Funktion zu den gesellschaftlichen Existenzbedingungen, wobei jede Tätigkeit der Frau fast ausschließlich ihrer maternellen Funktion zugeordnet war. Mit der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, deren Ausdruck unter anderem der zunehmende Vergesellschaftungsgrad der ökonomischen Tätigkeit ist, wuchs die Rolle der Frau als Arbeitskraft für eben diese gesellschaftliche Produktion. Damit brachen die Widersprüche zwischen ihrer Funktion als Arbeitskraft und ihrer Rolle als Trägerin der natürlichen Reproduktion der Bevölkerung in ihrem antagonistischen Charakter auf. Dem lag zugrunde, daß die Vergesellschaftung der ökonomischen Tätigkeit zunahm, die maternelle Funktion der

<sup>1</sup> Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1969, S. 61.

Frau aber individuelle Angelegenheit der Familie blieb. Die Lösung dieses Widerspruches erfordert aber, daß auch die maternelle Funktion der Frau in einem hohen Maße vergesellschaftet wird. Eben dies gestatten die Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht, Profit kann nur aus der Ausbeutung und damit aus der ökonomischen Funktion der Frau erzielt werden, die somit einzig und allein als Arbeitskraft in der Produktion im Blickpunkt des gesellschaftlichen Interesses stand.

Unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, die durch die veränderte Stellung der Werktätigen zu den Produktionsmitteln gekennzeichnet sind, wird dieser unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen antagonistische Widerspruch zunächst einmal in nichtantagonistische Widersprüche verwandelt.

Die Lösung der mit diesen Spezifika verbundenen Widersprüche, die sich aus der Teilnahme der Frau an der gesellschaftlichen Arbeit ergeben, dem nach Engels einzig möglichen Kriterium für die gleichberechtigte Stellung der Frau in der Gesellschaft, ist davon abhängig, in welchem Maße die maternellen Aufgaben vergesellschaftet werden können. In der Tendenz wird sich dabei ein bestimmtes optimales Verhältnis zwischen der Wahrnehmung der ökonomischen und der maternellen Funktionen durch die Frauen herausbilden. Charakterisiert wird das optimale Verhältnis durch eine hohe ökonomische Aktivität einerseits und die Wahrnehmung der maternellen Aufgaben, die eine Bevölkerungsreproduktion auf einem gesellschaftlich notwendigen Niveau sichern. Dabei trägt dieser Vorgang zweifelsohne Prozeßcharakter, der durch die materiellen und ideologischen Bedingungen der jeweiligen Entwicklungsphase der sozialistischen Gesellschaft beeinflusst wird.

#### Sozialökonomische Aspekte der Einbeziehung der Frau in den Arbeitsprozeß unter sozialistischen Produktionsverhältnissen

Die Errichtung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und die damit verbundene Änderung des Charakters der Produktionsverhältnisse, die in der DDR nach 1945 erfolgten, bedingten auch eine Veränderung des Grades und des Charakters der Einbeziehung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Boldyrev spricht in diesem Zusammenhang vom Wirken eines sogenannten ökonomischen Bevölkerungsgesetzes: "Es bestimmt den Grad und Charakter der Ausnutzung der Arbeitskräfteresourcen der Gesellschaft, d. h. mit anderen Worten, es zeigt, in welchem Maße die potentielle Arbeitskraft mit den Produktionsmitteln verbunden ist und wie sie eingesetzt wird."<sup>2</sup>

Die Befriedigung der quantitativen und qualitativen Bedürfnisse nach Arbeitskräften beruht in jeder Produktionsweise auf den jeweiligen ökonomischen Grundgesetzen. Die Erfüllung und Beachtung des Grundgesetzes der sozialistischen Produktionsverhältnisse bestimmt das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft, woraus sich das Verhältnis, in welchem das geschaffene Mehrprodukt der Gesellschaft auf die Fonds der Akkumulation und der gesellschaftlichen sowie der individuellen Konsumtion verteilt wird, ableitet. Die Kriegsauswirkungen, die sich in der DDR durch die deformierte Struktur der Volkswirtschaft infolge der Teilung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg zusätzlich äußerten, machten es zunächst einmal notwendig, einen Großteil der verfügbaren Mittel in den Akkumulationsfonds zu investieren, um so den Wieder- bzw. Neuaufbau zu fördern. Dabei war es historisch bedingt, daß der Akkumulationsfonds in den ersten Jahren zur extensiven Erweiterung der Industrie verwendet wurde. Dieser Prozeß besaß Allgemeingültigkeit für die europäischen sozialistischen Länder.

Gleichzeitig bedingte diese extensive Erweiterung auf einem bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte aber eine adäquate, notwendig höhere Zahl an Arbeitskräften. "Der Wie-

<sup>2</sup> Boldyrev, V., *Socialističeskij zakon narodonaselenija*, in: *Ėkonomičeskie nauki*, Nr. 9/1970, S. 105.

deraufbau nach dem Krieg und der darauffolgende extensive Prozeß der sozialistischen Industrialisierung erforderte große Arbeitskräftereserven ...<sup>3</sup>

Die ökonomische Notwendigkeit bestand so auch in der DDR in der Verringerung der Differenz zwischen notwendiger Arbeitskräftezahl und tatsächlicher Arbeitskräftezahl auf Kosten der nicht in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einbezogenen potentiellen Arbeitskräfte.

Dieser objektive ökonomische Prozeß traf mit zwei wesentlichen gesellschaftspolitischen Zielstellungen zusammen, der Sicherung der Vollbeschäftigung und der Einbeziehung der Frauen in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Erstere bedeutete die Liquidierung der relativen Überbevölkerung als wesentlicher ökonomischer Kategorie des Kapitalismus.

Die zweite Zielstellung resultiert aus der Verwirklichung der gleichberechtigten Stellung der Frau in der Gesellschaft nach der Zerschlagung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die Engels in der Betrachtung über Fourier als einen der Gradmesser für den Entwicklungsstand einer Gesellschaft betrachtet. "Er spricht es zuerst aus, daß in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist."<sup>4</sup>

Der Weg zur Gleichberechtigung kann dabei nur über die Einbeziehung in die gesellschaftliche Produktion erfolgen. "Die Frau in die gesellschaftlich produktive Arbeit einzubeziehen, sie der 'Haussklaverei' zu entreißen, sie von der abstumpfenden und erniedrigenden Unterordnung unter die ewige und ausschließliche Umgebung von Küche und Kinderstube zu befreien - das ist die Hauptaufgabe."<sup>5</sup>

Der Lösung dieser Hauptaufgabe in der DDR dienten eine Reihe juristischer und sozialökonomischer Maßnahmen, die vom Befehl Nr. 253 der Sowjetischen Militäradministration bis zu den im Zuge der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED beschlossenen Maßnahmen zur Förderung berufstätiger Mütter reichen. Alle diese Maßnahmen, die die Eingliederung der Frauen in den Arbeitsprozeß zum Ziel haben, weisen einen hohen Wirkungsgrad auf, was darin zum Ausdruck kommt, daß der Frauenbeschäftigtengrad in der DDR von allen RGW-Ländern den höchsten Stand aufweist.

Im allgemeinen wurde nach der Zerschlagung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Einbeziehung der Frau in den Produktionsprozeß sozialistischer Länder zunächst nur mit Hilfe breiter ideologischer Überzeugungsarbeit möglich.

"Zu Anfang bestand die Hauptaufgabe darin, die Frauen von der Notwendigkeit des Arbeitens in der gesellschaftlichen Produktion zu überzeugen, ihnen Bildung und Ausbildung zu geben, sie aus Haushaltssklavinnen in völlig gleichberechtigte Werktätige zu verwandeln."<sup>6</sup>

"Die Kampagne betonte die Berufstätigkeit der Frau als grundlegende und notwendige Bedingung ihrer Unabhängigkeit und Gleichberechtigung. Während der ersten Jahre war diese ideologische Kampagne zur Überwindung des inneren und äußeren Widerstandes gegenüber der beruflichen Arbeit dienlich..."<sup>7</sup>

3 Piotrowski, Jerzy, Die Berufstätigkeit der verheirateten Frauen und die Veränderung der Geschlechterrollen. Vortrag auf dem 7. Weltkongreß der Internationalen Soziologischen Gesellschaft, September 1970, in: Informationen des wissenschaftlichen Beirates "Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft", Heft 6/1971, Berlin, S. 5.

4 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1970, S. 242.

5 Lenin, W. I., Zum Internationalen Frauentag, 4. März 1920, in: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 401.

6 Ržanica, L., Ženski trud v narodom chozjajstve, in: Socialističeskij trud, Nr. 2/1971, S. 150.

7 Piotrowski, Jerzy, a. a. O., S. 6.

In der DDR dagegen entwickelte sich im Vergleich zu den übrigen sozialistischen Ländern der Frauenbeschäftigtengrad sehr rasch, ohne daß groß angelegte ideologische Überzeugungskampagnen notwendig waren. Die Ursache für diese Erscheinung lag in der besonderen demographischen Situation der DDR begründet.

Der Einfluß der demographischen Struktur nach Alter und Geschlecht auf die Entwicklung des Frauenbeschäftigtengrades in der DDR

Die beiden Hauptelemente der demographischen Struktur der DDR, die sich auf die Entwicklung der Frauenbeschäftigung auswirkten, waren zum einen die Altersstruktur und zum anderen die Geschlechterverhältnisse. Beide gelten als natürliche Kriterien der demographischen Struktur eines Landes.

Die Altersstruktur unterliegt nur langsam dem Einwirken der Bevölkerungsgesetze der neuen Produktionsweise und beinhaltet noch lange nach der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse Auswirkungen, die aus dem Wirken der Bevölkerungsgesetze dieser Produktionsweise resultieren. In der konkreten Situation der DDR werden diese Auswirkungen noch geraume Zeit zu spüren sein. Wesentlichster Ausdruck der schlechten Altersstruktur der DDR ist das Verhältnis von Wohnbevölkerung zur Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Dieses Verhältnis stellte sich in der Entwicklung wie folgt dar:

Tabelle 1

Personen im arbeitsfähigen Alter auf 100 Personen der Wohnbevölkerung der DDR

<u>Jahr</u>	<u>Index</u>	<u>Jahr</u>	<u>Index</u>
1939	67,5	1961	60,3
1946	63,1	1965	58,2
1950	64,1	1969	57,8
1955	63,9	1970	57,8
1960	61,3	1971	57,9

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 440.

Die stetige Verschlechterung bewirkte bei steigender Industrialisierung eine ständig höhere Forderung nach Arbeitskräften. Dieser Faktor an sich würde schon bei normalem Geschlechterverhältnis die Einbeziehung der Frauen in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß beschleunigen. Um so größer war aber dieses Tempo durch anormale Proportionen der Geschlechter als Folge des ersten und zweiten Weltkrieges. Die in beiden Kriegen gefallenen Männer riefen einen großen Frauenüberschuß bei der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter hervor. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Hinzuwanderung von Umsiedlern aus den ehemaligen deutschen Gebieten, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges nicht mehr zu Deutschland gehörten. Diese Umsiedler waren meistens Personen im nichtarbeitsfähigen Alter bzw. Frauen im arbeitsfähigen Alter, deren Männer gefallen oder anderweitig von ihren Familien getrennt worden waren.

Wie sehr sich die Geschlechterverhältnisse unmittelbar nach dem Krieg verschlechtert hatten, geht aus Tabelle 2 hervor (siehe nächste Seite).

Die demographische Ausgangssituation begünstigte somit die Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion. Auf der anderen Seite darf nicht unerwähnt bleiben, daß es gerade diese demographischen Gegebenheiten waren, die zu einer neuerlichen Fehlentwicklung beitrugen, weil bedingt durch den hohen Frauenüberschuß gerade in den fertilen Jahrgängen ein Geburtendefizit auftrat. Diese Geburtenausfälle haben in der Folgezeit zum wachsenden absoluten und relativen Rückgang der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter beigetragen, was

sich wiederum in der Tendenz auf ein schnelles Ansteigen des weiblichen Beschäftigtengrades ausgewirkt hat.

Tabelle 2

Die Zu- bzw. Abnahme der Wohnbevölkerung im arbeitsfähigen Alter für das Gebiet der heutigen DDR (ehemalige Sowjetische Besatzungszone Deutschlands) zwischen den Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 29. 10. 1946

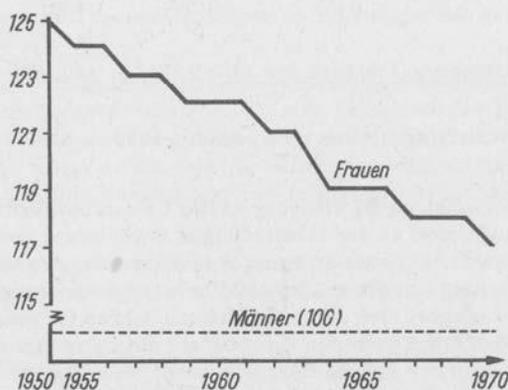
Altersgruppe in Jahren	Anzahl		Geschlechterverhältnisse (Frauen auf 100 Männer)	
	männlich	weiblich	1939	1946
14 - 16	+ 20 340	+ 19 343	97,4	97,2
16 - 18	+ 11 067	+ 23 423	97,4	102,0
18 - 20	- 87 019	- 6 563	96,2	134,0
20 - 25	- 137 391	+ 315 613	87,7	228,8
25 - 30	- 433 041	- 65 587	94,0	223,9
30 - 35	- 359 046	+ 30 834	96,1	208,2
35 - 40	- 192 964	+ 192 722	98,7	182,4
40 - 45	+ 60 151	+ 218 568	116,9	143,0
45 - 50	+ 147 060	+ 233 476	123,3	132,4
50 - 55	+ 80 730	+ 202 604	118,2	140,4
55 - 60	+ 100 138	+ 199 410	115,8	134,6
Insgesamt <sup>+</sup>	- 73 330	+2289 941	103,4	134,6

+ Alle Altersgruppen 0 - 70 Jahre.

Quelle: Zeitschrift Statistische Praxis, Nr. 3/1948, S. 89.

Der hohe Frauenüberschuß blieb ein Charakteristikum der demographischen Struktur der DDR und wird sich auch in den kommenden Jahren nur allmählich ausgleichen.

#### Geschlechterverhältnisse der DDR



Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, S. 433.

Dabei steht der Verfasser auf dem Standpunkt, daß diese demographischen Strukturen aber nicht als Hauptursache für die Einbeziehung der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß anzusehen sind, wie dies unter anderem von Berent getan wird, wenn er schreibt: "Es kann behauptet werden, daß die Ausdehnung der Frauenarbeit in zwei Dingen besteht: erstens in den rein demographischen Faktoren, hauptsächlich der relativen Größe der weiblichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und in den sozialökonomischen Faktoren, d. h. in den Beschäftigungsmöglichkeiten (oder dem Bedarf an Arbeitskräften), und zweitens in dem Wunsche der Frauen, eine einträgliche Beschäftigung aufzunehmen."<sup>8</sup>

Wie schon herausgearbeitet wurde, stellt die Einbeziehung der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß eine objektive Notwendigkeit dar, die den sozialistischen Produktionsverhältnissen immanent ist. Die demographische Struktur eines Landes wirkt sich aber insofern auf diesen Prozeß aus, als sie ihn beschleunigen bzw. verlangsamen kann.

Wie dieser objektive Prozeß der Einbeziehung der Frau in das Berufsleben in Übereinstimmung mit den Interessen der Frauen selbst und der sozialistischen Gesellschaft insgesamt in der DDR vollzogen wurde, belegen die folgenden Zahlen (siehe Tabelle 3).

Durch die erreichte verstärkte Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß ist es gelungen, einen großen Teil des starken Rückganges der männlichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zu kompensieren und somit die effektiven Verluste an Arbeitskräften für die Volkswirtschaft zu mindern, die aus den altersstrukturell bedingten demographischen Faktoren sowie aus der Außenmigration vor den Schutzmaßnahmen im Jahre 1961 entspringen.

Tabelle 3

Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten in der DDR

Jahr	Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (in Millionen)		Erwerbstätige (ohne Lehrlinge)		
	insgesamt	weiblich	insgesamt	darunter Frauen in Mill.	in % der Erwerbstätigen
1950	11,78	6,53	7,27 <sup>+</sup>	3,10 <sup>+</sup>	42,6 <sup>+</sup>
1960	10,54	5,58	7,69	3,46	44,9
1964	9,93	5,15	7,66	3,55	46,4
1968	9,88	5,05	7,71	3,66	47,5
1970	9,86	5,01	7,77	3,75	48,2
1971	9,87	4,99	7,80	3,80	48,7

+ 1952.

Quelle: Umrechnung aus dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1972, S. 440, 556.

Die Größe der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wird noch bis 1975 annähernd auf dem erreichten Tiefstand stehenbleiben.

Danach beginnt der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung wieder zu steigen. Der gegenwärtige Frauenanteil an der arbeitsfähigen Bevölkerung von 51 Prozent wird in den nächsten Jahren wieder auf etwa 50 Prozent zurückgehen, das heißt, die Geschlechterverhältnisse der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter werden sich langsam ausgleichen. Mit dieser Entwicklung verlagert sich der in den letzten Jahren für unsere demographische Lage typische Frauenüberschuß weiter in Richtung auf die Jahrgänge des Rentenalters. In der Gesamtbevölkerung wird der Frauenüberschuß somit noch längere Zeit bestehenbleiben.

8 Berent, Jerszy, Some Demographic Aspects of Female Employment in Eastern Europe and the USSR, in: International Labour Review, Febr. 1970, S. 180 (Übersetzung durch den Verfasser).

Der weibliche Beschäftigtengrad erhöhte sich von Jahr zu Jahr kontinuierlich und lag 1970 bei zirka 79 Prozent. Der Autor gehört dabei zu denjenigen, die entgegen immer wieder anzutreffenden Auffassungen, wonach die weiblichen Arbeitskraftressourcen ausgeschöpft sind, eine weitere Steigerung des weiblichen Beschäftigtengrades für möglich halten. Man muß davon ausgehen, daß die obere Grenze etwa 86 bis 88 Prozent betragen wird. (Zu ähnlichen Werten, nämlich 85 bis 87 Prozent, gelangt man in Bulgarien.<sup>9</sup>)

Dieser Feststellung liegt die Annahme zugrunde, daß 12 bis 14 Prozent der Frauen im arbeitsfähigen Alter nicht am Arbeitsprozeß teilnehmen werden, weil sie entweder schwanger sind bzw. nach der Geburt ihres Kindes eine geraume Zeit mit der Arbeit aussetzen oder aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten können bzw. auch aus anderen Motiven nicht wollen.

Die Qualifikationsstruktur und ihr Einfluß auf die Berufstätigkeit der Frauen

Die Qualifikationsstruktur ist einer der Faktoren, die maßgeblich die Frauenberufstätigkeit mitbestimmen. Die ständige Erhöhung der Qualifikation aller Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft ist eine Bedingung für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte, die sich in einem bestimmten technologischen Niveau widerspiegelt.

Das schließt eine bestimmte Relation zwischen geistiger und körperlicher Arbeit ein und erfordert gleichzeitig eine bestimmte Relation der Verteilung der Arbeitskräfte in die einzelnen Qualifikationsstufen. Die ständige Qualifizierung gehört darüber hinaus zur Persönlichkeitsentwicklung des Menschen und ist als solche ein Bestandteil der Bedürfnisstruktur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen. Dabei ist das Streben nach Erhöhung der Qualifikation als Prozeß aufzufassen, der objektiv von der Gesellschaft und subjektiv durch die Einstellung der einzelnen Persönlichkeit beeinflusst wird. "Allseitige Bildung und ständige Qualifizierung werden zunehmend zu einem bestimmenden Merkmal unseres sozialistischen Lebens."<sup>10</sup> Der Gesellschaft obliegt es dabei, die Voraussetzungen zu schaffen, die die subjektive Einstellung der Persönlichkeit in ihrem Streben nach Qualifikation ständig aktiviert. "Der Staat der proletarischen Diktatur und des sozialistischen Aufbaus will nicht und darf nicht wollen, daß in seiner Industrie die Frau als ungelernte oder rasch angelernte Arbeitskraft auf wenig befriedigende, niedrig entlohnte Tätigkeit beschränkt bleibt und bei ihr verkümmert. Er fordert und fördert das Aufsteigen der Frau als qualifizierte Arbeitskraft zu höherer und höchster Berufstätigkeit. Nicht nur die Quantität, auch die Qualität der Arbeitsleistungen der Frau sollen schwer in die Waagschale der sozialistischen Wirtschaft fallen..."<sup>11</sup>

Der vom Kapitalismus übernommene Bildungsrückstand der Frauen bedingte spezielle juristische Maßnahmen, die nicht nur eine Teilnahme der Frauen am Arbeitsprozeß schlechthin zum Ziel hatten, sondern die auf eine perspektivische Angleichung der Bildungs- und Qualifikationsstruktur an die gesellschaftlich notwendigen Strukturen, die nicht in jedem Falle von der Qualifikationsstruktur der männlichen Arbeitskräfte repräsentiert wurden, gerichtet sind.

"Die Arbeit der Frauen in der Produktion soll sich nicht auf die traditionellen Frauenberufe beschränken, sondern auf alle Produktionszweige erstrecken..."<sup>12</sup>

9 Ilieva, N., Prognozirane na minimalnata zaetost na ženite v domakinstvo do 1980 godina, in: Ikonomičeska misal, Nr. 8/1970, S, 38 - 48.

10 Honecker, Erich, Bericht des ZK der SED an den VIII. Parteitag, Berlin 1971, S. 71.

11 Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 3, Berlin 1960, S. 481.

12 Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. 9. 1950, § 19, Absatz 1.

"In allen Berufen sind Maßnahmen zur Qualifizierung der Frauen zu treffen. Es ist dafür zu sorgen, daß Frauen in höherem Maße als bisher in leitenden Stellungen arbeiten."<sup>13</sup>

"Die Förderung der Frau, besonders in der Qualifizierung, ist eine staatliche und gesellschaftliche Aufgabe."<sup>14</sup>

Neben den juristischen wurden eine ganze Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen realisiert, die als Voraussetzung für die praktische Durchsetzung der juristischen Maßnahmen dienen. Der Wirkungsgrad dieser Maßnahmen spiegelt sich in allen Qualifikationsstufen wider. Dabei ist die Tendenz zu verzeichnen, daß sich die Qualifikation nicht nur auf "traditionelle" Frauenberufe beschränkt, sondern immer mehr auch die "traditionellen" männlichen Berufe von den Frauen ausgeübt werden. Ein Ausdruck dafür ist die Entwicklung des Anteils der Studentinnen an den Fach- und Hochschulen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern.

Tabelle 4

Anteil der weiblichen Studierenden im Direktstudium nach ausgewählten Wissenschaftszweigen

Hochschulen				Fachschulen			
Wissenschaftszweige	Anteil der weiblichen Studierenden an den Studierenden insgesamt (in %)			Wissenschaftszweige	Anteil der weiblichen Studierenden an den Studierenden insgesamt (in %)		
	1962	1968	1970		1962	1968	1970
Insgesamt	33,0	38,7	43,4	insgesamt	41,2	50,9	60,4
Naturwissenschaften	25,5	28,5	33,1				
Technische Wissenschaften	5,0	11,2	17,6	Technik	12,4	27,3	31,9
Medizin/Agrarwissenschaften	51,0	52,8	54,6	Buch- u. Bibliothekswissenschaften	84,4	87,5	87,5
Wirtschaftswissenschaften/Rechtswissenschaften	30,3	44,9	55,7	Wirtschaftswissenschaften	35,7	77,1	82,5
Pädagogik	52,8	61,6	68,6	Pädagogik	82,7	89,6	94,4

Quelle: Zur Entwicklung der Frau in der DDR. Material zum Frauenkongreß der DDR 1969, hg. v. der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, S. 33, und Zahlenangaben der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik sowie des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen.

Vergleicht man diese Entwicklung mit der in den entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen die Frauen heute auch schon oft ein Drittel der Beschäftigten und mehr ausmachen, so wird der qualitative Unterschied augenfällig.

<sup>13</sup> Ebenda, § 20.

<sup>14</sup> Verfassung der DDR vom 6. 4. 1968, Artikel 20, Absatz 2.

"Die technischen Fakultäten der Hochschulen bleiben fast unzugänglich für Mädchen. Ihr Prozentsatz an der Gesamtzahl ist außerordentlich niedrig. In Japan und Italien zum Beispiel erreichte er in dem Studienjahr 1965/66 0,5 %."<sup>15</sup>

Für Westdeutschland stellte sich der Anteil der Frauen an den verschiedenen Bildungsstufen 1968 wie folgt dar:

Tabelle 5

Frauenanteil in den Bildungseinrichtungen Westdeutschlands

Bildungseinrichtung	1968 in Prozent aller Schüler bzw. Studenten
Gymnasium	43
Abendgymnasium	20
Universitäten	27
Ingenieurschulen	1,5
Techn. Hochschulen	9

Quelle: Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Aus dem UNO-Bericht für 1970 geht hervor, daß es 1970 in Westdeutschland 7 500 weibliche Studenten der Medizin und 7 000 der Germanistik gab, demgegenüber aber nur jeweils eine Studentin in den Fächern Geophysik und Metallurgie, während der Schiffs- und Bergbau überhaupt keine weiblichen Studenten hatten.

Ein Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1964 und 1971 für die DDR zeigt, daß sich der Anteil der Frauen mit Hoch- und Fachschulausbildung an den weiblichen Werktätigen beträchtlich erhöht hat. Von 1 000 wirtschaftlich tätigen Frauen besaßen 1964 6 einen Hochschulabschluß, 32 einen Fachschulabschluß; 1971 22 einen Hochschulabschluß, 51 einen Fachschulabschluß.

Ursächlich liegen dieser Entwicklung die schon erwähnte Politik von Partei und Regierung die Gleichberechtigung der Frau und die Entwicklung ihrer Persönlichkeit betreffend sowie die Anforderungen des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte, die dieses Qualifikationsniveau als Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Produktionsprozeß bedingen, zugrunde. Hinsichtlich der Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Produktionsprozeß trägt die steigende Qualifikation zu dem ständig steigenden Wunsch nach Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit bei. Zum anderen wirkt sie sich positiv auf die Kontinuität und Dauer des Berufslebens der Frauen aus. Dieser Wunsch nach kontinuierlicher Teilnahme am Berufsleben basiert zum einen auf der Erkenntnis der persönlichkeitsfördernden Elemente einer ständigen beruflichen Tätigkeit und zu einem nicht geringen Maße, resultierend aus dem sozialistischen Aneignungsgesetz, auf der Möglichkeit, die individuellen Bedürfnisse besser befriedigen zu können, wobei nicht unerwähnt bleiben darf, daß gerade die Qualifikationsstruktur in engem Wechselverhältnis zur Bedürfnisstruktur zu sehen ist. Die Bedürfnisstruktur, materiell und ideell gesehen, verhält sich direkt wie die Qualifikationsstruktur. Insofern erlebt die sozialistische Gesellschaft mit einer stetigen Weiterentwicklung der Qualifikationsstruktur ihrer Werktätigen eine Weiterentwicklung der Bedürfnisstruktur und, daraus resultierend, eine größere Kontinuität der Berufstätigkeit ihrer weiblichen Mitglieder.

Kennzeichnend für die Qualifikationsstruktur der werktätigen Frauen in der DDR ist die Tendenz einer fehlenden abgeschlossenen Berufsausbildung mit steigendem Alter der Frauen (siehe Tabelle 6). Diese Tendenz unterstreicht noch einmal den planmäßigen Prozeß der Stei-

<sup>15</sup> Ženskij trud v stranach kapitala, in: Mirovaja ekonomika i međunarodne otnošenija, Nr. 14/1971, S. 150 (russ.).

gerung des Qualifikationserwerbs der Frauen im Verlaufe der historischen Entwicklung der DDR. Künftig wird es kaum eine Frau ohne abgeschlossene Berufsausbildung geben.

Das wird ersichtlich, wenn zum Beispiel 1969 99,1 Prozent aller Schulabgänger, die keine weiterführende Schule besuchen, ein Lehrverhältnis aufnehmen und davon 47,7 Prozent Mädchen sind. Gleichzeitig wird sich unter Zugrundelegung des bisher Gesagten die Kontinuität und Dauer der Berufstätigkeit erhöhen, das heißt, es wird in steigendem Maße eine bessere Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraftressourcen erfolgen.

Tabelle 6

Anteil der weiblichen Berufstätigen ohne Berufsausbildung an den weiblichen Berufstätigen insgesamt - 1971

Altergruppe	in % der Altersgruppe
18 - 20 Jahre	25,2
20 - 25 "	21,0
25 - 30 "	22,4
30 - 35 "	33,0
35 - 40 "	51,6
40 - 45 "	55,2
45 - 50 "	57,3
50 - 55 "	62,4
55 - 60 "	68,5

Quelle: Ergebnisse der Volkszählung vom 1. 1. 1971, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 15.

Der Einfluß der demographischen Faktoren Anzahl und Alter der Kinder auf die Berufstätigkeit der Frau

Wie bereits herausgearbeitet wurde, ist die Stellung der Frau im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß durch zwei Funktionen gekennzeichnet, zum einen durch ihre ökonomische, zum anderen durch ihre maternelle Funktion als Trägerin der menschlichen Reproduktion.

Damit ist gleichzeitig gesagt, daß die Frau beide Funktionen nur in einem bestimmten Verhältnis zueinander ausüben kann. Dieses Verhältnis muß sich innerhalb bestimmter physischer und psychischer Grenzen herausbilden. Die Wahrnehmung einer dieser beiden Funktionen verlangt die Abtretung eines bestimmten Volumens zugunsten der anderen.

Die Größe dieses Volumens wird von dem individuellen Reproduktionsaufwand entsprechend der Bedürfnisstruktur und von den sozialökonomischen qualitativen und quantitativen Vorleistungen der Gesellschaft abhängig bestimmt. Es sei unterstellt, die sozialökonomischen Vorleistungen sind so beschaffen, daß sie die unterschiedlichen Volumina an maternellen Aufgaben eliminieren, die sich aus der unterschiedlichen Anzahl der Kinder, die eine Frau zu versorgen hat, ergeben.

Theoretisch wäre dann der Frauenbeschäftigtengrad unabhängig von der Anzahl der Kinder in einem Haushalt. Die Praxis der gesellschaftlichen Entwicklung verzeichnet aber demgegenüber auch gegenwärtig noch mit steigender Kinderzahl einen sinkenden Beschäftigtengrad der Frauen, das heißt, die ökonomische Tätigkeit der Frauen wird durch den demographischen Faktor der zu betreuenden Kinder in quantitativer Weise beeinflusst.

Das spiegelt sich sowohl in den Volkszählungsergebnissen von 1964 als auch in denen von 1971 wider (siehe Tabelle 7).

Das Absinken der Vergleichswerte von 1971 gegenüber 1964 in der Gruppe "Frauen ohne Kinder" ist daraus zu erklären, daß am 1. Januar 1966 Veränderungen im Meldewesen der

DDR eingeführt wurden, die den gesellschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragen und wonach solche Personen, die sich zum Zwecke des Studiums, der Berufsausbildung und dergleichen außerhalb ihres eigentlichen Wohnortes befinden, nicht mehr als Einzelhaushalt gelten, sondern zum Haushalt in ihrem Hauptwohnoort zählen.

Es kann angenommen werden, daß sich der Beschäftigtengrad der Frauen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder unter Zugrundelegung der Zuordnungskriterien von 1964 nur unwesentlich verändert hat, da das Ausgangsniveau des Jahres 1964 kaum noch nennenswerte Steigerungen zugelassen haben dürfte.

Tabelle 7

Frauen in Mehrpersonenhaushalten im Alter von 18 bis 50 Jahren nach der Anzahl der Kinder

Anzahl der Kinder unter 17 Jahren	Beschäftigtengrad in %		
	1964	1971	Differenz 1964 - 1971
kein Kind	82,8	78,6	- 4,2
1 Kind	69,4	80,7	+ 11,3
2 Kinder	61,9	75,7	+ 13,8
3 Kinder	57,8	71,6	+ 13,8
4 Kinder	53,4	66,8	+ 13,4
5 und mehr Kinder	45,6	59,5	+ 13,9
Zusammen	69,8	77,4	+ 7,6

Quelle: Ergebnisse der Volkszählung 1971, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Bd. 5, Berlin 1972, S. 121, 163 - 165.

Es wird aber, relativ gesehen, auch deutlich, daß im Vergleichszeitraum 1964 bis 1971 der Beschäftigtengrad der Frauen mit Kindern, unabhängig von deren Anzahl, eine Steigerung erfahren hat. Dem liegt zugrunde, daß die gesellschaftlichen Vorleistungen kontinuierlich erhöht wurden und somit ein größerer Teil der maternellen Aufgaben vergesellschaftet wurde.

Dabei spielte in der DDR folgender Gesichtspunkt eine hervorragende Rolle: Bei der Reduzierung des individuellen Aufwandes der Frau für die Wahrnehmung ihrer maternellen Aufgaben muß man unterscheiden zwischen der Reduzierung des Zeitfonds der direkten Betreuung des Kindes durch die Mutter und der indirekten, die zum Beispiel in der Besorgung des Haushaltes besteht. Beim Fehlen der sozialökonomischen Maßnahmen, die auf die indirekte Betreuung der Kinder gerichtet sind, muß sich das nicht unmittelbar bzw. gravierend auf den Beschäftigtengrad der Frauen mit Kindern auswirken, weil diese oftmals versucht sind, den für ihre individuelle Reproduktion notwendigen Zeitfonds zu unterschreiten, als daß sie die Wahrnehmung ihrer ökonomischen Funktion begrenzen und somit die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisstruktur einschränken. Als Folgen davon können gesundheitliche Schädigungen dieser Frauen eintreten. Die Gesellschaft hat dies erkannt und versucht, im Rahmen der ökonomischen Möglichkeiten dem Rechnung zu tragen. "Dabei liegt uns besonders am Herzen, die Hausarbeit der werktätigen Frauen und Mütter soweit wie möglich zu erleichtern, weil wir wissen, daß auf ihnen eine große zusätzliche Last ruht."<sup>16</sup>

Entscheidend für die Reduzierung des Volumens der maternellen Aufgaben und damit für die Erweiterung der ökonomischen Funktion der Frau war aber im betrachteten Zeitraum nach

<sup>16</sup> Stoph, Willi, Rede auf der 3. Tagung der Volkskammer der DDR, in: Neues Deutschland, 21. 12. 1971.

Auffassung des Verfassers die Reduzierung des Zeitfonds für die direkte Betreuung der Kinder durch die Mutter, das heißt die Zeit, während der die Mutter unmittelbar mit dem Kind bzw. den Kindern zu tun hat. Ausdruck dafür sind die in der Vergangenheit hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet des Kinderkrippen- und Kindergartenwesens sowie der außerschulischen Erziehung der Kinder in der DDR.

Tabelle 8

Entwicklung der Zahl von Kinderkrippen und Kindergärten

Jahr	Kinderkrippen			Kindergärten		
	Anzahl	Plätze	Plätze je 100 Kinder bis zu 3 Jahren	Anzahl	Plätze	Plätze je 100 Kinder im Vorschulalter
1955	1 586	50 171	8,0	6 468	241 166	28,1
1965	3 317	116 950	16,5	9 889	430 940	44,6
1969	4 155	156 715	23,7	10 854	542 696	55,4
1970	4 323	166 700	25,6	11 087	571 930	59,7
1971	4 593	181 603	27,9	11 226	598 733 <sup>+</sup>	64,3 <sup>+</sup>

+ Vorläufige Zahlen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, S. 428, 373.

Auch in Zukunft besteht die Notwendigkeit, im Interesse der Gesellschaft und der einzelnen Frauen selbst unter Berücksichtigung der Möglichkeit, die das geschaffene Nationaleinkommen bzw. seine Verteilung für Investitionen auf diesem Gebiet zuläßt, alle Reserven zu erschließen und rationell zu nutzen. In diesem Zusammenhang sieht die Direktive zum Fünfjahrplan 1971 bis 1975 vor, daß 1975 in den entsprechenden Altersstufen etwa 30 Prozent der Kinder einen Krippenplatz, 74 bis 78 Prozent einen Kindergartenplatz erhalten.<sup>17</sup>

Künftiges Ziel der Gesellschaft muß es sein, den Vergesellschaftungsgrad der maternellen Aufgaben so weit zu entwickeln, daß über den gegenwärtigen Stand hinaus, der eine gleichmäßige Steigerung des Frauenbeschäftigtengrades unabhängig von der Anzahl der zu versorgenden Kinder gewährleistet, auch die absoluten Unterschiede der Abhängigkeit des Frauenbeschäftigtengrades von der Anzahl der Kinder beseitigt werden.

In diesem Zusammenhang müssen auch die folgenden Aspekte stärker in den Blickpunkt gerückt werden. Neben den sozialökonomischen Maßnahmen, die in einem hohen Maße dazu beitragen, daß die Frauen ihre maternelle und ökonomische Funktion immer besser miteinander vereinbaren können, wirken sich in einem nicht geringen Maße auch die ideologischen Bewußtseinselemente auf den Entwicklungsstand dieses Verhältnisses aus. Die Anschauungen und Auffassungen sowie das daraus resultierende Handeln der Menschen entwickeln sich in Abhängigkeit von den konkreten materiellen Verhältnissen der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Dabei entfalten sie, einmal hervorgebracht, eine relative Selbständigkeit im Sinne von Zählebigkeit.

Bezogen auf die Entwicklung der ökonomischen Tätigkeit der Frau einerseits und die Wahrnehmung ihrer maternellen Funktion andererseits, heißt das, daß die Optimalität dieses Verhältnisses im gegenwärtigen Zeitraum der Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise immer noch durch Denk- und Verhaltensweisen, die ihren materiellen Ursprung in der überlebten kapitalistischen Produktionsweise haben, beeinflußt wird. Daraus resultiert, daß in der Familie das Aufeinandertreffen von neuen und überlebten Grundhaltungen der Menschen zu folgenden Erscheinungsformen als Ausdruck der ideologischen Bewußtseinselemente führt.

<sup>17</sup> Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan 1971 - 1975, Berlin 1971, S. 52.

Die umfassende Einbeziehung der Frau in die gesellschaftliche Produktion ist ein allgemein anerkannter Wesenszug der Verwirklichung ihrer Gleichberechtigung. Gleichzeitig hat diese Einbeziehung in die gesellschaftliche Produktion Hemmnisse zu überwinden, die daraus hervorgehen, daß sich die Arbeitsteilung innerhalb der Familie nicht adäquat verändert hat. Noch immer trägt die Frau 80 Prozent der Hausarbeit, bzw. Arbeiten, die sich aus der direkten und indirekten maternellen Funktionsausübung ergeben.<sup>18</sup>

Das ist um so problematischer, als die Familie als Vorbild für die Wertvorstellungen, Normen und Verhaltensweisen (die demographischen eingeschlossen) der heranwachsenden Generation entscheidend ist.

Aus dieser Tatsache wird die große Bedeutung der ideologischen Beeinflussung bei der Überwindung der Zählebigkeit der Verhaltensweisen der Menschen noch einmal deutlich. Dabei muß sich diese Beeinflussung auf beide Geschlechter erstrecken. Der Mann muß dahingehend erzogen werden, daß er es als Bestandteil seiner Funktion in der Familie ansieht, sich gleichgewichtig an der Erfüllung von maternellen Aufgaben zu beteiligen. Die Beeinflussung der Frau muß so aussehen, daß sie ihre herkömmlichen, aus der alten Produktionsweise stammenden Vorstellungen vom Prestige der Hausfrau und Mutter ablegt. Insgesamt muß diese Beeinflussung über ein Leitbild der Familie erfolgen, daß dem materiellen bzw. ökonomischen Entwicklungsstand der Gesellschaft angepaßt ist.

Ebenso wie die Anzahl der Kinder ist deren Alter ein Einflußfaktor auf die Höhe des Beschäftigungsgrades ihrer Mutter. Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Januar 1971 haben ergeben, daß mit steigendem Alter der Mütter der Beschäftigungsgrad wieder ansteigt. Dieser Sachverhalt ist auf das zunehmende Alter der Kinder und ihre damit im Zusammenhang stehende wachsende Selbstständigkeit zurückzuführen, das heißt, die Mutter muß an diesen Kindern einmal absolut weniger und zum anderen weniger direkte maternelle Betreuungsaufgaben durchführen als an den jüngeren. Das wird auch durch die Tatsache bestätigt, daß das Beschäftigungsniveau der Frauen mit einem oder mehreren Kindern unter 3 Jahren bei nur etwa 50 Prozent liegt.

#### Demographische Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frauen

Die demographische Entwicklung unseres Landes ist nahezu hundertprozentig bestimmt durch die natürliche Bevölkerungsreproduktion und hier wiederum in der Hauptsache durch die Fruchtbarkeitsentwicklung.

Demzufolge muß ein optimales Verhältnis zwischen der hoch entwickelten ökonomischen Aktivität der Frau und deren materneller Funktion bei der Bevölkerungsreproduktion in der gesellschaftlich notwendigen Größe gesichert werden.

Solange die sozialökonomischen Voraussetzungen der Gesellschaft noch nicht so entwickelt sind, werden sich die ökonomische und die maternelle Funktion gegenseitig beeinflussen, das heißt, die demographischen Faktoren als Ausdruck der maternellen Funktion beeinflussen die ökonomische Aktivität und umgekehrt. Die ökonomische Aktivität leitet sich dabei aus der Bedürfnisstruktur ab. Diese wiederum umfaßt die Sicherung ihrer materiellen und ihrer ideellen Momente. Der Sicherung der materiellen Elemente liegt sowohl im individuellen wie im gesellschaftlichen Bereich die ökonomische Aktivität zugrunde. Hier kommt es zu keinerlei Widersprüchen, die ökonomische Aktivität der Frau schafft im gesellschaftlichen Produktionsprozeß die Mittel, die die Gesellschaft zur Gewährleistung ihres Reproduktionsprozesses braucht. Gleichzeitig schafft sie, bedingt durch das sozialistische Aneignungsgesetz und den ihm zugrunde liegenden Verteilungsprinzipien für den individuellen Bereich der Familie, der die Frau angehört, die notwendigen Existenzmittel. Widersprüchlich ist da-

18 Walther, Rosemarie, Die Erziehung in der Familie als Bestandteil sozialistischer Lebensweise, in: Einheit, Nr. 9/1971, S. 990.

gegen die Sicherung der ideellen Momente der Bedürfnisstruktur. Für die Gesellschaft ist die Reproduktion der Familie zumindest auf einfacher Reproduktion notwendiges materielles Moment, wird doch hier die künftige Arbeitskraft reproduziert. Für die Familie stellt dieses Element aber kein materielles, sondern ein ideelles Element ihrer Bedürfnisstruktur dar. Für ihre Existenz ist die Schaffung von Kindern keine materielle Notwendigkeit.

Bedingt dadurch, daß entsprechend dem Prozeßcharakter der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft die sozialökonomischen Voraussetzungen für das optimale Verhältnis zwischen materneller und ökonomischer Funktion der Frau nur schrittweise verwirklicht werden können, entsprechend den Möglichkeiten der Gesellschaft kommt es in der Gegenwart zu gegenseitigen Beeinflussungen der ökonomischen und der maternellen Funktion.

In der gegenwärtigen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung stellt sich das so dar, daß die materielle Bedürfnisbefriedigung die Familie dazu bringt, ihre ideelle Bedürfnisbefriedigung hinsichtlich der Zahl der Kinder einzuschränken.

Die immer bessere materielle Bedürfnisbefriedigung durch die Gesellschaft, deren Quelle unter anderem die ökonomische Aktivität der Frau ist, und den erhöhten Anteil, den die einzelne Familie hier durch die ökonomische Aktivität der Frau erlangt, hat zu ständig steigenden Vorstellungen über den materiellen Lebensstandard in den Familien geführt. Dabei versucht die Familie, Elemente der ideellen Bedürfnisstruktur, hier zuerst die Kinder, weil diese ein wesentliches Kostenelement darstellen, zugunsten der Befriedigung der materiellen Bedürfnisstruktur zu eliminieren. Das gelingt, weil heutzutage die Mutterschaft ihren spontanen Charakter weitgehendst verloren hat. Die Kenntnis der Kontrazeptiva und die uneingeschränkte Möglichkeit der Schwangerschaftsunterbrechung haben dies bewirkt.

Dabei muß man davon ausgehen, daß diese Einschränkung der ideellen Momente der Bedürfnisstruktur in der Familie darauf hinausläuft, daß nur noch ein, höchstens zwei Kinder, im gesellschaftlichen Durchschnitt gesehen, konzipiert werden.

Diese Entwicklung zeigt ihre Auswirkungen im Absinken der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer, die seit 1969 allein ausschlaggebend für den Rückgang der Geburten ist. Die Bedeutung dieses Vorganges liegt nun nicht allein darin, daß sich diese Geburtenausfälle als direkte Ausfälle künftigen Arbeitskräftepotentials darstellen, sondern auch darin, daß selbst bei später wieder ansteigender Fruchtbarkeitsziffer durch die dann schwächere Besetzung der fertilen Jahrgänge Defizite in den Geburtenziffern entstehen werden.

Für die Gesellschaft ergab sich also die Notwendigkeit, recht schnell entsprechende Maßnahmen zu realisieren, die dieser Entwicklung Einhalt gebieten.

Einen bedeutsamen Abschnitt zur Verwirklichung dieser Aufgabe bildet der "gemeinsame Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über sozialpolitische Maßnahmen in Durchführung der auf dem VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes."<sup>19</sup>

Die neue Qualität dieser Beschlüsse kommt darin zum Ausdruck, daß sie auf der Grundlage der sich wandelnden Bedürfnisstruktur der Werktätigen basieren. Sie berücksichtigen in ihrer Komplexität sowohl die Einbeziehung der Frau in die gesellschaftliche Produktion als Element der gesellschaftlichen sowie der individuellen Bedürfnisstruktur und orientieren auf eine weitgehende Eliminierung der damit verbundenen Belastung, die sich aus der maternellen Funktion der Frau ergeben.

19 Vgl. "Was der VIII. Parteitag beschloß, wird sein" - Neue sozialpolitische Maßnahmen, Berlin 1972.

## DER EINFLUSS EINIGER DEMOGRAPHISCHER FAKTOREN AUF DIE BERUFS- TÄTIGKEIT DER FRAUEN IN DER DDR

von Manfred Ebert

Unser sozialistischer Staat hat seit seinem Bestehen vielfältige Maßnahmen eingeleitet, die darauf gerichtet sind, stabile und harmonische Familienbeziehungen zu schaffen und eine dem gesellschaftlichen Interesse entsprechende Bevölkerungsentwicklung zu gewährleisten.

Mit dem Familiengesetzbuch wurde in der DDR das Leitbild der Ehe und Familie unserer Gesellschaft vorgezeichnet. Es heißt dort unter anderem dazu:

"Die von Ausbeutung freie schöpferische Arbeit, die auf ihr beruhenden kameradschaftlichen Beziehungen der Menschen, die gleichberechtigte Stellung der Frau auf allen Gebieten des Lebens und die Bildungsmöglichkeiten für alle Bürger sind wichtige Voraussetzungen, die Familie zu festigen und sie dauerhaft und glücklich zu gestalten".<sup>1</sup>

Komplizierte demographische Zielvorstellungen, wie zum Beispiel die bewußte, auf mehrere Kinder ausgerichtete individuelle Familienplanung oder die weitere Senkung der altersspezifischen Sterblichkeitsrate, können nicht als staatliche Plangrößen vorgegeben, sondern müssen auf der Basis der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, die für alle Zeit die feste Grundlage für die sozial gesicherte Existenz der Familie darstellen, als Resultat einer kontinuierlichen Entwicklung organisch verwirklicht werden. Kinderreiche Familien genießen die Fürsorge durch die gesamte Gesellschaft. Die gesellschaftliche Realität in der sozialistischen DDR und das natürliche, menschliche Bedürfnis, Kinder zu haben, zu erziehen, heranwachsen zu sehen, sich an ihrer Entwicklung zu erfreuen, bilden eine gesunde Basis unserer Bevölkerungs- und Familienpolitik. So wurden in zunehmendem Maße Aufwendungen für die Unterstützung der werktätigen Eltern vom Staat erbracht.

Dazu gehören selbstverständlich viele Maßnahmen - zum Beispiel Wohnungsbau und Wohnungsvergabe, Weiterentwicklung der Zahl der Kinderkrippen, Kindergärten und Horte sowie der Qualität der Erziehung in diesen Einrichtungen, materielle staatliche Unterstützung der Erziehung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen -, die weiterentwickelt und koordiniert, das heißt aufeinander abgestimmt, vorausschauend und komplex gestaltet werden müssen, um optimal zu wirken, so daß die Familien mit mehreren Kindern ihre Aufgaben im gesellschaftlichen und beruflichen Leben sowie bei der Erziehung der Kinder ohne hohe zusätzliche Belastungen erfüllen können.

Eine besondere Förderung verdienen dabei die berufstätigen Mütter. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde den Frauen nicht nur die juristische Garantie für die politische und ökonomische Gleichberechtigung gegeben, sondern es sind dafür durch den Staat sozialökonomische Voraussetzungen auch schon geschaffen worden.

Auf dieser Grundlage konnten die Frauen zu einem mitbestimmenden Faktor auf allen Gebieten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Lebens werden.

<sup>1</sup> Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Dezember 1965, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, T. 1, Nr. 1/1966, 3. 1. 1966, S. 2.

Das Bild von der Frau, das sie dem Manne unterordnet und ihr Wirkungsfeld auf Haushalt und Familie beschränkt, wird besonders durch den hohen Grad der Berufstätigkeit der Frauen widerlegt.

Wie sich die Berufstätigkeit der Frau seit 1955 entwickelte, zeigt die nachstehende Übersicht<sup>2</sup>:

Die Entwicklung der Berufstätigkeit der Frau in der DDR von 1955 bis 1972

Jahr	Weibliche Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (15 bis unter 60 Jahre)	Weibliche Be- rufstätige	Anteil der weiblichen Berufstätigen (in %)	
	in 1 000	in 1 000	an der weiblichen Bevölkerung im ar- beitsfähigen Alter	an den Berufs- tätigen insge- samt
1955	6 116,2	3 395,6	55,5	44,0
1960	5 551,9	3 456,4	62,3	45,0
1965	5 074,4	3 580,8	70,6	46,7
1972 <sup>3</sup>	4 937,0	3 823,8	77,5	49,0

Folgende Tendenzen sind in der Entwicklung von fast zwei Jahrzehnten kennzeichnend:

- Die absolute Zahl der weiblichen Berufstätigen insgesamt als auch derjenigen im arbeitsfähigen Alter ist ständig gestiegen, obwohl eine absolute Abnahme der Gesamtzahl der weiblichen Personen im arbeitsfähigen Alter von rund 1,2 Millionen Personen in diesem Zeitraum eingetreten ist.
- Durch die Zunahme der weiblichen Berufstätigen, die sich differenziert in allen Wirtschaftsbereichen auswirkte, konnte der Rückgang der Gesamtzahl der männlichen Berufstätigen von rund 340 000 Personen, der durch die ungünstige Bevölkerungsstruktur hervorgerufen wurde, ausgeglichen werden.
- Die Zunahme der weiblichen Berufstätigen wurde teilweise auch hervorgerufen durch eine Erhöhung der Zahl der weiblichen Personen (von rund 150 000 im Jahre 1955 auf rund 380 000 im Jahre 1972), die trotz Erreichung des Rentenalters (60 Jahre) weiterhin ihr Arbeitsrechtsverhältnis aufrechterhielten oder im Rentenalter eine Teilbeschäftigung aufnahmen.
- Der Anteil der weiblichen Berufstätigen an der Gesamtzahl der Berufstätigen ist um 5 Prozent angewachsen und betrug 1972 fast die Hälfte aller Berufstätigen.
- Die stärkere Einbeziehung von Hausfrauen in den Berufsprozeß, die allerdings, nachdem volkswirtschaftlich die Möglichkeiten geschaffen wurden, bis zum Jahre 1971 mit einer großen Zunahme der laut Arbeitsrechtsverhältnis verkürzt arbeitenden Frauen verbunden war, führte zu einem sehr hohen Grad der Berufstätigkeit der Frauen (Anteil der weiblichen Berufstätigen im arbeitsfähigen Alter an der weiblichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter).

Die vorübergehend oder ständig nichtberufstätige weibliche Bevölkerung stellte somit in dem betrachteten Zeitraum auch eine wichtige Arbeitskräftereserve dar. Durch die Ausnutzung der vielfältigen Möglichkeiten der aktiven beruflichen Beteiligung der Frauen an der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung stieg der Grad der Berufstätigkeit bis 1972 auf 77,5 Prozent an. Damit hat die Deutsche Demokratische Republik im europäischen Maßstab einen sehr hohen Grad der Berufstätigkeit der Frauen erreicht, der als

<sup>2</sup> Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1973, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1973, S. 58, 468.

<sup>3</sup> Vorläufige Zahlen.

Ausdruck eines hohen Niveaus der gesellschaftlichen Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen gewertet werden kann.

Die Teilnahme der Frauen am Berufsleben wird allerdings durch mannigfaltige Faktoren beeinflusst. Zwar ermöglichen die angeführten Ergebnisse die Einschätzung, daß die weibliche Berufstätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik eine normale Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens geworden ist, jedoch spielt die Einstellung jedes einzelnen Individuums - ob Mann oder Frau - zu dieser Frage eine entscheidende Rolle. Insbesondere wird die weitere Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau gerade von dieser, ihrer Einstellung zur Berufstätigkeit auch in Zukunft stark beeinflusst werden. Hierbei ist aber auch die Wirkung der demographischen Faktoren, wie Alter der Mädchen oder Frauen, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder neben dem nicht unbedeutenden Qualifikationsniveau der Frauen und des Ehepartners, der sozialen Zugehörigkeit, der Einkommensverhältnisse der Familie sowie der vorhandenen materiellen Voraussetzungen in Form von Kinderkrippen, -gärten, Dienstleistungseinrichtungen und ähnliches, von ausschlaggebender Bedeutung.

Untersucht man vom rein altersmäßigen Standpunkt die Berufstätigkeit der weiblichen Bevölkerung (vergleiche die folgende Übersicht)<sup>4</sup>, so zeichnen sich in bestimmten Lebensabschnitten bereits typische Erscheinungen ab.

#### Die Berufstätigkeit der Frau in der DDR nach Altersgruppen 1964 und 1971

Altersgruppe		Anteil der wirtschaftlich tätigen weiblichen Personen an den weiblichen Personen der jeweiligen Altersgruppe in der DDR <sup>5</sup> in %	
		1964	1971
unter 17 Jahre		3,6	3,2
17 bis "	21 "	77,0	51,6
21 " "	25 "	72,1	74,9
25 " "	40 "	68,0	79,5
40 " "	50 "	71,9	79,8
50 " "	55 "	64,1	73,6
55 " "	60 "	53,6	62,5
60 " "	65 "	28,6	31,5
65 und darüber		6,8	7,5

- Der Grad der Berufstätigkeit hat im Zeitraum zwischen den beiden betrachteten Volks- und Berufszählungen in allen Altersjahren der Frauen ab dem 23. Lebensjahr bis zum Erreichen des Rentenalters und teilweise darüber hinaus zugenommen.

In der diesem Beitrag als Anhang beigefügten Grafik 1 wird diese altersbezogene Zunahme des Anteils der im jeweiligen Alter berufstätigen Frauen deutlich sichtbar.

- Der sehr niedrige Anteil der weiblichen Berufstätigen unter 17 Jahren als auch der relativ niedrige Anteil in den folgenden drei Altersjahren wird dadurch hervorgerufen, daß sich in dieser Zeit viele junge Mädchen und Frauen im Lernprozeß befinden und die Grundlage für ihre Einbeziehung in das Berufsleben schaffen. So standen zum Beispiel 1971 in der Deutschen Demokratischen Republik rund 189 000 weibliche Personen in der Lehrlingsausbildung.

<sup>4</sup> Zusammengestellt nach Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR.

<sup>5</sup> Jeweils Stichtag der Volks- und Berufszählung (31. 12. 1964 bzw. 1. 1. 1971).

Rund 200 000 Mädchen lernten in den 9./10. Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen

und

rund 41 000 Mädchen in den 11. und 12. Klassen der erweiterten polytechnischen Oberschulen.

Rund 51 000 Frauen studierten im Direktstudium an den Hochschulen

und

rund 40 000 Frauen im Direktstudium an den Fachschulen.

Zählt man diese Lernenden zu den berufstätigen Frauen im arbeitsfähigen Alter hinzu, so bleiben weniger als 20 Prozent der Frauen im arbeitsfähigen Alter übrig, die noch nicht in den Berufs- bzw. Lernprozeß einbezogen sind.

- Es ist seit langem in der DDR zur Selbstverständlichkeit geworden, daß die Mädchen nach der Schulentlassung in die Berufsausbildung übergehen oder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen und ausüben.
- Ein Rückgang der Berufstätigkeit der Frauen nach Erreichen des 25. Lebensjahres bis etwa zum 30. Lebensjahr, wie er mit der Volks- und Berufszählung im Jahre 1964 festgestellt werden konnte, ist im Jahre 1971 nicht mehr vorhanden. Bei einer im Jahre 1964 unter den nichtberufstätigen Frauen durchgeführten Erhebung gaben fast die Hälfte der Frauen als Grund ihrer vorübergehenden Nichtberufstätigkeit die Geburt und Betreuung der Kinder an. Die im Jahre 1971 eingetretene Entwicklung zeigt jedoch deutlich, daß die zwischenzeitlich geschaffenen besseren Möglichkeiten der Unterbringung der Kinder in den staatlichen Einrichtungen sich günstig auf die Erhöhung des Grades der Berufstätigkeit ausgewirkt haben. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß diese Entwicklung auch begleitet war mit einem Rückgang der Zahl der Geborenen und besonders mit einem Rückgang der Fruchtbarkeitsziffern (der Zahl der Geborenen je 1 000 der weiblichen Bevölkerung im gebärfähigen Alter).

Das im Dezember 1965 in der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft gesetzte Familiengesetzbuch betont ausdrücklich die Verpflichtung der Ehegatten, ihre Beziehungen zueinander so zu gestalten, daß die Frau ihre berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren kann. Für die berufstätigen Frauen wurden und werden daher vom Staat eine Reihe von materiellen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen, die bisher ihren Ausdruck zum Beispiel in der ständig steigenden Zahl von Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen als auch in der Zunahme vielfältiger Dienstleistungen fanden und finden. Über die Zunahme der Kinderkrippen- und Kindergartenplätze seit 1955 informiert die folgende Übersicht<sup>6</sup> (siehe nächste Seite).

Die damit verbundenen positiven Auswirkungen auf die Bildung und Erziehung der Kinder seien hier nur erwähnt. Sicher wurde durch diese Einrichtungen die Berufstätigkeit für zahlreiche Frauen - alleinstehende als auch verheiratete Frauen mit Kindern - ermöglicht. Gleichfalls eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Betreuung der Kinder berufstätiger Mütter durch Großeltern oder andere Verwandte.

Verschiedene Auswertungen von Voranmeldungen in Kinderkrippen und Kindergärten, die Mitte der sechziger Jahre durchgeführt worden sind, zeigten, daß eine große Zahl von Müttern gewillt war, eine Berufstätigkeit auszuüben bzw. aufzunehmen, wenn ihre Kinder in diesen Einrichtungen untergebracht würden.

<sup>6</sup> Angaben nach Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR.

# Kinderkrippen- und Kindergartenplätze in der DDR von 1955 bis 1972

Jahr	Zahl der Kinderkrippenplätze		Kindergartenplätze <sup>7</sup>	
	absolut in 1 000	auf 1 000 Kinder unter 3 Jahren	absolut in 1 000	auf 1 000 Kinder im Vorschulalter
1955	67,1	80	241,2	281
1960	104,8	128	355,8	416
1965	142,2	165	430,9	446
1972	210,8	304	623,6	692

So lagen zum Beispiel im Jahre 1965 bei einer Kapazität von rund 54 500 Krippenplätzen in industriell wichtigen Bezirken der DDR rund 44 000 Voranmeldungen für die Unterbringung von Kindern bei den zuständigen örtlichen Räten vor. Das waren rund 80 Prozent der vorhandenen Krippenplätze in diesen Bezirken.<sup>8</sup> Da in den Kinderkrippen Kinder im Alter bis unter 3 Jahren betreut werden, kann angenommen werden, daß in vielen Fällen Frauen eine Voranmeldung abgaben, die durch die Geburt eines Kindes ihre berufliche Tätigkeit nicht für längere Zeit unterbrechen wollten bzw. die die gesetzlich mit besonderen Regelungen zum Schutze der berufstätigen Mütter verbundene einjährige Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit nicht überschreiten wollten.

Der in dem von uns untersuchten Zeitraum (1958 bis 1971) gestiegene Beschäftigtengrad der Frauen in allen Altersjahren ist Ausdruck dafür, daß es nicht bei dem Willen geblieben ist, sondern aufgrund der entsprechenden vom Staat geschaffenen materiellen Voraussetzungen viele Mütter in den Berufsprozeß wieder bzw. neu eingegliedert werden konnten.

Aus heutiger Sicht muß daher für die Zukunft beachtet werden, daß eine wesentliche Erhöhung des Grades der Berufstätigkeit der Frauen nicht mehr in dem Maße wie beispielsweise im Zeitraum zwischen den beiden Volks- und Berufszählungen durch eine Erweiterung der Kapazitäten in Kindereinrichtungen stimuliert werden kann.

In der DDR waren am 31. Dezember 1964 (zum Stichtag der Volks- und Berufszählung) von allen Frauen im Alter von 18 bis unter 50 Jahren, die in Mehrpersonenhaushalten lebten, 70 Prozent berufstätig; am 1. Januar 1971 bereits 77 Prozent.

Wie der Grad der Berufstätigkeit der Frauen in den einzelnen Altersgruppen sowie in Relation zur Kinderzahl aussah, zeigt folgende Übersicht<sup>9</sup>:

Anteil der berufstätigen Frauen an der Gesamtzahl der Frauen der jeweiligen Altersgruppe sowie in Relation zu den im jeweiligen Mehrpersonenhaushalt lebenden Kindern unter 17 Jahren am 1. 1. 1971

Alter der Frau in Jahren	Prozentanteil der berufstätigen Frauen an den Frauen insgesamt	davon mit ... Kindern					
		Insgesamt	keinen	1	2	3	4
18 bis unter 21	62,4	61,9	66,3	52,8	41,2	-	-
21 " "	25 74,4	82,8	73,6	61,7	52,2	43,5	-
25 " "	30 78,9	92,3	82,8	74,1	66,8	59,4	49,7
30 " "	35 78,8	89,7	84,2	77,4	72,3	67,4	59,4
35 " "	40 80,0	86,5	83,9	79,7	75,6	70,9	62,2
40 " "	45 80,5	83,8	81,8	78,4	73,8	69,2	58,1
45 " "	50 77,8	78,5	78,2	75,7	71,3	66,6	56,5

<sup>7</sup> 1972 ohne Saisoneinrichtungen.

<sup>8</sup> Angaben nach Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR.

<sup>9</sup> Angaben nach ebenda.

Aus den Ergebnissen, die auch in der diesem Beitrag als Anhang beigegebenen Grafik 2 dargestellt sind, wird folgendes deutlich:

- Der Grad der Berufstätigkeit der kinderlosen Frauen ist in allen betrachteten Altersgruppen (mit Ausnahme derjenigen der 18- bis unter 21jährigen Frauen) höher als bei Müttern.
  - Sind Kinder in der Familie vorhanden, steigt der Grad der Berufstätigkeit der Frauen mit zunehmendem Alter der Mütter.
  - Da die größte Geburtenhäufigkeit bei Frauen im Alter von 21 bis unter 30 Jahren auftritt, nimmt insbesondere die Berufstätigkeit der Mütter nach der Vollendung des 30. Lebensjahres bis zum Alter von 40 Jahren zu und weist die höchsten Werte gegenüber den anderen Altersgruppen auf.
- Offensichtlich zeigen sich hierbei die Auswirkungen der Kindergarten- oder Schulreife der Kinder.
- Für junge kinderlose Frauen ist die Berufstätigkeit zur Selbstverständlichkeit geworden. Das trifft nicht nur für die Frauen zu, die nicht verheiratet sind, sondern zeigt sich auch bei kinderlosen Ehefrauen, die offensichtlich in der Führung des kleinen Haushalts keine ausreichende Befriedigung sehen.
  - Die Berufstätigkeit der Frauen ist sehr stark von der Zahl der vorhandenen Kinder abhängig. Die Auswirkung der Geburt des ersten Kindes ist bereits sehr hoch, denn von diesem Zeitpunkt an sind - mit zunehmender Kinderzahl in erhöhtem Maße - ständig mehr als 20 Prozent aller Frauen im Alter von 18 bis unter 50 Jahren mit Kindern nicht berufstätig.

Aus der Tatsache, daß vor allem jüngere Frauen mit Kindern einen wesentlich niedrigeren Grad der Berufstätigkeit als ältere Frauen mit gleicher Kinderzahl aufweisen, läßt sich ableiten, daß auch das Alter der Kinder einen weiteren demographischen Faktor darstellt, der sich auf die Berufstätigkeit der Frauen auswirkt. Leben in einem von der Frau zu betreuenden Mehrpersonenhaushalt ein Kind oder mehrere Kinder bis unter 3 Jahren, dann sind etwa 30 bis 60 Prozent dieser Mütter nicht berufstätig. Beträgt dagegen das Alter eines oder mehrerer Kinder 3 bis unter 6 Jahre, befinden sich diese Kinder also bereits im Vorschulalter, dann sind nur noch rund 25 bis 40 Prozent der betreffenden Mütter nicht berufstätig. Von den Müttern, deren Kind das schulpflichtige Alter, also die Spanne von 6 bis unter 17 Jahren erreicht hat, gehen in der Regel sogar mehr als zwei Drittel ständig einem Beruf nach.

Hierin zeigen sich sowohl die relative Selbständigkeit der Kinder dieses Alters als auch die Möglichkeit des Besuches eines Schulhortes, was die Berufstätigkeit der Mütter begünstigt. Im einzelnen informiert über den Grad der Berufstätigkeit von Frauen mit mehreren Kindern die folgende Übersicht<sup>10</sup>:

Grad der Berufstätigkeit<sup>11</sup> der in Mehrpersonenhaushalten lebenden Frauen nach der Zahl und dem Alter der im Haushalt lebenden Kinder unter 17 Jahren am 1. 1. 1971 (in %)

Anzahl der Kinder unter 17 Jahren	Grad der Berufstätigkeit der Frauen beim Alter der Kinder		
	unter 3 Jahren	von 3 bis unter 6 Jahren	von 6 bis unter 17 Jahren
1	61 - 69	72 - 90	81 - 92
2	43 - 50	69 - 83	78 - 88
3	41 - 50	70 - 77	75 - 85
4	.	66 - 73	71 - 83
5 und mehr	.	.	65 - 80

<sup>10</sup> Angaben nach ebenda.

Noch stärker wirken sich jedoch Zahl und Alter der Kinder als kombinierter Faktor auf die Berufstätigkeit der Mütter aus, wobei dieser Einfluß in Abhängigkeit vom Alter der Mutter gewissen Schwankungen unterliegt (siehe dazu Anhang, Grafik 3).

- Während die Mehrzahl der Mütter mit einem Kind unter 3 Jahren berufstätig ist, übt die Mehrzahl der Mütter mit zwei Kindern unter 3 Jahren keinen Beruf aus. Ebenso sind die meisten der Mütter mit mehr als zwei Kindern, von denen mindestens eines unter 3 Jahre alt ist, nicht berufstätig.
- Anders dagegen sind die Auswirkungen, wenn die Kinder das 3. Lebensjahr überschritten haben und sich im Vorschulalter befinden. Selbst bei Mehrpersonenhaushalten mit 4 Kindern, von denen mindestens eines von 3 bis unter 6 Jahren alt ist, überwiegt der Anteil der berufstätigen Frauen.
- Noch höher ist die Berufstätigkeit der Frauen, in deren Haushalt das Alter der Kinder von 6 bis unter 17 Jahren beträgt.

Selbst in den Mehrpersonenhaushalten mit mehr als 5 Kindern dieses Alters ist ständig die Mehrzahl der Frauen berufstätig.

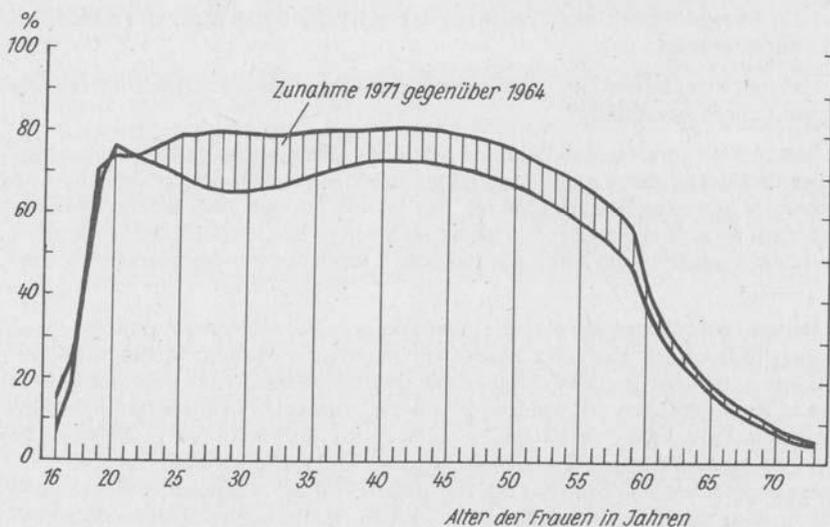
Allgemein kann festgestellt werden, daß Zahl und Alter der Kinder einen mitbestimmenden Faktor für die Berufstätigkeit der Frauen darstellen. Der Grad der Berufstätigkeit der Mütter ist um so höher, je älter das jüngste Kind ist, das in dem von der Frau zu betreuenden Mehrpersonenhaushalt lebt. Gleichzeitig verringert sich der Grad der Berufstätigkeit der Mütter, stärker in Abhängigkeit vom Alter des jüngsten Kindes als von der Anzahl der Kinder insgesamt.

Im Rahmen der kurzen Betrachtung konnten die Auswirkungen verschiedener demographischer Faktoren auf die Berufstätigkeit der Frauen nur angedeutet werden. Sicher werden noch weitere Faktoren, wie die Berücksichtigung des Qualifikationsniveaus der Frauen oder die Unterschiede in Stadt und Land und anderes zu untersuchen sein. Die Berufstätigkeit der Frau ist aber in jedem Falle eine wesentliche, wenn auch nur eine Seite der praktischen Verwirklichung ihrer juristisch fixierten Gleichberechtigung. So kann wohl einerseits die Wirkung einiger demographischer Faktoren auf die Berufstätigkeit der Frauen bestimmte Erkenntnisse bringen, aber andererseits muß geprüft werden, ob daraus resultierende Maßnahmen auch mit der Rolle der Frau bei der Reproduktion der Bevölkerung harmonisieren. Das bedeutet, daß nicht nur der Wirkung der demographischen Merkmale auf die Berufstätigkeit, sondern auch umgekehrt der Wirkung der Berufstätigkeit auf die demographische Entwicklung, insbesondere die Geburten- bzw. Fruchtbarkeitsentwicklung, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

- 11 Ohne weibliche Personen im Ausbildungsprozeß. Die angegebene Schwankungsbreite des Grades der Berufstätigkeit gibt die Abhängigkeit vom Alter der Mutter (18 bis unter 45 Jahre) an.

# Grafik 1

Grad der Berufstätigkeit<sup>+</sup> der Frauen nach Altersjahren  
(nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählungen am 1. 1. 1971 und am 31. 12. 1964)



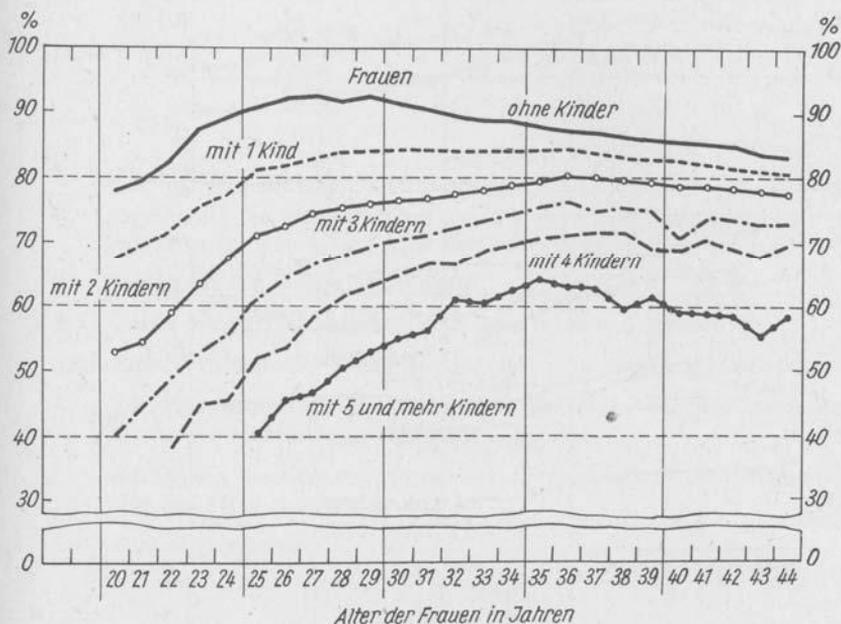
+ ohne weibliche Personen im Ausbildungsprozeß.

Quelle:

Berechnet nach Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Minister-  
rat der DDR.

Grafik 2

Altersspezifischer Grad der Berufstätigkeit<sup>+</sup> der Frauen nach der Anzahl der im gleichen Haushalt lebenden Kinder unter 17 Jahren  
(nach Ergebnissen der Volks- und Berufszählung am 1. 1. 1971)

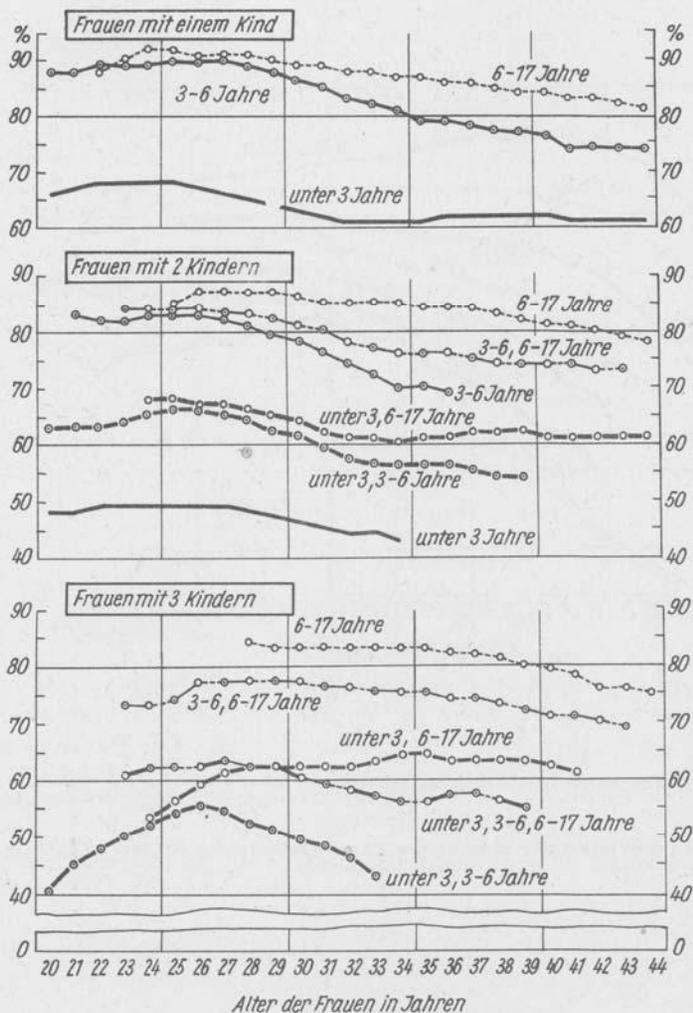


+ ohne weibliche Personen im Ausbildungsprozeß.

Quelle:

Berechnet nach Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Minister-  
rat der DDR.

Altersspezifischer Grad der Berufstätigkeit<sup>+</sup> der Frauen mit bis zu 3 im gleichen Haushalt lebenden Kindern nach dem Alter der Kinder  
(nach Ergebnissen der Volks- und Berufszählung am 1. 1. 1971)



+ ohne weibliche Personen im Ausbildungsprozeß.

Quelle:

Berechnet nach Unterlagen der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Minister-rat der DDR.

## ZUR STRUKTUR DER WEIBLICHEN BESCHÄFTIGTEN DES VEB STAATLICHE PORZELLAN-MANUFAKTUR MEISSEN

(Teilergebnisse einer historisch-soziologischen Untersuchung)

von Traute Scholz

1. Einleitung
2. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten bzw. Facharbeitern der Manufaktur in Beziehung zum Alter der Frauen
3. Dauer der Betriebszugehörigkeit
  - 3.1. Dauer der Betriebszugehörigkeit für Frauen und Männer
  - 3.2. Zum Verhältnis der Dauer der Betriebszugehörigkeit zum Berufsalter
4. Betriebswechsel zur Manufaktur bzw. Anteil der Beschäftigten, die bisher nur in der Manufaktur tätig waren
5. Entfernung der Geburtsorte von der Arbeitsstätte in Beziehung zu Qualifikation und Alter der Frauen
6. Schlußbetrachtung

### 1. Einleitung

Die Frage, auf welchen Wegen sich die Entwicklung zur vollen Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in der sozialistischen Gesellschaft vollzieht, ist ständiger Forschungsgegenstand der verschiedenen Gesellschafts- und Naturwissenschaften. Durch Gesetzgebung und staatliche Maßnahmen auf sozialem Gebiet wurden in der DDR beste Grundlagen für diese Entwicklung geschaffen.<sup>1</sup>

1 Im einzelnen sei auf folgende Dokumente verwiesen; Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. 4. 1968 (Gesetzblatt T. I, Nr. 8), insbesondere Abschnitt 2, Artikel 19, 20, 24, 38.

Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. 4. 1963 (Gesetzblatt T. I, Nr. 5).

Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. 12. 1965 (Gesetzblatt T. I, 1966, Nr. 1).

Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. 9. 1950 (Gesetzblatt T. I, Nr. 111, S. 1037).

Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. 2. 1965 (Gesetzblatt T. I, Nr. 6).

Beschluß über die Aufgaben der Staatsorgane zur Förderung der Frauen und Mädchen in Durchführung des Kommuniqués des Politbüros des ZK der SED vom 23. 12. 1961 (Gesetzblatt T. II, Nr. 32).

Beschluß über die weitere Durchführung der Forschung zu Problemen der Entwicklung

Doch handelt es sich hierbei um einen gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß, der die Kraft und die bewußte Gestaltung durch die gesamte Gesellschaft in all ihren Bereichen erfordert und gleichzeitig Bestandteil der Herausbildung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist.

Schon die Klassiker des Marxismus-Leninismus wiesen auf den unabdingbaren Zusammenhang von gesellschaftlichem Fortschritt und der Stellung der Frau hin.<sup>2</sup>

Bekanntlich hat sich August Bebel dieser Frage in seinem Buch "Die Frau und der Sozialismus" zugewandt. Dort sagt er: "Die Frauenfrage ist also für uns nur eine Seite der allgemeinen sozialen Frage, die gegenwärtig alle denkenden Köpfe erfüllt und alle Geister in Bewegung setzt; sie kann daher ihre endgültige Lösung nur finden durch die Aufhebung der gesellschaftlichen Gegensätze und Beseitigung der aus diesen hervorgehenden Übel. Dennoch ist es notwendig, die Frauenfrage speziell zu behandeln."<sup>3</sup> Den großen historischen Prozeß erfassend, den die Lösung dieses Problems erfordert, sagt er weiter: "Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter."<sup>4</sup> Anknüpfend an diese Erkenntnisse ist es zum theoretischen Allgemeingut des wissenschaftlichen Sozialismus geworden, daß die Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ebenso von der Entwicklung der Frau als Persönlichkeit abhängt, wie der Verwirklichungsgrad der Gleichberechtigung der Frau von Qualität und Tempo der sozialistischen Entwicklung abhängig ist.

Dem gegenwärtigen Stand und den noch zu lösenden Aufgaben hinsichtlich der gesellschaftlichen Stellung der Frau widmete der VIII. Parteitag der SED besondere Aufmerksamkeit. "Es ist in der Tat eine der größten Errungenschaften des Sozialismus, die Gleichberechtigung der Frau in unserem Staat sowohl gesetzlich als auch im Leben weitgehend verwirklicht zu haben. Kein kapitalistisches Land der Erde kann gleiches von sich behaupten"<sup>5</sup>, stellte Erich Honecker fest und führte weiter aus:

"In unserer sozialistischen Gesellschaft nehmen die Frauen einen wichtigen Platz ein. Nicht nur, weil sie mehr als die Hälfte der Bevölkerung bilden - die bilden sie auch in jedem kapitalistischen Land. Es ist so, weil sich ihre gesellschaftliche Stellung im Sozialismus grundlegend verändert hat. Die Frauen haben im wahrsten Sinne des Wortes bewiesen, daß ohne ihre hervorragenden Leistungen der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann... Worauf es ankommt, ist die schrittweise Lösung jener Probleme, von denen es abhängt, ob eine Frau von ihren gleichen Rechten auch in vollem Umfang Gebrauch machen kann.

Das berührt, wie jeder weiß, vielfältige Fragen. Denken wir nur an die berufstätigen Frauen."<sup>6</sup>

In dieser Problematik nimmt die berufliche Qualifizierung der Frauen einen entscheidenden Platz ein, denn die gesellschaftliche Stellung der Frau ist in erster Linie abhängig von ihrer Stellung im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß<sup>7</sup>, also von ihrer beruflichen Qualifikation. Damit können wir umgekehrt sagen, daß das Qualifikationsniveau der Frauen ein wichtiger

und Förderung der Frauen und Mädchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. 10. 1966 (Gesetzblatt T. II, Nr. 121).

Weitere Dokumente siehe in: Staatliche Dokumente zur Förderung der Frau in der Deutschen Demokratischen Republik, Gesetzesdokumentation, Berlin 1973.

2 Marx, Karl, Briefe an Ludwig Kugelmann vom 12. Dezember 1868 in: Marx/Engels, Werke, Bd. 32, Berlin 1965, S. 582.

3 Bebel, August, Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1950, S. 41.

4 Ebenda, S. 47.

5 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 62.

6 Ebenda.

7 Vgl. dazu Hörz, Helga, Die Frau als Persönlichkeit, Berlin 1971, S. 22.

Gradmesser für die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft ist, Obgleich in den vergangenen Jahren bedeutende Fortschritte auf diesem Gebiet erreicht wurden, existiert noch eine erhebliche und nicht gerechtfertigte Diskrepanz zwischen dem Ausbildungsstand der männlichen und dem der weiblichen Produktionsarbeiter in der sozialistischen Industrie. Von vier Produktionsarbeitern sind etwa drei Facharbeiter, während bei den Produktionsarbeiterinnen von vier Frauen nur eine die Qualifikation im Beruf besitzt.<sup>8</sup>

Dazu sagte Erich Honecker an der genannten Stelle:

"Wir stehen vor der Aufgabe - selbstverständlich jeweils entsprechend unseren ökonomischen Gegebenheiten -, weiter ernsthaft daran zu arbeiten, daß sie (die Frauen - T. Sch.) in den Betrieben die Möglichkeiten der Qualifizierung besser nutzen können, daß gerade den berufstätigen Frauen durch den Ausbau der Arbeiterversorgung, des Handels überhaupt, und der Dienstleistungen größere Hilfe gegeben wird. Ohne die wachsende Mitarbeit der Männer in der Familie etwa geringerschätzen zu wollen - die Hauptlast liegt noch immer bei den Frauen."<sup>9</sup>

Wenn man davon ausgeht, daß die berufliche Qualifizierung der Frau eine zentrale Frage ihrer gesellschaftlichen Stellung überhaupt ist, so erscheint es uns geboten, die Auswirkungen, Konsequenzen und gesellschaftlichen Bedingungen der fortschreitenden Entwicklung dieser Erscheinung von den verschiedensten Seiten her zu erforschen. Hier ordnet sich auch die Frage ein, welche demographischen Strukturveränderungen sich in diesem Zusammenhang notwendigerweise vollziehen werden, wenn die Diskrepanz zwischen dem Qualifikationsniveau von Männern und Frauen im Interesse der Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsweise weiter vermindert werden soll.

In der vorliegenden Arbeit soll anhand empirischen Materials gezeigt werden, wie sich in einigen demographisch-sozialstrukturellen Merkmalen des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen der Anteil der Frauen an qualifizierten Facharbeitern widerspiegelt und welche Beziehungen zwischen einigen dieser Merkmale bestehen.

Aus der Vielzahl der demographischen und sozialstrukturellen Merkmale, die ein Bild von den Unterschieden im Qualifikationsniveau der Männer und Frauen geben, soll aufgrund des vorliegenden Materials untersucht werden, wie diese Beziehungen in den Merkmalen Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit und Entfernung der Geburtsorte von der Arbeitsstätte zum Ausdruck kommen.

Die Problematik wird im folgenden nur anhand eines Betriebes untersucht, und die Ergebnisse sind infolge der Besonderheiten, die der Betrieb gegenüber anderen volkseigenen Betrieben aufweist, nur für dieses Untersuchungsobjekt repräsentativ. Doch hat die Fragestellung als methodisches Problem unseres Erachtens nicht nur mikrosoziologische Bedeutung und könnte über das vorliegende Experiment hinaus zu demographisch-sozialstruktureller Fragestellung größeren Rahmens führen. So gesehen, soll mit dem vorliegenden Beitrag versucht werden, einen kleinen Baustein für das Erkennen von Gesetzmäßigkeiten der Frauenarbeit unter sozialistischen Produktionsverhältnissen zu geben.

Die hier dargelegten Ergebnisse, denen ein Zeitschnitt aus dem Jahr 1966 zugrunde liegt, wurden einer noch nicht abgeschlossenen historisch-soziologischen Untersuchung entnommen, durch die mittels mehrerer Zeitschnitte Veränderungen der Sozialstruktur des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen und ihrer Beziehungen zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und der betrieblichen Produktivkräfte erforscht wer-

8 Kuhn, Fritz, Zur Qualifizierung der Produktionsarbeiterinnen, in: Einheit, Nr. 10, 1972, S. 1314.

9 Honecker, Erich, a. a. O.

den sollen. Die nach 1966 im VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen erfolgten technischen und sozialen Veränderungen sind nicht berücksichtigt. Es würde den Rahmen des hier beabsichtigten Beitrages sprengen, wollten wir auf Problemstellung und Untersuchungsgebiet der Gesamtuntersuchung im einzelnen eingehen. Doch muß darauf hingewiesen werden, daß der VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen gegenüber anderen volkseigenen Betrieben eine Reihe von Besonderheiten aufweist, die sich aus dem Charakter der Arbeit als Manufakturarbeit ergeben. Ziel der Produktion sind in diesem Betrieb kunsthandwerkliche Gegenstände, und somit kann in der Hauptproduktion, in der eigentlichen Kunstporzellanherstellung (Drehen, Bossieren, Malen) auch nicht wie in anderen sozialistischen Betrieben die Aufgabe bestehen, die manuelle Tätigkeit möglichst durch Mechanisierung, Rationalisierungsmaßnahmen und gegebenenfalls Automatisierung zu vermindern. Eine andere Frage ist es, inwieweit Hilfs- und Nebenprozesse in der Manufaktur technologisch modernisiert werden können.

Aus dieser Besonderheit im Charakter der Arbeit des Betriebes ergeben sich eine Reihe Spezifika auf den verschiedensten Ebenen des betrieblichen Lebens. Das betrifft auch die Arbeitskräfte- und Sozialstruktur des Betriebes, Fragen des Betriebsklimas, der Berufs- und Betriebsverbundenheit, der Dauer der Betriebszugehörigkeit, um einige zu nennen, die mit den von uns untersuchten Problemen in enger Beziehung stehen. Auch die in der Manufaktur gegebene Möglichkeit, Frauen in für sie geeigneten qualifizierten Facharbeiterberufen einzusetzen und die Tatsache, daß diese Möglichkeit unter sozialistischen Produktionsverhältnissen weitgehend genutzt und weiter gefördert wurde, ist zu den Besonderheiten dieses Betriebes zu rechnen.

Die Daten wurden auf folgender Grundlage ermittelt:

Im Juni 1966 wurden alle Beschäftigten des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur mit Hilfe von Fragebogen befragt. Davon ausgenommen waren die Angehörigen einiger Sonstiger produktionsbedingter Abteilungen, die sich größtenteils außerhalb Meißens und außerhalb des Betriebsgeländes befinden, sowie Lehrlinge und die Mitarbeiter einiger Verwaltungsabteilungen, die vorwiegend für die öffentliche Besichtigung der Manufaktur zuständig sind.

Von den Befragten gaben 52,7 % auswertbare Fragebogen zurück. Davon in den Bereichen

Malerei	58,3 Prozent,
andere Produktionsabteilungen	45,0 Prozent
Verwaltung, Handwerker, Sonstige	52,3 Prozent.

Diese auswertbaren Fragebogen bildeten die Hauptgrundlage für die in der Arbeit enthaltenen Zahlenangaben.

Die Gliederung der Beschäftigten wurde nach dem Charakter ihrer Tätigkeit vorgenommen, insbesondere im Hinblick auf die Beziehung ihrer Tätigkeit zur Porzellanherstellung.

Es wurde unterteilt in:

erstens alle in den Produktionsabteilungen Tätigen, deren Arbeit für die Porzellanherstellung typisch ist. (Das stimmt etwa überein mit den Hauptabteilungen und den branchentypischen Hilfsabteilungen.) Hierbei wurde von uns noch einmal untergliedert in Malerei und Andere Produktionsabteilungen. Beide Bereiche erhielten eine weitere Feinuntergliederung, bei der die Skala verschiedenartiger Beziehungen zur Porzellanherstellung und die berufliche Qualifikation berücksichtigt wurden;

zweitens alle übrigen Beschäftigten der Manufaktur. Dieser Bereich wurde von uns Verwaltung, Handwerker, Sonstige genannt und ist auch in dieser Form feinuntergliedert.

Nach dieser Unterteilung arbeiten wir, wie in Tabelle 1 untergliedert, in unserer Untersuchung mit den drei Bereichen

Malerei,  
Andere Produktionsabteilungen,  
Verwaltung, Handwerker, Sonstige.

Diese für den Zweck der Untersuchung von uns eingeführte Gliederung stimmt im Groben mit der in der Porzellan-Manufaktur bestehenden gültigen Betriebsgliederung überein.

Die Abweichungen davon bestehen darin; Der Bereich Malerei ist nach der gültigen Betriebsstruktur eingeteilt in die Meisterbereiche (bei uns Abteilungen genannt) Staffage-, Blumen-, Indisch-, Unterglasurmaler und viele weitere meistens kleinere Meisterbereiche, die Teilarbeiten der Malerei ausführen oder der direkten Bemalung zuarbeiten. Dazu gehören zum Beispiel 2 Schwerterer, die die blauen Schwerter auf die Unterseite der Porzellanteile malen, 24 Golddekorationmaler, die ausschließlich die Goldverzierungen und Goldränder malen, ferner 5 Kupferstecher, 5 Buntglasierer und andere. Dazu zählen auch Goldpolierer, die das aufgetragene Gold polieren, die Geschirrräger, die das Porzellan innerhalb der Malerei an den nächsten Arbeitsplatz weitertragen. Alle diese Produktionsarbeiter der Malerei wurden von uns zur Gruppe Übrige Malerei zusammengefaßt. Das war möglich und erwies sich als zweckmäßig, weil wir mit der von uns vorgenommenen Einteilung eine ausreichende, aber auch notwendige Differenzierung hinsichtlich der Qualifikation der verschiedenen Tätigkeiten erhalten haben.

Die Meisterbereiche Muffelbrand und Herdwagenmuffelbrand, die in der Manufaktur aus technologischen Gründen zum Bereich Malerei gehören, haben wir unter dem Gesichtspunkt des Charakters der Tätigkeit nicht mit zur Malerei gezählt, sondern zu den Brennern hinzugezählt, die dem von uns bezeichneten Bereich Andere Produktionsabteilungen angehören. Dieser von uns so bezeichnete Bereich enthält die große Produktionsabteilung der Manufaktur Gestaltung, die wir nur in Bossierer und Übrige Gestaltung unterteilt haben. Er enthält ferner die in der Manufaktur so bezeichnete Abteilung Produktionsleitung, die wir in Brenner und Übrige Abteilungen der Produktionsleitung unterteilt haben. Zu den Brennern wurden die aus der Malerei ausgegliederten Muffelbrenner und Herdwagenmuffelbrenner hinzugezählt.

## 2. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten bzw. Facharbeitern der Manufaktur in Beziehung zum Alter der Frauen

Das Verhältnis von Männern zu Frauen für die Manufaktur insgesamt beträgt 56 Prozent Männer zu 44 Prozent Frauen (siehe Tabelle 1).

Differenziert nach Bereichen der Manufaktur haben wir ein Verhältnis von 54,8 Prozent Männern zu 45,2 Prozent Frauen im Bereich Malerei. Während im Bereich Andere Produktionsabteilungen die Männer mit 68,8 Prozent sehr stark überwiegen, liegt im Bereich Verwaltung, Handwerker, Sonstige ein Übergewicht der Frauen mit 56,5 Prozent vor.

Das Übergewicht der Männer im Bereich Andere Produktionsabteilungen ist auf den verhältnismäßig hohen Anteil schwerer körperlicher Arbeit in diesem Bereich zurückzuführen. Umgekehrt ist im Bereich Verwaltung, Handwerker, Sonstige der Anteil der Frauen überdurchschnittlich, was mit dem allgemein höheren Anteil der Frauen in Verwaltungsbereichen zusammenhängt.

Betrachtet man die Beschäftigten der Manufaktur gegliedert nach Altersgruppen und im Vergleich zur wirtschaftlich tätigen Bevölkerung der DDR, so ergibt sich:

Das zahlenmäßige Verhältnis von Männern und Frauen für die Manufaktur insgesamt entspricht etwa dem der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung der DDR.

Doch in zwei Altersgruppen sind in bezug auf das zahlenmäßige Verhältnis von Männern zu Frauen beträchtliche Abweichungen vorhanden. In der Altersgruppe bis unter 25 Jahre über-

Tabelle 1

## Anteil der Frauen und Männer der Manufaktur nach Bereichen und Abteilungen

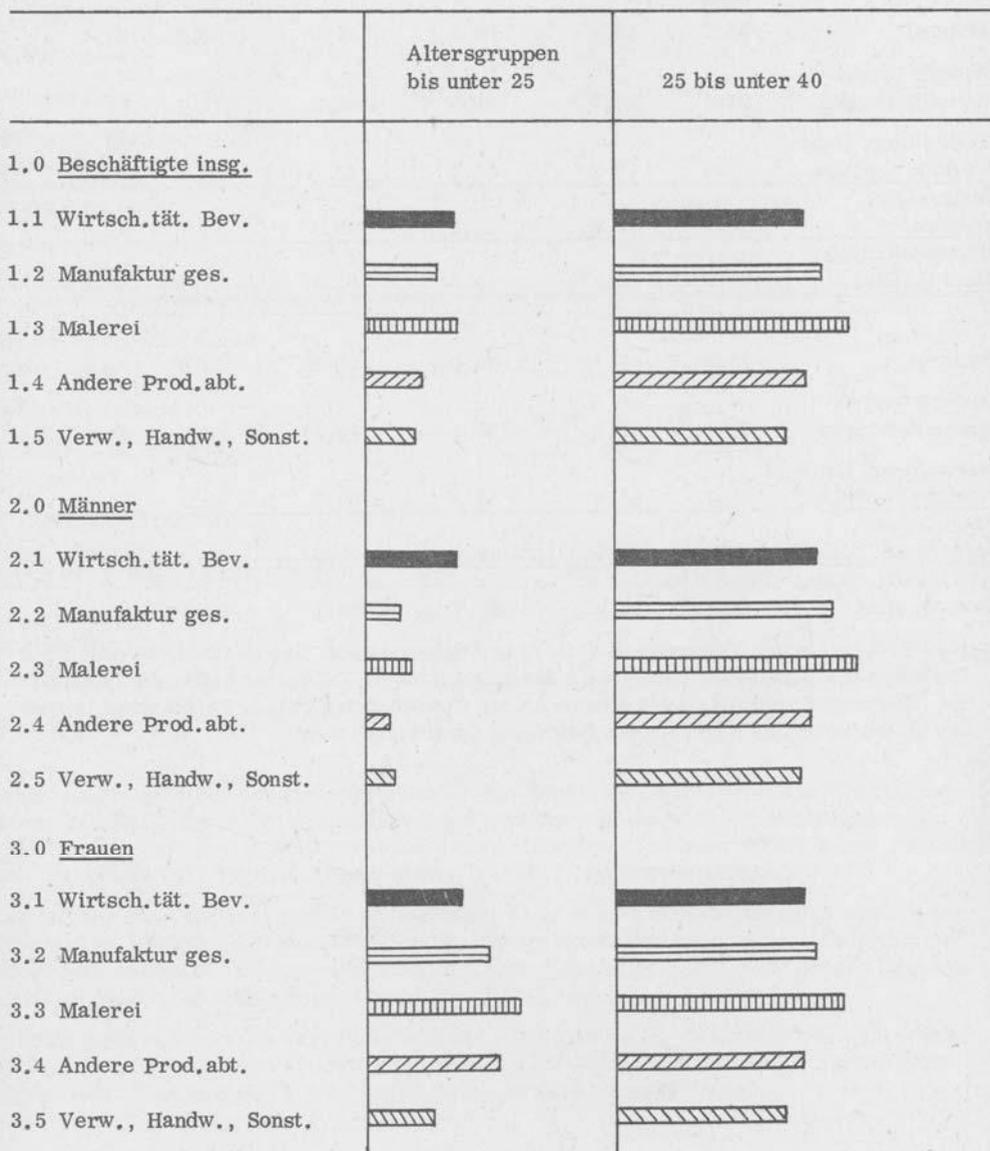
Bereiche und Abteilungen	insgesamt	Frauen absolut	%	Männer absolut	%
Malerei	201	91	45,2	110	54,8
Staffagemaler	17	3	17,6	14	82,4
Blumenmaler	71	38	53,5	33	46,5
Indischmaler	42	16	38,0	26	62,0
Staffage-, Blumen- und Indischmaler	130	57	43,9	73	56,1
Unterglasurmaler	27	16	59,2	11	40,8
Übrige Maler und in der Malerei Tätige	44	18	41,9	26	59,1
Andere Produktionsabteilungen	109	34	31,2	75	68,8
Bossierer und Modelleure (Gestaltung)	18	3	16,7	15	83,3
Übrige Gestaltung	48	18	37,5	30	62,5
Brenner (Abt. Produktionsleitung)	9	-	-	9	100,0
Übrige Abteilungen der Produktionsleitung	34	13	38,2	21	61,8
Verwaltung, Handwerker, Sonst.	92	52	56,5	40	43,5
Verwaltung	62	43	69,4	19	30,6
Handwerker	19	-	-	19	100,0
Sonstige	11	9	81,8	2	18,2
Manufaktur	402	177	44,0	225	56,0

wiegt in allen drei Bereichen der Manufaktur der Anteil der Frauen sehr stark. Gegenüber einem Verhältnis für die wirtschaftlich tätige Bevölkerung von 54,2 Prozent Männern zu 45,8 Prozent Frauen ist das Verhältnis für die Manufaktur in dieser Altersgruppe 26,4 Prozent Männer zu 73,6 Prozent Frauen (siehe Tabelle 2, vergleiche auch Grafik 1).

Das ist unseres Erachtens positiv zu bewerten, da es sich in den Hauptberufen bzw. in den zahlenmäßig stärksten Hauptberufen der Manufaktur größtenteils um körperlich leichte und für Frauen geeignete Tätigkeiten handelt, die aber dennoch zu einem recht großen Teil qualifizierte Facharbeitertätigkeiten sind.

Entgegengesetzt liegen die Verhältnisse in der Altersgruppe 50 bis unter 60/65 Jahre. In allen drei Betriebsbereichen überwiegt beträchtlich der Anteil der Männer. Für die Altersgruppe insgesamt sind es 73,4 Prozent Männer zu 26,6 Prozent Frauen.

Vergleich der prozentualen Anteile der Altersgruppen für die Bereiche der Manufaktur mit den Altersgruppen der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung der DDR - für Beschäftigte insgesamt, Männer und Frauen (vergleiche Tabelle 3)



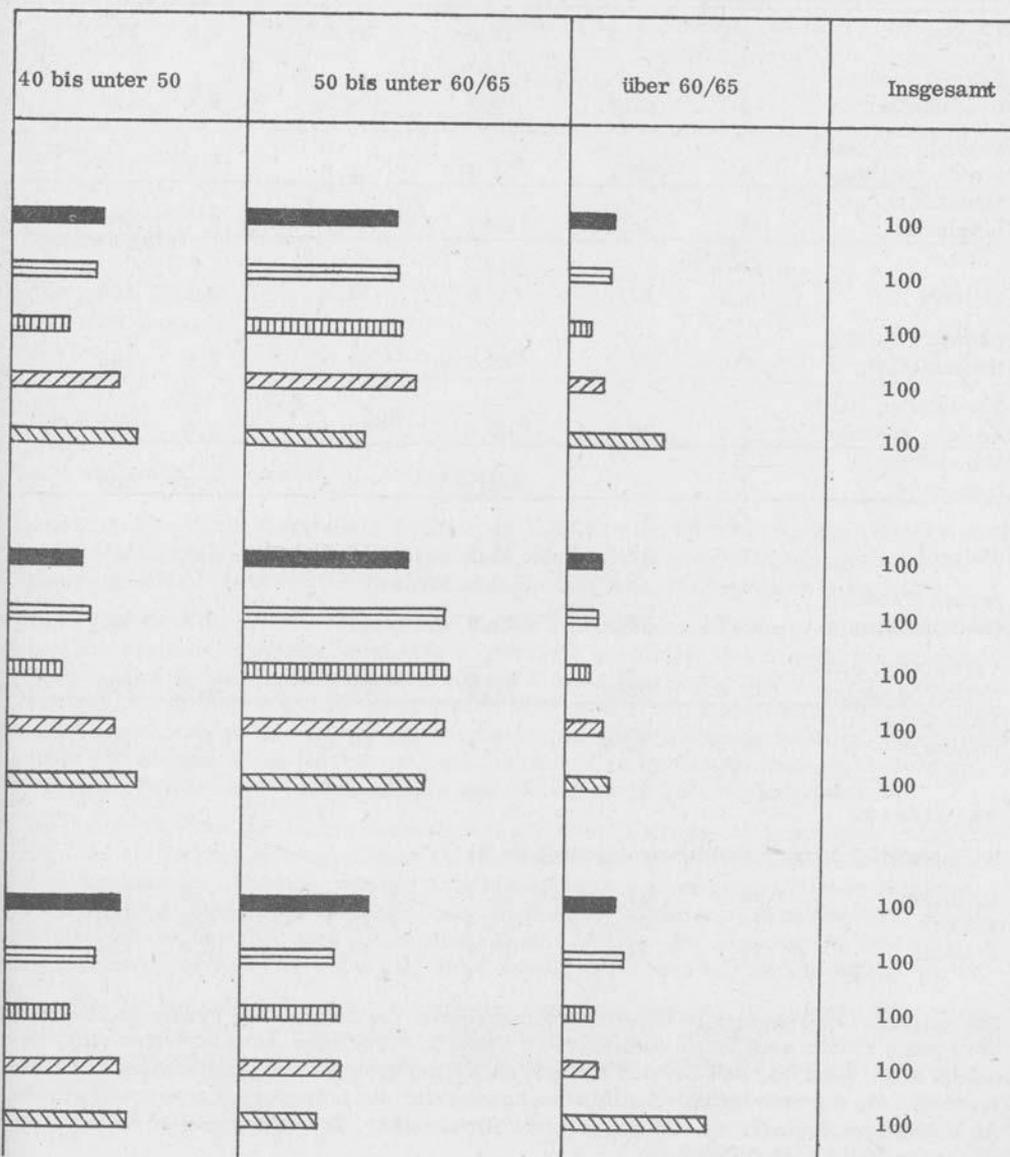


Tabelle 3

Bereiche der Manufaktur nach Altersgruppen für Beschäftigte insgesamt  
(in Prozent), vergleiche Grafik 1

Betriebsbereiche Jahre	bis un- ter 25	25 bis un- ter 40	40 bis un- ter 50	50 bis un- ter 60/65	ab 60/65	insgesamt
Malerei	16,9	41,3	10,0	27,9	4,0	100
Andere Produk- tionsabteilungen	10,1	33,9	19,3	30,3	6,4	100
Verwaltung, Hand- werker, Sonstige	8,7	30,4	21,8	21,8	17,4	100
Manufaktur insgesamt	13,2	36,8	15,2	27,1	7,7	100
<u>Männer</u>						
Malerei	8,2	42,7	9,1	36,4	3,6	100
Andere Produk- tionsabteilungen	4,0	34,7	18,7	36,0	6,6	100
Verwaltung, Hand- werker, Sonstige	5,0	32,5	22,5	32,5	7,5	100
Manufaktur insgesamt	6,2	38,2	14,7	35,6	5,3	100
<u>Frauen</u>						
Malerei	27,5	39,6	11,0	17,6	4,4	100
Andere Produk- tionsabteilungen	23,5	32,4	20,6	17,6	5,9	100
Verwaltung, Hand- werker, Sonstige	11,5	28,8	21,2	13,5	25,0	100
Manufaktur insgesamt	22,0	35,0	15,8	16,4	10,7	100

Tabelle 3a

Wirtschaftlich tätige Bevölkerung der DDR (in %)

Insgesamt	16,5	34,1	15,7	26,4	7,3	100
Männer	16,1	35,4	12,8	29,3	6,5	100
Frauen	17,1	32,5	19,4	22,7	8,3	100

Die aufgrund des allgemeinen Überblicks naheliegende Vermutung, daß Frauen und besonders junge Frauen auch in den qualifizierten Facharbeiterberufen stark vertreten sind, bestätigt sich, wenn man den Bereich Malerei nach Altersgruppen und Qualifikation näher untersucht. Als Ausweis für die Qualifikation können hier die Lohngruppen genommen werden: Ab Lohngruppe 6 handelt es sich um gelernte Facharbeiter. In Ausnahmefällen befinden sich in Lohngruppe 6 noch Angelernte.

Tabelle 4

Anteil der Beschäftigten im Alter bis unter 40 Jahren an den Beschäftigten der Abteilungen der Malerei (in Prozent) in Gegenüberstellung zu den vorwiegenden Lohngruppen der Abteilungen

Abteilungen der Malerei	Beschäftigte insgesamt			Beschäftigte bis unter 40 Jahre in % zu allen Beschäftigten der Abteilungen			Vorwiegende Lohngruppe
	m	w	i	m	w	i	
Staffagemaler	14	3	17	78,5	66,6	76,5	8
Blumenmaler	33	38	71	63,7	81,5	73,3	7 und 8
Indischmaler	26	16	42	53,8	93,6	69,0	7 und 8
Unterglasur-maler	11	16	27	54,5	62,5	59,0	6
Übrige Maler und in der Malerei Tätige	26	18	44	15,4	16,7	15,9	3 bis 6
Malerei insgesamt	110	91	201	51,0	67,0	58,2	-

m = männlich, w = weiblich, i = insgesamt.

Zunächst können wir feststellen, je höher die Qualifikation ist, um so höher ist der Anteil von Beschäftigten unter 40 Jahren, das heißt, die qualifizierten Tätigkeiten werden in überwiegenderem Maße von den Beschäftigten der jüngeren Altersgruppen ausgeführt.

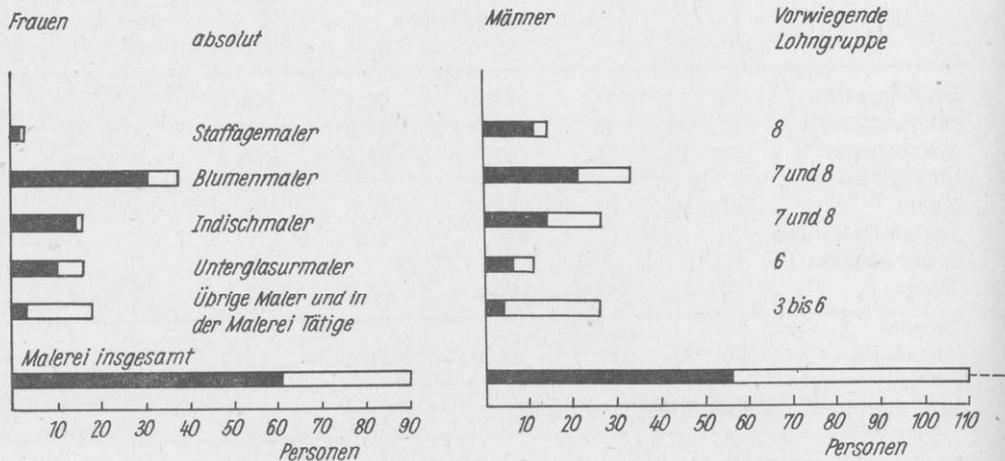
Nach Aussagen der Betriebsleitung sind für die Tätigkeiten mit geringer Qualifikation weit-aus schwieriger jüngere Arbeitskräfte zu gewinnen als ältere. Das mag damit zusammen-hängen, daß die zunehmende Qualifikation der Werk-tätigen in der DDR von den jüngeren Al-tersgruppen für die berufliche Qualifikation mehr genutzt werden konnte als von den älte-ren Gruppen. In den älteren Gruppen werden sich häufiger Personen befinden, deren beruf-liche Entwicklung durch die frühere kapitalistische Gesellschaftsordnung und besonders durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre gehindert, gestört oder verändert wurde.

An dieser Tendenz der zunehmenden Qualifikation durch jüngere Altersgruppen ist auffäl- lig, daß sie für Frauen noch stärker als für Männer besteht (siehe Tabelle 4, Grafik 2). Hier kommt zum Ausdruck, daß der Anteil der Jüngeren unter den weiblichen Facharbei- tern relativ größer ist als der Anteil der Jüngeren bei männlichen Facharbeitern. Anders betrachtet, ist das aber auch ein Ausdruck dafür, daß sich der Frauenanteil überhaupt in Facharbeiterbereichen verstärkt, in denen früher vorwiegend Männer beschäftigt waren.

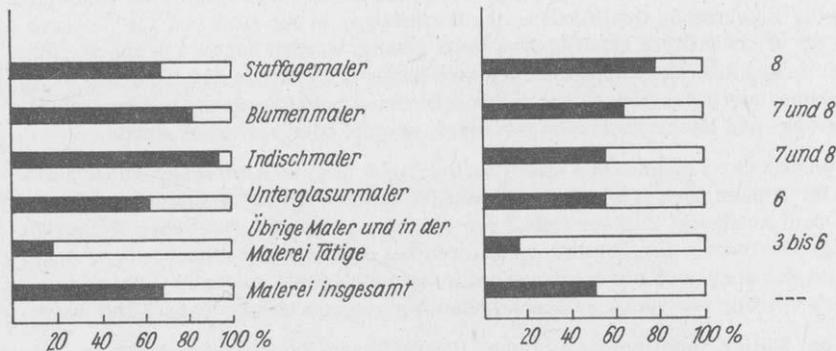
Die Tabelle bei Müller "Anteil der weiblichen Berufstätigen ohne Berufsausbildung an den weiblichen Berufstätigen insgesamt - 1971" macht deutlich, wie sich mit dem Nachrücken jüngerer Jahrgänge insgesamt in der DDR der Anteil der Frauen mit Berufsausbildung steigert.<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Siehe Müller, Klaus, Demographische Aspekte der Einbeziehung der Frau in den Berufs- prozeß, im vorliegenden Band des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte, Tabelle 6.

Anteil der Frauen und Männer im Alter bis unter 40 Jahre an den Frauen und Männern der Malerei - in Gegenüberstellung zu den vorwiegenden Lohngruppen der Abteilungen



in Prozent



■ Anzahl der Frauen bzw. Männer bis unter 40 Jahre

□ Anzahl der Frauen bzw. Männer über 40 Jahre

### 3. Dauer der Betriebszugehörigkeit

#### 3.1. Dauer der Betriebszugehörigkeit für Frauen und Männer

Für die Beschäftigten der Manufaktur insgesamt kann nach Fragebogenergebnis folgende Grobübersicht gegeben werden:

Betriebszugehörigkeit	in Prozent	
bis unter 10 Jahren	32,6	} das heißt etwa je ein Drittel der Beschäftigten
10 bis unter 20 Jahren	37,3	
20 Jahre und mehr	30,1	

Von den 32,6 Prozent Beschäftigten, die eine Betriebszugehörigkeit unter 10 Jahren haben, sind 11,7 Prozent bis zu 5 Jahren und 20,9 Prozent zwischen 5 und 10 Jahren in der Manufaktur beschäftigt, das heißt nur ein sehr geringer Teil der Beschäftigten hat eine Betriebszugehörigkeit von nur wenigen Jahren.

Wenn man die einzelnen Bereiche der Manufaktur vergleichend betrachtet, zeigen sich einige Abweichungen von den eben genannten durchschnittlichen Verhältnissen. In der Malerei befinden sich in den Gruppen mit längerer Betriebszugehörigkeit (von 10 Jahren an) prozentual mehr Beschäftigte als in den Anderen Produktionsabteilungen und im Bereich Verwaltung, Handwerker, Sonstige.

Umgekehrt befinden sich in der Gruppe bis zu 10 Jahren Betriebszugehörigkeit in der Malerei relativ wenig, in den anderen Produktionsabteilungen etwas mehr und im Bereich Verwaltung, Handwerker, Sonstige verhältnismäßig viel Beschäftigte.

Für das Verhältnis der Abteilungen zueinander läßt sich hinsichtlich ihres prozentualen Anteils in den Gruppen der Betriebszugehörigkeit folgendes Schema geben (siehe auch Tabelle 5, vergleiche in der Horizontalen):

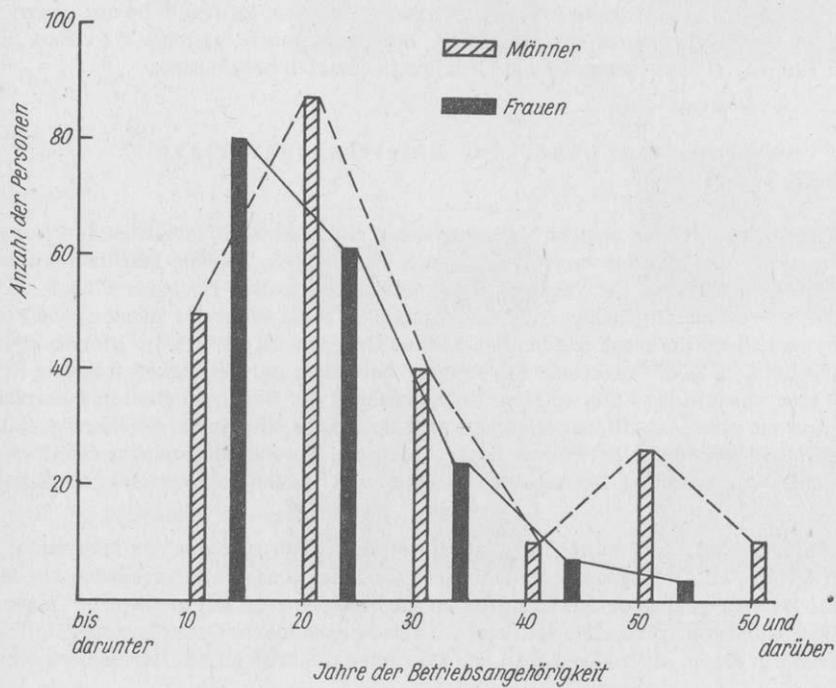
Betriebszugehörigkeit	Malerei	Andere Produktionsabteilungen	Verwaltung, Handwerker, Sonstige
bis unter 10 Jahren	niedrig	mittel	hoch
10 bis unter 20 Jahren	hoch	mittel	niedrig
20 und mehr Jahren	hoch	mittel	niedrig

Betrachtet man die Dauer der Betriebszugehörigkeit in ihren Zeitgruppen vergleichsweise für Männer und Frauen und setzt Männer insgesamt für sich und Frauen insgesamt für sich jeweils 100 Prozent, so ergibt sich: Während in den Gruppen 10 bis unter 20 Jahren, 20 bis unter 30 Jahren und 30 bis unter 40 Jahren Betriebszugehörigkeit die prozentualen Anteile der Frauen jeweils etwas unter denen der Männer liegen, bestehen erhebliche Abweichungen in der ersten und in den letzten Gruppen der Betriebszugehörigkeitsdauer. Der Anteil der Frauen in der Gruppe bis zu 10 Jahren ist erheblich höher als der Anteil der Männer in dieser Gruppe. In der Gruppe 40 bis unter 50 Jahre Betriebszugehörigkeit ist der prozentuale Anteil der Frauen sehr gering, in der Gruppe 50 und mehr Jahre ist er gleich Null. Dagegen beträgt der Anteil der Männer in den beiden letzten Gruppen noch 11,4 bzw. 4,4 Prozent (siehe Tabelle 5, Grafik 3).

Der besonders hohe Anteil der Frauen im ersten Zeitraum der Betriebszugehörigkeit (bis zu 10 Jahren) läßt sich damit erklären, daß ein großer Teil der Frauen nicht ständig in einem Arbeitsverhältnis steht. Dieser Anteil ist bei Männern minimal. Das beeinflusst selbstverständlich auch den Unterschied in der Fluktuationsquote.



Anzahl der Männer und Frauen nach Dauer der Betriebszugehörigkeit



15,7 Prozent aller dort arbeitenden Frauen sind unter 10 Jahre in der Manufaktur beschäftigt. Siehe Tabelle 5. Hierbei ist zu beachten, daß 73,6 Prozent aller Beschäftigten im Alter bis zu 25 Jahren Frauen sind und demzufolge vom Alter her noch keine lange Betriebszugehörigkeit aufweisen können (siehe Tabelle 2).

Wenn Frauen im letzten Zeitraum der Betriebszugehörigkeit (50 und mehr Jahre) gar nicht vertreten sind, so ist das hauptsächlich mit dem Beginn des Rentenalters im Lebensalter von 60 Jahren zu erklären, denn vorausgesetzt, daß der Beginn des Berufsalters bei 15 Jahren Lebensalter liegt, wie es in der Manufaktur bis zum Untersuchungszeitpunkt in der Regel noch der Fall war, dann erreichen Frauen im Alter von 60 Jahren nur 45 Jahre Berufstätigkeit. Hinzu kommt, daß Frauen, die eine sehr lange Zeit ihres Lebens berufstätig waren, ihre Arbeit mit Beginn des Rentenalters endgültig aufgeben oder verkürzte bzw. leichtere Arbeit suchen. Das könnte erklären, warum Frauen im Zeitraum 50 und mehr Jahre Betriebszugehörigkeit nicht vertreten sind. Nur drei Frauen, gleich 1,7 Prozent aller erfaßten Frauen, sind zwischen 40 und 50 Jahre im Betrieb beschäftigt.

### 3.2. Zum Verhältnis der Dauer der Betriebszugehörigkeit zum Berufsalter

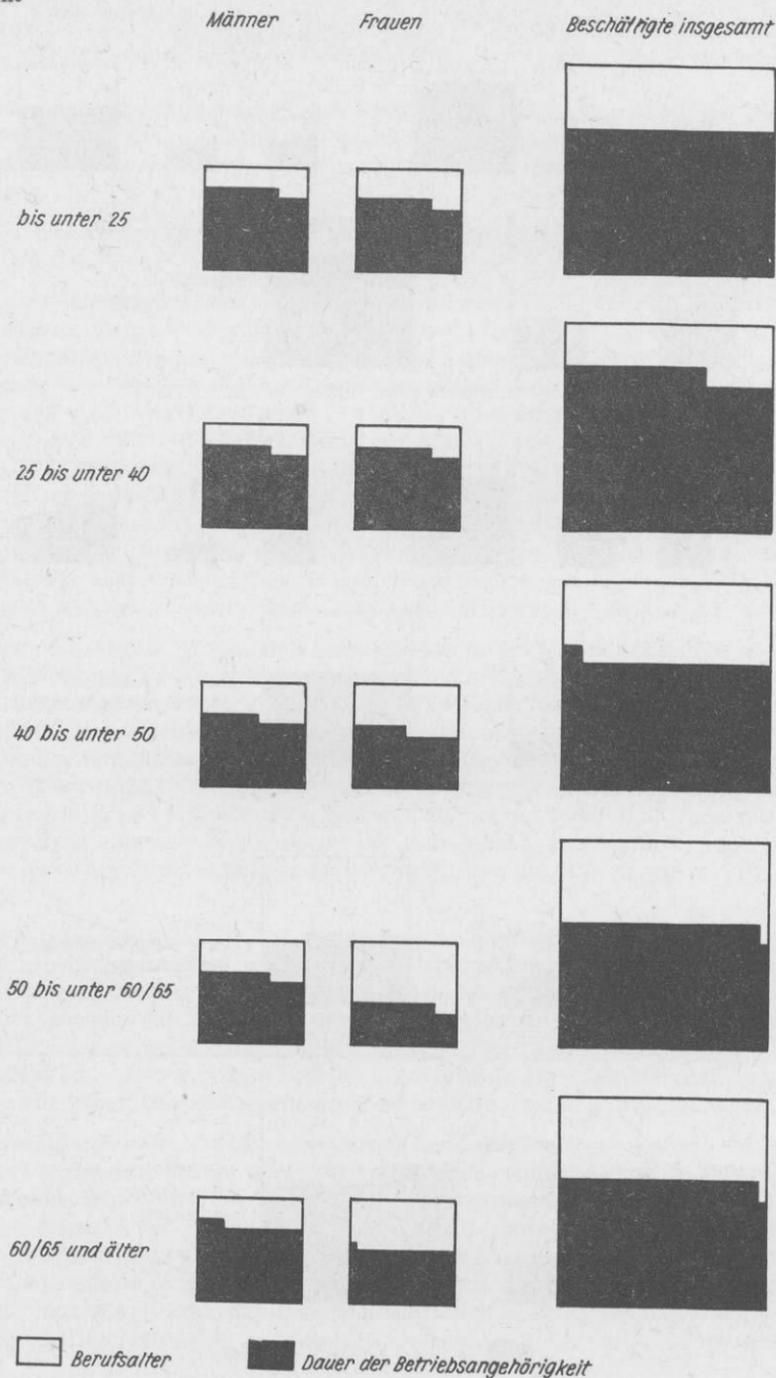
Zwischen Männern und Frauen besteht ein beachtlicher Unterschied hinsichtlich des Verhältnisses von Dauer der Betriebszugehörigkeit zum Berufsalter. Für die Manufaktur insgesamt beträgt der Anteil der Betriebszugehörigkeit am Berufsalter für Männer 69,4 und für Frauen 54,9 Prozent. Gegliedert nach Altersgruppen treten zwischen Männern und Frauen besonders merkbare Unterschiede bei den älteren Gruppen auf (Grafik 4). Hier handelt es sich wahrscheinlich in der Mehrzahl um Frauen, bei deren Berufstätigkeit folgende Erscheinungen eine wesentliche Rolle spielen: Unterbrechung der Berufstätigkeit und Betriebswechsel, Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit erst im Kriege oder in der Nachkriegszeit. Verbunden mit diesen Merkmalen: relativ hoher Anteil von Frauen mit geringer Qualifikation, was wiederum Fragen der Betriebszugehörigkeit und des Betriebswechsels stark beeinflusst.

In diesem Zusammenhang muß weiterhin gesehen werden: Bei den Frauen der Manufaktur ist von Altersgruppe zu Altersgruppe ein stärkeres Qualifikationsgefälle vorhanden als bei den Männern. Da aber geringere Qualifikation im allgemeinen auch mit geringerer Dauer der Betriebszugehörigkeit verbunden ist, muß sich das geschilderte Qualifikationsgefälle der Frauen auch in einem sinkenden Anteil der Betriebszugehörigkeit am Berufsalter niederschlagen.

Gleichzeitig geht aber aus Grafik 5 deutlich hervor, daß bei den Frauen in den Abteilungen mit hochqualifizierten Facharbeitertätigkeiten, wie Staffage-, Indisch-, Blumenmaler und Bossierer, der Anteil der Betriebszugehörigkeit am Berufsalter ebenso hoch ist wie bei den Männern. Gerade in diesen Abteilungen sind, wie bereits in anderen Zusammenhängen festgestellt, die jüngeren Altersgruppen der Frauen stark vertreten. Die Frage des Anteils der Betriebszugehörigkeit am Berufsalter bei den Frauen ist also nicht, wie es zunächst scheint, in erster Linie eine Frage des Alters der Frauen, sondern in erster Linie eine Frage der Qualifikation. Die Frage des Alters ist hier lediglich Ausdruck der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse und der damit verbundenen bewußten beruflichen Förderung der Frauen, die hier im konkreten Fall vom VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen vorgenommen wurde.

Für die Zukunft kann somit erwartet werden, daß sich in dem Maße, wie sich der Anteil der hochqualifizierten Kräfte bei Männern und Frauen nivelliert bzw. in dem Maße, wie die jetzt älteren Altersgruppen ausscheiden und dafür jüngere nachrücken, auch der Unterschied zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Dauer der Betriebszugehörigkeit

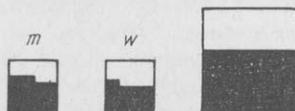
Anteil der Betriebszugehörigkeit am Berufsalter nach Gruppen des Lebensalters in Prozent



Anteil der Betriebszugehörigkeit am Berufsalter der Bereiche - in Prozent

Staffage-, Indisch-, Blumenmaler

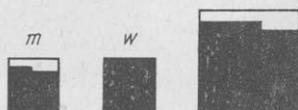
Unterglasur-, übrige Maler und in der Malerei Tätige



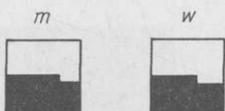
Bereich  
Malerei insgesamt

Bossierer und Modelleure

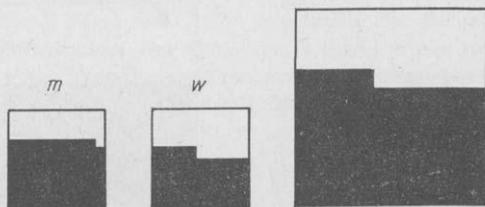
übrige der anderen  
Produktionsabteilungen



Bereich  
andere Produktions-  
abteilungen insgesamt



Bereich  
Verwaltung, Handwerker,  
Sonstige insgesamt



Manufaktur  
insgesamt

□ Berufsalter      ■ Dauer der Betriebszugehörigkeit

und hinsichtlich des Anteils der Betriebszugehörigkeit am Berufsalter verschwindet oder mindestens bedeutend abnehmen wird.

#### 4. Betriebswechsel zur Manufaktur bzw. Anteil der Beschäftigten, die bisher nur in der Manufaktur tätig waren

Für die Manufaktur insgesamt beträgt nach Fragebogenergebnis der Anteil derjenigen Betriebsangehörigen, die ihren Arbeitsplatz bisher ausschließlich in der Manufaktur hatten, 44,8 Prozent. 55,2 Prozent der Beschäftigten übten zuvor eine Tätigkeit außerhalb der Manufaktur aus.

Zwischen den drei großen Bereichen der Manufaktur gibt es eine bedeutende Abstufung - siehe Tabelle 6.

Der Anteil der Beschäftigten, die vorher schon in einem anderen Betrieb gearbeitet haben, ist am höchsten im Bereich Verwaltung, Handwerker, Sonstige; weniger hoch im Bereich Andere Produktionsabteilungen und am geringsten im Bereich Malerei. Aus der weiteren Untergliederung der Bereiche und der Gegenüberstellung der vorwiegenden Lohngruppen geht hervor, daß der Anteil derer, die bisher ausschließlich in der Manufaktur gearbeitet haben, um so höher ist, je höher die Qualifikation ist. Allgemein gesehen, ist das keine neue Feststellung. Es ist bekannt, daß die Fluktuation unter den Arbeitern um so geringer ist, je höher die Qualifikation ist. Doch für die Manufaktur kommt noch hinzu, daß die qualifizierten Facharbeiter, nämlich die Kunstporzellanmaler, speziell für diesen Betrieb ausgebildet werden und keine entsprechende Tätigkeit in anderen Betrieben finden. Demgegenüber ist es natürlich für Verwaltungsangestellte und Betriebshandwerker sehr viel einfacher, den Betrieb zu wechseln.

Betrachtet man das Verhältnis der Betriebswechsler zu den bisher nur in der Manufaktur Tätigen für Männer und Frauen getrennt, so ist für die Manufaktur insgesamt gesehen kein Unterschied festzustellen - siehe Tabelle 6. Doch zwischen den Bereichen der Manufaktur gibt es auch hier Unterschiede. In der Malerei besteht nur eine ganz geringe Differenz zwischen den Anteilen der Männer und Frauen. Im Bereich Andere Produktionsabteilungen beträgt der Anteil der bisher nur in der Manufaktur Beschäftigten unter den Frauen 26,5 Prozent. Der Anteil ist also bei den Frauen geringer als bei den Männern. Umgekehrt ist im Bereich Verwaltung, Handwerker, Sonstige der Anteil der ausschließlich in der Manufaktur Beschäftigten mit 15,0 Prozent bei den Männern geringer als bei den Frauen mit 21,2 Prozent.

Auch diese Unterschiede stehen wieder in Verbindung mit dem Qualifikationsniveau und den dadurch bedingten Unterschieden im Verhalten zur beruflichen Tätigkeit bei Männern und Frauen. Die geringe Differenz zwischen den Anteilen der bisher nur in der Manufaktur Beschäftigten bei Männern und Frauen im Bereich der Malerei muß in Zusammenhang mit der hohen Qualifikation gesehen werden, die hier auch bei den Frauen vorhanden ist. Je höher die Qualifikation ist, desto geringer sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Verhalten zur beruflichen Tätigkeit, speziell zum Wechsel des Arbeitsplatzes.

Wenn im Bereich Andere Produktionsabteilungen prozentual weniger Frauen als Männer zu den bisher nur in der Manufaktur Beschäftigten gehören, so dürften hierfür folgende Gründe entscheidend sein; erstens ein durchschnittlich größerer Unterschied im Qualifikationsniveau zwischen Männern und Frauen als zum Beispiel im Bereich Malerei. Die hoch-, aber auch mittelqualifizierten Tätigkeiten dieses Bereichs werden vorwiegend von Männern ausgeführt. Größtenteils hängt das mit der Schwere der körperlichen Arbeit zusammen. Die körperlich leichteren Arbeiten sind in diesem speziellen Bereich des Betriebes mit der geringeren Qualifikation verbunden. Zweitens spielt dabei eine Rolle, daß innerhalb der weniger

Tabelle 6

Bereiche der Manufaktur nach dem Anteil der Beschäftigten mit bzw. ohne Betriebswechsel  
(in Prozent)

Bereiche	insgesamt	mit Betriebs- wechsel	ohne Betriebs- wechsel
	<u>Beschäftigte insgesamt</u>		
Malerei	100	34,8	65,2
Andere Produktions- abteilungen	100	70,6	29,4
Verwaltung, Hand- werker, Sonstige	100	81,5	18,5
insgesamt	100	55,2	44,8
	<u>Frauen</u>		
Malerei	100	35,2	64,8
Andere Produktions- abteilungen	100	73,5	26,5
Verwaltung, Hand- werker, Sonstige	100	78,8	21,2
insgesamt	100	55,4	44,6
	<u>Männer</u>		
Malerei	100	34,5	65,5
Andere Produktions- abteilungen	100	69,3	30,7
Verwaltung, Hand- werker, Sonstige	100	85,0	15,0
insgesamt	100	55,1	44,9
Frauen ohne VHS <sup>+</sup>	100	45,6	54,4
Männer ohne VHS	100	48,6	51,4
Beschäftigte insgesamt ohne VHS	100	47,5	52,5

+ Verwaltung, Handwerker, Sonstige.

qualifizierten Tätigkeiten ein Betriebswechsel häufiger ist. Außerdem kommen bei Frauen zusätzlich Unterbrechungen in der beruflichen Tätigkeit hinzu, und zwar häufiger und länger in den weniger qualifizierten Tätigkeiten.

Im Bereich Verwaltung, Handwerker, Sonstige ist der Anteil der bisher nur in der Manufaktur Beschäftigten am geringsten. Hier gibt es keine oder nur in einzelnen Fällen manufakturtypische Berufe. Das trifft auch auf die leitenden Funktionen zu, die fast ausschließlich von Männern besetzt sind. Es ist aber bemerkenswert, daß der Anteil der ausschließlich in der Manufaktur Beschäftigten bei den Frauen höher ist als bei den Männern. Das könnte mög-

licherweise damit zusammenhängen, daß hier relativ viele Frauen mit mittlerer Qualifikation arbeiten, die ohne oder mit geringen Unterbrechungen beruflich tätig sind. Dagegen sind in diesem Bereich bei den Männern die Betriebshandwerker enthalten. Jeder von ihnen hatte zuvor eine andere Arbeitsstelle.

### 5. Entfernung der Geburtsorte von der Arbeitsstätte in Beziehung zu Qualifikation und Alter der Frauen

Insgesamt sind von den Beschäftigten der Manufaktur verhältnismäßig weniger Frauen als Männer in Meißen und Meißen/Umgebung, das heißt im engeren Umkreis des Betriebes, geboren. Der Vergleich der drei großen Bereiche ergibt: In den beiden Produktionsbereichen Malerei und Andere Produktionsabteilungen ist der Anteil der in Meißen plus Meißen/Umgebung Geborenen unter den Frauen weit geringer als unter den männlichen und weiblichen Betriebsangehörigen zusammen. Dagegen ist dieser Anteil für Frauen im Bereich Verwaltung, Handwerker, Sonstige bedeutend höher und noch höher in der Abteilung Verwaltung allein (siehe Tabelle 7). Umgekehrt sind Frauen in viel stärkerem Maße Zuwanderer als Beschäftigte insgesamt. Das kann daran liegen, daß Frauen im allgemeinen häufiger dem Ehemann an den Wohnort folgen als umgekehrt Männer der Ehefrau.

Tabelle 7

Geburtsorte in Ortskategorien nach Bereichen der Manufaktur für Beschäftigte insgesamt und für Frauen (in Prozent)

Bereiche	Ortskategorien					M + M/U	M/U + Sa	Insgesamt
	na	M	M/U	Sa	a/S			
Malerei insgesamt	-	42,3	24,9	16,4	16,4	67,2	41,3	100
Frauen	-	37,4	23,0	19,8	19,8	60,4	42,8	100
Andere Produktionsabteilungen insgesamt	-	55,0	18,4	8,3	18,3	73,4	26,7	100
Frauen	-	44,1	20,6	14,7	20,6	64,7	35,3	100
Verwaltung, Handwerker und Sonstige insgesamt	2,2	47,8	19,6	13,0	17,4	67,4	32,6	100
Frauen	-	57,7	11,5	17,3	13,5	69,2	28,8	100
Manufaktur insgesamt	0,5	47,0	21,9	13,4	17,2	68,9	35,3	100
Frauen	-	44,6	19,2	18,1	18,1	63,8	37,3	100
Frauen der Verwaltung (ohne Handwerker u. Sonstige)	-	62,8	11,6	11,6	14,0	74,4	23,2	100

Abkürzungen: M = Meißen  
M/U = Meißen/Umgebung  
Sa = Sachsen  
a/S = außerhalb Sachsens  
na = nicht angegeben

Untersuchungen für die Beschäftigten insgesamt haben ergeben: Je höher die Qualifikation der Arbeitskräfte ist, um so größer ist der Anteil derjenigen, die in entfernteren Orten geboren wurden. Die Beziehung zwischen der Entfernung des Geburtsortes der Beschäftigten von ihrer Arbeitsstätte und ihrer Qualifikation soll speziell für Frauen untersucht werden.

Da die absolute Zahl der befragten weiblichen Personen in den einzelnen Abteilungen zu gering ist und die Gliederung nach Bereichen der Manufaktur die Qualifikationsstruktur nur sehr verschwommen widerspiegelt, wird folgende Einteilung nach der Qualifikation vorgenommen:

I Beschäftigte der Produktion mit hoher beruflicher Qualifikation:

Blumenmaler,  
Indischmaler,  
Staffagemaler,  
Bossierer.

} Diese Berufe sind typische Manufakturberufe mit einer Lehrzeit von drei Jahren

II Beschäftigte der Produktion mit mittlerer und geringerer beruflicher Qualifikation:

Unterglasurmaler,  
übrige Maler und in der Malerei Tätige,  
Beschäftigte der Gestaltung, ohne Bossierer und Modelleure,  
Beschäftigte der Abteilung "Produktionsleitung".

} Hierin sind alle übrigen Produktionsberufe der Manufaktur enthalten.

III Beschäftigte des Bereichs Verwaltung, Handwerker, Sonstige:

In die Skala der Qualifikation kann dieser Bereich nicht eingeordnet werden; daneben kann man aber eine Abstufung der drei Bereiche hinsichtlich der Verbundenheit mit der Porzellanherstellung vornehmen. Die Rangfolge lautet dann: I, II, III (siehe Tabellen 8 und 9, Grafik 6).

Tabelle 8

Geburtsorte in Ortskategorien nach Gruppen der beruflichen Tätigkeit und Qualifikation

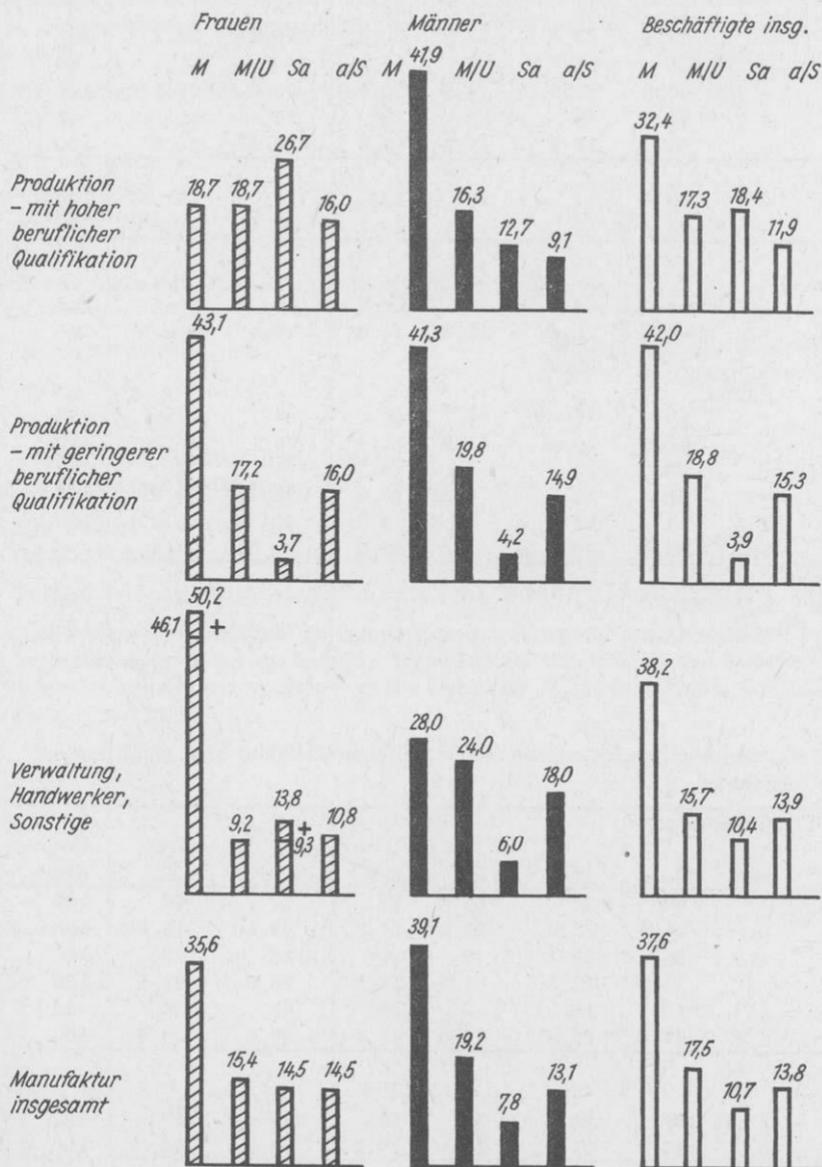
Gruppe	Ortskategorien					M + M/U	M/U + Sa	Insgesamt
	na	M	M/U	Sa	a/S			
<u>Frauen</u>								
I absolut	-	14	14	20	12	28	34	60
in Prozent	-	23,4	23,4	33,3	20,0	46,7	56,7	100
II absolut	-	35	14	3	13	49	17	65
in Prozent	-	53,9	21,5	4,6	20,0	75,4	26,1	100
III absolut	-	30	6	9	7	36	15	52
in Prozent	-	57,7	11,5	17,3	13,5	69,2	28,8	100
Frauen der Manufaktur insgesamt	-	79	34	32	32	113	66	177
in Prozent	-	44,6	19,2	18,1	18,1	63,8	37,3	100
Nur Verwaltung, ohne Handwerker und Sonstige	-	27	5	5	6	32	10	43
in Prozent	-	62,8	11,6	11,6	14,0	74,4	23,2	100
<u>Männer</u>								
I absolut	-	46	18	14	10	64	32	88
in Prozent	-	52,3	20,4	15,9	11,4	72,7	36,3	100
II absolut	-	50	24	5	18	74	29	97
in Prozent	-	51,5	24,7	5,2	18,6	76,2	29,9	100
III absolut	2	14	12	3	9	26	15	40
in Prozent	5,0	35,0	30,0	7,5	22,5	65,0	37,5	100
Männer der Manufaktur insgesamt	2	110	54	22	37	164	76	225
in Prozent	1,0	48,8	24,0	9,8	16,4	72,8	33,8	100

Tabelle 9

Geburtsorte in Ortskategorien nach Gruppen der beruflichen Tätigkeit bzw. Qualifikation für Beschäftigte insgesamt

Gruppe	Ortskategorien					M + M/U	M/U + Sa	Insgesamt
	na	M	M/U	Sa	a/S			
I absolut		60	32	34	22	92	66	148
in Prozent		40,5	21,6	23,0	14,9	62,1	44,6	100
II absolut		85	38	8	31	123	46	162
in Prozent		52,5	23,5	4,9	19,1	76,0	28,4	100
III absolut	2	44	18	12	16	62	30	92
in Prozent	2,2	47,8	19,6	13,0	17,4	67,4	32,6	100
Beschäftigte der Manufaktur								
insgesamt	2	189	88	54	69	277	142	402
in Prozent	0,5	47,0	21,9	13,4	17,2	68,9	35,3	100

Geburtsorte in Ortskategorien nach Gruppen der beruflichen Tätigkeit bzw. Qualifikation in Prozent (siehe Tabellen 8 und 9)



+ Handwerker und Sonstige

Während zum Beispiel der Anteil der Frauen, die von weiterher zugezogen sind, in allen Qualifikationsgruppen etwa gleich ist, liegen in bezug auf Sachsen erhebliche Unterschiede vor (siehe Tabelle 8).

Ogleich bei dem in Tabelle 10 vorliegenden Zahlenmaterial die Berechnungseinheiten möglicherweise zu klein sind und im Ergebnis Zufälligkeiten nicht ganz auszuschließen sind, wird hier die Frage gestellt, inwieweit das Alter mit der geographischen Mobilität und dem Qualifikationsgrad korreliert. Bei den Frauen mit hoher beruflicher Qualifikation stammen mehr Frauen aus Sachsen und von außerhalb Sachsens als aus Meißen und Meißen/Umgebung. Das entspricht der schon bei den Beschäftigten insgesamt beobachteten Tendenz, daß qualifiziertere Kräfte in größerem Maße aus entfernteren Gebieten kommen als weniger qualifizierte Kräfte. Dabei fällt besonders auf, daß die von weiterher (Sachsen und außerhalb Sachsens) stammenden Frauen ausschließlich den jüngeren Jahrgängen angehören.

Wie schon in anderem Zusammenhang in Abschnitt 3.3. dargelegt, verbirgt sich unseres Erachtens auch in diesem Fall hinter der Altersproblematik die Frage der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen für die Qualifizierung der gegenwärtig lebenden Frauengenerationen. Das bedeutet: Ein direkter Zusammenhang besteht nur zwischen geographischer Mobilität und Qualifikationsgrad. Der statistische Zusammenhang zwischen geographischer Mobilität und Alter ist nur durch den Zusammenhang von Qualifikationsgrad und Alter vermittelt.

Bei den Frauen der Gruppe II (mit geringerer beruflicher Qualifikation) ist erstens der Anteil der von weiterher stammenden Personen bedeutend kleiner als der aus Meißen und Umgebung. Zweitens, die wenigen von weiterher stammenden Frauen der Gruppe II kommen vorwiegend von außerhalb Sachsens und sind drittens ohne eine bestimmte Tendenz über fast alle Altersgruppen verteilt.

Diese Punkte stellen das Gegenstück zu der eben gemachten Feststellung dar und zeigen, daß da, wo die berufliche Qualifikation geringer ist, die Frauen nicht in dem Maße umzugsfreudig sind wie qualifiziertere Frauen, daß, wenn sie von außerhalb nach Meißen oder Meißen/Umgebung zogen, sehr wahrscheinlich andere als berufliche Gründe vorlagen, und daß dort, wo die Frage der Qualifikation nicht im Vordergrund steht, auch keine Differenzierung nach dem Alter bemerkt werden kann.

Tabelle 10

Geburtsorte in Ortskategorien nach Alter

Frauen der Gruppe I (mit hoher beruflicher Qualifikation)

Alter	Ortskategorien				M+	M+M/U	Sa+	Insgesamt
	M	M/U	Sa	a/S				
Bis unter 25	2	4	12	4	6	27,2	16	22
25 bis unter 40	6	7	8	8	13	44,8	16	29
40 bis unter 50	2	1	-	-	3	-	-	3
50 bis unter 60	2	2	-	-	4	-	-	4
60 und darüber	2	-	-	-	2	-	-	2
Insgesamt	14	14	20	12	28	-	32	60

Betrachtet man anhand der Tabellen 8 und 9 und der Grafik 6 den Anteil der Ortskategorien Meißen und Meißen/Umgebung an den Geburtsorten insgesamt nach der beschriebenen Qualifikationsstruktur für Frauen in Gegenüberstellung zu den Männern, dann ergibt sich für die Qualifikationsgruppen:

Qualifikationsgruppen	Frauen	Männer
I	46,7 %	80,0 %, d. h. Frauen (·) in bedeutend geringerem Anteil als Männer
II	75,4 %	76,2 %, d. h. Frauen (=) fast in gleichem Anteil wie Männer
III	69,2 %	65,0 %, d. h. Frauen (>) in etwas größerem Anteil als Männer
insgesamt	63,8 %	72,8 %, d. h. Frauen (<) in geringerem Anteil als Männer

Die umgekehrten Relationen liegen für die Summen der beiden anderen Ortskategorien (Sachsen und außerhalb Sachsens) vor.

Eigentlich bedeutend ist nur der Unterschied in Gruppe I. Das heißt außer der schon festgestellten stärkeren Zuwanderung qualifizierter Kräfte im allgemeinen, können wir jetzt noch feststellen, daß das in ganz besonderem Maße auf die Frauen zutrifft. Haben wir die allgemein höhere Zuwanderung der Frauen auf Zuwanderung durch Heirat zurückgeführt, so steht doch dem entgegen, daß es sich hierbei vorwiegend um die qualifizierten weiblichen Arbeitskräfte handelt.

Das Argument der Zuwanderung durch Heirat kann nur gelten, wenn die Heirat vor der Qualifizierung liegt. Da aber bei den hier befragten Personen das Alter bei Beginn der Berufsausbildung meist unter 16 Jahren lag, ist nicht damit zu rechnen, daß es schon bei der Berufswahl eine Bindung an den Ehepartner gab. Somit scheidet der Fakt Heirat als Ursache der Zuwanderung aus.

Eher könnte folgendes der Grund für den größeren Einzugsradius der Frauen sein (eine theoretische Überlegung): Tatsache ist, daß Frauen im allgemeinen einen niedrigeren Qualifikationsgrad haben als Männer. Das heißt auch innerhalb eines bestimmten Gebietes, zum Beispiel nehmen wir Meißen und Umgebung, finden sich insgesamt mehr Männer als Frauen, die einen qualifizierten Beruf ergreifen. Ist das gegebene Zahlenverhältnis zwischen qualifizierten Frauen und Männern in einem Betrieb zugunsten der Frauen höher als das des gegebenen Gebietes, dann ergibt sich die Frage: Woher stammen diese weiblichen Arbeitskräfte?

Erste Möglichkeit: Innerhalb der örtlichen Struktur der qualifizierten Arbeitskräfte wird dieser Beruf vorgezogen.

Zweite Möglichkeit: Weibliche Arbeitskräfte kommen auch von entfernteren Gebieten in den Betrieb.

Die zweite Möglichkeit könnte meines Erachtens auf den vorliegenden Fall zutreffen. Dabei ist noch die Tatsache interessant, daß ein relativ großer Teil der qualifizierten Frauen aus Sachsen stammt, das heißt aus einem Gebiet, in dem die Manufaktur bekannt ist.

Frauen der Gruppe II (mit geringerer beruflicher Qualifikation)

Alter	Ortskategorien				M+ M/U	M+M/U in % zu insg.	Sa+ a/S	Insgesamt
	M	M/U	Sa	a/S				
Bis unter 25	4	3	-	4	7	63,4	4	11
25 bis unter 40	11	4	-	3	15	83,4	3	18
40 bis unter 50	6	3	-	5	9	64,3	5	14
50 bis unter 60	10	4	3	1	14	77,9	4	18
60 und darüber	4	-	-	-	4	100,0	-	4
Insgesamt	35	14	3	13	49	-	16	65

## 6. Schlußbetrachtung

Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, den Frauenanteil an qualifizierten Facharbeitern im VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen nach einigen demographisch-sozialstrukturellen Kriterien quantitativ und qualitativ zu erfassen und dabei auch auf Wechselwirkungen zwischen diesen Kriterien einzugehen.

Als wichtigste Feststellungen zeichnen sich dabei ab:

Der Anteil der hochqualifizierten Facharbeiter ist in den jüngeren Altersgruppen höher als in den älteren, und zwar gilt das für die weiblichen Betriebsangehörigen noch stärker als für die männlichen. Wir führten diese Erscheinung auf den sich in der DDR unter sozialistischen Produktionsverhältnissen vollziehenden Prozeß der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zurück, der den Frauen unter anderem in zunehmendem Maße die Möglichkeit gibt, hochqualifizierte Facharbeiterberufe auszuüben.

Im Hinblick auf die Relation zwischen Betriebszugehörigkeit und Berufsalter konnten wir nachweisen, daß die Unterschiede zwischen Männern und Frauen und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen bei den Frauen auf das engste mit dem Qualifikationsniveau zusammenhängen. Je qualifizierter die weiblichen Facharbeiter sind, um so größer ist die Kongruenz zwischen Betriebszugehörigkeit und Berufsalter. Bei den qualifizierten Fachkräften gibt es, was das Verhältnis zwischen Betriebszugehörigkeit und Berufsalter angeht, keine nennenswerten Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die insgesamt größere Diskrepanz zwischen Berufsalter und Betriebszugehörigkeit bei den Frauen ist also im wesentlichen eine Folgeerscheinung des Qualifikationsgrades.

Beim Merkmal Entfernung des Geburtsortes von der Arbeitsstätte ergab sich, daß der Anteil derjenigen, die in entfernteren Orten geboren wurden, bei den qualifizierten und hochqualifizierten Kräften höher ist als bei den geringer qualifizierten und daß auch hier die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bzw. in den weiblichen Altersgruppen auf das unterschiedliche Qualifikationsniveau zurückzuführen sind.

Im Zuge weiterer Qualifizierungsmaßnahmen dürften sich erstens die Unterschiede zwischen männlicher und weiblicher Belegschaft, zweitens die Unterschiede zwischen den jüngeren und älteren Altersgruppen der weiblichen Betriebsangehörigen in diesen Punkten (Anteil an qualifizierten Facharbeitern, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Entfernung des Geburtsortes von der Arbeitsstätte) zweifellos verringern.

In welchem Ausmaß das geschieht, muß freilich künftigen Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Die generelle Tendenz ist jedoch unverkennbar, und für den Betrieb erwächst daraus die Frage, wie er sich am besten bei der Planung der Produktion, der Arbeitskräfte, des sozialen und geistig-kulturellen Bereiches darauf einstellen kann.

Am Beispiel des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen wurden in einem winzigen Ausschnitt einige spezielle und möglicherweise nur für diesen Betrieb typische Merkmale der weiblichen Belegschaft unter dem Hauptaspekt des Anteils der Frauen an hochqualifizierten Facharbeitern untersucht.

Der Prozeß der Zunahme qualifizierter weiblicher Facharbeiter in einem Betrieb wie in der sozialistischen Gesellschaft insgesamt beinhaltet jedoch weit mehr Merkmale einschließlich ihrer Beziehungen untereinander und zu betrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsinteressen, als hier erörtert werden konnten.

Mit diesem engen Ausschnitt sollte der Versuch unternommen werden, in der Untersuchung dieses Prozesses einen kleinen Schritt zu tun und dabei möglicherweise einige Anregungen für weitere Forschungen in dieser Richtung zu geben.

## DIE EINSTELLUNG VON FRAUEN ZUR BERUFSTÄTIGKEIT IN DER DDR

### Eine empirische Untersuchung<sup>1</sup>

von Irmgard Steiner

In der sozialistischen Gesellschaft der DDR wurde die Gleichberechtigung von Mann und Frau Wirklichkeit. Die Voraussetzung dafür war die Einbeziehung der Frau in die gesellschaftlich-produktive Arbeit. 1972 übten in der DDR 77,5 Prozent aller Frauen im arbeitsfähigen Alter eine berufliche Tätigkeit aus<sup>2</sup> und nahmen aktiv am gesellschaftlichen Leben teil. Den Frauen stehen in der DDR alle Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung offen und werden von ihnen auch im großen Umfang genutzt. So sind zum Beispiel zur Zeit 45,3 Prozent aller Lehrlinge, 51,5 Prozent der Fachschulstudenten und 41,2 Prozent der Hochschulstudenten Mädchen und Frauen.<sup>3</sup> Dadurch erhöht sich der Qualifikationsgrad der Frauen ständig weiter. Das war nur möglich durch die gesetzliche Anerkennung der völligen Gleichberechtigung der Geschlechter, verankert in der Verfassung der DDR und besonders zum Ausdruck gebracht im Familiengesetzbuch. Die Gleichberechtigung der Frau juristisch und weitgehend auch im Leben verwirklicht zu haben ist eine der größten Errungenschaften des Sozialismus. Das bedeutet aber nicht, daß damit die soziale Ungleichheit von Mann und Frau, die von einer jahrhundertlangen Tradition geprägt wurde, in jeglicher Hinsicht und in allen Bereichen bereits beseitigt wäre. Das kommt unter anderem auch in der unterschiedlichen Einstellung von Mann und Frau zur Berufstätigkeit zum Ausdruck.

Die soziale Ungleichheit der Geschlechter in den Klassengesellschaften resultiert nicht aus physischen oder psychischen Unterschieden, sondern hat ihre Ursache im Ausschluß der Frau vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß. "Die rechtliche Ungleichheit beider, die uns aus früheren Gesellschaftszuständen vererbt, ist nicht die Ursache, sondern die Wirkung der ökonomischen Unterdrückung der Frau. In der alten kommunistischen Haushaltung, die viele Ehepaare und ihre Kinder umfaßte, war die den Frauen übergebene Führung des Haushalts ebensogut eine öffentliche, eine gesellschaftlich notwendige Industrie wie die Beschaffung der Nahrungsmittel durch die Männer. Mit der patriarchalischen Familie, und noch mehr mit der monogamen Einzelfamilie wurde dies anders. Die Führung des Haushalts verlor ihren öffentlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein Privatdienst; die Frau wurde erste Dienstinne, aus der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt."<sup>4</sup>

- 1 Der Beitrag basiert auf der Dissertation von Steiner, Irmgard, Zur historischen und bewußtseinsmäßigen Entwicklung der Berufstätigkeit der Frau, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1967, die unter der Betreuung von Prof. Dr. habil. Kurt Braunreuther von 1964 bis 1967 erarbeitet wurde. Die hier angeführten Untersuchungen schließen daher im wesentlichen mit dem Jahr 1966 ab.
- 2 Statistisches Taschenbuch der DDR, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1973, S. 32, 150.
- 3 Ebenda, S. 39, 136 f.
- 4 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 75.

Die sozialökonomische Grundlage für die ungleiche soziale Stellung der Frau in der antagonistischen Klassengesellschaft ist also darin zu finden, daß die Frau keinen unmittelbaren Anteil an der Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums und damit am dominierenden Privateigentum hatte. Entsprechend der Spezifik der verschiedenen Formationen antagonistischer Klassengesellschaften modifizierte sich zwar die gesellschaftliche Stellung der Frau, ohne sich jedoch grundlegend zu verändern. Am deutlichsten ausgeprägt zeigt sich das im Kapitalismus. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion gerieten die Frauen der unterdrückten Klassen unter doppelten Druck; Neben ihre untergeordnete Stellung im Haushalt trat die weibliche Lohnarbeit, die Unterdrückung durch die kapitalistische Ausbeutung. In diesem zweifachen Druck auf die Frau, in der Doppelbelastung durch ihre Einbeziehung in den vergesellschafteten Produktionsprozeß steckt dennoch ein historischer Fortschritt; Hierin lag gleichzeitig die ökonomische Voraussetzung zur Beseitigung der sozialen Ungleichheit von Mann und Frau. Engels schrieb, "daß die Befreiung der Frau, ihre Gleichstellung mit dem Manne, eine Unmöglichkeit ist und bleibt, solange die Frau von der gesellschaftlichen produktiven Arbeit ausgeschlossen und auf die häusliche Privatarbeit beschränkt bleibt. Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem, gesellschaftlichem Maßstab an der Produktion sich beteiligen kann, und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maß in Anspruch nimmt. Und dies ist erst möglich geworden durch die moderne große Industrie, die nicht nur Frauenarbeit auf großer Stufenleiter zuläßt, sondern förmlich nach ihr verlangt, und die auch die private Hausarbeit mehr und mehr in eine öffentliche Industrie aufzulösen strebt."<sup>5</sup>

Die Einbeziehung der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß, ihre Teilnahme an der Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums ist die materielle Voraussetzung für die gleichberechtigte Stellung der Frau in der Gesellschaft. Die Lösung des Frauenproblems erfordert, die Frau umfassend in die gesellschaftliche Produktion einzubeziehen, wobei dies durchaus auf sehr verschiedene Weise zu verwirklichen ist. Dabei muß gewährleistet werden, daß die Berufstätigkeit der Frau genauso zu ihrem Leben gehören kann wie die Mutterpflichten. Dies ist jedoch keine private, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Deshalb kommt auch der Gesellschaft die Verpflichtung zu, alle materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die Frau Berufstätigkeit und Mutterpflichten vereinen und damit ihre gesellschaftliche Funktion allseitig realisieren kann. Erst dann wird die Frau in der Lage sein, auch gleichberechtigt am gesamten gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Lösung dieser gesellschaftlichen Aufgabe ist aber erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich.

Die ersten Maßnahmen zur juristischen Gleichstellung der Frau in der späteren DDR enthielt der Befehl Nr. 253 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 17. August 1946 mit dem Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit für alle im gesellschaftlichen Produktionsprozeß Tätigen.<sup>6</sup> Im Artikel 7 der Verfassung der DDR von 1949 und im Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. September 1950 wurden dann die Rechte der Frau eindeutig festgelegt. Gleichzeitig wurden durch die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht die sozialökonomischen Voraussetzungen für die Durchsetzung der vollen Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens geschaffen. Die juristische Fixierung der Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens war ein erster und wichtiger Schritt im Kampf der Arbeiterklasse für die Rechte der Frau. Obwohl sie eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Verwirklichung dieses Grundsatzes ist, zeigt das Beispiel der BRD - Artikel 7 des Bonner Grundgesetzes legt den Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter ebenfalls gesetzlich fest -, daß die juristische Fixierung allein nicht ausreicht. Um die Gleichberechtigung der Frau gesellschaftlich zu verwirklichen, sind ent-

<sup>5</sup> Ebenda, S. 158.

<sup>6</sup> Arbeit und Sozialfürsorge, Jg. 1946, S. 306.

sprechende sozialökonomische Voraussetzungen erforderlich.<sup>7</sup> Aber auch die Schaffung der juristischen und der sozialökonomischen Voraussetzungen bedeutet noch nicht die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung. "Gleichheit vor dem Gesetz ist noch nicht Gleichheit im Leben. Die werktätige Frau muß sich nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch im Leben die Gleichberechtigung mit dem Mann erobern."<sup>8</sup> Dabei hat sie die volle Unterstützung des sozialistischen Staates und der sozialistischen Gesellschaft.

Die Durchsetzung der Gleichberechtigung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit vollzieht sich in Etappen, die dem jeweiligen Stand der ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft entsprechen. Dieser Prozeß verläuft widersprüchlich. Er zeigt sich deutlich an der Einstellung der Frauen, besonders der werktätigen Mütter, zur Berufstätigkeit.

## 1. Die Einstellung der Frau in der DDR zur Berufstätigkeit

Die Einstellung zur Berufstätigkeit ist bei Mann und Frau noch unterschiedlich. Dabei soll unter der Einstellung zur Berufstätigkeit nicht die Identifikation mit der zur Zeit ausgeübten Tätigkeit oder dem erlernten Beruf, sondern die Haltung zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit überhaupt verstanden werden, wobei die beiden Begriffe selbstverständlich miteinander in Beziehung stehen. Eine positive Einstellung zur Berufstätigkeit entsteht in vielen Fällen auch durch die Zufriedenheit mit der ausgeübten Tätigkeit. Sie kann aber auch ohne Zufriedenheit mit dem jetzigen Arbeitsplatz vorhanden sein. Ob die Frau eine Berufstätigkeit neben ihren Aufgaben als Mutter und Hausfrau für selbstverständlich und gleichwertig anerkennt oder ob sie sie nur vorübergehend ausüben will, ist dabei zunächst nur eine untergeordnete Frage. Eine aktive Einstellung des Mannes zur Berufstätigkeit wird allgemein vorausgesetzt. Von der Schulentlassung bzw. Beendigung der Berufsausbildung bis zur Erreichung des Rentenalters ist - wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse, zum Beispiel Invaldität, eintreten - für den Mann eine berufliche Tätigkeit selbstverständlich, um sich und seiner Familie den Lebensunterhalt zu sichern. Die berufliche Arbeit ist die wichtigste Tätigkeit im Leben des Mannes, wenn sie auch von jedem einzelnen, je nach seiner Stellung im Produktionsprozeß, der Gesellschaftsformation sowie dem Charakter seiner Arbeit unterschiedlich gewertet wird. Viele Frauen haben dagegen - bedingt durch die historische Entwicklung, in der sie aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen waren, und die dadurch bedingte Position der Frau in der Gesellschaft - nicht a priori eine derartige Einstellung zur Berufstätigkeit.

Voraussetzung und Folge der Einbeziehung der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß waren und sind auch Veränderungen in ihrer subjektiven Einstellung zur Berufstätigkeit. Diese Entwicklung verläuft nicht einheitlich. Die Berufstätigkeit spielt deshalb im Bewußtsein der einzelnen Frau eine unterschiedliche Rolle. Daher kann man meines Erachtens nicht von der "Frau" schlechthin sprechen, sondern muß bei Untersuchungen über die Einstellung zur Berufstätigkeit unterschiedliche Gruppen von Frauen gesondert analysieren. Dabei sind - je nach den Unterschieden in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung - soziale und demographische Faktoren zu berücksichtigen.

Die Einstellung zur Berufstätigkeit hängt nicht nur von der subjektiven Einsicht der einzelnen Frau, sondern vor allem von den gesellschaftlichen Bedingungen ab, die sie umgeben, von den sozialökonomischen, juristischen und materiellen Voraussetzungen und deren Ausnutzung sowie von dem Vorhandensein bestimmter Traditionen und Wertvorstellungen. Die Ursachen für die gruppenspezifischen Besonderheiten in der Einstellung der Frau zur Berufstätigkeit haben gesellschaftliche und in einem gewissen Maße auch biologische Ursachen.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Für die Befreiung der Frau, hg. v. Marianne Konze, Frankfurt (Main) 1972.

<sup>8</sup> Lenin, W. I., An die Arbeiterinnen. Aufruf zur Wahl Februar 1920, in: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 363.

Die gesellschaftlichen Ursachen resultieren vor allem daraus, daß die Einbeziehung der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß sich nicht gleichmäßig für alle Frauen vollzieht, aufgrund der Unterschiede in den sozialökonomischen und materiellen Voraussetzungen, die dazu notwendig sind. Die biologischen Ursachen sind darauf zurückzuführen, daß die biologischen Funktionen der Frau ihre Einstellung zur beruflichen Tätigkeit in den verschiedenen Lebensabschnitten unterschiedlich beeinflussen.

Gruppenspezifische Besonderheiten treten je nach der Stellung der Frau im Produktionsprozeß, der sozialen Herkunft, der Schulbildung, der Qualifikation des Ehepartners usw. auf und verdeutlichen wesentliche sozialökonomische Differenzierungen. Die Vorstellungen, die 229 befragte berufstätige Mütter 1966 über die Dauer ihrer Berufstätigkeit hatten, wurden wesentlich von ihrer beruflichen Qualifikation bestimmt. Von den 229 Müttern wollten zirka 60 Prozent bis zum Rentenalter berufstätig bleiben. Gliedern wir die gleiche Gruppe von Müttern nach ihrer Schulbildung, so wollen 46 Prozent der Mütter ohne Abschluß der 8. Klasse, 52 Prozent der Mütter mit Abschluß der 8. Klasse und 78 Prozent der Mütter mit abgeschlossener Fach- und Hochschulbildung bis zum Rentenalter berufstätig bleiben.

Sehr deutlich zeigen sich gruppenspezifische Besonderheiten bei der Berücksichtigung demographischer Faktoren, wie Alter, Familienstand, Anzahl der Kinder.

Auf einige wichtige Gruppen und ihre Besonderheiten soll im folgenden näher eingegangen werden.

1. Die neue Verfassung der DDR aus dem Jahre 1968 legt fest, daß jeder Jugendliche in der DDR, der keine Fach- oder Hochschule besucht, das Recht und die Pflicht hat, einen Beruf zu erlernen. Das gilt selbstverständlich auch für Mädchen. Der Anteil der Mädchen an der Zahl der Lehrlinge und Studenten hat daher in der DDR stark zugenommen. Er betrug bei Lehrlingen 1952 bereits 37,3 Prozent, bis 1965 stieg er auf 44,5 Prozent und blieb 1971 bei 44,4 Prozent. Der Anteil der Mädchen an der Zahl der Direktstudenten betrug 1965 an den Hochschulen und Universitäten der DDR 31,2 Prozent, 1971 schon 37,3 Prozent. An den Fachschulen stieg er im gleichen Zeitraum von 39,1 Prozent auf 50 Prozent.<sup>9</sup> Mit der zunehmenden beruflichen Qualifizierung wurden die Mädchen selbstbewußter, und ihre Einstellung zum Beruf veränderte sich. Im Frühjahr 1966, als die dieser Studie zugrunde liegende Befragung stattfand, konnte man noch nicht bei allen jungen Mädchen die gleiche Einstellung zum Beruf finden, die gleichaltrige männliche Arbeitskräfte hatten. Die Mädchen gingen zum Teil bewußt, einige auch unbewußt davon aus, daß sie nach der Geburt von Kindern die Berufstätigkeit aufgeben oder zumindest unterbrechen würden. Der Beruf als Ausgangspunkt einer eigenen sozialen Position nahm im Wertesystem vieler Mädchen nicht den gleichen Rang ein wie bei männlichen Jugendlichen. Die Auswirkungen dieser Haltung zeigten sich zum Beispiel bei den persönlichen Wünschen in der Berufswahl. Bis vor einigen Jahren wünschten sich die Mädchen überwiegend pflgerische und erzieherische Berufe, während der Wunsch nach technischen Berufen Ausnahme blieb.<sup>10</sup> Inzwischen wählen auch viele Mädchen andere Berufe, wählen nach ihren Fähigkeiten und dem Bedarf der Volkswirtschaft.
2. Weitgehend selbstverständlich ist es, daß junge kinderlose Ehefrauen einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Einerseits sind sie durch den kleinen Haushalt nicht ausgefüllt und finden darin - gewöhnt an eine berufliche Tätigkeit, an einen größeren Gesichtskreis, an ständigen Kontakt mit anderen Menschen - auf die Dauer keine Befriedigung. Anderer-

<sup>9</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1966, S. 63 f., 471 - 473; ebenda 1972, S. 69, 392.

<sup>10</sup> Vgl. dazu u. a. Kuhr, Willi, Schule und Berufsfindung, Berlin 1969; Gaertner, Heinz, Berufswünsche und Berufsvorstellungen unserer Schüler im Alter von 12 - 17 Jahren und die Rolle der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Berlin 1965, Phil. Fak. d. Humboldt-Universität zu Berlin.

seits rechnen viele von ihnen mit dem verdienten Geld, um gemeinsam mit dem Ehepartner rascher die Einrichtung der Wohnung zu bewerkstelligen usw. Dennoch war 1966 ein Teil gerade dieser Frauen der Meinung, daß eine Qualifizierung nicht notwendig sei und daß sie die Arbeit aufgäben, sobald Kinder geboren würden.

3. Auch ein Teil der länger verheirateten Frauen, deren Kinder bereits erwachsen sind oder nicht mehr dem Haushalt der Eltern angehören, oder solche, die keine Kinder hatten und aus anderen Gründen die Berufstätigkeit aufgegeben hatten, fühlen sich in ihrem kleinen Haushalt nicht mehr ausgelastet und möchten eine berufliche Tätigkeit aufnehmen. Ob sie es tatsächlich tun, hängt auch vom Verhalten des Ehemannes ab, und zwar unter anderem davon, ob er bereit ist, der Frau bei der Lösung der Probleme zu helfen, die sich aus dem Nebeneinander von beruflicher Tätigkeit und Hausarbeit ergeben, aber auch solcher Probleme, die aus der beruflichen Arbeit selbst resultieren.

Für die einzelne Frau, die die Berufstätigkeit aufnimmt, aber auch für den Betrieb, in dem sie arbeiten möchte, entstehen oftmals dadurch Schwierigkeiten, daß die Frauen entweder keine fachliche Qualifikation haben oder die berufliche Ausbildung schon sehr lange zurückliegt und daher nicht mehr dem modernen Stand entspricht. Durch die Ausnutzung von Weiterbildungsmöglichkeiten, die fast alle Betriebe bieten, eventuell bereits während der Zeit der Unterbrechung der Berufstätigkeit, können diese Schwierigkeiten überwunden werden.

Die positive Einstellung zur beruflichen Tätigkeit ist jedoch in dieser und auch in der vorhergenannten Gruppe noch nicht so ausgeprägt im Denken und Handeln der einzelnen Frauen wie bei jungen Mädchen nach der Schulentlassung, da diese Frauen bei Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, in der Familie usw. immer die Möglichkeit haben, die Berufstätigkeit wieder aufzugeben.

4. Für die alleinstehende Frau ist eine berufliche Tätigkeit meist selbstverständlich, sie gehört zu ihrem Leben. Für sie ist Berufstätigkeit in der Regel eine ökonomische Notwendigkeit, da sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen muß. Der Beruf wird aber teilweise auch zum Bedürfnis, wenn er an die Stelle der fehlenden Familie tritt, und spielt dann oft die wichtigste Rolle im Leben dieser Frauen. Ihre Einstellung zum Beruf, vor allem in den Altersgruppen ab Mitte Dreißig, gleicht der des Mannes.

Die positive Einstellung zur Berufstätigkeit erleichtert es dieser Gruppe von Frauen, qualifizierte Berufe auszuüben oder leitende Funktionen zu übernehmen. Für sie ist auch die Doppelbelastung durch den Haushalt geringer, und sie können dadurch mehr Zeit für Beruf und Qualifizierung aufwenden.<sup>11</sup>

5. Alleinstehende Mütter, das heißt ledige, geschiedene oder verwitwete, gehen einer beruflichen Tätigkeit nach, um für ihr Kind bzw. ihre Kinder und sich selbst den Lebensunterhalt zu sichern. Damit ist aber noch nichts über ihre Einstellung zur Berufstätigkeit gesagt. Gerade bei dieser Gruppe wird meines Erachtens offensichtlich, wie stark die Einstellung zur Berufstätigkeit von anderen Faktoren abhängen kann, als von dem, den Lebensunterhalt zu verdienen, zum Beispiel von der Qualifikation. Bei allen diesen Müttern ist eine hohe Belastung durch Kinder und Haushalt vorhanden, und trotzdem treten in der Haltung zur Berufstätigkeit große Unterschiede auf.
6. Die sechste und hier die letzte Gruppe ist die der verheirateten Mütter. Wie bereits ausgeführt wurde, steht die berufliche Tätigkeit im Leben der Frau oft noch nicht gleichberechtigt neben den Mutterpflichten. Das trifft besonders für die Lebensjahre der Frau zu,

<sup>11</sup> Zum Beispiel sind 42 Prozent aller weiblichen Richter an Bezirks- und Kreisgerichten ledig, verwitwet oder geschieden. (Vgl. Steiner, Helmut, Die soziale Herkunft und Struktur der Richter in der DDR. Möglichkeiten eines entsprechenden Vergleichs mit Westdeutschland, in: Soziologie und Wirklichkeit, Berlin 1966, S. 101.)

in denen sie als Mutter am stärksten belastet ist. Die Haltung der Mutter zur Berufstätigkeit unterlag den stärksten Wandlungen. Die "Öffentlichkeit" billigt ihr eine vorübergehende Unterbrechung - die in vielen Fällen nach der Geburt eines Kindes sogar unbedingt notwendig sein kann, zu der die Frau auch oftmals gezwungen ist und die im Arbeitsgesetzbuch (§ 131) verankert ist - oder die völlige Aufgabe der Berufstätigkeit zu. Das gilt sozusagen als ihr "moralisches Recht". Bei Schwierigkeiten in der Erziehung und Pflege der Kinder gibt es - keineswegs selten - heute noch Anschauungen, die dieses "Recht" als "moralische Pflicht" der Frau auslegen, die sie allein zu tragen habe gegenüber den Kindern. Die Einbürgerung eines solchen "moralischen Rechts", das auch gesetzliche Fixierung gefunden hat, zeigt die große Verantwortung, die die sozialistische Gesellschaft dem Kind, seiner Gesundheit, seiner Bildung und Erziehung gegenüber auf sich nimmt. Die Haltung, daraus eine alleinige moralische Pflicht der Frau zu konstruieren, zeigt, daß der Prozeß der vollen Durchsetzung der Gleichberechtigung - auch in den persönlichsten Bereichen - noch keineswegs abgeschlossen ist. In den letzten Jahren hat sich in dieser Hinsicht manches verändert. In vielen Familien wird die Erziehung der Kinder von beiden Elternteilen gemeinsam getragen, und die Mutter gilt nicht mehr als allein dafür verantwortlich.

Die hier dargelegten gruppenspezifischen Besonderheiten in der Einstellung zur Berufstätigkeit bei jungen Mädchen, jungen kinderlosen Ehefrauen, länger verheirateten Frauen, alleinstehenden Frauen, alleinstehenden und verheirateten Müttern, wandeln sich mit den Veränderungen, die sich in unserer Gesellschaft vollziehen. Man muß in nicht zu großen Abständen neue Untersuchungen zu dieser Frage vornehmen, um zu brauchbaren theoretischen und praktischen Schlußfolgerungen zu gelangen. Dennoch scheint es uns richtig, die Ergebnisse der 1966 durchgeführten Befragung berufstätiger Mütter hier darzulegen, die einen - wenn auch willkürlich gewählten - Einschnittspunkt in der Geschichte der sich verändernden Einstellung der Frauen zur Berufstätigkeit widerspiegeln.

## 2. Die Einstellung zur beruflichen Tätigkeit bei einer ausgewählten Gruppe berufstätiger Mütter - eine empirische Untersuchung im Frühjahr 1966

Mütter von Kindern aus sechs Kindergärten des Stadtbezirkes Köpenick in Berlin sollten in einer Totalerhebung erfaßt werden. Das Untersuchungsfeld erwies sich als sehr günstig, da es ohne größeren materiellen Aufwand möglich war, berufstätige Mütter aller Qualifikationsstufen in die Untersuchung einzubeziehen. Die Auswahl der Kindergärten erfolgte unter sozialdemographischen Gesichtspunkten.

Als Untersuchungsmethode wurde die schriftliche Befragung mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens gewählt, der durch die Kindergärtnerinnen an die Mütter ausgegeben und auch von ihnen nach zirka vier Wochen wieder entgegengenommen wurde. 529 Mütter erhielten einen Fragebogen, 237 beantworteten die Fragen (44,8 Prozent), 229 der beantworteten Fragebogen waren auswertbar (96,7 Prozent).

Im folgenden wird, wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, immer von diesen 229 berufstätigen Müttern gesprochen. Ihre Zusammensetzung nach Alter, Familienstand und Anzahl der Kinder entspricht ungefähr dem Gesamtbild der berufstätigen Mütter in der DDR.

Tabelle 1

## Alter der befragten Mütter

Altersgruppe	Anzahl	in %
18 - 21 Jahre	2	0,9
22 - 25 "	46	20,0
25 - 30 "	94	41,0
30 - 35 "	56	24,5
über 35 "	29	12,7
nicht ausgefüllt	2	0,9
insgesamt	229	100,0

Tabelle 2

## Familienstand der befragten Mütter

Familienstand	Anzahl	in %
ledig	7	3,1
verheiratet	195	85,1
geschieden	27	11,8
verwitwet	-	-
nicht ausgefüllt	-	-
insgesamt	229	100,0

Tabelle 3

## Kinderzahl der befragten Mütter

Zahl der Kinder	Anzahl	in %
1 Kind	96	41,9
2 Kinder	96	41,9
3 Kinder	23	10,0
4 und mehr Kinder	14	6,2
insgesamt	229	100,0

Die Zusammensetzung nach der Qualifikation ist gegenüber der Qualifikationsstruktur der berufstätigen Frauen in der DDR insgesamt etwas verzerrt, da aus der Gruppe von Müttern mit einer höheren Ausbildung anteilmäßig mehr Antworten einliefen.

Tabelle 4

## Berufsausbildung der befragten Mütter

Berufsausbildung	Anzahl	in %
un- und angelernt	51	22,3
mit Beruf	178	77,7
insgesamt	229	100,0

## Schulbildung der befragten Mütter

Schulbildung	Anzahl	in %
weniger als 8-Klassen-Schulbildung	15	6,6
Abschluß der 8. Klasse	137	59,8
Abschluß der 10. bzw. 12. Klasse	20	8,7
abgeschlossene Hoch- oder Fachschulausbildung	56	24,5
nicht ausgefüllt	1	0,4
insgesamt	229	100,0

Der für die Untersuchung ausgearbeitete Fragebogen setzte sich zusammen aus:

1. Fragen, die sich auf die Einstellung zur Berufstätigkeit bezogen. Zum Beispiel: "Können Sie bitte sagen, warum Sie arbeiten? (Numerieren Sie die vorgegebenen Merkmale in der Reihenfolge 1 - 9)". Kontrollfragen sollten die Verlässlichkeit der Antworten kontrollieren. Zum Beispiel: "Unter welchen Bedingungen würden Sie wahrscheinlich aufhören zu arbeiten?"
2. Fragen, die die Auswirkung der Berufstätigkeit auf die Familie, die Freizeit usw. zum Ausdruck bringen;
3. Fragen, die die Meinung der Mütter über den Kindergarten betreffen;
4. Fragen zur Person; Alter, Familienstand, Anzahl der Kinder, Beruf usw.
5. Fragen über die nächsten Familienangehörigen; Beruf und Beschäftigung des Ehemannes, des Vaters und der Mutter der Befragten.

Insgesamt wurden 45 Fragen gestellt, die von der Mehrzahl der Befragten gewissenhaft beantwortet wurden. Das gilt auch für die "offenen" Fragen, für die keine Antworten vorgegeben waren. Die wenigsten Antworten und daher auch kein sehr aussagekräftiges Ergebnis erzielte die Frage nach der Zeiteinteilung an einem normalen Wochentag und am Wochenende. Der größte Teil der Mütter hatte offensichtlich noch nicht festgestellt, wieviel Zeit sie im einzelnen für Hausarbeit, Kinderbetreuung usw. brauchen. Das ist verständlich, da diese Arbeiten oftmals ineinander übergehen.

Die wichtigste Veränderung, die sich in den Jahren bis 1966 in der Einstellung zur Berufstätigkeit ergeben hat und die inzwischen an Bedeutung zugenommen hat, kommt darin zum Ausdruck, daß die Berufstätigkeit nicht mehr ausschließlich und nicht einmal mehr überwiegend durch das Einkommen motiviert wird. Das wird auch bei der hier dargelegten Untersuchung deutlich, wo auf die Frage: "Können Sie bitte sagen, warum Sie arbeiten?" die vorgegebenen Merkmale in folgender Weise geordnet wurden:

Tabelle 6

Rangfolge<sup>+</sup> der Merkmale für die Berufstätigkeit aller befragten Mütter (Platzziffern)

Rangfolge	Merkmal
1	weil ich meinen Beruf liebe und brauche
2	weil der Umgang mit anderen Menschen anregend wirkt
3	weil die Mitarbeit für den Unterhalt der Familie unbedingt notwendig ist
4	weil die Hausarbeit nicht befriedigt
5	weil die Arbeit im Betrieb befriedigt
6	weil ich mich in meinem Beruf weiterentwickeln will
7	weil ich meine finanzielle Selbständigkeit behalten will
8	weil größere Anschaffungen (Kühlschrank, Waschmaschine, Möbel usw.) geplant sind
9	weil Arbeitskräfte benötigt werden

+ Die durchschnittliche Rangfolge wurde nach folgender Formel berechnet:

$$R_j = \frac{\sum_{i=1} h_{ij} \cdot R_{ij}}{N}$$

Die in dieser Rangfolge sichtbare Grundhaltung der Mütter korreliert mit der zweiten Frage zu diesem Komplex: "Worauf legen Sie bei der Wahl Ihres Arbeitsplatzes besonderen Wert? (Numerieren Sie bitte alle Merkmale von 1 - 11 nach ihrer Wichtigkeit)". Diese Frage wurde als Ergänzungsfrage gestellt, da die Merkmale, die für die Wahl des Arbeitsplatzes ausschlaggebend sind, ebenfalls zum Ausdruck bringen, welchen Wert die berufstätige Mutter ihrer Arbeit beimißt.

Tabelle 7

Rangfolge der Merkmale für die Wahl des Arbeitsplatzes für alle befragten Mütter (Platzziffern)

Rangfolge	Merkmal
1	interessante Arbeit
2	verantwortungsvolle Arbeit
3	guter Verdienst
4	keine Schichtarbeit
5	angenehme Kollegen
6	gerechte Vorgesetzte
7	kurzer Anmarschweg
8	Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten
9	saubere Arbeit
10	körperlich leichte Arbeit
11	gute soziale Einrichtungen

Die sich in beiden Tabellen widerspiegelnde Grundhaltung der befragten berufstätigen Mütter ist hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Tragweite und Aussage kaum zu überschätzen. Die Rangfolge der vorgegebenen Merkmale zeigt, daß in beiden Fällen die ökonomischen Motive - obgleich zur Gleichberechtigung auch gehört, daß die Frau die Pflicht des Fami-

lienunterhalts mit dem Mann teilt - nicht mehr als die allein entscheidenden angesehen werden, was selbstverständlich nicht bedeutet, daß diese Mütter kein Geld verdienen wollen. Bei der Entscheidung, ob sie eine Arbeit aufnehmen und welche, spielen aber andere Faktoren eine mindestens ebenso wichtige Rolle. Die starke Betonung des zweiten und vierten Merkmals in der Tabelle 6 sowie des ersten und zweiten Merkmals in der Tabelle 7 zeigt, daß die berufliche Tätigkeit in bestimmtem Umfang zum Bedürfnis geworden ist, daß sich neue Lebensformen und Wertsysteme im Leben dieser Mütter gebildet haben und einen wichtigen Platz einnehmen.

In der hier gewählten Fragestellung kann die Gefahr stereotyper Antworten liegen. Deshalb wurden im Anschluß daran immer noch einige offene Fragen gestellt, in denen die gewählte Rangfolge - vor allem die ersten zwei Merkmale - zu begründen waren. Die Antworten auf diese offenen Fragen bringen ebenfalls diese gegenüber früheren Jahren veränderte Grundhaltung der Mütter zum Ausdruck.

Eine Mutter von fünf Kindern, die als Bibliothekarin arbeitet und an die erste Stelle das Merkmal "Hausarbeit befriedigt nicht" und an die zweite Stelle "weil ich meinen Beruf liebe und brauche" gesetzt hatte, schrieb auf diese Fragen: "Das erste läßt sich nicht vom zweiten trennen. Weil ich beim täglichen Hausputz unbefriedigt bin, sehne ich mich in meinen Beruf zurück. Weil ich meinen Beruf liebe, kann ich mit Hausarbeit nicht zufrieden sein. Mein Beruf ist mir die Bestätigung meines Selbst. Zu Hause bekomme ich Minderwertigkeitskomplexe. Ich habe mir meinen Beruf als Mutter von fünf Kindern schwer erarbeitet, um in ihm etwas zu leisten. Beide Gründe bedingen einander."

Eine Mutter von zwei Kindern (Verkäuferin), die an die erste Stelle das Merkmal "weil die Mitarbeit für den Unterhalt der Familie unbedingt notwendig ist" und an die zweite Stelle "weil ich meinen Beruf liebe und brauche" gesetzt hatte, führte dazu aus: "Weil das Einkommen meines Mannes für den Unterhalt nicht ausreicht. Außerdem gefällt mir mein Beruf, und es macht mir Freude, wenn zufriedene Kunden mein Geschäft verlassen. Selbst wenn ich kein Geld verdienen müßte, würde ich meinen Beruf weiter ausüben."

Der Prozeß, in dem sich die Veränderung der Einstellung zur Berufstätigkeit vollzieht, ist noch längst nicht abgeschlossen. In einigen Fragebogen standen zwei ökonomische Merkmale an den ersten beiden Stellen, und erst als drittes Merkmal wurde angeführt, "weil der Umgang mit anderen Menschen anregend wirkt". Eine Chemiarbeiterin, Mutter von 3 Kindern, begründete: "Der normale Lebensunterhalt läßt ohne meine Mitarbeit die erforderlichen sonstigen Anschaffungen nicht zu. Für derartige Anschaffungen sind beträchtliche Mittel aufzubringen. Beide stellen das entscheidende Kriterium für meine Arbeit dar."

In den seither verflossenen Jahren ist der Prozeß der Herausbildung neuer Formen in der Einstellung zur Berufstätigkeit längst weiter fortgeschritten, und eine neue Analyse würde sicher zu interessanten Vergleichen führen.

In der vorliegenden Untersuchung wurde allein die Methode der direkten Befragung angewandt. Sie erfaßt nur die Gründe, die den Müttern bewußt waren. Der Bereich der unbewußten Motive blieb unberücksichtigt. Bei einer Erforschung der unbewußten Motive könnten meines Erachtens Verschiebungen in den Rangfolgen auftreten. Dabei dürften allerdings die ökonomischen Gründe kaum stärker in den Vordergrund treten, da sie jedem am deutlichsten bewußt sind und außerdem bei der Untersuchung kein Grund vorlag, sie zu verschweigen.

Wird nach sozialen und demographischen Faktoren gruppiert, ändert sich die Rangfolge der einzelnen Merkmale beträchtlich. Zum Vergleich wird eine Auswertung der beiden genannten Fragen nach der Berufsausbildung und der Schulbildung angeführt.

Tabelle 8

Rangfolge der Gründe für die Berufstätigkeit der befragten Mütter nach der Schulbildung (Platzziffern)

alle Befragten (nach Tab. 6)	weniger als 8-Klassen- Schulbildung	Abschluß der 8. Klasse	Abschluß der 10. Klasse	Abschluß der 12. Klasse	abgeschl. Hoch- oder Fachschul- ausbildung
1	8	3	2	3	1
2	2	1	3	4	4
3	1	2	1	7	7
4	7	8	5	2	2
5	6	5	7	5	5
6	9	9	4	1	3
7	5	6	8	6	6
8	4	4	6	8	8
9	3	7	9	9	9

Tabelle 9

Rangfolge der Gründe für die Berufstätigkeit der befragten Mütter nach der beruflichen Qualifikation (Platzziffern)

alle Befragten (nach Tab. 6)	ungelernt	angelernt	mit Beruf
1	4	8	1
2	3	2	2
3	2	1	6
4	8	7	3
5	7	4	5
6	9	9	4
7	5	5	7
8	1	3	9
9	6	6	8

Bei der Auswertung nach der Schulbildung und Berufsbildung, die hier unter dem Begriff Qualifikation zusammengefaßt werden soll, zeigen sich starke Unterschiede in der Rangfolge. Mit steigender Qualifikation der Mütter treten die ökonomischen Gründe in den Hintergrund, und die Gründe "Liebe zum Beruf, Hausarbeit befriedigt nicht, Arbeit im Betrieb befriedigt" gewinnen an Bedeutung. Interessant und wichtig ist, daß der Grund, der bei allen Befragten an zweiter Stelle steht - "weil der Umgang mit anderen Menschen anregend wirkt" -, für fast alle Gruppen große Bedeutung hat. Hier zeigt sich deutlich, daß sich für alle befragten Mütter eine beginnende Wandlung in der Einstellung zur Berufstätigkeit abzeichnet. Daß dieser Wandel bei den weniger qualifizierten Frauen noch geringer ausgebildet ist, wird daran deutlich, daß sie "Liebe zum Beruf und Qualifizierung" geringer bewerten.

Fast völlig gleiche Tendenzen zeigen sich bei der Auswertung der zu diesem Komplex gehörenden zweiten Frage. Auch hier wird deutlich, daß mit der steigenden Qualifikation die Bedeutung der Merkmale "interessante und verantwortungsvolle Arbeit" zunimmt und die ökonomischen Merkmale in ihrer Wichtigkeit zurückgehen. Diese Frage wurde gleichfalls nach weiteren sozialen und demographischen Faktoren ausgewertet.

Um zu bestimmen, welchen Einfluß die sozialen und demographischen Faktoren auf die Wahl der Rangfolgen für die Fragen nach den Gründen für die Berufstätigkeit und die

Wahl des Arbeitsplatzes haben, wurde der Rangkorrelationskoeffizient nach der Formel von Spearman berechnet<sup>12</sup>:

$$\psi = 1 - \frac{6 \sum d^2}{n \cdot (n^2 - 1)}$$

Grundlage dafür war die Berechnung der durchschnittlichen Mittelwerte der ideellen und materiellen Merkmale aller Teilgruppen der Tabellen. Im Ergebnis dieser Berechnungen zeigte sich, daß zwischen den einzelnen Teilgruppen der Tabellen für die angegebenen Fragen in der durch die befragten Personen gewählten Rangfolge wesentliche Zusammenhänge (Rangkorrelationskoeffizienten liegen zwischen + 0,934 und - 0,083) bestehen, und daraus wird ersichtlich, daß beide Fragen als aussagekräftig für die befragten Mütter angesehen werden können. Es wurde auch deutlich, daß die Zusammenhänge bei der Frage nach den Gründen für die Berufstätigkeit entscheidender (errechnete Werte tendieren stärker nach -1) sind als bei der Frage nach den Gründen für die Wahl des Arbeitsplatzes. Es kann aber vermutet werden, daß die erste Frage die Einstellung zur Berufstätigkeit genauer zum Ausdruck bringt. Die Größe der Rangkorrelationskoeffizienten weicht am stärksten bei der Schul- und Berufsbildung, das heißt bei der Auswertung nach der Qualifikation der befragten Mütter, voneinander ab. Der Rangkorrelationskoeffizient zwischen den Gruppen "Grundschule ohne Abschluß" und "Grundschule mit Abschluß" beträgt noch + 0,617, die gewählten Rangfolgenden haben also noch einen positiven Zusammenhang. Dagegen liegt der Rangkorrelationskoeffizient zwischen den Gruppen "Grundschule ohne Abschluß" und "Abschluß der Fach- oder Hochschule" bei -0,700 und der zwischen "Grundschule mit Abschluß" und "Abschluß der Fach- oder Hochschule" bei -0,083. Zwischen den letztgenannten Gruppen besteht ein völlig negativer Zusammenhang. Das zeigt, daß diese Gruppeneigenschaften Merkmale sehr unterschiedlich eingruppiert werden.

Es kann also angenommen werden, daß die Qualifikation der Mütter den größten Einfluß auf die Gründe der Berufstätigkeit und der Wahl des Arbeitsplatzes hat. Je höher die Qualifikation der berufstätigen Mütter ist, desto mehr gewinnen nichtökonomische Merkmale an Gewicht.

Die Qualifikation der berufstätigen Mütter wurde bisher nur unter dem Gesichtspunkt der beruflichen Ausbildung gesehen. Sie muß jedoch umfassender betrachtet werden. Neben der beruflichen Qualifikation verändert sich gleichzeitig auch die politisch-ideologische, kulturelle und moralische Einstellung des Menschen. So verändert sich zum Beispiel das Verhalten der Frau zur Familie und ihre Stellung in dieser. Für sie ist die Familie nicht mehr der alleinige Lebensinhalt. Die Doppelbelastung, die Beanspruchung der Frau durch die Berufstätigkeit auf der einen, durch Familie und Haushalt auf der anderen Seite ist für diese berufstätigen Mütter keinesfalls verschwunden. Aber sie bildet kein unüberwindliches Problem, das zur Aufgabe der Berufstätigkeit zwingen könnte. Die Verringerung der Doppelbelastung der Frau ist Aufgabe der sozialistischen Gesellschaft und wird mehr und mehr verwirklicht.

Als zusammenfassendes Ergebnis der Analyse kann man schlußfolgern, daß schon 1966 die Qualifikation der berufstätigen Mütter, einschließlich der politisch-ideologischen, kulturellen und moralischen Faktoren, der entscheidende Faktor für ihre Einstellung zur Berufstätigkeit war. Die wichtigste Veränderung in der Einstellung zur Berufstätigkeit zeigte sich 1966 darin, daß bei allen befragten Müttern die ökonomischen Gründe nicht mehr die allein entscheidenden waren und daß mit steigender Qualifikation die nichtökonomischen Gründe an Bedeutung zunahmten. Dieser Prozeß ist bis zum heutigen Tage in vollem Gange. Die Qualifikation der berufstätigen Frauen und damit auch der berufstätigen Mütter hat sich weiter erhöht, und sie gelangen in immer stärkerem Maße zu einer positiven Einstellung zur Berufstätigkeit.

12 Clauss, Günter/Ebner, Heinz, Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, Berlin 1967, S. 64 ff.

## ZUR MESSUNG VON EINFLUSSFAKTOREN MITTELS DER REGRESSIONSANALYSE, dargestellt am Beispiel der Entwicklung der Eheschließungen in der DDR

von Klaus Freitag/Bernd Rönz

Die in den letzten Jahren gestiegene Bedeutung der Demographie leitet sich aus den Erfordernissen ab, die die Kenntnis der Bevölkerungsprozesse für die Planung und Leitung der gesellschaftlichen Prozesse hat. In ihrer Politik lassen sich die Partei- und Regierungsgremien der DDR davon leiten, daß der Mensch mit seinen materiellen und kulturellen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Interessen im Mittelpunkt steht. Willi Stoph führte dazu auf dem VIII. Parteitag der SED aus: "Unser sozialistischer Staat hat viel getan, um eine den gesellschaftlichen Interessen entsprechende Bevölkerungsentwicklung zu gewährleisten. So haben wir mit dem Familiengesetzbuch eine umfassende Rechtsgrundlage für die Entwicklung und Förderung von Ehe und Familie geschaffen.

Die Sorge um die Familien- und Bevölkerungsentwicklung ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Es ist deshalb notwendig, unter Ausnutzung der Vorzüge des Sozialismus verstärkt eine vom Staat koordinierte Arbeit auf diesem Gebiet zu leisten.<sup>1</sup>

So gewinnt auch die Zusammenhangsforschung in der Demographie immer mehr an Gewicht. Neben Untersuchungen über die Entwicklung der Wohnbevölkerung ist die Beobachtung und Voraussage von Teilprozessen der Bevölkerungsentwicklung von besonderem gesellschaftlichem Interesse. In der Vergangenheit wurden die Bevölkerungsprozesse überwiegend durch statische Modelle erklärt, die Untersuchung der Wirkungsweise einzelner Faktoren zueinander wurde als Bestandsanalyse vollzogen. Praktikable Methoden sind zur Vorausberechnung der Wohnbevölkerung entwickelt worden, die annähernd die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung beeinflussenden Faktoren beachten. Diese Vorausberechnungen basieren jedoch nicht auf Zeitreihenuntersuchungen.

Eine vollständige Analyse gesellschaftlicher Erscheinungen erfordert die Untersuchung von Ursache und Wirkung in ihrer zeitlichen Entwicklung und Veränderung. Der Ausgangspunkt für diese Untersuchungen ist das Niveau der gesellschaftlichen Erscheinung, das in bestimmten Zeiträumen bzw. zu bestimmten Zeitpunkten erfaßt wurde. Besonders beim Studium demographischer Entwicklungsprozesse sollten Regressionsuntersuchungen auf der Basis von Zeitreihen eine beachtliche Stellung einnehmen. Zeitreihen ermöglichen es, objektive Gesetzmäßigkeiten und Zusammenhänge zu erkennen und ihre Dynamik zu beurteilen. Sie sollten deshalb den Ausgangspunkt für prognostische Überlegungen bilden.

Jedes Glied einer Zeitreihe muß als Wirkung eines ganzen Komplexes der verschiedenartigsten Ursachen aufgefaßt werden. Diese Komplexität tritt insbesondere in der Durchdringung demographischer Prozesse auf, da hier die Einflußvariablen untereinander sehr stark korreliert sind und die Anzahl der Einflußgrößen sehr groß ist. Als Vorteil erweist sich dabei,

1 Stoph, Willi, Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, in: Neues Deutschland, 17. 6. 1971, S. 6.

daß für das Gebiet der Bevölkerungsstatistik lange, wenig gestörte Zeitreihen vorliegen, die eine komplexe Untersuchung von Bewegungsvorgängen der Bevölkerung gestatten.

An dieser Stelle werden einige mathematisch-statistische Probleme bei der Analyse der Zahl der Eheschließungen betrachtet. Es wird der Zeitraum 1962 bis 1970 zugrunde gelegt, da für dieses Zeitintervall inhaltlich vergleichbare Zeitreihen zur Verfügung stehen.

Mit der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 1. Januar 1971 wurden für die DDR 4 214 162 bestehende Ehen ermittelt. Sehr aufschlußreich ist es, die bestehenden Ehen nach der Ehedauer zu untersuchen, das heißt zu ermitteln, in welchen zurückliegenden Jahren sie geschlossen wurden. Diese Angaben sind für die Jahre 1936 bis 1970 in der dem vorliegenden Beitrag als Anhang beigegefügt Grafik dargestellt. 18,6 Prozent aller bestehenden Ehen weisen eine Ehedauer von 35 und mehr Jahren auf.

Aus dieser Grafik wird bereits sichtbar, daß sich die Zahl der Eheschließungen in den Jahren von 1962 bis 1970 sehr unterschiedlich entwickelte. Einen Überblick für diesen Zeitraum gibt Tabelle 1.<sup>2</sup>

Die Zahl der Eheschließungen wird durch einen ganzen Komplex von Faktoren beeinflusst. Als wichtigster Faktor ist die Zahl der nicht verheirateten männlichen und weiblichen Bevölkerung zu nennen, aus der naturgemäß nur neue Ehen hervorgehen können. Auch wenn das durchschnittliche Eheschließungsalter in dem betrachteten Zeitraum gesunken ist, also im Durchschnitt immer jüngere Partner den Ehebund eingehen, muß die Gesamtheit der nicht verheirateten Bevölkerung nach dem Geschlecht in die Betrachtung einbezogen werden, da auch in den höheren Altersjahren die Zahl der Eheschließungen nicht unbedeutend ist. Nun können die Motive für die Eheschließung in den jüngeren Jahren gegenüber den älteren recht unterschiedlich sein. In den jüngeren Jahren treten ökonomische Faktoren in den Hintergrund, die gegebenenfalls in den höheren Altersjahren, insbesondere bei Wiederverheiratungen, zum bestimmenden Faktor werden können. So heiraten junge Menschen auch ohne Aussicht auf kurzfristige Zuweisung von Wohnraum. Vorhandener Wohnraum kann jedoch andererseits für ältere Bürger ein Motiv für die Eheschließung sein. Die materielle Sicherstellung des einzelnen (Arbeitseinkünfte usw.) hat in der Jugend eine andere Bedeutung als in den älteren Jahren. Sie wird für die Jugend bei der Eheschließung von weitaus geringem Einfluß sein.

Eine Reihe von ökonomischen Tatbeständen, die zweifellos einen positiven Einfluß auf die Zahl der Eheschließungen ausüben, wirken nicht direkt, sondern indirekt - verbunden mit einer schwer abschätzbaren Zeitverschiebung - über die bewußtseinsmäßige Einstellung der Einzelperson zur Eheschließung. So wirkt die Wohnungsbautätigkeit nicht direkt auf die Zahl der Eheschließungen, sondern gegebenenfalls über den daraus resultierenden Fakt einer zeitlichen Verkürzung des Zeitraumes zwischen Antragstellung und Zuweisung von Wohnraum.

Als weiterer Grund für eine Eheschließung soll auf den Einfluß einer eingetretenen Konzeption Unverheirateter auf die Zahl der zu erwartenden Eheschließungen hingewiesen werden. Dieser Einfluß macht sich in der Tatsache bemerkbar, daß zum Zeitpunkt der Eheschließung bei einer großen Anzahl von Frauen bereits eine Gravidität vorlag. Genauere Auskunft hierüber gibt die Statistik der ehelich Geborenen nach der Ehedauer der Eltern. Aus dieser Statistik wird ersichtlich, daß im Zeitraum von 1962 bis 1970 pro Jahr bei durchschnittlich rund 40 Prozent aller ehelich geborenen Kinder der Zeitraum zwischen Eheschließung der Eltern und Geburt des Kindes weniger als 9 Monate beträgt. Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, daß 4 von 10 Ehen nur wegen der erwarteten Niederkunft eingegangen wurden. Die eingetretene Konzeption wird vielmehr den Zeitpunkt der Eheschließung bestimmt haben, jedoch nicht in jedem Falle erst die Absicht.

<sup>2</sup> Die Tabellen sowie die Grafik folgen am Ende des Beitrags.

Alle diese Gründe führen zur Herausbildung von Leitbildern, die sowohl zwischen den einzelnen sozialen Gruppen der Bevölkerung als auch zwischen den ledigen, verwitweten und geschiedenen Personen differieren. Die Leitbilder führen zur persönlichen Einstellung des einzelnen zur Eheschließung, die natürlich einen fördernden bzw. hemmenden Einfluß auf die Eheschließung ausüben kann. Diese persönliche Einstellung zur Ehe und Familie wird weiterhin geprägt durch persönliche Erlebnisse (zum Beispiel Miterleben der elterlichen Ehe), Vorbereitung auf Ehe und Familie durch Elternhaus und Schule, Herausbilden von partnerschaftlichen Leitbildern oder matriarchalischen bzw. patriarchalischen Leitbildern der Ehe, durch Prägung von Leitbildern der Ehe in der sozialistischen Literatur, bildenden Kunst, im Hör- und Fernsehfunk, in der Presse usw. Diese Leitbilder sind ihrerseits im Laufe der Zeit Veränderungen unterworfen. Die Veränderungen des psychologischen Verhaltens der Bevölkerung braucht nicht immer zu eindeutigen Tendenzen in der Entwicklung zu führen. So ist es zum Beispiel nicht eindeutig bestimmbar, ob die Erhöhung des materiellen Wohlstandes zu einem Absinken des durchschnittlichen Heiratsalters führt oder ob nicht bewußt der Zeitpunkt der Eheschließung hinausgeschoben wird, um als Einzelperson diesen erreichten Wohlstand genießen zu können. Nicht eindeutig bestimmbar ist zum Beispiel auch die Wirkung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems auf die zu erwartende Eheschließung, da nicht bekannt ist, ob der Jugendliche in erster Linie bestrebt ist, seine Ausbildung erst abzuschließen und den Bildungsweg zeitlich geschlossen soweit wie möglich zu durchlaufen, oder ob der junge Mensch bewußt davon ausgeht, zu einem späteren Zeitpunkt, in unserer Problematik nach der Eheschließung, seine Ausbildung fortzusetzen. Nicht eindeutig in ihren Auswirkungen auf die Eheschließung sind die persönlichen Erwartungen des einzelnen, die er von der Zukunft hat, und wie sich diese Erwartungen mit einer beabsichtigten Eheschließung verbinden. Diese Erwartungen im subjektiven Blickwinkel des einzelnen können sich sowohl positiv als auch negativ auf die zu erwartende Zahl der Eheschließungen auswirken.

Alle diese indirekten demographischen, ökonomischen und subjektiven Faktoren sind meßbar über die Kennziffer "Summe der altersspezifischen Eheschließungsziffern". Die Fortschreibung der Wohnbevölkerung nach dem Familienstand, verbunden mit der Eheschließungsstatistik, gestattet es, für jedes Altersjahr die altersspezifische Eheschließungsziffer

$$e_x = \frac{\text{Eheschließende des Altersjahres der ledigen bzw. verwitweten bzw. geschiedenen Bevölkerung}}{\text{Mittlere Bevölkerung}^3 \text{ des Altersjahres der ledigen bzw. verwitweten bzw. geschiedenen Personen}} \cdot 1\,000$$

zu berechnen. Die  $\sum e_x$  (Summe der altersspezifischen Heiratsziffern über alle Altersjahre) schließt in sich die obengenannten Einflußfaktoren ein.

Zugleich ist es möglich, zur näheren Charakterisierung die  $\sum e_x$  für bestimmte Altersabschnitte zu berechnen, zum Beispiel ledige Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, so daß eine unterschiedliche Wertung der Einflüsse auf die Zahl der Eheschließungen möglich wird.

Über die Summe der altersspezifischen Eheschließungsziffern in den Jahren 1964 bis 1970 gibt der Anhang, Tabelle 2, Auskunft, wobei die Zahlenangaben keine absoluten Werte darstellen, sondern nur die Entwicklungstendenz wiedergeben.

Da die Zahl der Einflußvariablen sehr umfangreich ist, konnte hier in der Nennung der einzelnen Faktoren bei weitem nicht Vollständigkeit angestrebt werden. Um gesicherte Aussagen über den Einfluß dieser Faktoren auf der Basis von Zeitreihen geben zu können, ist es notwendig, eine detaillierte Zeitreihenanalyse vorzunehmen, um bereits aus der Struktur

3 Mittlere Bevölkerung = arithmetisches Mittel der Summe von Anfangsbestand und Endbestand der Bevölkerung.

der Zeitreihe bestimmte Schlüsse auf die weitere Entwicklung auch jeder einzelnen Variablen ziehen zu können. Erst die Kenntnis der inneren Struktur der Zeitreihe ermöglicht es, die richtigen Schätzmethoden anzuwenden.

Zur Messung der Art und der Stärke des Einflusses der einzelnen Faktoren auf die Zahl der Eheschließungen kann vorteilhaft die Korrelations- und Regressionsanalyse herangezogen werden. Da es jedoch bei der Anwendung dieser statistischen Methode in der Demographie noch eine Reihe ungeklärter Probleme gibt, sind die Untersuchungen als ein erster Versuch zu werten, um anhand konkreter Ergebnisse eine effektivere Aussage über ihre Anwendungsmöglichkeiten zu treffen.

Da die Anzahl der Einflussfaktoren auf die Eheschließungen sehr groß ist, soll ein spezielles Verfahren der Regressionsanalyse, die schrittweise Regression, zur Anwendung kommen. Beim Verfahren der schrittweisen Regression geht es darum, auf der Grundlage vorliegender empirischer Daten mit vertretbarem Rechenaufwand diejenigen Variablen aus einer gegebenen Anzahl auszuwählen, die mit einer vorgegebenen statistischen Sicherheit einen signifikanten Einfluß auf die abhängige Variable  $Y$  ausüben. Dabei ist es besonders wichtig, daß unter den erfaßten Einflußvariablen  $X_1$  alle diejenigen enthalten sind, die einen direkten Einfluß auf  $Y$  ausüben, was als ein erster Nachteil dieses Verfahrens zu werten ist, da oftmals bei gegebener Problemstellung nicht alle direkten Einflußvariablen bekannt sind. Diese Voraussetzung ist notwendig, um von vornherein Scheinkorrelationen zu vermeiden. Auf der anderen Seite muß hier aber auch jenen entgegen getreten werden, die meinen, daß durch Anwendung der schrittweisen Regression das Problem der Multikollinearität aus dem Wege geräumt sei. Im Gegenteil: Durch die Möglichkeit, den Komplex der möglichen Einflußvariablen am Anfang sehr groß zu halten und auch Transformationen und Kombinationen von Variablen aufzunehmen, ist die Gefahr der Überlagerung der Einflüsse der einzelnen Ursachen sehr groß. Sie wird durch das Verfahren nur insoweit eingeschränkt, als Variablen ausgewählt werden, deren Einfluß der vorgegebenen statistischen Sicherheit entspricht. Starke Multikollinearität beeinträchtigt über zunehmende Varianzen der Regressionskoeffizienten die Testergebnisse und damit die statistische Sicherheit des Einflusses dieser Variablen. Zu einer Störung der maximalen Erklärung der Wirkung aller Variablen der Regressionsfunktion kommt es bei Multikollinearität kaum.

Was auf der einen Seite ein Nachteil, ist auf der anderen Seite ein Vorteil. Das Verfahren der schrittweisen Regressions-schätzung gestattet es, unabhängig vom Stichprobenumfang zu Beginn des Verfahrens beliebig viele Variablen, praktisch alle bekannten Einflußgrößen, zu erfassen. Von diesen werden im Laufe des Verfahrens nur so viele wesentliche Variablen ausgewählt, daß aufgrund des begrenzten und zumeist geringen Stichprobenumfangs die statistische Sicherheit der Parameter, die vom Stichprobenumfang und der Anzahl der Variablen abhängig ist, nicht niedriger ist, als gefordert wird.

Das Verfahren der schrittweisen Regressionsanalyse soll hier nur kurz skizziert werden. Ausführliche Darstellungen der Methode und des Algorithmus findet man unter anderem bei Matt, Wiezorke und Lütjohann.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Matt, Günter, Die schrittweise Regressionsanalyse und ihre Anwendungsmöglichkeiten im kaufmännischen Bereich, in: *Ablauf und Planungsforschung*, Nr. 4/1963, S. 254 - 263; derselbe, Bestimmung statistisch gesicherter Koeffizienten bei der exponentiellen Ausgleichung (Exponential Smoothing), in: *Unternehmensforschung*, Nr. 1/1966, S. 15 - 31; Wiezorke, Bernhard, Auswahlverfahren in der Regressionsanalyse, in: *Metrika*, Bd. 12, 1967, S. 68 - 79; Lütjohann, Harry, The Stepwise Regression Algorithm seen from the Statistician's Point of View, in: *Metrika*, Bd. 13, 1970, S. 110 - 125.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist eine multiple Regressionsfunktion mit allen Einflußgrößen, wobei diese Einflußgrößen auch kombiniert auftreten können:

$$y_t = \sum_{i=1}^m \beta_i x_{it} + \varepsilon_t \quad (t = 1, \dots, n) \quad (1)$$

Dabei können die Variablen auch als Abweichungen von ihrem Mittelwert auftreten. In diesem Falle würde die Regressionskonstante wegfallen.

In Matrixschreibweise ergibt sich für die Regressionsfunktion

(1) :

$$\underline{y} = \underline{X} \cdot \underline{\beta} + \underline{\varepsilon} \quad (2)$$

mit

$$\underline{y} = \begin{pmatrix} y_1 \\ y_2 \\ \vdots \\ y_n \end{pmatrix}, \quad \underline{X} = \begin{pmatrix} x_{11} & x_{21} & \dots & x_{m1} \\ x_{12} & x_{22} & \dots & x_{m2} \\ \dots & \dots & \dots & \dots \\ x_{1n} & x_{2n} & \dots & x_{mn} \end{pmatrix}$$

$$\underline{\beta} = \begin{pmatrix} \beta_1 \\ \beta_2 \\ \vdots \\ \beta_m \end{pmatrix} \quad \text{und} \quad \underline{\varepsilon} = \begin{pmatrix} \varepsilon_1 \\ \varepsilon_2 \\ \vdots \\ \varepsilon_n \end{pmatrix}$$

Bei der Anwendung der Methode der kleinsten Quadratsumme muß die Bedingung

$$\underline{e}'\underline{e} \rightarrow \min \quad (3)$$

erfüllt werden, wobei

$$\underline{e} = (\underline{y} - \underline{X} \underline{b}) \quad (4)$$

ist und  $\underline{e}$  und  $\underline{b}$  die Vektoren der geschätzten Residuen bzw. der geschätzten Regressionskoeffizienten sind.

Für  $\underline{b}$  ergibt sich daraus

$$\underline{b} = (\underline{X}'\underline{X})^{-1} \underline{X}'\underline{y} \quad (5)$$

Zur Berechnung der Regressionskoeffizienten benötigt man somit die inverse Matrix von  $(\underline{X}'\underline{X})$ . Die Berechnung der inversen Matrix ist auch der entscheidende Ansatzpunkt für den Algorithmus der schrittweisen Regression. Dieser Algorithmus geht davon aus, daß nacheinander diejenigen Einflußvariablen ausgesucht werden, die den größten Beitrag zur Mini-

mierung der Summe der quadratischen Abweichungen der empirischen Werte von den Regresswerten (Gleichung 3) leisten. Somit erhält man nach dem ersten Invertierungsschritt eine Regressionsfunktion mit einer Einflußvariablen, nach dem zweiten Schritt eine Regressionsfunktion mit zwei der wichtigsten Einflußvariablen usw. Kriterium der Aufnahme der Variablen in die Regressionsfunktion bei jedem Schritt ist der folgende Ausdruck:

$$\max_{1 \leq i \leq m} \frac{\sum_i x_i \cdot y \cdot \sum_i x_i}{\sum_i x_i \cdot \sum_i x_i} \quad (6)$$

Kriterium des Verbleibes der Variablen in der Regressionsfunktion ist der Signifikanztest der Regressionskoeffizienten aufgrund einer vorgegebenen Irrtumswahrscheinlichkeit. Es können also auch Variablen aus der Regressionsfunktion wieder herausgenommen werden, wenn ihre Koeffizienten die geforderte statistische Sicherheit nicht mehr aufweisen.

Das Verfahren wird abgebrochen, wenn keine Einflußvariable mehr in die Regressionsfunktion aufgenommen werden kann, deren Koeffizienten den Signifikanzansprüchen genügen.

Bei der ausgewählten Regressionsfunktion handelt es sich jedoch nicht um eine optimale. Da beim Verfahren der schrittweisen Regression neben der Minimierungsforderung durch die vorgegebene statistische Sicherheit ein weiteres Kriterium gesetzt ist, kann das erhaltene Ergebnis nicht als optimal bezeichnet werden. Es können noch Variablen gefunden werden, die zu einer Verbesserung des zahlenmäßigen Ergebnisses der Minimumsforderung beitragen könnten, die aber nicht der geforderten statistischen Sicherheit genügen. Zum anderen müssen noch weitere Probleme neben der Minimierung der quadratischen Abweichungssumme gelöst werden, um eine "gute" Regressionsfunktion zu erhalten. Dabei handelt es sich vor allem um das Problem der Autokorrelation der Residuen und ihrer Ausschaltung, der simultanen Beziehungen und damit der Anwendung anspruchsvollerer Schätzmethoden. Durch die Anwendung der schrittweisen Regression erhält man jedoch eine Regressionsfunktion, die nur gesicherte Regressionskoeffizienten enthält.

Da die Untersuchungen zur Zeit noch andauern, kann ein abschließendes Ergebnis zur vor genannten Thematik an dieser Stelle noch nicht vorgelegt werden. Aufgabe dieses Beitrages konnte es daher nur sein, die Untersuchungsmethode eines Forschungsgebietes zur Diskussion zu stellen, und zwar vor allem im Hinblick darauf, daß die Aufgabenstellung zugleich auch den Versuch einschließt, Vorausschauwerte für die nächsten Jahre zu berechnen.

Tabelle 1

Eheschließungen in der DDR von 1962 bis 1970

Jahres- ende	Eheschließungen insgesamt	Eheschließungen auf 1 000 der		
		Bevölkerung	ehemündigen Bevölkerung <sup>+</sup>	nicht verheirateten Bevölkerung <sup>++</sup>
1962	165 677	9,7	13,0	42,0
1963	148 330	8,6	11,7	38,8
1964	135 855	8,0	11,0	36,6
1965	129 002	7,6	10,5	35,1
1966	121 571	7,1	9,9	33,3
1967	117 146	6,9	9,6	31,9
1968	119 676	7,0	9,8	32,1
1969	125 151	7,3	10,1	33,2
1970	130 730	7,7	10,6	34,4

+ Personen ab 18 Jahre.

++ Ledige, verwitwete, geschiedene Personen ab 18 Jahre.

Quelle: Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1963 bis 1971, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik.

Bestehende Ehen am 1. Januar 1971 nach dem Eheschließungsjahr

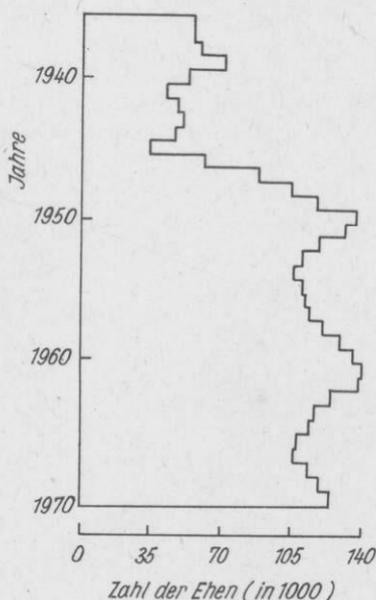


Tabelle 2

Summe der altersspezifischen Heiratsziffern nach dem bisherigen Familienstand der Eheschließenden

Jahr	Ledig			Verwitwet			Geschieden		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1964	3169,0	3553,4	3344,7	3410,7	12090,2	2487,5	6194,1	11489,2	4468,1
1965	3127,2	3269,5	3439,7	3702,2	12337,4	2718,1	6351,5	11289,7	4857,2
1966	3089,8	3136,0	3456,7	3301,8	11066,0	2361,6	6263,0	10176,0	4996,0
1967	3028,4	3011,4	3415,1	3591,7	10418,3	2706,4	5992,7	9102,1	4721,5
1968	3114,2	3116,6	3421,2	3021,8	9260,8	2182,7	5471,4	8867,1	4302,1
1969	3184,9	3197,2	3421,8	4278,6	11197,0	3323,4	5942,6	8480,1	4895,3
1970	3257,2	3253,8	3422,1	3735,0	11429,8	2787,8	5957,7	8256,0	4939,7

Quelle: Errechnet nach Unterlagen der Statistik über die Fortschreibung des Familienstandes, internes Material der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

# Bibliographie

## HOCHSCHULSCHRIFTEN ZUR DEMOGRAPHIE

auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik seit 1947

von Petra Wagner

Die vorliegende Zusammenstellung enthält die auf dem heutigen Gebiet der DDR zu demographischen Problemen, aber auch zu einigen Grenzgebieten der Demographie, verfaßten Habilitationsschriften und Dissertationen.<sup>+</sup>

Da noch keine derartige Zusammenstellung existiert, ist diese Arbeit ein notwendiger Beitrag, um die vorhandenen großen Lücken in der Information über Stand und Umfang der demographischen Forschung in der DDR zu schließen.

Die Bibliographie beschränkt sich auf Hochschulschriften, weil einerseits die demographische Forschung in der DDR zur Zeit noch fast ausschließlich an Universitäten und Hochschulen betrieben wird, andererseits aber ein großer Teil der dort verfaßten Arbeiten nicht veröffentlicht wurde, so daß ihr Wirkungskreis erheblich eingeschränkt blieb.

Die Zusammenstellung macht deutlich, daß die demographische Forschung, soweit sie in Habilitations- und Dissertationsschriften ihren Niederschlag gefunden hat, in der DDR sehr jung ist. Der überwiegende Teil der aufgeführten Arbeiten datiert aus der Zeit nach 1966. Um so wichtiger ist es, ausführlich und aktuell über diese Untersuchungen zu informieren.

<sup>+</sup> Die einzelnen Universitäten wurden, soweit sich in dem entsprechenden Ort nur eine befindet, jeweils nur mit dem Ort aufgeführt, an dem sie ihren Sitz haben.

## I. Habilitationsschriften (Promotion B)

Khalatbari, Dr. Parviz, Bevölkerungsbe-  
wegung und Überbevölkerung in den Ent-  
wicklungsländern. - Hochschule für Öko-  
nomie Berlin 20. 12. 1966. 202, 45 gez. Bl.

Maurischat, Dr. Gerd, Freisetzung und  
Vollbeschäftigung unter den Bedingungen  
der technischen Revolution im Kapitalis-  
mus (Dargestellt am Beispiel der USA  
und Westdeutschland). - Institut für Ge-  
sellschaftswissenschaften beim ZK der  
SED Berlin 30. 6. 1966. 188, XV gez. Bl.  
Mohs, Dr. Gerhard, Probleme der Bevölke-  
rungs- und Siedlungsentwicklung in den Bal-  
lungsgebieten der DDR. Dargestellt am Bei-  
spiel des Ballungsgebietes Halle - Leipzig. -  
Mathematisch-naturwissenschaftliche Fa-  
kultät Leipzig 1. 7. 1964. 183 gez. Bl. mit  
Abb., Anh., Anl.

Körner, Dr. Fritz, Die Bevölkerungsver-  
teilung in Thüringen am Ausgang des  
16. Jahrhunderts (Mit Kartenteil). - Ma-  
thematisch-naturwissenschaftliche Fakul-  
tät Jena 12. 5. 1956; gedruckt Leipzig:  
Harassowitz 1958, S. 178 - 315 gr. 8<sup>o</sup>

Nultsch, Dr. Gerhardt, Die Gruppierung  
der Personen nach der Stellung im Beruf,  
der Art der wirtschaftlichen Tätigkeit und  
der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen  
Klassen und Schichten in der Deutschen  
Demokratischen Republik im Hinblick auf  
die Erarbeitung eines Programms der  
kommenden Volkszählung. - Wirtschafts-  
wissenschaftliche Fakultät Leipzig 28. 1.  
1957. 252 gez. Bl. mit eingekl. Tab.

Schulze, Dr. Erich, Die Bevölkerungs-  
und Siedlungsentwicklung in den Randkrei-  
sen Berlins (Königs-Wusterhausen, Zossen,  
Potsdam-Land) von 1800 bis zur Gegen-  
wart, T. 1 - 3. - Pädagogische Hochschule  
Potsdam 12. 11. 1969. VI, 387 gez. Bl., Anl.

Weber, Dr. Egon, Entwicklung und Struk-  
tur der Bevölkerung im östlichen Bezirk  
Rostock 1933 bis 1958. Eine ökonomisch-  
geographische Untersuchung. T. 1, 2. - Ma-  
thematisch-naturwissenschaftliche Fakultät  
Greifswald 10. 9. 1960. 343 gez. Bl.,  
mehr. Taf.

## II. Dissertationen (Promotion A)

Ackermann, Edith, Sozialhygienische De-  
mographie des Bezirkes Neubrandenburg. -  
Medizinische Fakultät Greifswald 11. 3.  
1957. 79 gez. Bl.

Ahl, Hubert, Mathematische Methoden zur  
Untersuchung der Entwicklung von Perso-  
nengesamtheiten als Grundlage zur Perspek-  
tivplanung der Beiträge und Leistungen der  
Lebens- und Rentenversicherungen in der  
Deutschen Demokratischen Republik. - Hoch-  
schule für Ökonomie Berlin 11. 9. 1970. III,  
143 gez. Bl. mit Abb., Anh.; 167, 4 gez. Bl.,  
Anl.

Appen, Dirk von, Demographische Studie  
über den Stadt- und Landkreis Wismar aus  
der Sicht des Sozialhygienikers. Unter be-  
sonderer Berücksichtigung des Jahres 1960.  
- Medizinische Fakultät Rostock 21. 12.  
1964. 52 S. mit Abb.

Bär, Adolar Heiner, Ermittlung des volks-  
wirtschaftlichen Nutzens aus der Verbesse-  
rung des Gesundheitszustandes der Bevölke-  
rung. - Hochschule für Ökonomie Berlin  
21. 5. 1971. VII, 263 gez. Bl. mit Abb.,  
Anh., Anl.

Bernhardt, Hans-Joachim, Die berufliche  
Einsatzfähigkeit der Frau mit Kindern un-  
ter dem Gesichtspunkt der Nutzung der Ar-  
beitskraft der Frau in der Deutschen Demo-  
kratischen Republik. (Darstellung des Zu-  
sammenhangs zwischen der Berufstätigkeit  
der Mutter und der Kinderbetreuung sowie  
der sich daraus ergebenden gesellschaftli-  
chen Erfordernisse unter Berücksichtigung  
von Untersuchungsergebnissen im Kreis  
Greiz/Bez. Gera.) - Wirtschaftswissenschaft-  
liche Fakultät Leipzig 22. 11. 1968. 297 gez.  
Bl. mit z. T. eingekl. Abb.

Bernhardt, Herbert, Die Berufsgruppen-  
struktur als Teil der sozialen Struktur im  
Sozialismus und Probleme ihrer Verände-  
rung (Untersuchungsergebnisse aus dem In-  
dustriezweig Erzbergbau). - Bergakademie  
Freiberg 6. 9. 1970. 170 gez. Bl., Anh.

Böhme, Maria, Die Entwicklung der Gebur-  
tenziffern seit 1920 in außereuropäischen  
Staaten unter Berücksichtigung der Sterblich-

keit. - Medizinische Fakultät Leipzig  
27. 10. 1962. 68 gez. Bl. mehr. Abb.

Chrenko, Werner, Zu den ökonomischen Ursachen der agrarischen Überbevölkerung aus der Landwirtschaft in Entwicklungsländern. - Hochschule für Ökonomie Berlin 25. 9. 1970. X, 199 gez. Bl., mehr. Taf., Anl.

Dierl, Wolfhilde, Der Einfluß der Berufstätigkeit der Frau auf die Entwicklung sozialistischer Ehe- und Familienbeziehungen. - Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Berlin 20. 11. 1970. 224 gez. Bl.

Ebert, Manfred, Die Anwendung von Stichprobenverfahren bei der Vorwegaufbereitung einer kommenden Volkszählung in der Deutschen Demokratischen Republik. - Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät Leipzig 5. 3. 1963. IV, 236 gez. Bl. mit Abb.

Erpenbeck, Franz, Demographische und methodische Betrachtungen zur Entwicklung der Fertilität in der DDR. - Medizinische Fakultät Leipzig 28. 7. 1965. 61 gez. Bl. Anh.

Graupner (geb. Frenzel), Margarethe, Ergebnisse und Probleme der Entwicklung der berufstätigen Frau im Sozialismus (Untersucht in Betrieben des sozialistischen Einzelhandels). - Philosophische Fakultät Leipzig 16. 2. 1968. 232 gez. Bl. ingetr. Pag. Anh.

Grimm, Werner, Geographisch-statistische Probleme der Bevölkerungsdichte und der Bevölkerungsagglomeration. Mit 15 Übersichten, 19 graph. Darstellungen und 4 Kt. - Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät Leipzig 15. 10. 1947. IX, 116, 20 gez. Bl.

Hieke, Edwin, Untersuchungen über die quantitative und qualitative Entwicklung der Arbeitskräfte in der sozialistischen Landwirtschaft im Perspektivplanzeitraum 1971 - 75. Dargestellt am Beispiel des Kreises Güstrow. - Fakultät für Mathematik, Naturwissenschaften und Technik Rostock 5. 11. 1970. 141, 134 gez. Bl., mehr. Taf., Anh., Anl.

Hoop, Andreas, Die Bevölkerungsstruktur Rostocks im Jahre 1810. - Medizinische Fakultät Rostock 16. 9. 1968. 38 gez. Bl., mehr. Bl. Abb.

Lange, Wolfgang, Aufbau und Verwendung eines Haushaltsplans für repräsentative Haushalts- und Bevölkerungsbefragungen. - Sektion Politische Ökonomie/Marxistische-leninistische Organisationswissenschaft Leipzig 17. 12. 1969. V, 176 gez. Bl., Anh.

Lorenz, Rudolf, Demographische Analyse der Entwicklung der Geburten, der Fruchtbarkeit und der Reproduktion der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten. Über ihre Beeinflussung durch gesellschaftliche Maßnahmen mit bevölkerungspolitischen Aspekten und zur Frage des Wirkens sozialistischer Populationsgesetze. - Hochschule für Ökonomie Berlin 22. 3. 1965. 168 gez. Bl. mit eingekl. Abb.

Lungwitz, Kurt, Die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Erfassung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik nach ihrer Zugehörigkeit zu einer Klasse oder Zwischenschicht im Rahmen einer Volks- und Berufszählung. - Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Leipzig 6. 6. 1959. V, 340 gez. Bl.

Mazhar, Yusefkhilil, Studies in the general relationship between industrialisation, economic planning and manpower development (with special reference to the electrical industry in the U. A. R.) - Hochschule für Ökonomie Berlin 23. 8. 1971. 4, 2, 207 gez. Bl. mit Abb., Anh., Anl.

Müller, Klaus, Demographische Aspekte der Berufstätigkeit der Frauen. - Hochschule für Ökonomie Berlin 26. 6. 1973. 166, III gez. Bl. mit eingekl. Abb., Anh., Anl.

Nultsch, Gerhard, Über die Entwicklung von wirtschafts- und bevölkerungsstatistischen Gesamtheiten der Wirtschaftsplanung. - Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Humboldt-Universität Berlin 23. 4. 1965. 180 gez. Bl.

Osadnik (geb. Pohlers), Lucie, Beiträge zur mathematischen Bevölkerungslehre (eine wirtschaftsmathematische Studie). - Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät Leipzig 28. 4. 1958. 250 gez. Bl. mit graph. Darst.

Osten, Bernd, Demographie des Landkreises Rügen. - Medizinische Fakultät Rostock 9. 2. 1967. 135, III gez. Bl., Abb.

Riedel, Bernhard, Die Anwendung statistischer Methoden bei der Bekämpfung der Arbeitskräftefluktuation in den volkseigenen Großbetrieben der Deutschen Demokratischen Republik. - Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Halle 19. 3. 1957. 153 gez. Bl. mit graph. Darst. u. eingekl. Tab.

Rösel, Konrad, Die Bewegung der mecklenburgischen Bevölkerung von 1800 bis 1850 unter Verwendung der Volkszählungsergebnisse vom Jahre 1819 für Lübz (Stadt, Ritter-schaft, Domanium). - Medizinische Fakultät Rostock 21. 12. 1967. 81, VII gez. Bl. mit z. T. eingekl. Abb., Anh.

Semisch, Herbert, Untersuchung über die territorialen Beziehungen der Bevölkerung zu den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Ein Beitrag zur weiteren Verbesserung der Arbeit der örtlichen Organe der Staatsmacht bei der Konzipierung eines Systems des umfassenden Gesundheitsschutzes. - Leitungs-, rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Halle 20. 7. 1971. 2, 232 gez. Bl., Anh.

Schwettmann, Helmut, Ein Beitrag zur Demographie unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Landkreis Stralsund in der Zeit von 1945 bis 1963. - Philosophische Fakultät Greifswald 9. 7. 1965. II, 209 gez. Bl., mehr. Taf., Anh.

Sommer, Ingeborg, Wissenschaftlich-technische Revolution und Strukturwandel in der Frauenarbeit von 1950 bis 1968 in der Bundesrepublik Deutschland. - Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft, Technische Universität Dresden 16. 4. 1971. III, 219 gez. Bl., mehr. Taf.

Starbati, Elvira, Die Sterblichkeitsentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik von 1947 an unter besonderer Berücksichtigung der Sterbeverhältnisse 1967 und 1968. - Deutsche Akademie für ärztliche Fortbildung Berlin 17. 6. 1971. 114 gez. Bl. mit Abb.

Strohbach, Erich, Theoretische und methodische Grundlagen der statistischen Messung der Fruchtbarkeit der Bevölkerung und Vorschläge für eine Erweiterung der Fruchtbarkeitsmessung in der DDR auf der Grundlage einer kommenden Volkszählung. - Hochschule für Ökonomie Berlin 24. 2. 1961. 147 gez. Bl. mit eingekl. Abb., Anh.

Ulbricht (geb. Söhnel), Helga, Morbidität und Letalität. Die Bedeutung der Morbiditätsstatistik für die Beurteilung des Einflusses des Krankseins auf die gesellschaftlichen Lebensäußerungen einer Bevölkerung. - Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät Leipzig 24. 5. 1950. 231, XIII gez. Bl. mit Tab. u. eingekl. graph. Darst.

Unrein, Hans, Die Bevölkerungsentwicklung in Thüringen 1910 bis 1947. Eine regionale Studie. - Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät Jena 23. 12. 1953. 54 gez. Bl. mit Tab. und graph. Darst., Anh.

Vogeley, Dieter, Der Urbanisierungsprozeß in der sozialistischen Gesellschaft. Eine Analyse seiner demographischen Auswirkungen in der UdSSR und in der DDR (Am Beispiel des Ballungsgebietes Karl-Marx-Stadt/Zwickau). - Hochschule für Ökonomie Berlin 25. 6. 1973. 170 gez. Bl. mit eingekl. Abb., mehr. Bl. Anh.

Wolf, Bernd, Die Auswirkungen einer deformierten Bevölkerungsbewegung auf das wirtschaftliche Wachstum und die gesellschaftliche Entwicklung Indiens unter besonderer Berücksichtigung bevölkerungspolitischer Maßnahmen. - Hochschule für Ökonomie Berlin 25. 11. 1971. 326 Bl. in getr. Pag., Anl., Anh.

HOCHSCHULSCHRIFTEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

von Renate Günther

James Bugengo

ZU GRUNDLEGENDEN SOZIALEN ENTWICKLUNGSPROBLEMEN AUF DEM LANDE  
IN TANSANIA - DARGESTELLT AM BEISPIEL DER REGION MARA

Dissertation A (28. 4. 1972) Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Region Mara: geographisches Milieu und Bevölkerung
2. Die traditionellen gesellschaftlichen Verhältnisse und die durch die Kolonialherrschaft hervorgerufenen Veränderungen
3. Die gegenwärtige soziale Struktur der Region Mara (Eigentumsverhältnisse; Struktur der Landbevölkerung; Kleinbauern, Mittelbauern, Landproletariat, Kleinhändler, Viehhändler)
4. Grundzüge der Agrarpolitik der TANU (Theorie und Praxis des von Präsident Nyerere proklamierten "sozialistischen Weges", 1962 - Ende 1966; die Arusha-Deklaration - der Beginn einer neuen Entwicklungsetappe
5. Die Ansätze der Ujamaa-Politik in der Region Mara (Ziele und Durchführung der Ujamaa-Politik in der Landwirtschaft; die Rolle der Partei; die Handelsgenossenschaften)

Axel Dorner

ZUR POLITIK DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS AUF DEM  
GEBIET VON HANDEL UND VERSORGUNG UND ZU DEREN UMSETZUNG IM KON-  
SUMGÜTERBINNENHANDEL DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK IN DEN  
JAHREN VON 1963 BIS 1970

Dissertation A (17. 4. 1973) Handelshochschule Leipzig

1. Die Stellung und Bedeutung der Politik der SED auf dem Gebiet des Handels und der Versorgung in der Gesamtpolitik der Partei
2. Die Bestimmung der Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR durch die SED auf Grund der neuen objektiven Entwicklungsmöglichkeiten zu Beginn der sechziger Jahre (Konsumgüterbinnenhandel)
3. Die Aufgaben und Ziele des Konsumgüterbinnenhandels bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der Beginn ihrer Verwirklichung in den Jahren 1963 bis 1967
4. Die umfassendere Verwirklichung der Ziele sozialistischer Handels- und Versorgungstätigkeit und die weitere Herausbildung der Grundzüge des Konsumgüterbinnenhandels der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in den Jahren 1967 bis 1970 (Festlegung der Schwerpunkte; Vervollkommnung der Leitung und Planung; Kooperationsbeziehungen; sozialistische Rationalisierung im Handel; Bisherige Ergebnisse)

Hans Erkenbrecher

ZUR ENTWICKLUNG DES HANDWERKS DER STADT GOTHA IN DER ZWEITEN  
HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS

Dissertation A (14. 7. 1971) Karl-Marx-Universität Leipzig

2. Die industrielle Revolution und deren Auswirkungen auf das Handwerk (Gotha und sein Handwerk während der Vorbereitungsperiode; sozialökonomische und technische Veränderungen; Gothaer Handwerker in der Revolution von 1848/49; zu ideologischen Problemen; die neue Gewerkeordnung von 1863)
3. Struktur- und Funktionswandel des Handwerks von 1871 bis zur Jahrhundertwende (Entwicklung Gothas zur Industriestadt; zum Wandel in der staatlichen Wirtschaftspolitik; zur Lage der Arbeiter und Handwerker; Das Innungswesen - seine Entwicklung und Wirksamkeit; zur beruflichen Ausbildung; die Herausbildung der Handwerkskammer)

Dokumentenanhang

Sieglinde Fritsch

ZUR ENTWICKLUNG DER PRODUKTIVKRÄFTE IN DER DEUTSCHEN EISENHÜTTEN-  
INDUSTRIE BEIM ÜBERGANG ZUM MONOPOLKAPITALISMUS UND IHRE AUSWIR-  
KUNGEN AUF DIE ARBEITERKLASSE

Dissertation A (26. 5. 1972) Bergakademie Freiberg

2. Die Funktion der materiell-technischen Basis bei der Entwicklung der Berufsstruktur der Arbeiterklasse in der Hüttenindustrie
3. Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte und die Lage der Arbeiterklasse in den 3 wichtigsten Eisenhüttenzentren Deutschlands; Im Rhein-Ruhrgebiet, im Saargebiet, in Oberschlesien (darunter jeweils: Industrielle Entwicklung, Lage der Arbeiter, Arbeitszeit und Entlohnungsmethoden, Politik der Bourgeoisie, Organisierung und Kampf der Hüttenarbeiter, einzelne bedeutende Streiks)

Mohammed Gaffer

DIE BESTREBUNGEN ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ZUSAMMENARBEIT DER ARABI-  
SCHEN LÄNDER UND DIE SICH DARAUS ERGEBENDEN KONSEQUENZEN FÜR DIE  
ENTWICKLUNG DES PATANTRECHTS DER ARABISCHEN STAATEN

Dissertation A (18. 2. 1972) Humboldt-Universität zu Berlin

1. Das Streben der arabischen Staaten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die ersten Versuche zur Entwicklung einer interarabischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der Liga der arabischen Staaten; die Industrialisierung der arabischen Länder auf der Basis des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik und auf der Grundlage des staatlichen Sektors der Wirtschaft als wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung einer interarabischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (VAR, Syrien, Irak); die in den 60er Jahren aufgenommenen Bemühungen um die Schaffung eines Gemeinsamen Arabischen Marktes (GAM) und die Entwicklung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den arabischen Staaten
2. Die sich aus den Bestrebungen der arabischen Staaten zur interarabischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ergebenden Konsequenzen für die Entwicklung des Patentrechtes der arabischen Länder (das bestehende System, seine Herausbildung, Wesen und Funktionen, Beziehung zum Industrialisierungsprozeß; Konzipierung eines neuen Patentrechts, staatlicher Leitungsmechanismus für die Entwicklung des Erfindungswesens; Vereinheitlichung der Erfinder- und Patentrechte, Einbeziehung in internationale Abkommen)

Günther Ganzenberg

DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS IN DER PERIODE DER HERAUSBILDUNG UND FESTIGUNG DES SOZIALISTISCHEN WELTSYSTEMS VON 1945 BIS 1961

(Teil einer Gemeinschaftsarbeit)

Dissertation A (7. 4. 1972) Handelshochschule Leipzig

1. Der Entwicklungsstand der politischen Ökonomie des Sozialismus nach dem zweiten Weltkrieg
2. Die Entstehung des sozialistischen Weltsystems - Beginn einer neuen Etappe in der Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus
3. Die Weiterentwicklung der Theorie vom sozialistischen Eigentum unter den Bedingungen der Herausbildung und Festigung des sozialistischen Weltsystems bis 1961 (in der Industrie; in der Landwirtschaft; Auffassungen in den Volksdemokratien zur Umgestaltung der Landwirtschaft; Handwerk und Handel)
4. Einige theoretische Probleme, die sich aus der Entstehung und Entwicklung des sozialistischen Eigentums in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus nach 1945 ergaben (Eigentum; Charakter der Arbeit; ökonomische Gesetze; zur Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte; ökonomische Funktionen des sozialistischen Staates)
5. Die Weiterentwicklung der Theorie von der sozialistischen Warenproduktion
6. Die marxistisch-leninistische Politische Ökonomie zum nichtkapitalistischen Weg

Günter Grau

DIE BÜRGERLICHE VERBRAUCHS-MOTIVFORSCHUNG IM DIENSTE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS DER GEGENWART. GESCHICHTE UND ANALYSE EINER PSYCHOLOGISCH BETRIEBENEN MARKTFORSCHUNGSDISZIPLIN IN DER BRD

Dissertation A (10. 2. 1971) Handelshochschule Leipzig

1. Ziele, Ursachen und historische Entwicklung der deutschen bürgerlichen Verbrauchsmotivforschung
2. Die Entwicklung der bürgerlichen Verbrauchsmotivforschung von den Anfängen in Deutschland nach der Weltwirtschaftskrise bis zur Gegenwart in Westdeutschland (Feller, Eliasberg, Wilhelm Vershofen, die GfK-Nürnberg, westdeutsche Marktforscher)
3. Die Theorienkonzeptionen der wichtigsten Vertreter der bürgerlichen Verbrauchsmotivforschung in Westdeutschland (Kropff, Berth, Wiswede)
4. Die Funktionen der bürgerlichen Verbrauchsmotivforschung (Manipulation der Konsumenten)

Salwa Hamdun

DIE FRAU IN DER IRAKISCHEN GESELLSCHAFT UND IHRE ROLLE IN DER NATIONALEN BEFREIUNGSBEWEGUNG (1945 - 1963)

Dissertation A (14. 4. 1971) Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Bevölkerung des Irak - eine demographische Betrachtung; die Entwicklung der irakischen Bevölkerung im 20. Jahrhundert; die Struktur der Bevölkerung (Beschäftigung, Bildungsniveau, Religionen und Nationalitäten)
2. Die Stellung der irakischen Frau in den sozialökonomischen Verhältnissen des Landes (die sozialökonomische Rückständigkeit; die Stellung der Frau im Islam, juristische Stellung, soziale Stellung, in der Familie, im Bildungswesen, in der Literatur)

3. Die nationale Befreiungsbewegung im Irak und der Kampf der Frauen um ihre Emanzipation (Haltung der Klassenkräfte zur Frauenemanzipation, Stellung der Frauen in Programmen der Parteien, Frauenbewegung und Frauenorganisation)
4. Die Juli-Revolution und die Frau (Teilnahme der Frauen an der Revolution, Stellung der Frauen in den sozialen Reformen)

*Leopold Hofmann*

DIE ENTWICKLUNG DES AUSSENHANDELS IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGS-ZONE DEUTSCHLANDS UND DIE PROBLEMATIK DER HERAUSBILDUNG DES SOZIALISTISCHEN AUSSENHANDELSMONOPOLS ALS WIRTSCHAFTLICHE KOMMANDO-HÖHE DER ARBEITERKLASSE

Dissertation A (25. 1. 1973) Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Aufgabenstellung für den Außenhandel im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Revolution (Situation; Potsdamer Abkommen und Festlegung des Alliierten Kontrollrates für Deutschland; die Konzeption der Partei der deutschen Arbeiterklasse)
2. Die Kontrolle und Regulierung des Außenhandels durch die zentralen Selbstverwaltungsorgane der SBZ als wichtige Aufgabe der antifaschistisch-demokratischen Revolution (1945 - 1947) (Die leninsche Lehre vom sozialistischen Außenhandelsmonopol; die Rolle der SMAD; die Entwicklung der demokratischen Selbstverwaltungsorgane auf dem Gebiet des Außen- und Interzonenhandels; Organisation und Durchführung der Außenhandelsstätigkeit; die besonderen Bedingungen des Interzonenhandels)
3. Die Erfüllung der Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Revolution und der Übergang zu einer neuen Qualität der Leitung, Planung und Organisation des Außenhandels (1948/49) (Die Rolle der Deutschen Wirtschaftskommission; Außenhandel, Handelspolitik und Volkswirtschaftsplanung; Entwicklung eines volkseigenen Sektors im Außenhandel; Probleme des Interzonenhandels)
4. Der Übergang zur sozialistischen Revolution im Außenhandel - die Herausbildung des sozialistischen Außenhandelsmonopols

*Lothar Langguth*

ZUR ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS IN DER DDR VOM V. BIS VI. PARTEITAG DER SED

Dissertation A (7. 4. 1972) Handelshochschule Leipzig

1. Die Probleme der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR im Jahre 1958. Zu einigen politökonomischen Problemen der weiteren Gestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR. Zu einigen Auffassungen über die ökonomischen Gesetze des Sozialismus (Ökonomisches Grundgesetz, Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, Gesetz der Ökonomie der Zeit, Gesetz der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität, Auffassungen über Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus)
2. Die Weiterentwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR von 1958 bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Die Bedeutung und theoretische Begründung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und die theoretischen Erkenntnisse über den Charakter der Arbeit im Sozialismus bei der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Die Politische Ökonomie des Sozialismus im Prozeß der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR. Die politökonomische Begründung des sozialökonomischen Charakters der Betriebe mit staatlichen Beteiligungen. Die Weiterentwicklung der Theorie zum System der ökonomischen Gesetze des Sozialismus (vgl. unter Abschnitt 1)

3. Die Politische Ökonomie des Sozialismus in der Phase der Ausarbeitung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.

João José Salvado da Silva

DIE ENTWICKLUNGSTENDENZEN DES SYSTEMS DER INTERNATIONALEN GELD- UND KREDITBEZIEHUNGEN DER KAPITALISTISCHEN LÄNDER NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG UND DIE EINSCHÄTZUNG DER STAATSMONOPOLISTISCHEN REGULIERUNG AUF DEM GEBIET DER INTERNATIONALEN WÄHRUNGSBEZIEHUNGEN IM KAPITALISMUS

Dissertation A (24. 2. 1972) Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihre Folgen für die Gestaltung der Währungsbeziehungen zwischen den wichtigsten kapitalistischen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg (Durchsetzung der amerikanischen Konzeption, Rolle der staatsmonopolistischen Regulierung)
2. Die Entwicklungstendenzen des Systems der internationalen Geld- und Kreditbeziehungen zwischen den wichtigsten kapitalistischen Ländern (Der Inflationsprozeß der nationalen Währungen, die Zahlungsbilanzkrise der kapitalistischen Länder und ihre internationalen Auswirkungen, die Rolle internationaler Organisationen und Vereinbarungen, der Internationale Währungsfonds [IWF], Swapabkommen, Kreditvereinbarungen, "Eurodollarmarkt")
3. Die verschiedenen Auffassungen zur Reform des internationalen imperialistischen Währungssystems (Die Umgestaltung des IWF-Systems, die Perspektive der Sonderziehungsrechte [SZR], gleichzeitige monopolistische Veränderungen der Währungsbewertung)

Monireh Sardary

DIE POLITIK DER IRANISCHEN REGIERUNG IN DER AGRARFRAGE IN DER ZEIT NACH 1962

Dissertation A (30. 6. 1972) Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Notwendigkeit der Agrarreform in Iran (Ökonomische Situation; Eigentums-, Besitz- und Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft und soziale Zustände im Dorf; das halbfeudale System - Hauptthema für die Entwicklung der Landwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft; politische Notwendigkeit der Agrarreform)
2. Die Agrarpolitik in Iran und eine Analyse der Agrargesetze. Besonderheiten; Stellung der verschiedenen politischen Kräfte zur Agrarpolitik (rechte Opposition; Tudeh-Partei; nationale Bourgeoisie); Probleme der Durchsetzung der Agrarreformgesetze (Etappen; Veränderung der Grundbesitzformen, Reaktion der Großgrundbesitzer und deren Unterstützung durch den Staat)
3. Die sozialökonomischen Folgen der Agrarreform. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft (Großbetriebe, Mechanisierung, Steigerung der landwirtschaftlichen Anleihen, Eindringen des ausländischen Monopolkapitals); die Veränderung der Klassenstruktur der landwirtschaftlichen Bevölkerung (Differenzierungsprozeß); die Verstärkung der Ausbeutung der Bauern und die Verschärfung des Klassenkampfes; die landwirtschaftlichen Genossenschaften.
4. Die Notwendigkeit einer radikalen Agrarreform. Iran auf dem Wege des vom Imperialismus abhängigen Kapitalismus (Außenhandel, imperialistische Anleihen, Herrschaft über die Erdölindustrie, direkte Investitionen der Monopole); Iran und die nationaldemokratische Revolution).

DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS IN DER DDR IM PROZESS DER ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCHEN UMWÄLZUNG, DES AUFBAUS UND DER FESTIGUNG DER GRUNDLAGEN DES SOZIALISMUS (1945 - 1958)

Dissertation B (7. 4. 1972) Handelshochschule Leipzig

1. Die wissenschaftliche Begründung einer neuen demokratischen Wirtschaftspolitik in der Etappe der antifaschistisch-demokratischen Revolution (1945 - 1949). Die internationale Situation und die Lage in Deutschland nach dem Sturz des Hitlerfaschismus; das ökonomisch-theoretische Rüstzeug der KPD 1945; die Rolle der Sowjetwissenschaft; der polit-ökonomische Inhalt grundlegender Aussagen der Partei der Arbeiterklasse zur Errichtung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands; die weitere theoretische Ausarbeitung der ökonomischen Existenz- und Entwicklungsbedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung (Ökonomische Hauptprobleme des Nah- und Fernziels der Partei, Begründung der demokratischen Reformen, ökonomische Kategorie Volkseigentum, demokratische Planung und Leitung der Wirtschaft, nationale Frage und ökonomische Entwicklung); neue Erkenntnisse nach Erreichung eines gewissen Abschlusses in der Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung (der neue Charakter der Arbeit; Wesen, Stellung und Aufgaben der volkseigenen Betriebe; die Notwendigkeit langfristiger Planung und einheitlicher Leitung; wissenschaftlich-technischer Fortschritt; Arbeitsproduktivität und Ware-Geld-Beziehungen; theoretische Vorbereitung und Verallgemeinerung erster Formen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung; Anfänge der Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen den gesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen.
2. Theoretische Probleme des Übergangs von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Umwälzung (1949 - 1958). Im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entstandene Elemente der sozialistischen Ökonomik und der Beginn des Wirkens ökonomischer Gesetze des Sozialismus; die Notwendigkeit des Hinüberwachsens in die sozialistische Revolution; politökonomische Probleme im Prozeß des Hinüberwachsens (Wesen und Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze; Notwendigkeit des sozialistischen Aufbaus und Primat der Politik gegenüber der Ökonomie; erster Fünfjahrplan und marxistisch-leninistische Theorie der sozialistischen Industrialisierung; Grundfragen der wirtschaftlichen Rechnungsführung; Einführung der Politischen Ökonomie des Sozialismus als Lehrfach an den Hoch- und Fachschulen der DDR)
3. Die Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus in den Jahren des Aufbaus von Grundlagen des Sozialismus (1952 - 1955/56). Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED: Übergang zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus - Widerspiegelung einer neuen Qualität im Verhältnis Politik - Ökonomie; Erkenntnisse zu theoretischen Grundproblemen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (Wesen und Inhalt der Übergangsperiode; Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, Gegenstand und Methode der Politischen Ökonomie des Sozialismus; Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte; Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses; Ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus; Warenproduktion, Wertgesetz und Verteilung nach der Arbeitsleistung; vorrangiges Wachstum der Abt. I); die Bedeutung des IV. Parteitages der SED für die Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus; der Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution; Bedeutung des ersten Lehrbuches "Politische Ökonomie".
4. Zur Rolle der politischen Ökonomie im Prozeß der Festigung der Grundlagen des Sozialismus und der Vorbereitung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1955/56 - 1958). Die neue Qualität in der internationalen und nationalen Entwicklung; Die theoretische Durchdringung von Grundproblemen des zweiten Fünfjahrplans für den Aufbau des Sozialismus in der DDR (neue Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution; Verbesserung der Planung und Leitung; Einfluß neuer Formen der

schöpferischen Arbeit der Werktätigen auf die Weiterentwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse; Erkenntnisstand auf dem Gebiet der Warenproduktion, des Wertes und Preises im Sozialismus; zum Stand der Theorie über die internationale sozialistische Arbeitsteilung); zum Stand der ökonomischen Theorie am Vorabend des V. Parteitag der SED (1958).

Arnold Voigt

## DIE AGRARFRAGE IN CHILE UND DIE AGRARREFORM DER CHILENISCHEN CHRISTDEMOKRATIE

Dissertation A (7. 1. 1972) Hochschule für Ökonomie, Berlin

1. Eigentumsverhältnisse und Klassenstruktur im chilenischen Agrarsektor zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die Christdemokratie - Ergebnis einer deformierten Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft Chiles. Historische Voraussetzungen. Die Dominanz des Latifundio-Minifundio-Systems als Hauptcharakteristikum der Eigentumsverhältnisse im chilenischen Agrarsektor. Der Latifundio-Minifundio-Komplex (Stellung im System der Landwirtschaft, Charakter, Bewirtschaftung, Aneignung, Paternalismus); Mittlerer Grundbesitz; Kleineigentum; indianisches Gemeindeeigentum - die Mapuche-Reservate; "comunidades" der "comuneros" - eine Form des Gemeinschaftseigentums in Nordchile; Fiskuseigentum an Grund und Boden; landwirtschaftliche Aktiengesellschaften; Klassenstruktur; Grundbesitzerklasse, Kapitalistenklasse, Klein- und Mittelbauern, Landproletariat (Herausbildung und Struktur, Organisation und Probleme des Klassenkampfes)
2. Aspekte der Wechselbeziehungen der agraren Produktionsverhältnisse zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte und ihre Auswirkungen auf die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung in Chile. Bodennutzung; technische Ausstattung; Lage der breiten Massen.
3. Die Versuche der chilenischen Christdemokratie zur Lösung der Agrarfrage und die Agrarreform unter Präsident Eduardo Frei. Programme des chilenischen Staates zur Veränderung der agraren Produktionsverhältnisse ("Caja de Colonización Agrícola" [Landwirtschaftliche Kolonisationsbank]; die Agrarreform der Alessandri-Regierung, das Gesetz Nr. 15020). Die Agrarreform der chilenischen Christdemokraten. Politische Motivierung (ideologische Doktrin des PDC, Lateinamerika-Konzeption der USA, politischer Druck der chilenischen Linken). Das Agrarreformgesetzwerk der Frei-Regierung als Instrument zur Forcierung der kapitalistischen Entwicklung der chilenischen Landwirtschaft; progressive Elemente; Ergebnisse der Reform, Ausmaß und Tempo der Enteignungen; Auswirkungen auf die Eigentums- und Klassenverhältnisse im Agrarsektor und den Klassenkampf.

Gertraud Wittenburg

## DIE ENTWICKLUNG DER MEINUNGEN UND ANSCHAUNGEN SOWJETISCHER ÖKONOMEN ÜBER DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS IN DEN JAHREN 1929 - 1945

Dissertation A (18. 2. 1972) Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Entwicklung der Anschauungen zum Gegenstand der politischen Ökonomie in der sowjetischen ökonomischen Wissenschaft in den Jahren 1929 - 1945 (Sowjetwirtschaft, ökonomische Politik, Beginn der politischen Ökonomie des Sozialismus)
2. Die Entwicklung der Anschauungen über die Kategorien Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse und ihrer Dialektik in der sowjetischen ökonomischen Wissenschaft in den Jahren 1929 bis 1945 (Inhalt der Begriffe, Einstellung zum Wechselverhältnis zwischen beiden, Interpretation der Kategorien und Gesetz der Übereinstimmung)

3. Auffassungen über das Wesen der ökonomischen Gesetze und über den Regulator der sozialistischen Wirtschaft ... (Wesen und Erscheinungsformen, die Diktatur des Proletariats als Bewegungsgesetz der sowjetischen Ökonomik, die Interpretation ökonomischer Gesetze)
4. Die Anschauungen über die Ware-Geld-Beziehungen der Übergangs- und der sozialistischen Ökonomik in der sowjetischen ökonomischen Wissenschaft in den Jahren von 1929 bis 1945
5. Die Ausarbeitung der polit-ökonomischen Fragen der Wirtschaft des Großen Vaterländischen Krieges 1941 - 1945 durch sowjetische Ökonomen. (Wesen der Kriegswirtschaft, ihre ökonomischen Gesetze, Integration der Kriegswirtschaft in den Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus, Anschauungen über den Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Produkts unter Kriegsbedingungen)

FELIX BURKHARDT

1888 - 1973

Am 28. April 1973 verstarb kurz nach Vollendung seines 85. Lebensjahres Prof. Dr. Dr. Dr. sc. Dr. h. c. Dr. h. c. Dr. h. c. Felix Burkhardt. Damit fand ein von vielen wissenschaftlichen Höhepunkten und erfolgreichem Schaffen gekröntes Leben seinen Abschluß.

Am 9. Februar 1888 wurde Felix Burkhardt in Herwigsdorf (Kreis Löbau) geboren. Nach Abschluß der Ausbildung am Realgymnasium in Zittau studierte er in Jena, Leipzig und Dresden Mathematik, Statistik, Wirtschaftswissenschaften und Naturwissenschaften. Er promovierte 1916 mit einer mathematischen Dissertation in Leipzig und 1923 mit einer statistischen Dissertation in Frankfurt (Main). Im gleichen Jahr habilitierte er sich für Mathematik und Statistik an der Technischen Hochschule in Dresden. Im Jahre 1930 wurde er als Professor für Statistik an die Universität Leipzig berufen.

Neben seiner Lehrtätigkeit war er viele Jahre Leiter der bevölkerungsstatistischen Abteilung im Sächsischen Statistischen Landesamt. Hier hat er zwei Volks-, Berufs- und Betriebszählungen geleitet und in größeren amtlichen Publikationen wissenschaftlich ausgewertet.

In enger Verbindung mit der Praxis und zum Teil durch sie angeregt, hat er eine Vielzahl von Einzelforschungen durchgeführt.

Von seiner unermüdlichen Tätigkeit zeugen etwa 250 Veröffentlichungen. Auch seine zahlreichen wissenschaftlichen Vorträge über praktische und theoretische Fragen der Statistik dokumentieren sein rastloses Schaffen.

Durch seine Arbeiten ist Felix Burkhardt international bekannt geworden. Sie brachten ihm die Mitgliedschaft im Internationalen Statistischen Institut, in der Union Internationale pour l'Etude Scientifique de la Population, in der Biometric Society, in der Econometric Society, im Comité Permanent des Congrès Internationaux d'Actuaires, im Institute of Mathematical Statistics und die Ehrenmitgliedschaft der Tschechoslowakischen Demographischen Gesellschaft bei der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Statistischen Gesellschaft ein.

Bei der Herausgabe wissenschaftlicher Zeitschriften hat er sich große Verdienste erworben. So war er bis 1945 Herausgeber des "Deutschen Statistischen Zentralblattes" und Mitherausgeber des "Archivs für mathematische Wirtschafts- und Sozialforschung". In den letzten 15 Jahren arbeitete er mit bei der Herausgabe der "Biometrischen Zeitschrift", der Sammelbände "Mathematik und Wirtschaft" und der "Metrika - Internationale Zeitschrift für theoretische und angewandte Statistik".

Man kann die Leistungen eines Forschers, der zugleich eine umfangreiche Lehrtätigkeit ausgeübt hat, nicht allein an seinen Publikationen messen. Ein großer Teil seiner geistigen Arbeit findet seinen Niederschlag in den von ihm angeregten Arbeiten seiner Schüler. Das gilt besonders bei einem Gelehrten, der auf so verschiedenen Gebieten schöpferisch tätig gewesen ist und seinen Schülern so viele Anregungen geben konnte, wie Felix Burkhardt, der nicht nur ein international geachteter Wissenschaftler, sondern auch ein hervorragender akademischer Lehrer war. Felix Burkhardt hat sich als Erzieher junger Menschen in hohem Grade verdient gemacht. Die Zahl seiner Schüler war ungewöhnlich groß. Es ist natürlich, daß dem so verdienten Forscher und Lehrer viele Ehrungen zuteil wurden. Besonders zu erwähnen ist die Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens in Silber und des Ordens "Banner der Arbeit" durch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Er war Ehrendoktor der Karl-Marx-Universität Leipzig, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Staatlichen Lomonossow-Universität Moskau.

An seinem 75. Geburtstag ehrten ihn viele seine Freunde und Schüler durch wissenschaftliche Beiträge, die in der ihm zu Ehren vom Rektor der Karl-Marx-Universität Leipzig herausgegebenen Festschrift "Zur Anwendung statistischer Methoden" zusammengefaßt wurden. Zu seinem 80. Geburtstag widmete ihm die Karl-Marx-Universität Leipzig eine zweite Festschrift mit dem Titel "Wirtschaftsstatistische Beiträge". Weitere Festschriften gab die Humboldt-Universität zu Berlin anlässlich des 80. und des 85. Geburtstages von Felix Burkhardt heraus.

Das Lebenswerk von Felix Burkhardt wird durch eine außerordentliche Breite und Tiefe gekennzeichnet. Es wird in den Arbeiten seiner Schüler fortleben und ihnen in ihrer Arbeit beispielgebend und richtungweisend sein.

Berlin, Juli 1973

Prof. Dr. habil. Carl Otto

## AUTORENVERZEICHNIS

- Burkhardt-Osadnik, Lucie, Prof. Dr. rer. nat. et rer. oec. habil., Hochschul-lehrer, Mathematische Statistik, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Karl-Marx-Uni-versität Leipzig.
- Donda, Arno, Prof. Dr. sc. oec., Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Sta-tistik beim Ministerrat der DDR, Berlin.
- Ebert, Manfred, Dr. rer. nat., Abteilungsleiter, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR, Berlin.
- Freitag, Klaus, Diplomwirtschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentrales Zählbüro, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR, Berlin.
- Grabley, Hanna, Dr. rer. oec. sc., Dozent, Wissenschaftsbereich Arbeitsökono-mik, Sektion Sozialistische Volkswirtschaft, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leusch-ner", Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirt-schaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Khalatbari, Parviz, Prof. Dr. habil., Leiter des Lehrstuhls Demographie, Be-reich Politische Ökonomie, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lungwitz, Kurt, Dr. rer. oec., Leiter der Abteilung Analyse, Bevölkerung, Bil-dung und Arbeitskräfte, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR, Berlin.
- Maier, Harry, Prof. Dr. sc., Leiter des Bereichs Politische Ökonomie des Sozia-lismus, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Müller, Klaus, Dr. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Lehrstuhl Demographie, Bereich Politische Ökonomie, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Univer-sität zu Berlin.
- Otto, Carl, Prof. Dr. habil., Leiter des Bereichs Statistik, Sektion Wirtschaftswis-senschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Rönz, Bernd, Dr. sc. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Statistik, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Scholz, Traute, Dr. rer. oec., Stellvertretender Chefredakteur beim Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Steiner, Irmgard, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Soziologie des Bildungswesens, Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Berlin.

Strohbach, Erich, Dr. rer. oec., Dozent, Wissenschaftsbereich Arbeitsökonomik, Sektion Sozialistische Volkswirtschaft, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.

Wagner, Petra, Assistent, Lehrstuhl Demographie, Bereich Politische Ökonomie, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Wahse, Jürgen, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

## СОДЕРЖАНИЕ

### К проблемам демографии

- Ю. Кучинский, Прогнозы развития населения
- П. Калатбари, Об отдельных основополагающих вопросах марксистско-ленинской демографии. Критика отдельных буржуазных воззрений по вопросу населения в развивающихся странах
- А. Донда, Население ГДР в зеркале статистики
- Ф. Буркхард/Л. Буркхард-Осадник, Предполагаемое развитие различных групп населения в ГДР до 2000 года
- Е. Штрообах, О некоторых тенденциях развития населения в ГДР
- К. Лунгвиц, Движение населения в ГДР и ФРГ между 1945 и 1970 годами — компаративное исследование
- П. Калатбари, О населении по внутреннем движении в ГДР
- Ф. Буркхард/Л. Буркхард-Осадник, Размышления о внутреннем движении в ГДР
- Х. Маиер/Ю. Ваазе, Проблемы развития уровня образования и квалификационной структуры трудящихся в ГДР
- Х. Граблей, О развитии структуры активной общественной трудоспособности в ГДР
- К. Мюллер, Демографические аспекты привлечения женщин в трудовой процесс
- М. Еберт, Влияние некоторых демографических факторов на трудовую деятельность женщин в ГДР
- Т. Шольц, О структуре занятых женского пола объединённого собственного пародного предприятия государственной Фарфоровой мануфактуры в Майсене (Частичные результаты историко-социологического исследования)
- И. Штайнер, Развитие Женщин к трудовой деятельности в ГДР. Эмпирическое исследование
- К. Фрайтаг/Б. Рёнц, Об измерении факторов влияния посредством регрессивного анализа. Представленно на примере заключения браков в ГДР
- П. Вагнер, Труды вузов о демографии на территории Немецкой Демократической Республики с 1947 года
- Р. Гюнтер, Труды вузов об экономической истории
- Феликс Буркхард (Некролог)

## On Problems of Demography

- J. Kuczynski, Prognosis of population-development
- P. Khalatbari, On some basic questions of marxist-leninist demography. Critic of some bourgeois kinds of view on the population problem in the developing countries
- A. Donda, The population of GDR in the mirror of statistics
- F. Burkhardt†/L. Burkhardt-Osadnik, Presumable development of different groups of population in GDR up to the year 2000
- E. Strohbach, On some tendencies of population-development in GDR
- K. Lungwitz, The population-movement in GDR and FRG between 1945 and 1970 - a comparativ study
- P. Khalatbari, On population of GDR in respect to age and sex
- F. Burkhardt†/L. Burkhardt-Osadnik, Reflections on inland migration in GDR
- H. Maier/J. Wahse, Problems of development of the level of education and the structure of qualification of workers in GDR
- H. Grabley, On the development of structures of activ social working power in GDR
- K. Müller, Demographic aspects of the integration of women into the professional process
- M. Ebert, The influence of some demographic factors on the professional activity of women in GDR
- T. Scholz, On the structure of female employees of the VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen (partial results of a socio-historic analysis)
- I. Steiner, The attitude of women on professional activity in GDR. An empiric analysis
- K. Freitag/B. Rönz, On measurement of influencing factors by regression analysis exemplified on development of marriages in GDR
- P. Wagner, University publications on demography on the territory of the German Democratic Republic since 1947
- R. Günther, University publications on economic history
- Felix Burkhardt (obituary)

- J. Kuczynski, Pronostics du développement de la population
- P. Khalatbari, Observations sur quelques questions de principe de la démographie marxiste-léniniste; critique de quelques manières bourgeoises de voir la question de la population dans les pays de développement
- A. Donda, La population de la RDA comme elle se reflète dans la statistique
- F. Burkhardt†/L. Burkhardt-Osadnik, Développement vraisemblable des différents groupes de population en RDA jusqu'à l'an 2000
- E. Strohbach, Observations sur quelques tendances du développement de la population en RDA
- K. Lungwitz, Le mouvement de population en RDA et en Allemagne Fédérale entre 1945 et 1970, étude comparée
- P. Khalatbari, La population de la RDA classée selon age et sexe
- F. Burkhardt†/L. Burkhardt-Osadnik, Considérations sur la migration intérieure en RDA
- H. Maier/J. Wahse, Problèmes de développement du niveau d'instruction et de la structure de qualification de la population ouvrière en RDA
- H. Grabley, Quelques remarques sur le développement de la capacité active et sociale du travail en RDA
- K. Müller, Aspects démographiques de l'intégration de la femme dans le procès professionnel en RDA
- M. Ebert, L'influence de quelques facteurs démographiques sur l'activité professionnelle des femmes en RDA
- T. Scholz, Observations sur la structure des ouvrières du VEB manufacture de porcelaine de Meissen (résultats partiels d'une recherche historico-sociologique)
- I. Steiner, Les opinions des femmes sur l'activité professionnelle en RDA. Une étude empirique
- K. Freitag/B. Rönz, Sur le mesurage de facteurs d'influence par le moyen de l'analyse de regression, démontrée à l'exemple du développement des mariages en RDA
- P. Wagner, Traités universitaires concernant la démographie sur le territoire de la RDA depuis 1947
- R. Günther, Traités universitaires au sujet de l'histoire économique
- Felix Burkhardt (nécrologue)

## SUMARIO

- J. Kuczynski, Pronósticos acerca del desarrollo de la población
- P. Khalatbari, Acerca de unas cuestiones de principio de la demografía marxista-leninista. Crítica de unos modos de consideración burgueses del problema de la población en los países en vía de desarrollo
- A. Donda, La población de la RDA mediante del espejo de la estadística
- F. Burkhardt†/L. Burkhardt-Osadnik, Desarrollo probable de los distintos grupos de la población de la RDA hasta el año 2000
- E. Strohbach, Acerca de unas tendencias del desarrollo de la población en la RDA
- K. Lungwitz, Tendencias de la población en la RDA y en la RFA entre 1945 y 1970 - un examen comparativo
- P. Khalatbari, Acerca de la población según edad y sexo en la RDA
- F. Burkhardt†/L. Burkhardt-Osadnik, Reflexiones acerca de la migración interior en la RDA
- H. Maier/J. Wahse, Problemas del desarrollo del nivel de instrucción pública y de la estructura de capacidades de los trabajadores en la RDA
- H. Grabley, Acerca del desarrollo del poder de trabajo social-activo en la RDA
- K. Müller, Aspectos demográficos de la inclusión de la mujer dentro del proceso profesional
- M. Ebert, La influencia de unos factores demográficos en la actividad profesional de las mujeres en la RDA
- T. Scholz, Acerca de la estructura de las manos de obra femeninas en la empresa nacionalizada Manufactura de porcelana de Sajonia, ciudad Meissen (resultados parciales de una investigación histórico-sociológica)
- I. Steiner, La opinión de mujeres sobre la actividad profesional en la RDA. Un examen empírico
- K. Freitag/B. Rönz, Acerca de la medición de factores de influencia mediante del análisis de regresión, demostrada en el ejemplo del desarrollo de las contrataciones del matrimonio en la RDA
- P. Wagner, Tratados universitarios acerca de la demografía en el territorio de la República Democrática Alemana desde 1947
- R. Günther, Tratados universitarios acerca de la historia económica
- Felix Burkhardt (necrología)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Zu den Themenkreisen des VI. Internationalen Kongresses der Wirtschaftshistoriker 1974 in Kopenhagen:

R. Berthold

Der sozialökonomische Differenzierungsprozeß der Bauernwirtschaft in der Provinz Brandenburg während der industriellen Revolution (1816 bis 1878/82)

M. Nussbaum

Unternehmenskonzentration und Investstrategie nach dem ersten Weltkrieg

H. Mottek

Wirtschaftsgeschichte und Umwelt

W. Schmidt

Zu den Beziehungen zwischen dem Urbanisierungsprozeß und der Herausbildung des inneren Marktes in Indien

T. Goetz

Studie zu den naturwissenschaftlichen Aspekten der deutschen Aufklärung - bezogen auf die naturwissenschaftliche Bildung an den Universitäten

P. Khalatbari

Zu den Beziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand aus historischer Sicht am Beispiel der Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den hochentwickelten kapitalistischen Ländern

J. Kahk/E. Tarvel

Zwei Versuche zur Anwendung mathematischer Methoden in der agrargeschichtlichen Forschung

W. Strenz/H. Thümmler

Zur Erarbeitung der Problematik von Streikkarten

K. Biermann

Alexander von Humboldt als Münzreformer

J. Kahk

Eine Zwischenbilanz der Anwendung mathematischer Methoden in der sowjetischen Geschichtswissenschaft

P. Hess

Die historisch-theoretische Methode in ihrer Anwendung auf die Entwicklungsländer. Zu einem schöpferischen Versuch. Parviz Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung

G. Heitz

Agrargeschichtliche Probleme eines Historischen Ortslexikons

H. O. Gericke

Die Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung durch die Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Magdeburg

Vierte Jahrestagung des interdisziplinären Arbeitskollektivs zur Erforschung der Geschichte der Produktivkräfte

K. Lärmer

Tagungsbericht

W. Jonas

Thesen zum Wesen der Industriellen Revolution

K. Spading

17. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der DDR vom 10. bis 12. Oktober 1972 in Frankfurt (Oder)

M. Straube

"Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte". Arbeitstagung vom 23. bis 24. Oktober 1972 in Magdeburg

P. Wick

"Geschichte und Computer", eine internationale Konferenz vom 25. bis 29. Juni 1973 in Uppsala (Schweden)

J. Peters

Beratung des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte über internationale Zusammenarbeit am 25. und 26. September 1973 in Berlin

Bestandsinformation für den Wirtschaftshistoriker aus dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam

K. Metschies

Der Bestand Deutscher Revisions- und Treuhand-AG im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, Historische Abteilung I